



GEWINNER
UND VERLIERER
**50. DEUTSCHER
HISTORIKERTAG**

ISSN: 1612-5940

Historisches Forum

17 • 2015

Unter dem Motto „Gewinner und Verlierer“ fand vom 23. bis 26. September 2014 in Göttingen der 50. Deutsche Historikertag statt. Um die wissenschaftliche Diskussion, die in den über 70 Sektionen geführt wurde zu dokumentieren und der breiten Fachöffentlichkeit bekannt zu machen, hat die Redaktion von H-Soz-Kult als Medienpartner zahlreiche Berichte über die Veranstaltung veröffentlicht. In Zusammenarbeit mit den Veranstaltern der Sektionen konnten wir viele Autorinnen und Autoren gewinnen, die in ihren Berichten die Ergebnisse einzelner Sektionen dokumentieren, sie in einen größeren Kontext stellen oder kritisch analysieren.

Weiterhin ergänzen einige Querschnittsberichte die Sektionsberichte nicht nur, sondern nehmen darüber hinaus epochale oder thematische Zugänge mehrerer Sektionen in den Blick und machen so übergreifende Fragestellungen sichtbar.

Wir danken allen Autorinnen und Autoren, Beteiligten und Unterstützern und natürlich den Veranstaltern und Organisatoren des Historikertags für die hervorragende Unterstützung und Mitarbeit.

ISBN: 978-86004-312-7

Berichte vom Historikertag 2014

Herausgegeben für H-Soz-Kult von
Thomas Meyer und Claudia Prinz



http://edoc.hu-berlin.de/e_histfor

Veröffentlichungen von Clio-online, Nr. 2



Historisches Forum

Veröffentlichungen von Clio-online, Nr. 2
ISSN: 1612-5940

http://edoc.hu-berlin.de/e_histfor/

Historisches Forum 17 · 2014

Berichte vom Historikertag 2014

Herausgegeben für H-Soz-Kult
von Thomas Meyer und Claudia Prinz



Historisches Forum ist eine Reihe von Themenheften von Clio-online (<http://www.clio-online.de>) und seiner Kooperationspartner. Die Reihe bündelt ausgesuchte Beiträge geschichtswissenschaftlicher Online-Foren und herausragende Artikel, Debattenbeiträge, Kontroversen und Berichte zu ausgewählten historischen Fragestellungen. Sie erscheint in Kooperation mit den Verbundpartnern von Clio-online und der Humboldt-Universität zu Berlin. Jedes Heft wird von einem oder mehreren Herausgebern redaktionell betreut und enthält außer einer Einführung in das Thema auch ergänzende Verweise auf die Forschungsliteratur und andere Informationsquellen. Die Veröffentlichung erfolgt über den Dokumenten- und Publikationsserver der HUB: http://edoc.hu-berlin.de/e_histfor/

[Historisches Forum]

Historisches Forum - Berlin: Clio-online und Humboldt-Universität zu Berlin
Gesamttitle: Veröffentlichungen von Clio-online, Nr. 2
ISSN: 1612-5940

Bd. 17: **Berichte vom Historikertag** / hrsg. für H-Soz-Kult von Thomas Meyer und Claudia Prinz / (Historisches Forum, Bd. 17) - Berlin: Clio-online und Humboldt-Universität zu Berlin, 2014.
ISBN: 978-3-86004-312-7

Dieses Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Es unterliegt den Nutzungsbedingungen des Dokumenten- und Publikations-servers der Humboldt-Universität Berlin (<http://edoc.hu-berlin.de>). Es darf und soll zu wissenschaftlichen Zwecken und zum Eigengebrauch kopiert und ausgedruckt werden. Die weiteren Rechte an den einzelnen Texten und Abbildungen verbleiben bei den Autoren bzw. bei den im Abbildungsverzeichnis genannten Rechteinhabern. Jede kommerzielle Nutzung der Dokumente, auch von Teilen und Auszügen, ist ohne vorherige Zustimmung und Absprache mit den Serverbetreibern und den redaktionell verantwortlichen Herausgebern ausdrücklich verboten.

Geschäftsführende Herausgeber:

Rüdiger Hohls – Michael Wildt in Verbindung mit Clio-online (Rüdiger Hohls), H-Soz-Kult (Thomas Meyer – Claudia Prinz) und Zeitgeschichte-online (Jürgen Danyel – Jan-Holger Kirsch).

Technische Leitung:

Thomas Meyer – Florian Müller

Redaktionsschluss: 13.10.2015

© 2015 Clio-online

Vorwort	1
Querschnittsberichte	3
<i>Lennart Gilhaus, Jennifer Juliane Stracke</i>	
Alte Geschichte	3
<i>Jörg Bölling</i>	
Mittelalterliche Geschichte	11
<i>Benjamin Möckel</i>	
Zeitgeschichte	25
<i>Christoph Hilgert</i>	
Kultur- und Mediengeschichte	37
<i>Anna Karla</i>	
Westeuropa im 20. Jahrhundert	47
<i>Daniel Hedinger</i>	
Globalgeschichte	57
Sektionsberichte	65
<i>Charlotte Schubert</i>	
HT 2014: Close Reading and Distant Reading. Methoden der Altertumswissenschaften in der Gegenwart	65
<i>Torsten Kahlert</i>	
HT 2014: Digitalisierung der Geschichtswissenschaften. Gewinner und Verlierer?	73
<i>Tobias Wulf</i>	
HT 2014: Wikipedia und Geschichtswissenschaft. Eine Zwischenbilanz	80
<i>Erik Beck, Arne Timm</i>	
HT 2014: Geschichtsunterricht ohne Verlierer? – Inklus- sion als Herausforderung für die Geschichtsdidaktik in Theorie, Empirie und Pragmatik.	83
<i>Niko Lamprecht</i>	
HT 2014: Gewinner und Verlierer im medialen Geschichts- unterricht: Personalisierung von historischen Persönlich- keiten in den öffentlich-rechtlichen Medien	90

<i>Axel Ehlers</i>	
HT 2014: „Gewinner oder Verlierer?“ – Das historische Urteil im Geschichtsunterricht als Qualitätsmerkmal und Desiderat	97
<i>Johannes Jansen</i>	
HT 2014: Gewinner und Verlierer: Das Jahr 1914 im Geschichtsunterricht und Geschichtsbewusstsein aus internationaler Perspektive	103
<i>Philip Hahn</i>	
HT 2014: Wertsachen: Gewinn und Verlust im „Global Life of Things“	111
<i>Julia Hauser</i>	
HT 2014: The Biggest Loser. Gewinnen und Verlieren durch Diäten in Deutschland und den USA zwischen 1860 und 2004	117
<i>Moritz Hinsch</i>	
HT 2014: Institutionalisierung von Konkurrenz im archaischen Griechenland	122
<i>Christoph Lundgreen, Jan Timmer</i>	
HT 2014: Verlierer in der „Konkurrenz unter Anwesenden“. Agonalität in der politischen Kultur des antiken Rom	129
<i>Eva Baumkamp</i>	
HT 2014: Veni, vidi, vici: (Re)präsentationen von Sieghaftigkeit in der Antike	134
<i>Philipp Winterhager</i>	
HT 2014: Migrantenschicksale im mittelalterlichen Jahrtausend. Gewinner und Verlierer in Prozessen kulturellen Wandels	141
<i>Florian Dirks</i>	
HT 2014: Gewinner und Verlierer im Normenwandel? Spätmittelalterliche Praktiken der Güterwegnahme an Land und auf See im Vergleich	147
<i>Francisca Hoyer</i>	
HT 2014: Aufstieg und Fall frühmittelalterlicher Warlords	154

Christian Popp

HT 2014: Gewinner und Verlierer in Medien der Selbstdarstellung – Bilder, Bauten, Inschriften, Leichenpredigten, Münzen, Medaillen und öffentliche Bekenntnisschriften im 16., 17. und frühen 18. Jahrhundert 160

Alexander Denzler

HT 2014: Aus Verlierern Gewinner machen (können). Obrigkeitliche Gnadengewalt im 16. und 17. Jahrhundert in europäisch vergleichender Perspektive 166

Thomas Biskup

HT 2014: „Rise and Fall“? Normwandel in der Bemessung dynastischen und staatlichen „Erfolgs“ im „Zeitalter der Aufklärung“ 174

Sandra Eckardt, Dorethee Hemme

HT 2014: Tiere als Verlierer der Moderne? Der Wandel der Beziehung zwischen Menschen und Tieren im interdisziplinären Blick 179

Pascale Mannert

HT 2014: Jenseits von Gewinn und Verlust: Entscheidungsfindung in der Frühen Neuzeit 186

Anne Hasselmann

HT 2014: Von der Sowjetunion lernen? Der gesellschaftliche Umgang mit Veteranen des Sowjetisch-Afghanischen Krieges 192

Niels F. May

HT 2014: Fürstliche Verlierer? Europäische Monarch(i)en zwischen Niedergang und Behauptung im 19. Jahrhundert 199

Stefan Thierfelder

HT 2014: Vertreibungen und Zwangsmigrationen im 20. Jahrhundert: Gewinner und Verlierer im deutsch-polnischen Kontext 207

Daniel Ristau

HT 2014: Vom Verlust als Erfolg erzählen: Erfahrungen und Wahrnehmungen jüdischer Migrationsbewegungen im 20. Jahrhundert 214

<i>Alva Bonaker</i>	
HT 2014: Making Winners? Transforming Individuals through Education in Colonial and Post-Colonial Contexts	221
<i>Birte Meinschien, Arvid von Bassi</i>	
HT 2014: Der deutsche Historikerverband im interdisziplinären Vergleich	227
<i>Janosch Steuwer</i>	
HT 2014: Lebensraum und Volksgemeinschaft	235
<i>Jan Logemann</i>	
HT 2014: Viele Verlierer, wenige Gewinner? Staatsverschuldung als Geschichte wert- und zweckrationalen Handelns in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts . .	242
<i>Reinhild Kreis</i>	
HT 2014: Gewinner und Verlierer „Nach dem Boom“ in Westeuropa	249
<i>Stephan Köhler</i>	
HT 2014: Reich ist, wer Geld hat? Ökonomischer Gewinn und Verlust im Blick von Zeitgenossen und Forschung .	255
<i>Arne Hordt</i>	
HT 2014: Ein verlorenes Jahrzehnt? Die 1970er-Jahre in Frankreich und Großbritannien	263
<i>Mirjam Höfner</i>	
HT 2014: Siege und Niederlagen, Irrtümer und Erkenntnisse. 30 Jahre Geschlechtergeschichte. Eine Bilanz	270
<i>Senta Herkle</i>	
HT 2014: Aus der Niederlage lernen? Archivische Überlieferungsbildung, Sammlungsaktivitäten und Erinnerungskultur in der Weimarer Republik	278
<i>Tobias Becker</i>	
HT 2014: ‚The Winner Takes It All‘. Popgeschichtliche Narrative des 20. Jahrhunderts zwischen Ausbeutung und Emanzipation	285
<i>Andreas Lutsch</i>	
HT 2014: Die Friedensbewegung in der geschichtswissenschaftlichen Kontroverse	291

<i>Guido Fischer, Marlene Friedrich, Stephanie Nowitzki</i>	
HT 2014: „Sicherheit und Geheimnis in der Demokratie“. Geheimdienste in der Bundesrepublik seit 1945 im transatlantischen Kontext	298
<i>Marcus Böick</i>	
HT 2014: Unter deutsch-deutschen Dächern. Die Eigentumsfrage im Spannungsfeld zwischen Aneignung, Enteignung und „Wiedergutmachung“ vor und nach 1989 .	304
<i>Christine Krüger</i>	
HT 2014: Kinder des Krieges als Mittler zwischen Verlierern und Gewinnern in europäischen Nachkriegsgesellschaften	312
<i>Christina Morina</i>	
HT 2014: Herrschaft und ihre Mittlerinstanzen. Lokale Administrationen und Akteure in den im Zweiten Weltkrieg von der Wehrmacht besetzten Gebieten	318
<i>Thomas Kasper</i>	
HT 2014: Verlorenes und Gewonnenes. Geschlechterverhältnisse und der Wandel des Politischen in der ‚langen Geschichte der Wende‘ in Ostdeutschland 1980 bis 2000 .	325
Register	333
Autorinnen und Autoren der Beiträge	333

Vorwort

Unter dem Motto „Gewinner und Verlierer“ fand vom 23. bis 26. September 2014 in Göttingen der 50. Deutsche Historikertag statt. Wie jedes Mal hat H-Soz-Kult das Ereignis als Medienpartner begleitet. Um die wissenschaftliche Diskussion, die in den über 70 Sektionen geführt wurde zu dokumentieren und der breiten Fachöffentlichkeit bekannt zu machen, hat die Redaktion von H-Soz-Kult wieder zahlreiche Berichte über die Veranstaltung eingeworben. Diese Texte wurden in den vergangenen Monaten über die H-Soz-Kult Mailingliste und die Webseite veröffentlicht. In Zusammenarbeit mit den Veranstaltern der Sektionen konnten wir viele Autorinnen und Autoren gewinnen, die in ihren Berichten die Ergebnisse einzelner Sektionen dokumentieren, sie in einen größeren Kontext stellen oder kritisch analysieren. Wir freuen uns besonders, dass wir zusätzlich einige Querschnittsberichte anstoßen konnten, die die Sektionsberichte nicht nur ergänzen, sondern darüber hinaus epochale oder thematische Zugänge mehrerer Sektionen in den Blick nehmen und so übergreifende Fragestellungen sichtbar machen.

Wir danken allen Autorinnen und Autoren, Beteiligten und Unterstützern und natürlich den Veranstaltern und Organisatoren des Historikertags für die hervorragende Unterstützung und Mitarbeit.

Für die H-Soz-Kult Redaktion

Thomas Meyer und Claudia Prinz

Querschnittsberichte

Alte Geschichte

von Lennart Gilhaus und Jennifer Juliane Stracke

Besprochene Sektionen:

Verlierer in der „Konkurrenz unter Anwesenden“. Agonalität in der politischen Kultur des antiken Rom

Veni, vidi, vici. (Re)präsentation von Sieghaftigkeit in der Antike

Institutionalisierung von Konkurrenz im archaischen Griechenland

Vorbemerkungen

„Immer schreibt der Sieger die Geschichte des Besiegten.“ Dieser Aphorismus Berthold Brechts hat zwar sicher keine unumschränkte Gültigkeit, bewahrheitet sich aber gerade für die quellenarme Epoche der Antike immer wieder. So ist es insbesondere für die altertumswissenschaftliche Forschung sehr schwer, die „Verlierer“ überhaupt in den Blick zu nehmen. Das Oberthema „Gewinner und Verlier“, das sich der 50. Historikertag gesetzt hatte, bot also die Möglichkeit, durch die Betrachtung von Misserfolg und Scheitern die Funktionsweise antiker politischer und gesellschaftlicher Strukturen neu zu betrachten und damit auch alte Positionen zu überdenken. Der Querschnittsbericht will zeigen, inwiefern in den drei althistorischen Sektionen ein Perspektivwechsel vollzogen wurde und sich aus den Sektionen, die der Historikertag 2014 präsentierte, neue Forschungstrends ableiten lassen.

Überblick über die Sektionen

Die von Karl-Joachim Hölkeskamp (Köln) geleitete Sektion „Verlierer in der ‚Konkurrenz unter Anwesenden‘. Agonalität in der politischen Kultur des antiken Rom“ fügt sich in eine nun mehr als 25 Jahre intensive Erforschung der politischen Kultur der römischen Republik und des frühen Prinzipats ein, zu der alle Vortragenden maßgebliche Beiträge beigesteuert haben. Entsprechend stellte KARL-JOACHIM HÖLKESKAMP in seiner Einführung die von der „Neuen Politikgeschichte“ herausgearbeiteten Merkmale der politischen Kultur Roms zunächst kurz vor. Als zentral stellte er dabei das Prinzip der jährlichen Wahlen zur Reproduktion von Status und Rang heraus, das zwangsläufig Wahl-

Alte Geschichte

Verlierer produzierte, zumal bis in die späte Republik kaum alternative Möglichkeiten zur Erlangung von symbolischem Kapital geschaffen wurden. Vor diesem Hintergrund wäre daher zu fragen, wie Verlieren akzeptabel gemacht wurde, etwa durch die Annuität der Ämter, die Erhöhung von Stellenzahlen (etwa bei der Prätur) und die Möglichkeit zur mehrfachen Bewerbung ohne Gesichtsverlust. Daneben betonte er auch die Wichtigkeit, das Aufkommen alternativer Karrieremuster in der späten Republik und der frühen Kaiserzeit genauer zu erforschen.

HANS BECK (Montreal) griff in seinen Vortrag zunächst die Bedingungen der politischen Konkurrenz nach dem Hannibalkrieg auf. In dieser Zeit sei erstmals eine Einschärfung von Regeln zur Besetzung der *honores* festzustellen, die Wettbewerbsgleichheit zwischen den *nobiles* herstellen sollte. Damit reagierte der Senat auf einen erhöhten Druck von Bewerbern, deren Zahl in den 190er- und 180er-Jahren deutlich zugenommen hatte. Allerdings hätten diese Maßnahmen nur kurzfristig Erfolg gezeitigt, weil aufgrund der zunehmenden ökonomischen Diversifikation der senatorischen Elite und des individuellen Wettbewerbsdenkens Ausnahmeregelungen bald (wieder) deutlich zunahmen.

Die Entstehung konkurrierender Felder der Distinktion neben der politischen Karriere in der späten Republik und dem frühen Prinzipat nahm ELKE STEIN-HÖLKESKAMP (Duisburg-Essen / Siegen) in den Blick. Schon in den ausgehenden Jahren der Republik gab es Senatoren, die ganz auf eine Karriere verzichteten oder ihre Karriere abbrachen und sich so der politischen Konkurrenz entzogen. Unter anderem die Tätigkeiten als Redner oder als Literat entstanden in dieser Zeit als akzeptable Lebensmodelle und neue Handlungsfelder, die durch volatile Hierarchien gekennzeichnet waren und in denen Leistung und Rang nicht direkt messbar waren, sodass Niederlagen im Gegensatz zum politischen Feld nicht unmittelbar sichtbar wurden.

ANDREAS KLINGENBERG (Köln) betonte in seinem Vortrag hingegen das Festhalten an der hergebrachten Rangordnung der senatorischen Elite im Prinzipat, führte dann aber aus, dass die Bedingungen aristokratischer Konkurrenz sich unter den Voraussetzungen der Kaiserzeit aber deutlich veränderten. So bildete der *populus* nicht mehr den neutralen Raum der Entscheidung über die Ämtervergabe, sondern Personalentscheidungen wurden im zunehmenden Maße im Senat und

vom Kaiser selbst getroffen. Unter diesen Voraussetzungen nahmen die von Elke Stein-Hölkeskamp beschriebenen Kompensationsbemühungen und alternativen Lebensmodelle gerade in der frühen Kaiserzeit in erheblichem Maße zu.

In seinem Kommentar zu den Vorträgen hob MARTIN JEHNE (Dresden) zunächst die Probleme bei der Auseinandersetzung mit „Wahlverlierern“ hervor. So seien einmalige Verlierer bei Wahlen in der Republik durchaus gut fassbar, Aussteiger, Karriereabbrecher und andere Persönlichkeiten, die sich nicht (mehr) der Wahl-Konkurrenz aussetzen wollten, aber nur in sehr begrenztem Maße. Dementsprechend sei es eine offene Frage, wie viele Bewerber einen zweiten oder gar dritten Anlauf auf den Konsulat wagten, wie viele Senatoren sich gar nicht erst versuchten den Konsulat zu erreichen und ob Senatoren häufig ihre Karriere vorzeitig beendeten. Die Aussteiger, deren Zahl vermutlich unter der sich verschärfenden Konkurrenz des ersten Jahrhunderts v. Chr. deutlich zunahm, wertete EGON FLAIG (Rostock) als Grund für die Entstehung neuer Handlungsmuster. Wie schon Pierre Bourdieu betont habe, seien diese als innovativer Sektor der Gesellschaft zu werten, da sie aufgrund ihres Scheiterns gezwungen seien, ihre bisherigen Handlungsmuster zu verändern und zu hinterfragen, um in ein neues Sinnsystem einzutreten. Gerade durch Verlierer könne Devianz zur Alternative werden.

Die zweite Sektion „Veni, vidi, vici. (Re)präsentation von Sieghaftigkeit in der Antike“ unter Leitung von Volker Menze (Budapest) befasste sich mit der Erinnerungs- bzw. Darstellungskultur herrschender Personen antiker Gesellschaften hinsichtlich ihrer Siege (und Niederlagen) in einem vom Hellenismus bis zur Spätantike reichenden Zeitraum. Den dazugehörigen Leitfragen nach Gemeinsamkeiten und Unterschieden in der (Selbst-)Darstellung des Siegers und der Präsentation der Sieghaftigkeit sowie nach übergreifenden Konzepten in dieser Darstellung näherten sich die Vortragenden auf unterschiedlichen Wegen; auch wurde Wert darauf gelegt, neben Schriftquellen auch die Archäologie, Numismatik, Epigraphik und Papyrologie miteinzubeziehen.

VOLKER MENZE begann die Sektion mit einem einführenden Vortrag zum Thema „Staat, Regierung, Repräsentation und Akzeptanz. Einleitung zur aktuellen Forschungsdiskussion“. Hierbei ging es vor

Alte Geschichte

allem um die Darstellung von Sieghaftigkeit als Legitimation und inwiefern der persönliche Erfolg für Herrscher der Antike maßgeblich war. Diese Repräsentation zielte auf einen Dialog mit dem Volk, in dem auch etwaige Niederlagen als erfolgreich vermittelt werden mussten (bspw. im Fall von Ramses II. oder Domitian). Dabei handelte es sich bei den Adressaten keineswegs um eine homogene Gruppe, unterschiedliche Bedürfnisse galt es zu beachten, unterschiedliche normative Systeme zu bedenken. Auch die Außenwelt war von Belang, so war etwa die Wirkung auf Verbündete nicht unerheblich. Die dem engeren Kreis zugehörigen *philoï* oder *amici* waren zwar an den Autokraten gebunden, mussten von ihm jedoch auch eingebunden werden. Elementar waren auch die Fragen nach Kriegen oder nach dem Umgang mit Besiegten.

GREGOR WEBER (Augsburg) setzte in seinem Beitrag „Siegen, Verlieren, Kompensieren. Darstellungsmodi von Sieghaftigkeit und Misserfolg im frühen Hellenismus“ den Schwerpunkt auf die rituelle und monumentale Repräsentation von Siegen und Erfolgen unter Einbeziehung von drei zentralen Aspekten: das Verhalten des Siegers, das Verhältnis von Sieg und Sieghaftigkeit zueinander sowie die jeweiligen Darstellungsmodi. Weber kam zu dem Schluss, dass die Darstellung sowohl von Sieghaftigkeit als auch von Einzelsiegen nicht so bedeutend war wie der Euergetismus des Monarchen. Auch bedeutete eine Niederlage nicht unbedingt das Ende der Ambitionen; die Kompensation erfolgte durch die Anbindung an die aktuelle Tradition sowie die Besinnung auf vergangene Erfolge. In beiden Fällen – ob nun Sieg oder Niederlage – handelte es sich um eine Inszenierung für den eigenen Anhang. Unterlegene Gegner konnten wechseln, ebenso aber auch die Kommunikationsformen.

STEFAN PFEIFFER (Halle-Wittenberg) stellte in seinem Beitrag „...nachdem er sich den gesamten Rest bis nach Baktrien untertan gemacht hat“. Ptolemaios III. und die Rückeroberung des Alexanderreiches“ ein Beispiel für Sieghaftigkeit im Kontext mit Legitimationsstrategien der hellenistischen Herrscher vor. Dabei stellte er heraus, dass die Selbstinszenierung des Königs mit Attributen des Herakles oder mittels Ehrendekreten nicht primär auf dessen militärische Leistung abzielte, sondern vielmehr die dynastische Herkunft, die Abstammung von Dionysos und Herakles sowie die Wohltätigkeit maßgeblich waren.

Im Beitrag von SANDRA SCHEUBLE-REITER (Halle-Wittenberg) stand das militärische Verdienst der Feldherren im Mittelpunkt. Dargelegt wurde hier das Verhältnis von Augustus zu seinen erfolgreichen Feldherren, die im römischen Reich, in dem der persönliche militärische Erfolg zur Legitimation erheblich beitrug, dem *princeps* durchaus politisch gefährlich werden konnten. Scheuble-Reiter legte hier das Augenmerk auf die Vorgehensweise des Augustus, um die *dignitas* der Sieger im Felde nicht zu beschneiden, sie aber zeitgleich auf seine eigene Person zu projizieren.

MATTHIAS HAAKE (Münster) widmete sich dem Thema „Siegreiche Kaiser und kaiserliche Sieghaftigkeit. Die Siegesinszenierung siegreicher Kaiser zwischen konkretem Ereignis und ontologischem Zustand im 3. Jh. n.Chr.“ Im Gegensatz zum vorherigen Beitrag lag hier der Schwerpunkt auf der Zentralität von Sieg und Sieghaftigkeit des *princeps*, sichtbar anhand von Bauwerken und langen Inschriften, die die Triumphe aufzählten, die auch eine Hierarchie innerhalb der Tetrarchie deutlich machten.

Den Abschluss bildete VOLKER MENZE mit seinem Beitrag zu einer religiösen Komponente von Sieghaftigkeit: „In hoc signo victor eris. Die Christianisierung des Sieges in der Spätantike“. Hier ging es um den Kaiser als christlichen Feldherrn. Der Bezug auf Gottes Unterstützung der Herrschaft wurde durch die Christianisierung vorangetrieben und ließ selbst Christus am Kreuz zum Symbol für Sieghaftigkeit erscheinen. Militärdienst und Christsein empfand Tertullian zwar noch als gegensätzlich, Augustinus und Johannes Chrysostomos betrachteten den Krieg auf Gottes Befehl hin jedoch als legitim.

Durch den großen Zeitraum der betrachteten Systeme, die auf unterschiedlichen gesellschaftlichen Voraussetzungen basierten, konnten Beständigkeit und Wandel in der Darstellung von Sieg und Sieghaftigkeit eingehend betrachtet und analysiert werden.

Die dritte Sektion (unter Leitung von Gunnar Seelentag (Frankfurt am Main) und Jan B. Meister (Berlin)) mit dem Obertitel „Institutionalisierung von Konkurrenz im archaischen Griechenland“ beleuchtete eingehend den Aspekt der Rivalität um Sieghaftigkeit auf verschiedenen Feldern.

Den ersten Vortrag hielt GUNNAR SEELENTAG über „Gewinn und

Alte Geschichte

Verlust im ‚Spiel‘ um die Macht. Ämter als kontrollierte Prominenzrollen in der Archaik“, der sich vor allem anhand von Inschriften der Frage nach Institutionalisierungsprozessen und der gesetzlichen Regulierung widmete. So zeigten Inschriften die Beschränkungen der persönlichen Macht der handelnden Akteure, die Auferlegung von Pflichten und Zuständigkeiten sowie eine Konturierung des Aufgabenbereiches. Dass die übernommenen Aufgaben erfüllt bzw. die Kompetenzen nicht überschritten wurden, wurde unter anderem durch eine breitere Teilhabe der Mitglieder des *demos* kontrolliert, der hier als „dritte Instanz“ zur Konkurrenz der elitären Entscheider fungierte. Seelentag sah hier die eindeutige Tendenz zur partizipatorischen Konkurrenz, die der positionellen vorgezogen wurde; letztere konnte vorteilhafter für das einzelne Individuum sein, brachte jedoch den Nachteil mit sich, dass im Falle einer Niederlage diese auch von Dauer sein konnte. Fand die Konkurrenz stattdessen innerhalb bestimmter Regeln und Bedingungen statt, begrenzte dies zwar den eigenen Vorteil, schuf aber auch die Möglichkeit der Teilhabe für einen größeren Personenkreis. Langfristig führte diese Form der Konkurrenz, so Seelentag, zu kollektiv besseren Ergebnissen.

Dem Aspekt des Scheiterns in Konkurrenzsituationen widmete sich JAN B. MEISTER mit seinem Vortrag „Schlechte Verlierer? Devianz als Strategie archaischer Eliten“; anhand der Episode um den Athener Hippokleides, der im Wettkampf um die Tochter des Tyrannen Kleisthenes von Sikyon unterlag und daraufhin der Niederlage die Anerkennung verweigerte („Das kümmert Hippokleides nicht“) baute er die These auf, dass es Konkurrenz auf verschiedenen Feldern gab, die keiner Hierarchie unterlagen und somit gegeneinander ausgespielt werden konnten. Der Ehrgeiz der epischen Heroen, überall der Beste zu sein, war aufgrund seiner Unerreichbarkeit zum Scheitern verurteilt; unterschiedliche Felder der Konkurrenz erlaubten jedoch den Versuch der Kompensation bzw. die Abwertung des Feldes, in dem man unterlegen war. Diese Geltungskonkurrenz förderte, so Meister, deviantes Verhalten, da die Formen der Konkurrenz in diesen Feldern nicht fest institutionalisiert waren.

TANJA ITGENSHORST (Reims) betrachtete in ihrem Vortrag „Gewinner im Geiste. Die politischen Denker der archaischen Zeit“ die agonale Grundhaltung der Denker, die Merkmale politischen Denkens

und das recht ambivalente Verhältnis zur Gesellschaft, zu der sie einerseits gehörten, und andererseits distanziert gegenüberstanden. Dabei spielte die Eigendarstellung als Gewinner gegenüber Konkurrenten eine wesentliche Rolle. Niederlagen im intellektuellen Bereich galt es zu überdecken, aber gerade durch die fehlende Institutionalisierung der Konkurrenz auf diesem Feld war dies möglich.

Der Frage nach Sieg und Niederlage und ihren archäologischen Belegen in Gräbern ging ADAM RABINOWITZ (Austin) in seinem Beitrag „Winners in This World or the Next? Burials and Political History in Late Archaic Sicily and South Italy“ nach. Er setzte Grabfunde aus Taras und Himera in Verbindung zur politischen Ereignisgeschichte und stellte die Divergenzen heraus. So ließen die Grabfunde auf ein erfolgreiches Mitglied der lokalen Elite schließen, was jedoch in politischer Hinsicht nicht den realen Begebenheiten entsprach. Stattdessen spiegelten die Grabbeigaben den Erfolg im sportlichen Bereich wider; so war eine Darstellung als Sieger trotz der politischen Niederlage möglich.

ELKE STEIN-HÖLKESKAMP (Duisburg-Essen / Siegen) fasste die Sektion abschließend zusammen und kommentierte die einzelnen Beiträge. Sie betonte, dass es sich bei der Archaik um eine dynamische Epoche und nicht nur einfach um die Vorgeschichte der klassischen Zeit handelte. So könnten auch die Formen und Felder von Konkurrenz nicht einheitlich zusammengefasst, geschweige denn hierarchisiert werden. Auch die Frage nach der Elite und den Bedingungen der Zugehörigkeit zu einer solchen wurde hier noch einmal diskutiert. Dem materiellen Reichtum kam eine wichtige Rolle zu, der aber nur notwendige Bedingung für die Zugehörigkeit zur Elite war. Entscheidend blieb der Einsatz des ökonomischen Kapitals auf den verschiedenen Feldern der Konkurrenz. Festzuhalten ist, dass in dieser Sektion durch den Fokus auf Geltungskonkurrenz und die Institutionalisierungsmechanismen eine neue Perspektive auf die Archaik ermöglicht wurde.

Neue Forschungstrends?

Die drei althistorischen Sektionen umfassten einen Zeitraum von der griechischen Archaik bis zur Spätantike und konzentrierten sich vor allem auf die (Re-)Produktion von Status und die Legitimation der herrschenden Personen. Damit knüpften alle Sektionen an Diskussionen

Alte Geschichte

der „Neuen Politikgeschichte“ an, welche die sozialen und kulturellen Bedingungen politischen Handelns in den Fokus ihres Interesses genommen hat. Während diese Forschungsrichtung in der Alten Geschichte insbesondere anhand der Römischen Republik ausgearbeitet wurde, wurde die griechische Archaik in den letzten Jahren von der Forschung eher vernachlässigt. Insbesondere wurden in den Sektionen die Kriterien der Zugehörigkeit zur Elite und der Umgang mit Misserfolg diskutiert. Die unterschiedlichen Beiträge stellten heraus, dass die Eliten und Herrscher zu jeder Zeit darum bemüht waren, ihre Sieghaftigkeit herauszustellen, gleichzeitig aber auch Niederlagen erträglich zu machen. Allerdings lassen sich zu allen Zeiten, insbesondere unter politisch instabilen Verhältnissen, auch deviante Verhaltensweisen feststellen, mit denen man sich der Konkurrenz und damit möglichen Misserfolgen entziehen wollte. Gerade diese „Verlierer“ seien damit auch Motor für die Veränderung der Verhaltensweisen gewesen, wenn weitere Personen ihrem Vorbild folgten. Misserfolg setzt Herrscher und Mitglieder von Eliten also im besonderen Maße unter Druck, die institutionalisierten Handlungsmuster zu überdenken und lässt damit die konstruierenden Merkmale des Habitus umso deutlicher hervortreten. Diese Betrachtungsweise ermöglicht auch dem modernen Forscher, die politische Kultur antiker Gesellschaften genauer zu analysieren.

Eine neue Forschungsrichtung ließ sich in den althistorischen Beiträgen des 50. Historikertages nicht fassen. Vielmehr wurde ein mittlerweile gut etablierter Forschungstrend fortgesetzt und dabei zeitlich und thematisch ausgeweitet. Der Blick auf Verlieren und Misserfolg machte insbesondere auf die Ambivalenzen der politischen Kultur(en) und ihre Wandelbarkeit aufmerksam. Inwiefern sich dieser Trend fortsetzen wird, ist nicht absehbar, doch zeigte sich, dass die „Neue Politikgeschichte“ noch immer Innovationspotential bietet.

Mittelalterliche Geschichte

von Jörg Bölling

Besprochene Sektionen:

Gewinner und Verlierer im Normenwandel? Spätmittelalterliche Praktiken der Güterwegnahme an Land und auf See im Vergleich

Aufstieg und Fall frühmittelalterlicher Warlords

Reich ist, wer Geld hat? Ökonomischer Gewinn und Verlust im Blick von Zeitgenossen und Forschung

„Gewinner“ in der Kritik. „Verlierer“ ernten Lob. Jenseits der Panegyrik des „guten Herrschers“ in der hochmittelalterlichen Chronistik

AND THE WINNER TAKES IT ALL? Gewinnen und Verlieren an den europäischen Höfen des Mittelalters

Räuber und Piraten, Krieger und Kriegsherren, Banken-Boom und Hanse-Handel, Verliererlob und Herrscherkritik, Interessen und Intrigen bei Hofe - die Mittelalter-Sektionen des in Göttingen abgehaltenen 50. Historikertages boten facettenreiche Beiträge. Doch das diesmalige Oberthema, „Gewinner und Verlierer“, prägte weniger die Forschungsgegenstände als vielmehr die Fragestellungen der verschiedenen Mittelalter-Sektionen.

Die von MICHAEL JUCKER (Luzern) und GREGOR ROHMANN (Frankfurt am Main) organisierte Sektion „Gewinner und Verlierer im Normenwandel? Spätmittelalterliche Praktiken der Güterwegnahme an Land und auf See im Vergleich“ hob die traditionelle Frage nach materiellem Gewinn und Verlust bestimmter beteiligter Akteure auf ein neues Niveau.

Wie Moderator JAN RÜDIGER (Basel) eingangs bemerkte, ging es gerade nicht darum, „wer wem“ etwas entwendet haben mag, sondern um die gewandelte Beurteilung der „Güterappropriation“. Der Vergleich zwischen Land und See ließ diese Sektion dabei zusätzlich an Konturen schärfe gewinnen. GREGOR ROHMANN (Frankfurt am Main/Köln) hob überzeugend hervor, das Kaperrecht habe nur dem Souverän zugestanden, dessen sich die gleichsam fehdeberechtigten Kaufleute mit der Zeit bemächtigt hätten. Kennzeichnend für das Spätmittelalter sei – im Unterschied zu antiken und mittelalterlichen Begriffsbildungen – ein

Mittelalterliche Geschichte

ausgeprägter Rechtspluralismus („legal pluralism“) gewesen. MICHAEL JUCKER (Luzern) betonte die Bedeutung des faktischen Ressourcentransfers gegenüber fehlenden Normen, wie sie später die Haager Konvention bieten sollte, jedoch auch Tabus gegenüber Kirchen und deren Gütern und Angehörigen, verbunden mit einer „göttlichen Drohkulisse“ angesichts „schwacher Herrscher“, nicht zuletzt durch Heilige. Die von Jucker beobachteten Beispiele der Tabuisierung von deren Reliquien ergänzen überzeugend die von Patrick Geary behandelten „Furta scara“. Juckers Gegenbeispiel der Eroberung Konstantinopels im Jahre 1204 bestätigte letztlich nur die bereits aufgestellte These vom Rechtspluralismus. Seine Feststellung, akkumuliertes Raubgut habe oft nicht weiter distribuiert und damit auch nicht kommodifiziert werden können, spricht für die von ihm beobachtete symbolische Dimension vieler Aktionen, zu deren Analyse er insbesondere auf Arjun Appadurai, Wim van Binsbergen und Pierre Bourdieu verwies.

BASTIAN WALTER-BOGEDAIN (Wuppertal) stellte sein laufendes Habilitationsprojekt zum „rex captivus“ an zwei Beispielen vor: der Gefangennahme Johanns des Guten in der Schlacht von Poitiers (19. September 1356) und der Franz' I. in der Schlacht von Pavia (24. Februar 1525). Das Reich erschien daraufhin jeweils – völlig ungewohnt – „acephalum“, kopflos. Von Königen wurde zwar die Teilnahme auf dem Schlachtfeld erwartet, und Abbildungen lassen sie dort (auf der Darstellungsebene) eigens mit Kronen erscheinen (die sie auf der dargestellten Handlungsebene freilich nie getragen haben). Gleichwohl sei es nicht üblich gewesen, einen König gefangen zu nehmen oder gar zu töten. Allenfalls Waffenrock und Helm wurden, etwa im Fall Johanns des Guten, als dezidiert erkennbar königliche Beute mitgeführt, sofern der König nicht von sich aus – wie noch im 19. Jahrhundert üblich – kapituliert und wie ein Schuldner dem Gläubiger Waffen oder Handschuhe übergeben hatte. Auf dieser symbolischen Ebene tauschten Gewinner und Verlierer bei den gezeigten Beispielen die Rollen.

STEFAN XENAKIS (Gießen) stellte aus dem Projekt „Gewaltgemeinschaften“ als Beispiel die Verhandlungen um eine Beutenahme in Schwäbisch Gmünd aus dem Jahre 1519 vor. Im Anschluss an seine Dissertation konnte er aufzeigen, dass selbst unkontrolliertes Plündern von den Obrigkeiten in Kauf genommen wurde, wenn diese den nötigen

Sold nicht auszahlen konnten. Der Kontrolle unterworfen war jedoch offenbar, wer plünderte: Oft entschied das Los. Umgekehrt verzichteten bereits saturierte Söldner auf weitere Kriegszüge samt dem dafür vereinbarten Lohn. Neben dem regulierten Plündern zeigte der Vortragende als Alternative die Schatzung, die Erpressung von Gütern – oder auch Gefangenen – unter Androhung zerstörerischer Gewalt vor. Doch nicht alle Vermittlungsversuche waren erfolgreich, so dass am Ende einmal mehr angewandte Gewalt über die faktischen Gewinner und Verlierer entschied.

Den im Sektionsuntertitel anklingenden Vergleich von See und Land zeigte PHILIPP HÖHN (Saarbrücken/Frankfurt am Main) am Beispiel kaufmännischer Konfliktaustragungen im Hanseraum auf. Die See erschien dabei keineswegs als rechtsfreier Raum, wie noch Carl Schmitt meinte. Statt auf offener See ereigneten sich Überfälle offenbar eher „im Küstengebiet oder auf Pässen“. Wiederum galt als Gewinner, wer sein Recht durchsetzen konnte – allerdings unter „Aktivierung des sozialen Umfeldes“, Beachtung geltender Normen und Einsatz von Gewalt nur als ultima ratio. Die im Vortragstitel gestellte Frage „Konsens durch Konfrontation?“ konnte somit zu Recht bejaht werden – allerdings nicht im Sinne unüberlegter Angriffslust, sondern als „Strategie“.

Nach diesem Übergang zwischen Land und Meer widmete sich NICOLAI CLARUS (Hamburg) nun dezidiert der See. Er beleuchtete den Fall des in England als „Soldkämpfer“ angeworbenen Bartholomäus Voet. Dieser um die Mitte des 15. Jahrhunderts in Diensten Lübecks stehende Auslieger führte den Ergebnissen von Clarus zufolge das Kaperwesen erstmals effizient und als „legitimes Mittel der Fehdeführung in den Hansestädten“ ein. Davon profitierte er oftmals als Gewinner, handelte sich aber mit seinem Gefolge auch den Ruf des Unrechtmäßigen ein, somit den eines moralischen Verlierers. Der in der zeitgenössischen Chronistik verwendete Begriff „Vitalienbrüder“ sollte diesen Zusammenhang in ablehnender Tendenz verdeutlichen, freilich ohne dadurch gleich den dauerhaften und medienwirksamen Ruhm eines Störtebeker zu begründen.

Der resümierende Kommentar von CHRISTINE REINLE (Gießen) warf auch einige interessante neue Fragen auf, an die sich eine anregende Diskussion anschließen konnte. Das Meer kann demnach nicht als

Mittelalterliche Geschichte

rechtsfreier Raum gelten, Schädigung – nicht zuletzt des symbolischen Kapitals – spielte offenbar eine größere Rolle als Tötung, die Sache selbst war entscheidender als die geschädigte Person, wobei Kaufleute eine Art „Mitunternehmerschaft“ (Peter Moraw) königlicher Beamten „auf Zeit“ übernehmen konnten. Seeraub schien einerseits weitaus lukrativer als Fehdeführung, doch konnten Dörfer oft mehrere Male geplündert werden. Lösegelder spielten symbolisch wie ökonomisch eine Rolle. Das außergewöhnliche Beispiel eines erbeuteten Altares bei Rohmann relativiere die sonst vorherrschende Tabuisierung sakraler Gegenstände. Erlangte Fahnen und Wimpel mögen als Beute oder auch zum bloßen Recycling verwendet worden sein. Neben den behandelten Geiseln, so Reinle, könnte die Einbeziehung von Sklaven das Blickfeld weiten.

Die Sektion überzeugte in ihrer Gesamtkonzeption wie auch in ihren Einzelvorträgen, indem die für sich gesehen mitunter traditionell anmutende Frage nach Gewinnern und Verlierern innovativ auf bisher weniger beachtete Akteure und Vermittler, Verfahren und Strategien sowie – vielfach symbolisch aufgeladene – Eigen- und Fremdzuschreibungen überaus gewinnbringend angewandt wurde.

Fokussieren traditionelle Ansätze den Übergang von der Antike zum Mittelalter meist von einer der beiden Epochen aus, um den „Aufstieg und Niedergang“ bestimmter, als jeweils maßgeblich erachteter Herrschafts- und Kulturformen in den Blick zu nehmen, so war die Sektion „Aufstieg und Fall frühmittelalterlicher Warlords“ einem frühmittelalterlichen Phänomen gewidmet, das sich dem Bedeutungs- und Machtverlust des Imperium Romanum verdankte. „Warlords“, aus eigenem Antrieb Krieg führende Machthaber, lassen sich weder mit spätantiken noch mit frühmittelalterlichen Herrschern gleichsetzen, auch wenn diese in Quellen mitunter gleichlautende oder ähnliche Bezeichnungen tragen. Vor diesem Hintergrund zog MATTHIAS BECHER (Bonn) in seiner Einführung zu Recht einen Vergleich zwischen gescheiterten Staaten des 20. Jahrhunderts, in deren Kontext der Begriff des „Warlord“ meist Verwendung findet, und dem Imperium Romanum. Mit Hilfe dieses Forschungsbegriffs sollten auch neue Fragen an die Quellen gestellt werden können.

GUIDO BERNDT (Erlangen/Nürnberg) konnte zeigen, dass das Phänomen des „Warlord“ in der Regel nur auf einen Lebensabschnitt

bestimmter Anführer zutrifft, die dadurch aber oftmals zu einer erfolgreichen dauerhaften Herrschaft gefunden hätten. Dabei wurde auch deutlich, dass Quellenbegriffe wie „*phylarchoi*“ keine wirklich anerkannte Führungselite bezeichneten. Als Beispiele dienten ihm drei besonders prominente Persönlichkeiten, die jeweils Hunnen, Franken und Langobarden anführten: Attila, Childerich und Alboin. Berndts vordergründig ernüchternd erscheinendes Resümee, dass sich „kein idealtypischer Warlord“ habe ausfindig machen lassen, bestätigte indirekt letztlich nur, dass dieser Begriff sich gerade deshalb zur Analyse bisher unbeachteter Phänomene eignete.

Den Quellenbegriffen selbst wandte sich daraufhin LAURY SARTI (Berlin) zu, indem sie nach deren tatsächlicher Verwendung zur Bezeichnung einer „Militärelite im nachrömerzeitlichen Gallien“ fragte und vergleichend archäologische Funde hinzuzog. Neben den im Vortragstitel genannten *duces*, *antrustiones* und *bellatores* widmete sie sich weiteren verwandten Begriffen und ordnete sie nach möglichen Rangstufen vier Gruppen zu: Mit den *duces* bildeten demnach die *comites* und *patricii* den höchsten Rang, gefolgt von *antrustiones* und *convivae regis*, die sie mit Ringschwertgräbern in Zusammenhang brachte, dann elitären *Franci* und *leudes*, schließlich *armigeri*, *bellatores*, *proliatores* und *pugnatores*, die mit aufgefundenen reichen Gräbern zu korrespondieren scheinen. Als Fazit zog sie jedoch, dass die Grenzen der frühmittelalterlichen Elite letztlich unscharf geblieben seien – und dies möglicherweise nicht nur in sprachlicher Hinsicht, sondern in Form einer gewissen sozialen „Durchlässigkeit“. Diese Schlussfolgerung entsprach auf einer breiteren gesellschaftlichen Basis Berndts Befund bei den hochrangigen Heerführern: Es gab offenbar nicht nur „Verstetigungen“ von erfolgreichen „Warlords“, sondern insgesamt eine größere soziale Mobilität.

Von der sozialen zur räumlichen Mobilität hin weitete MATTHIAS HARDT (Leipzig) das Blickfeld. Um der Entstehung des slawischen Kulturraums nachzugehen, widmete er sich sechs konkreten Persönlichkeiten des 6. bis 10. Jahrhunderts: Chilbud, Hildigis, Samo, Woynimir, Pribina und Wichmann dem Jüngeren. Diese verband bei allen Unterschieden in Zeit und Raum, Zielen und Möglichkeiten des Handelns der gemeinsame Wunsch, Slawen zu werden. Die in der Forschung

Mittelalterliche Geschichte

umstrittene Frage nach Migration oder Konstruktion beantwortete er mit dem Kompromissvorschlag, beides träfe zu. Hardt hob zu Recht hervor, dass das militärische Engagement über das der eher eigennützigen neueren „Warlords“ hinausgegangen sei und zur Genese der „Slawen“ beigetragen habe. Dieser Befund deckte sich letztlich wiederum mit dem Ergebnis Berndts, dass die Tätigkeit eines erfolgreichen „Warlord“ verstetigt werden konnte – nur dass es im Falle der Slawen um ein größeres Kollektiv ging.

Die anschließende Diskussion rankte sich vor allem um den Begriff des „Warlord“. Kritisiert wurde die negativ-kriegerische Konnotation, die nicht durchgehend für alle behandelten Persönlichkeiten Gültigkeit besitze, wohl aber etwa für Karl den Großen, Fehdeführer des Spätmittelalters oder moderne Terroristen. Kontrovers diskutierte Gegenvorschläge wie „Alpha-Tier mit Bande“ und „charismatischer Herrscher“ (im Sinne Max Webers) zeigten jedoch, dass der Begriff des „Warlord“ nicht nur bestimmte Dichotomien aufgebrochen hat, sondern einen neuen Diskurs in Gang zu bringen vermag, aus dem dann wieder alternative und anknüpfende Konzepte entwickelt werden könnten.

Gewinner und Verlierer in ökonomischer Hinsicht behandelte die von HIRAM KÜMPER (Mannheim) moderierte Sektion „Reich ist, wer Geld hat? Ökonomischer Gewinn und Verlust im Blick von Zeitgenossen und Forschung“, wobei Zeitgenossen und Forschung gleichermaßen in den Blick genommen wurden. TANJA SKAMBRAKS (Mannheim) zeigte die Funktionsweise der als Alternative zu jüdischen und lombardischen Häusern eingerichteten „Monti di Pietà“ auf – von der Schätzung und Verwaltung der Pfänder durch den „Konservator“ bzw. „Stimatore“ über die Auszahlung der Darlehnssumme durch den „Depositarius“ bis hin zur Buchführung durch den Notar. Kirchliche Stücke, unverarbeitete Rohstoffe (etwa Tuch), Schmuck, Kleidung und Bücher sowie venezianisches Achatglas schieden als Pfänder aus. Kritik am Zins, etwa durch Dominikaner, begegneten Franziskaner mit Traktaten. Das Zinsverbot wurde demnach offenbar dadurch umgangen, dass der Darlehnszins als Entlohnung der Arbeit ausgegeben wurde: „Geld produziert kein Geld, sondern Arbeit verlangt nach Lohn“.

CHRISTIAN SCHOLL (Münster) dekonstruierte die Meistererzählungen vom Juden als Gewinner (beim späten Martin Luther, Karl Marx

und Werner Sombart, „Geld statt Boden“) wie auch vom Juden als Verlierer, der zur Geldwirtschaft gezwungen worden sei (Abaelard, früher Luther). Juden hätten zum einen bereits in Spätantike und Frühmittelalter willentlich als Geldhändler gewirkt und zum anderen auch andere Berufe ausgeübt. Laut Tora hätten zwar in der Tat von Andersgläubigen Zinsen genommen werden dürfen (Deuteronomium 23, 20-21), doch hätten dadurch auch Christen von Juden Zinsen genommen. Weit verbreitet sei das Pfandleihgeschäft der Juden gewesen. Einerseits seien die Juden aus ökonomischen Gründen unersetzlich und entsprechend erwünscht, dadurch andererseits aber, besonders im Spätmittelalter, der Gefahr von Beraubung ausgesetzt gewesen. Abschließend stellte Scholl einige beeindruckende jüdische Quellen vor: rabbinische Rechtsgutachten, hebräische Geschäftsbücher, Urkunden (Schuldbriefe) mit hebräischen Rückvermerken. Ökonomische Gewinner und moralische Verlierer seien weder ausschließlich bei Juden noch bei Christen zu suchen. Gleichwohl führten Ereignisse wie die Pogrome des Jahres 1348 zu nachhaltigem Verlust auf jüdischer Seite.

NILS BOCK (Münster) untersuchte die Bedeutung der italienischen Kaufleute für das Frankreich Philipps IV. Der bis 1999 übliche „Lombardsatz“ und bestimmte Straßennamen erinnern noch heute an diesen Forschungsgegenstand. Bock wandte sich Albizzo und Musciato Guidi di Franzesi zu, im Französischen mit Vornamen „Biche“ und „Mouche“ genannt, die am französischen Hof von einfachen Kammerdienern zu Schatzmeistern und Steuereinnehmern aufgestiegen waren. Bei diplomatischen Missionen in Italien profitierten alle Seiten. Letztlich scheiterten die Brüder aber aufgrund mangelnder vertraglicher Sicherheiten mit dem König und auch ihrer partiellen eigenen Intransparenz. Die anschließende, sehr rege Diskussion thematisierte das Verhältnis der Italiener zu den Juden. Dabei wurde betont, dass anstelle der erwähnten Meistererzählungen die Verflechtungen zwischen Franziskanern, Monti di Pietà und Juden zu eruieren seien, da Monti etwa durchaus Kredite bei Juden aufgenommen hätten.

ULLA KYPTA (Frankfurt am Main) richtete das Augenmerk anschließend auf die ober- und niederdeutschen Kaufleute. Diese hätten drei Ziele verfolgt: Profit durch Kauf und Verkauf, Vermeidung von Ruin durch Verschriftlichung und Beständigkeit durch Verträge, etwa

Mittelalterliche Geschichte

mit den Fuggern. Ihre Beobachtung, dass keine Aufteilung in Nord und Süd – etwa im Sinne von „Fugger gegen Hanse“ – vorgenommen werden könne, fand in der Diskussion große Zustimmung.

ANGELA HUANG (London) behandelte nun genau diesen Handelsverbund im Norden: die Hanse. Die Frage, ob es sich um ein „Netzwerk von Gewinnern“ handele, konnte eindeutig bejaht werden. Die anschließende Diskussion warf Fragen zur Binnenstruktur auf, etwa zu Hierarchie und dezentralem Netzwerk, zu internen Konflikten sowie zu Verlierern und Gewinnern durch Umverteilung. Hier ließe sich auch die Frage nach Verteilungsgerechtigkeit und Chancengerechtigkeit innerhalb der Hanse anfügen.

HEINRICH LANG (Bamberg) schließlicb weitete das Themenfeld zeitlich und räumlich, indem er italienische wie süddeutsche Bankiers während des Dreißigjährigen Kriegs betrachtete. Waren nun diese Geldhändler Kriegsverlierer? Die Familie der Salviati, „Fugger der Toskana jener Zeit“, unterhielten engste Beziehungen zu oberitalienischen wie auch französischen Städten und waren mit der Florentiner Signoria familiär verbunden. Der Augsburger Kaufmann Marx Konrad von Rehlingen war vom Kriegsgeschehen räumlich bedingt unmittelbarer betroffen, hielt aber seine Beziehungen weitestgehend aufrecht. Als Gewinner kann aber insbesondere Vincenzo Salviati gelten – nicht zuletzt aufgrund des erlangten Titels eines Marchese. In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, dass sich mitunter sogar einzelne kriegsbedingte Blockaden in den Rechnungsbüchern minutiös nachweisen ließen.

Die Schlussdiskussion begann mit der von Hiram Kümper aufgeworfenen Frage nach protonationalökonomischen Strukturen, die mit Rekurs auf die jeweiligen Privilegien und den Verweis auf die noch staatenlosen Stadtgemeinden und Gemeinschaften beantwortet wurde. Herausgestellt wurde weiterhin, dass Juden insgesamt ein höheres Risiko zu tragen hatten, im Einzelfall aber sogar einer Zunft beitreten konnten. „Kalkulieren“ könne nicht nur als wirtschaftliche kognitive Fähigkeit, sondern auch als soziale Praxis betrachtet werden, so Bock. Reichtum schließlich sei, mit Blick auf den Vortrag von Lang und die übergeordnete Frage der Sektion, nicht allein eine Frage des Geldes, sondern auch des Einflusses. Schließlich erschienen die Kategorien Gewinner und Verlierer geeignet für die „Schärfung des Instrumentariums“

(Skambrakis). Kontrovers diskutiert wurde abschließend die Frage, inwieweit die Wirtschaftsgeschichte die Kulturgeschichte prägen könne oder der umgekehrte Weg eingeschlagen werden müsse.

„Gewinner“ in der Kritik. „Verlierer“ ernten Lob. Jenseits der Panegyrik des „guten Herrschers“ in der hochmittelalterlichen Chronistik

Die von GRISCHA VERCAMER (Warschau) organisierte Sektion „‘Gewinner’ in der Kritik. ‚Verlierer‘ ernten Lob. Jenseits der Panegyrik des ‚guten Herrschers‘ in der hochmittelalterlichen Chronistik“ lud zu einem bemerkenswerten Perspektivenwechsel ein: Nicht die Geschichte von sich ins rechte Licht setzenden Siegern sollte hier beleuchtet werden, sondern die zumeist erst in jüngerer Literatur bedachte Kritik an Siegern in Verbindung mit Lob von Verlierern. Der Makel eines durchaus erfolgreichen Herrschers konnte nach Vercamer etwa in seiner mangelnden Fähigkeit als Verwalter oder anderen Fähigkeiten liegen. Gründe für Kritik seien in persönlichem Vorteil, Wahrheitsliebe oder Hoffnung auf Verhaltenskorrektur zu suchen. Neben den narratologischen Inszenierungen, auch durch Urkunden, seien Vergleiche verschiedener Autoren geboten und die tradierte Deutung mit dem modernen, möglicherweise zu revidierenden Forschungsbild zu konfrontieren. Als Diskussionsanregungen dienten dabei zum einen nationale und regionale Eigenarten im Sinne einer „Landkarte der Kritikfreudigkeit“, zum anderen die Idee einer „Enzyklopädie der Andersdenkenden“, gegen den Mainstream.

An seinem eigenen Beispiel, der „Kaiserin“ Mathilde in zwei unterschiedlichen historiographischen Texten, den anonym überlieferten, Mathilde kritisch zeichnenden „Gesta Stephani“ und der ihr und dem Kaiserhaus freundlich gesinnten „Historia Novella“ des William of Malmesbury machte Vercamer deutlich, dass beide Autoren durch geschickte Auswahl Meistererzählungen schufen. Dabei erscheine der Verlierer jeweils als starker Gegner.

NORBERT KERSKEN (Marburg) wandte sich daraufhin der „hochmittelalterlichen Geschichtsschreibung des östlichen Mitteleuropa“ zu: Gallus Anonymus, Vinzenz Kadlubek, Cosmas von Prag und dem „Chronicum Hungaricum“. Narrative Strategien der Kritik bestanden darin, „beredt“ zu verschweigen (etwa: „Die Hintergründe zu beleuchten, bleibt mir versagt“), oder kritikwürdiges Verhalten durch andere beeinflusst darzustellen (etwa schlechte Berater, wie schon in einem

Mittelalterliche Geschichte

Beispiel Vercamers), schließlich die Kritik anderen in den Mund zu legen. Als Fazit zog Kersken, dass der Autor niemals hofunabhängig sei, gleichwohl aber neben fürstenspiegelartige Passagen auch explizite Herrscherkritik trete – als eine Besonderheit des europäischen Ostens.

HEINZ KRIEG (Freiburg im Breisgau) verglich Otto von Freising und Otto von St. Blasien. Bei Otto von Freising erfahren auch die den Staufern unterlegenen Zähringer eine gewisse Würdigung, die sich zwar nicht des Schwaben-, aber des Herzogstitels erfreuen durften. Ebenso erscheine der Zähringer Berthold, der Heinrich IV. im Sachsenaufstand unterlag, als Vorbild. Otto von St. Blasien hielt im Umfeld Bertholds V. sogar die Erinnerung an Berthold IV. als Gegner Friedrichs I. Barbarossa wach, wohingegen hier bei Otto von Freising die Erfolgsgeschichte der Staufer im Mittelpunkt stand.

MARKUS KRUMM (München) wandte sich einer sonst nur negativ konnotierten Gestalt aus dem Alten Testament zu, die in der Ystoria des Alexander von Telese als typisiertes Exemplum für Roger II. von Sizilien fungiere: Nebukadnezar. Dazu untersuchte er zum einen den kommunikativen Kontext, zum anderen die Erzählung selbst. Der Autor war demnach Abt eines von Roger II. mehrfach eroberten Klosters, so dass er nicht einfach nur Gewinner oder Verlierer war. In der Erzählung erscheine Roger II. wie ein läuternder Nebukadnezar, der lediglich die gerechte Strafe Gottes umsetze. Die Empfehlung für die Zukunft sollte dann aber von diesem Konzept abweichen: An die Stelle des babylonischen Königs sollte David treten – ein Hinweis auf die Krönung des Königs.

JULIAN FÜHRER (Paris/Zürich) schließlich stellte Ludwig VI. und Ludwig VII. einander gegenüber: Kann jener in der französischen Historiographie als Gewinner, dieser aber als Verlierer gelten? Dazu untersuchte Führer Helgaud von Fleury, Suger von St. Denis, Odo von Deuil und Rigord und Guillaume le Breton. Dabei ging er auch auf einzelne Handschriften ein und berücksichtigte, soweit rekonstruierbar, die Verbreitung und Rezeption der Werke im Mittelalter. Am Ende stand die Erkenntnis, dass Herrscherbiographien Fürstenspiegel darstellten, so dass sie von Heiligenviten zu unterscheiden seien. Die Diskussion zeigte, dass im Sinne der Ausgangsfrage Vercamers weniger die regionale als die individuelle Zuspitzung eine entscheidende Rolle gespielt habe.

Die Sektion überzeugte insgesamt durch den gewählten Perspektivenwechsel, durch die jedwede Form eindimensional additiven Akkumulierens von Gewinner- und Verliererseite sowie Pro und Contra ihrer jeweiligen Bewertung von vornherein ausgeschlossen war.

Die letzte Mittelalter-Sektion des Historikertages „AND THE WINNER TAKES IT ALL? Gewinnen und Verlieren an den europäischen Höfen des Mittelalters“ beschäftigte sich mit verschiedenen europäischen Höfen. Nach der Einführung von CHRISTOPH MAUNTEL (Heidelberg) und SEBASTIAN ZANKE (München/Speyer) fragte JAN HIRSCHBIEGEL (Kiel) anhand verschiedener Beispiele, etwa Ministerialen der Steiermark im 11. Jahrhundert bis hin zum Umfeld Maximilians I., etwa in Gestalt von Matthäus Lang, nach dem Vertrauen. Dabei unterschied er Vertraute von Günstlingen: Nur Vertraute hätten einen eigenen Handlungsspielraum gehabt und könnten so als – möglicherweise sogar illoyale – Gewinner auftreten. Den Günstling könne man als dienenden Klienten wiederum vom begünstigten Diener als Freund oder Geliebte unterscheiden. In der anschließenden Diskussion wurde darauf verwiesen, dass die meisten Günstlinge auch Vertraute gewesen seien, nur dass der Günstling ein austauschbares Strukturphänomen, der Vertraute hingegen ein persönliches Phänomen dargestellt habe: Der erwähnte kaiserliche Vertraute Matthäus Lang etwa habe deshalb lange auf die Kardinalswürde verzichtet.

KLAUS OSCEMA (Heidelberg) suchte in seinem anschließenden Beitrag „Freund“ und „Favorit“ zu unterscheiden. Im Favoriten sah er den bereits von Vorredner konturierten Günstling, im Freund einen Chambellan (Kammerherren) oder Geldgeber. Die Unterscheidung zwischen Freund und Favorit liege heute wie damals im Auge des Betrachters: Handelt es sich um einen Freund oder Vertrauten auf Augenhöhe oder um einen untergebenen „Mignon“? Vor allem das Schlafen im gemeinsamen Bett oder der einen Kammer (ohne sexuelle Dimension), die Tischgemeinschaft und das Tragen derselben Kleidung seien Ausdruck von Freundschaft gewesen. In der etablierten sozialen Ordnung seien beim Adel Personen niederer Herkunft als Favoriten unerwünscht gewesen. Ein Perspektivenwechsel sei dahingehend eingetreten, dass die persönliche Haltung des Herrschers entscheidend geworden sei. In der Diskussion wurde auf die beiderseitige Dimension der Freundschaft

Mittelalterliche Geschichte

gegenüber der einseitigen des Favoriten hingewiesen. Letzterer hätte einer glaubhaften Quelle zufolge aufgrund einer erlittenen Enttäuschung sogar zu Gift gegriffen.

CHRISTOPH MAUNTEL (Heidelberg) untersuchte im Anschluss „Konkurrenz und Kooperation“ zwischen Favoriten und Adelsparteien: Johann II. von Frankreich, Karl II. von Navarra („der Böse“), Grag von Harcourt (für den unzufriedenen normannischen Adel), Charles de la Cerda und seine Frau Marguerite de Blois, Arnoul d’Audrehem, als zwei schlichtende Berater Guy de Boulogne (Bischof von Lyon) und Robert le Coq (Bischof von Laon), Étienne Marcel, Propst von Paris und schließlich Pariser Bürger und Händler. Als Fazit zog er, dass Höflinge neben einer königlichen Begünstigung sich oft auch auf einen breiten Rückhalt im Adel stützen konnten und so dann die königliche Gunst mitunter sogar zu erzwingen vermochten. Höflinge bauten sich dabei oft gezielt ein eigenes förderndes Netzwerk auf, das in sich stabil, jedoch in der personalen Zusammensetzung fluide war. Die Interessen dieser Gruppen blieben dementsprechend flexibel, fernab fester Parteiprogramme, bestanden aber offenbar über das Wirken ihrer exponierten Anführer hinaus, mit eigener Gruppendynamik.

Abschließend referierte SEBASTIAN ZANKE über das dynamische Verhältnis von Herrschaft und Krise. Dabei konzentrierte er sich auf gestürzte Favoriten im hoch- und spätmittelalterlichen England. Diese erlitten in der Regel dasselbe Schicksal wie ihre Könige. Im Spätmittelalter sah man die Günstlinge dann laut Zanke nicht als Gründe, sondern als Symbole des schlechten Regiments an. Amt und Person seien aber noch nicht ausdifferenziert gewesen. In der anschließenden Diskussion wurde auch der umgekehrte Fall durchdacht, dass größerer Erfolg von Königen auch deren Günstlingen zugutekommen konnte. Kritisch wurde angemerkt, dass sich der Begriff des Günstlings in den Quellen kaum finden lasse. Eine – womöglich noch auf- und abbaubare – Stellvertreterfunktion mochte Zanke dem Günstling nicht attestieren, wohl aber eine Rolle innerhalb des herrschaftsstabilisierenden Nepotismus.

Die Sektion bot insgesamt facettenreiche Beispiele von Gewinnern und Verlierern an Höfen, die zu engagierten Diskussionen anregten.

Sämtliche Mittelaltersektionen profitierten davon, dass niemand der Versuchung erlag, die Frage nach Gewinnern und Verlierern allein auf

den Erfolg und Misserfolg, den Gewinn und Verlust oder den Sieg und die Niederlage einzelner Akteure zu beschränken. Die Kategorie des „Normenwandels“, der moderne Forschungsbegriff des „Warlord“, die Konfrontation zeitgenössischer und forschungsbezogener Konzepte von Reichtum, die paradox wirkende Umkehrung der Verhältnisse von Lob und Tadel im Spiegel historiographischer Quellen und schließlich die dynamisch aufgebrochene Konzentration auf den Hof ermöglichten es, das Thema des Historikertages, „Gewinner und Verlierer“, mit jeweils persönlichen Forschungsinteressen in epochal-disziplinärem Zuschnitt und wechselseitigem Austausch gewinnbringend zu füllen.

Zeitgeschichte
von Benjamin Möckel

Besprochene Sektionen:

Gewinner und Verlierer „nach dem Boom“ in Westeuropa
„The Winner takes it all“. Popgeschichtliche Narrative des 20. Jahrhunderts zwischen Ausbeutung und Emanzipation
„Sicherheit & Geheimnis in der Demokratie“. Geheimdienste in der Bundesrepublik seit 1945 im transatlantischen Kontext
Kinder des Krieges als Mittler zwischen Verlierern und Gewinnern in europäischen Nachkriegsgesellschaften

Zeitgeschichtliche Fragestellungen bildeten auch auf dem Göttinger Historikertag einen wichtigen Themenschwerpunkt. Ein Gesamtüberblick über das zeitgeschichtliche Programm kann hier nicht erfolgen; die dargestellten Sektionen geben jedoch einen Einblick in die vielfältigen Ansätze und Themenschwerpunkte, die in den drei Konferenztagen diskutiert wurden.

Ein Grund für die starke Präsenz der Zeitgeschichte war womöglich auch das diesjährige Rahmenthema der „Gewinner und Verlierer“, das gerade für die Zeitgeschichte als „Vorgeschichte der Gegenwart“ eine große intuitive Anschlussfähigkeit besaß. Besonders dann, wenn in öffentlichen Diskursen die jüngste Geschichte als Erklärung gegenwärtiger politischer Entwicklungen in Anspruch genommen wird, liegt es oftmals nahe, aktuelle politische Kontroversen in dichotomische Erzählungen von Gewinn und Verlust einzuordnen. Dass solche Gegenüberstellungen jedoch auch eine Falle darstellen können, die den Blick auf die Komplexität und Kontingenz historischer Entwicklungen verstellen kann, ist evident – und so ließ sich aus mehreren Beiträgen der Sektionen auch eine Grundskepsis gegenüber dem normativen Überschuss des Rahmenthemas heraushören.

Zu Beginn seien zwei Sektionen vorgestellt, die das Rahmenthema des Historikertags explizit aufgegriffen und auf sehr charakteristische Weise unterschiedlich interpretierten.

Die von MORTEN REITMAYER (Trier) geleitete Sektion zu „Gewinnern und Verlierern „nach dem Boom“ in Westeuropa“ nahm sich

eines Themas an, das in der Wahrnehmung besonders deutlich durch polarisierende Zuschreibungen geprägt ist. Das gilt für Narrative des wirtschaftlichen Abstiegs wie Massenarbeitslosigkeit, Deindustrialisierung oder die „Grenzen des Wachstums“, aber auch – was in der Sektion nur peripher aufgegriffen wurde – für Gegen narrative von „evil winners“ wie Finanzspekulatoren oder Wirtschaftsberatern.

Im Kontext dieser gesellschaftlichen Polarisierung überrascht es nicht, dass alle Referierenden eher skeptisch blieben, ob das genannte Begriffspaar überhaupt eine sinnvolle Kategorisierung dieser Epoche bildet. Ein Leitmotiv aller Beiträge war jedenfalls die Forderung, dass das Ziel kommender empirischer Forschungen gerade darin bestehen müsse, solche normativ überformten Dichotomien zu durchbrechen und durch komplexere Beschreibungen der historischen Entwicklung zu ersetzen. Insbesondere LUTZ RAPHAEL (Trier), dessen Vortrag eine substanzielle Erweiterung und Revision des von ihm und Anselm Döring-Manteuffel herausgegebenen, titelgebenden Bandes der Sektion darstellte¹, verwies auf die Komplexität der ökonomischen und gesellschaftlichen Prozesse, die sich einerseits im europäischen Kontext sehr unterschiedlich manifestiert hätten (wobei Großbritannien oft die Blaupause für die Interpretation einer gesamteuropäischen Deindustrialisierung dargestellt habe, die sich zum Beispiel in Frankreich und der Bundesrepublik völlig unterschiedlich vollzogen habe). Darüber hinaus seien jedoch auch statistisch vermeintlich klar zu fassende Entwicklungen wie die entstehende Massenarbeitslosigkeit als komplexe Phänomene aufzufassen, die auf ihre konkrete soziale Bedeutung hin zu befragen seien. Implizit ließen sich Raphaels Ausführungen hier als ein – nur zu unterstützendes – Plädoyer für eine gesellschafts- und kulturgeschichtliche Einbettung der ökonomischen Interpretamente der „Nach-Boom“-Epoche auffassen.

Auch die Vorträge von Christian Marx, Dietmar Süß und Stefanie Middendorf lassen sich in das Leitmotiv einer Verflüssigung der Gegenüberstellung von Gewinnern und Verlierern einordnen. So beschäftigte sich CHRISTIAN MARX (Trier) mit mehreren Chemieunternehmen, die – wie er argumentierte – eher als Gewinner innerhalb des Prozes-

¹ Anselm Döring-Manteuffel / Lutz Raphael, Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970, Göttingen 2008.

ses der Deindustrialisierung angesehen werden könnten. Sein Fokus lag auf den Prozessen und Strategien der Multinationalisierung dieser Konzerne, wobei vor allem zu erkennen war, dass diese Prozesse der globalen Expansion keineswegs eine uneingeschränkte Erfolgsstrategie darstellten, sondern durch wiederkehrende Probleme und enttäuschte Erwartungen geprägt waren.

DIETMAR SÜß (Augsburg) berichtete aus einem Teilbereich seines Forschungsprojekts zur Sozial- und Kulturgeschichte der Arbeit. Er konzentrierte sich auf das Phänomen der „Flexibilisierung“ von Arbeit und Arbeitszeit und zeigte, wie dieser Begriff im Laufe der 1970er-Jahre eine semantische Ausweitung und einen normativen Bedeutungswandel erfuhr. Während der Begriff zunächst das Versprechen einer neuen Selbstbestimmung und Souveränität über die eigene Arbeitszeit enthielt, entwickelte er sich relativ schnell zu einer Forderung nach universeller Flexibilität jedes Arbeitnehmers und einer Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, der frühere soziale und biographische Sicherheiten untergrub und daher spätestens in der Ära Kohl zu einem der Feindbilder linker Gesellschaftskritik avancierte.

STEFANIE MIDDENDORFS (Halle-Wittenberg) Vortrag war der einzige, der explizit auf die kulturelle Dimension des vermuteten Strukturbruchs „nach dem Boom“ fokussierte. Ihr Thema war die französische Kulturpolitik der 1970er- und 1980er-Jahre. Kennzeichnend für die untersuchten Debatten sei die Vorstellung brüchig werdender Klassenunterschiede gewesen, sowie – hiermit zusammenhängend – die Wahrnehmung eines Legitimationsverlusts homogen-zentralistischer Kulturdefinitionen. Während von der einen Seite mit dem Schlagwort einer „Demokratisierung“ der Kultur geworben wurde, sahen Kritiker in diesem Konzept gerade die überholte Vorstellung eines fest definierten elitären Kulturkonzeptes, das durch die Betonung individueller Kreativität und die Akzeptanz heterogener Kulturvorstellungen überwunden werden müsse.

HARTMUT KAEUBLE (Berlin) stellte in seinem Kommentar heraus, dass der rote Faden aller Vorträge – trotz aller Differenzierungen – in der Beschreibung eines Verlustprozesses gelegen habe und stellte zurecht fest, dass die „Gewinner“ dieses Prozesses in den Vorträgen – und womöglich in den gesamten Forschungen zu der Zeitepoche – nur am

Zeitgeschichte

Rande eine Rolle spielten. Ebenso gelte dies für jene große Gruppe von Menschen, für die sich durch die dargestellten Strukturveränderungen individuell nur wenig geändert habe. Womöglich, so seine Überlegung, stellte die Zeit „nach dem Boom“ eher eine „Rückkehr zur Normalität“ dar.

Insgesamt kann die Sektion als Ausdruck eines Zwischenstadiums der Forschung zur Zeit der 1970er- und 1980er-Jahre angesehen werden, die in den vergangenen Jahren von einer programmatischen Themen-
setzung zur konkreten empirischen Forschung übergegangen ist. Alle etablierten Narrative – und selbst die Bedeutung und Verortung der zeitlichen Zäsuren – scheinen dabei einen Prozess der Differenzierung und Verflüssigung zu durchlaufen. Auffällig erscheint die eher geringe Einbindung von Fragen nach den kulturellen Wandlungsprozessen dieser Epoche. Es lässt sich vermuten, dass die konkurrierenden Zäsuren von 1968 und 1973 auch eine gewisse Arbeitsteilung der Forschungsinteressen nahelegen, die für die historische Analyse aber wenig hilfreich erscheint. Hier wird es für kommende Forschungen ein wichtiges Ziel sein, die Wechselwirkungen zwischen ökonomischen Strukturveränderungen und kulturellen Dynamiken stärker zu verschränken und nicht als zwei voneinander zu trennende Ebenen zu betrachten – vor allem der Vortrag von Dietmar Süß wies auf der Sektion schon sehr erfolgreich in diese Richtung.

Einen anderen Weg, mit der Themenvorgabe der Gewinner und Verlierer umzugehen, ließ sich in der Sektion „The Winner takes it all“. Popgeschichtliche Narrative des 20. Jahrhunderts zwischen Ausbeutung und Emanzipation“ verfolgen. Als Ouvertüre der Sektion erklang der titelgebende Song von ABBA aus dem Jahr 1980 und deutete schon unmissverständlich darauf hin, dass es im Folgenden vor allem darum gehen würde, die popkulturelle Mythisierung von Erfolg (und Scheitern) für eine historische Analyse fruchtbar zu machen. In diesem Sinne stellte DETLEV SIEGFRIED (Kopenhagen) in seiner sehr erhellenden Einführung fest, dass Erzählungen von Gewinnern und Verlierern direkt ins Zentrum des popkulturellen Imaginationsraums führten – sei es in klassischen Aufstiegsnarrativen vom LKW-Fahrer zum King of Rock’n’Roll oder in medial begleiteten Prozessen von Absturz, Scheitern oder des popkulturell immer prekären Alterns. Siegfrieds Plädoyer

richtete sich vor allem darauf, die Popgeschichte als ein zentrales Feld der Gesellschaftsgeschichte (oder – im Sinne des als Kommentator anwesenden Thomas Mergel – einer „Kulturgeschichte der Politik“) zu begreifen, und nicht als Nischenthema eines ins Forschungsleben transzendierten Privatinteresses. Dies war ein zu unterstützender, aber hoch gesteckter Anspruch und es war insofern nicht verwunderlich, dass er in den einzelnen Beiträgen nur partiell eingelöst werden konnte. Alle Referierende einte jedoch das Bestreben, die popkulturelle Imaginationsdynamik für die Analyse gesellschaftlicher Wandlungsprozesse nutzbar zu machen.

So zeigte ASTRID KUSSER (Rio de Janeiro) in ihrem Beitrag zu Tanzwettbewerben um die Jahrhundertwende und 1980 (wobei die zweite Zeitebene im Vortrag eher eine den ersten Teil erhellende Coda blieb), wie sich in Tänzen – und insbesondere in deren unterschiedlicher Rezeption – gesellschaftliche und soziale Veränderungen widerspiegeln. Dies galt beispielsweise für die Dauertanzwettbewerbe der 1920er- und 1930er-Jahre, die als Symbolisierung der Erfahrungen der Wirtschaftskrise wahrgenommen wurden, aber auch für die als „Schwarz“ wahrgenommenen Tänze von Cakewalk bis zum Tango, die zeitgenössisch auch durch frühe Filmaufnahmen große Popularität erlangten. Dass in der Rezeption dieser Tänze Exotismus und Rassismus eine zentrale Bedeutung besaßen, ist evident. Kussers Vortrag war aber vor allem interessant, weil sie diese Ebene nicht als einziges Interpretament in den Mittelpunkt rückte, sondern die Multiperspektivität der Bezugnahmen aufzeigte: so beispielsweise in der ambivalenten Übernahme von Tanzelementen in den Standardtanz und die eigenständigen Handlungs- und Möglichkeitsräume Schwarzer Tänzer und Künstler.

KLAUS NATHAUS (Edinburgh) wählte in seinem Vortrag eine von den anderen Beiträgen abweichende Perspektive, die in erster Linie auf die Produktionsseite der Popmusik fokussierte und in der durchaus provokant gemeinten These gipfelte, die Geschichte der Popmusik ließe sich in weiten Teilen ohne Bezugnahme auf etwaige Hörer- oder Konsumentenbedürfnisse schreiben. Sein Vortrag über die Bedingungen für den „Siegesszug“ der anglo-amerikanischen Popmusik im 20. Jahrhundert verwies dabei einerseits auf den „Dilettantismus“ amerikanischen Künstler, denen es einfacher gefallen sei, sich von klassischen

Zeitgeschichte

musikalischen Traditionslinien zu lösen, und zum anderen auf die sich etablierenden Praktiken von Marktforschung und einer Spezialisierung unterschiedlicher Marktsegmente. So wichtig eine genaue Betrachtung der ökonomischen Erfolgsmechanismen von Popkultur ist, um bestimmte Erklärungsmuster wie die des „genialen Künstlers“ zu hinterfragen, so ist doch zu überlegen, ob der betonte Dilettantismus von Künstlern wie Irving Berlin, der stolz von sich behauptete, keine Noten lesen zu können, viel eher als eine spezifische Inszenierungsstrategie aufgefasst werden müsste, die sich als „Gestus des Dilettantismus“ bis in die Popmusik der neuesten Zeit weiterverfolgen ließe.

BODO MROZEKs (Berlin/Potsdam) Beitrag zu popmusikalischen Star- und Fanclubs bot den wohl besten Ansatzpunkt, um die vermeintliche Gegenüberstellung von Produzenten und Konsumenten zu überwinden. „Fans“ traten in den 1950er-Jahren als ein neues popkulturelles Phänomen auf, das aus kulturkritischer Perspektive als Beispiel einer manipulierten und abhängigen Konsumentengruppe beschrieben wurde. Im Gegensatz hierzu zeigte Mrozek, dass die Protagonisten innerhalb dieser Fanclubs durchaus eigene Initiativen entwickelten, die nicht von Seiten der Produzenten initiiert werden konnten (aber natürlich genutzt und zum Teil instrumentalisiert wurden). Ein Beispiel hierfür war die Gründerin des ersten Elvis-Presley-Fanclubs, die sich innerhalb kurzer Zeit als Vorsitzende einer transnationalen Vereinigung von 200.000 Menschen wiederfand.

ALEXA GEISTHÖVEL (Berlin) fokussierte abschließend am deutlichsten die biographische Bedeutung popkultureller Narrative und Lebensstile. Unter dem Schlagwort „Verschwende deine Jugend“ untersuchte sie Memoiren der jüngeren Vergangenheit, die sich mit jugendlichen Erfahrungen der 1980er- und 1990er-Jahre auseinandersetzten. Als zentrales Phänomen erkannte sie in diesen Texten einen Bedeutungswandel in Bezug auf deviantes und nicht-zukunftsgerichtetes Verhalten in der Zeit der Adoleszenz, in der eine „verschwendete Jugend“ als Teil eines kreativen Lebensstils ein neues biographisches Kapitel gewann und als positives Gegenmodell zu einem angepasst-temperierten Lebenswandel inszeniert wurde. Selbstverständlich lag in dieser Pflicht zum Nichtangepasstsein auch eine schwer zu überwindende Paradoxie, die Geisthövel als „Zwang, zwanglos zu leben“ und eine „Einübung in

Spontaneität“ charakterisierte.

In seinem Kommentar betonte THOMAS MERGEL (Berlin) nochmals die politische Dimension der Popmusik und brachte die Diskussion damit auf die Ausgangsfrage der Verbindung von Popgeschichte und Gesellschaftsgeschichte zurück. Politische Bedeutungsebenen ließen sich dabei sowohl in expliziten Aussagen von Musikern oder in Songtexten finden, vor allem aber in den politischen Botschaften popkultureller Lebensstile oder – wie im Fall der DDR – in der externen Politisierung individueller Lebenspraktiken. Wer die Sektion mit der Erwartung besucht hatte, eine Antwort auf die Frage zu erhalten, was unter ‚Pop‘ definitorisch zu verstehen sei (ein Quellenbegriff, ein Begriff, der nur auf einen Musikstil anzuwenden sei, oder ein Äquivalenzbegriff zu „populärer Kultur“), der wurde – vermutlich notwendigerweise – enttäuscht (zumindest wenn man davon absieht, dass ABBA hierauf zu Beginn der Sektion schon eine unmissverständliche Antwort gegeben hatte). Eine feste Begriffsdefinition erscheint jedoch als ein weniger vordringliches Problem als die in der Sektion artikulierte Forderung, die Geschichte von Pop/Popkultur als integralen Bestandteil einer Gesellschaftsgeschichte des 20. Jahrhunderts zu begreifen und in Zukunft mit weiteren empirischen Forschungen zu füllen.

Am Mittwochnachmittag präsentierte die von Constantin Goshler (Bochum) und Michael Wala (Bochum) organisierte Sektion „Sicherheit & Geheimnis in der Demokratie. Geheimdienste in der Bundesrepublik seit 1945 im transatlantischen Kontext“ aktuelle Forschungsergebnisse zu einem Themenfeld, das zuletzt enorme publizistische Aufmerksamkeit erhalten hat, ohne dass es hierbei bislang zu einer intensiven zeitgeschichtlichen Reflexion gekommen wäre. Den Ausgangspunkt der Sektion bildete das von Goshler und Wala bearbeitete Forschungsvorhaben zur „Organisationsgeschichte des Bundesamtes für Verfassungsschutz“ (BfV), das für die Sektion zugleich in den Kontext transatlantischer Verbindungen – und das hieß sowohl für das BfV als auch für den Bundesnachrichtendienst (BND) vor allem: den Kontext transatlantischer Kontrolle und Abhängigkeit – eingebettet wurde.

CONSTANTIN GOSCHLER unterstrich in seiner Einleitung, wie aufschlussreich eine historische Einordnung von Geheimdiensten und Geheimdienstwissen für das Selbstverständnis demokratischer Gesell-

schaften sei. Für den deutschsprachigen Raum konstatierte er dabei eine bislang überraschend geringe Beschäftigung mit der Thematik. Während im angelsächsischen Raum schon seit langer Zeit ein breites Forschungsspektrum entstanden sei, konzentrierte sich das Erkenntnisinteresse in Deutschland noch immer primär auf die Beispiele der beiden deutschen Diktaturen und deren Geheimdienste. Zurecht argumentierte Goshler jedoch, dass gerade die Rolle von Geheimdiensten in Demokratien eine für die Zeitgeschichte äußerst aufschlussreiche Herausforderung darstellten: Auf der einen Seite könne man hier (zumindest idealtypisch) die Gegenüberstellung zweier Kulturen beobachten, die in der Demokratie in einer Idealisierung von Transparenz und in Geheimdiensten in einer Kultur von Quellenschutz und Geheimnis seinen Ausdruck fände. Zugleich operierten Geheimdienste in Demokratien jedoch in einem kaum auflösbaren Paradox, indem sie zwar als Institutionen den Vorstellungen demokratischer Praxis widersprächen, dies aber gerade damit rechtfertigten, dass sie nur so ihre Aufgabe eines Schutzes der Demokratie erfüllen könnten. Gerade für das laufende Forschungsprojekt zum Verfassungsschutz darf man gespannt sein, welchen Niederschlag diese Spannung zwischen Transparenz und Geheimnis in der konkreten Arbeit der Historiker mit den zeitgeschichtlichen Quellen des Verfassungsschutzes finden wird.

In seinem inhaltlichen Beitrag zur „Epistemologie des Verfassungsfeindes“ bezog sich Goshler auf die bisherigen Erkenntnisse zum BfV und verfolgte das Ziel, anhand dieses Beispiels nach den Feind- und Gefahrenkonstruktionen in geheimdienstlichen Institutionen zu fragen. Dies erschien als ein vielversprechender Ansatz, weil er das Problem vermied, mit den – naturgemäß problematischen und zum Teil selbst fiktiven – Quellen eines Geheimdienstes dessen eigene Geschichte schreiben zu wollen. Stattdessen standen bei Goshler die geheimdienstliche Eigenlogik und dessen Wissensproduktion im Mittelpunkt.

MICHAEL WALA beschäftigte sich in seinem Vortrag mit der frühen Phase des BfV und zeigte, in wie grundlegender Weise die Initiative zu dessen Gründung und die Konzeption der Institution durch die Einflussnahme der Alliierten bestimmt war. Auch in der folgenden Zeit sei die Arbeit eng durch die Alliierten überwacht und durch eigene geheime Mitarbeiter mitverfolgt worden – ein Vorgehen, das sowohl aus allge-

meiner geheimdienstlicher Praxis als auch aus dem historischen Kontext der frühen Nachkriegszeit sowohl naheliegend als auch verständlich erscheint. In Bezug auf nationalsozialistische Traditionsbestände innerhalb des BfV stellte Wala fest, dass es für alle festen Mitarbeiter eine Überprüfung ihrer NS-Vergangenheit gegeben habe, zugleich aber eine Parallelstruktur „freier Mitarbeiter“ etabliert worden sei, mit denen diese Überprüfung anscheinend recht erfolgreich umgangen werden konnte.

KLAUS-DIETMAR HENKE (Dresden) schloss in seinem zeitlichen Schwerpunkt an diesen Vortrag an. Sein Fokus lag auf der frühen Geschichte des Bundesnachrichtendienstes, wobei bei ihm jedoch nicht die externe Kontrolle durch alliierte Institutionen im Mittelpunkt stand, sondern die Instrumentalisierung des Dienstes als „Werkzeug der Kanzlerdemokratie“. Ähnlich zu heutigen Diskussionen erschien auch hier die ungenügende politische Kontrolle als zentrales Problem, das jedoch vor allem durch die enge Verquickung von Politik und Geheimdienst entstand. Entscheidend hierfür sei die enge Beziehung von Reinhard Gehlen als Präsident des BND und dem Chef des Bundeskanzleramts, Hans Globke, gewesen. Als Beispiel für diese Allianz, die zu einer gegenseitigen Abhängigkeit geführt habe, die eine wirkungsvolle politische Kontrolle unterminiert habe, verwies Henke auf Initiativen des BND, Informanten in den inneren Kreis der SPD zu bringen, deren Informationen über Reinhard Gehlen direkt an das Bundeskanzleramt gingen.

Im letzten Vortrag der Sektion stellte die Politologin ANNA DAUN (Köln) ihre Analyse zu aktuellen „Bedrohungswahrnehmungen“ in deutschen Geheimdiensten vor. Hierzu führte sie 15 Tiefeninterviews mit Geheimdienstmitarbeitern, die unter anderem eine zwar geringe, aber breit gestreute und unübersichtliche Bedrohungswahrnehmung artikulierten sowie einen reaktiven Umgang der Geheimdienste mit potenziellen Gefahren. Ähnlich wie geheimdienstliche Quellen scheinen auch die durch Interviews gewonnenen Aussagen von Geheimdienstmitarbeitern als eine relativ problematische Quelle. Vermutlich sagen sie mehr darüber aus, welches Bild Geheimdienste von der eigenen Arbeit zeichnen wollen, als über konkrete Arbeitsweisen oder Feind- und Gefahrenwahrnehmungen.

Die Sektion „Kinder des Krieges als Mittler zwischen Verlierern und

Zeitgeschichte

Gewinnern in europäischen Nachkriegsgesellschaften“ griff das Bild der Gewinner und Verlierer zwar im Titel auf; die einzelnen Beiträge blieben von dieser Metaphorik jedoch relativ unberührt. Für die Sektion war dies eine gute Entscheidung, da sie mit dem klar erkennbaren Ziel konzipiert war, die Debatten über die sogenannten „Kriegskinder“ aus gängigen normativen Zuschreibungen und Narrativen zu lösen – und damit auch aus dem Narrativ des „Verlierers“, das gerade in biographischen Selbstbeschreibungen ein häufig wiederkehrendes Motiv darstellt.

Dieser kritischen Perspektive folgte auch die Einführung von LUTZ NIETHAMMER (Jena), der für die Sektion als zentrale Frage formulierte, auf welche Weise sich ein Diskurs über die Erfahrungen von Kriegskindern führen lasse, ohne in die Falle klassischer Opfernarrative zu gehen. Niethammer und die folgenden Sektionsbeiträge gaben hierauf zwei überzeugende Antworten: zum einen betonte er, dass eine enge Verschränkung einer biographischen bzw. erfahrungsgeschichtlichen Ebene mit der Ebene öffentlicher Diskurse und gesellschaftlicher und politischer Kontexte nötig sei. Darüber hinaus betonte er die für die Sektion gewählte gesamteuropäische Perspektive, die – vor allem durch den Vergleich zu Osteuropa – eine wichtige Differenzierung und Kontextualisierung von Erfahrungsdimensionen des Krieges und der unmittelbaren Nachkriegszeit verspreche.

LU SEEGER (Hamburg) griff diese Perspektiven auf und betonte, dass eines der zentralen Probleme des Kriegskinder-Diskurses in der Tendenz zur Universalisierung von Erfahrungen bestehe, für die in Wirklichkeit vor allem eine Kontextualisierung innerhalb der zeitgenössischen gesellschaftlichen Deutungsangebote nötig sei. In diesem Sinne betonte sie in ihrem Vortrag über die Situation von vaterlos aufwachsenden Halbwaisen in Nachkriegsdeutschland vor allem die Bedeutung der politischen, gesellschaftlichen und medialen Ebene des Phänomens der Vaterlosigkeit. Die individuellen Erfahrungen der Protagonisten seien durch diese gesellschaftlichen Deutungsmuster (und nicht zuletzt durch die späteren Angebote einer gemeinsamen Erinnerungskultur) in entscheidender Weise geprägt worden.

Wie wichtig solche national unterschiedlichen Möglichkeiten des kollektiven Erinnerns für die Konstruktion gemeinsamer Erfahrungen ist,

ließ sich in MAREN RÖGERS (Warschau) Vortrag zu Besatzungskindern in Polen erkennen. Röger begann mit der Beobachtung, auf wie wenig Erinnerungsgegenstände und Fotos sie – beispielsweise im Vergleich zu ähnlichen Forschungen in Frankreich – in ihrer Forschung gestoßen sei. Dies sei einerseits Ausdruck eines unterschiedlichen gesellschaftlichen Kontextes im Krieg selbst, der in den östlichen Besatzungsgebieten mit der Tabuisierung jeglicher Beziehungen innerhalb des nationalsozialistischen „Umgangsverbots“ verbunden gewesen sei. Zugleich verwies es jedoch auch auf grundlegende Unterschiede der späteren Erinnerungsarbeit der Protagonisten, die anders als in vielen Ländern Westeuropas nur wenige Möglichkeiten einer kollektiven oder institutionalisierten Erinnerungskultur oder eines gegenseitigen Austauschs hätten aufgreifen können. Die Stigmatisierung, die diese Kinder in der Zeit nach 1945 – sowohl gesellschaftlich, im Raum der Schule oder in innerfamilialen Konflikten – erfahren hätten, sei daher bis heute kaum je durchbrochen worden.

Gerade dieser Aspekt der ausgebliebenen biographischen und kollektiven Erinnerungsarbeit stand in deutlichen Kontrast zu den Beobachtungen von SILKE SATJUKOW (Magdeburg), die in ihrem Vortrag über Besatzungskinder in Ost- und Westdeutschland betonte, wie groß bei vielen Protagonisten ihres Untersuchungsfeldes der biographische Druck der Erinnerung und der Suche nach den eigenen Vätern sei. Auf der Ebene der gesellschaftlichen Zuschreibungen waren auch diese Kinder in der Nachkriegszeit auf doppelte Weise stigmatisiert: einerseits als unehelich Geborene und andererseits als „Kinder des Feindes“, die – so kann man ergänzen – zugleich eine immer präsente Erinnerung an die Vergangenheit darstellten. Zugleich betonte Satjukow jedoch auch eine zweite Ebene: nämlich jene der Schuldlosigkeit, die anthropologisch mit der Rolle von Kindern verbunden wird. Hier tauchte kurz vor dem Titel der Sektion formulierte Gedanke auf, dass Kriegskinder womöglich als „Mittler“ innerhalb einer problematischen Vergangenheit hätten fungieren können. Jedoch zeigte sich auch bei Satjukow, dass diese Möglichkeit durch die gesellschaftliche (Nicht-)Thematisierung in der Nachkriegszeit meist ungenutzt blieb. Das galt sowohl für die entstehende Bundesrepublik, in der die Kinder nur äußerst zögerlich als Teil der Gesellschaft akzeptiert wurden, als auch für die DDR, wo noch

Zeitgeschichte

nicht einmal die Möglichkeit einer offenen Thematisierung bestand, weil hiermit zugleich das Tabu eines Sprechens über das Verhalten der russischen Soldaten in der letzte Kriegsphase berührt war.

Eine Zusammenfassung so unterschiedlicher Sektionen kann hier nicht erfolgen – und noch weniger ein Überblick über den Gesamtkontext der auf dem Historikertag verhandelten zeitgeschichtlichen Themenfelder. Einige wiederkehrende Themen lassen sich im Querschnitt jedoch erkennen. Hierzu gehört mit Sicherheit ein Fokus auf sozialpolitische und ökonomische Fragestellungen, der wohl auch als Ausdruck einer zeitgeschichtlichen Unterfütterung aktueller Debatten interpretiert werden kann. Ein weiterer Schwerpunkt kann im Fokus auf transnationale Themenfelder und Verbindungslinien erkannt werden, zu der unter anderem auch die Diskussion migrationsgeschichtlicher Fragestellungen gehörte. Weniger präsent als in früheren Kontexten waren dagegen Sektionen zur Erinnerungskultur, obwohl hier eine Verbindung zum Rahmenthema des Historikertags durchaus eine interessante Verbindung hätte darstellen können. Ein letztes wiederkehrendes Themenfeld war die Beschäftigung mit digitalen Arbeitsformen und deren Einfluss auf die geschichtswissenschaftliche Arbeit. Die Beschäftigung hiermit spielte – unter anderem initiiert durch die AG Digitale Geschichtswissenschaft – eine wichtige Rolle. Eine explizit historische Perspektive auf dieses Feld, das auch nach einer zeitgeschichtlichen Einordnung und Historisierung digitaler Kulturen und Praktiken fragen würde, spielte auf dem Historikertag jedoch noch keine Rolle und könnte ein spannender Anknüpfungspunkt für kommende Veranstaltungen sein.

Kultur- und Mediengeschichte *von Christoph Hilgert*

Besprochene Sektionen:

„The Winner Takes It All“. Popgeschichtliche Narrative des 20. Jahrhunderts zwischen Ausbeutung und Emanzipation

Konstruktionen des Heroischen. Transformation und Niedergang einer politischen Kategorie im 20. Jahrhundert

Wertsachen. Gewinn und Verlust im „global life of things“

Fühlen wir (jetzt auch noch) Geschichte? Emotionsforschung als Erkenntnisgewinn oder Orientierungsverlust

Gewinner und Verlierer im medialen Geschichtsunterricht. Personalisierung von historischen Persönlichkeiten in den öffentlich-rechtlichen Medien

Aus der Niederlage lernen? Archivische Überlieferungsbildung, Sammlungsaktivitäten und Erinnerungskultur in der Weimarer Republik

Historikertage sind nicht nur zentrale Diskussionsforen, sondern auch wichtige Schaufenster und gemeinschaftsstiftende Versammlungen der vielgestaltigen deutschen Geschichtswissenschaft. Mithin ist es höchst attraktiv, neue Forschungsansätze in diesem großen Rahmen zur Diskussion zu stellen. Das bestätigte sich auf dem 50. Deutschen Historikertag in Göttingen. In gleich mehreren Sektionen, die einen kultur- und/oder mediengeschichtlichen Schwerpunkt aufwiesen oder sich aus dieser Warte mit einigem Gewinn betrachten ließen, wurde vermeldet, dass der behandelte Gegenstand erstmals auf einem Historikertag diskutiert werde, wobei in der Regel ein selbstbewusstes „endlich“ mitschwang. Das Etikett des Innovativen nahmen etwa Podien zur Pop-Geschichte, zur Homosexualität, zur Emotionsforschung, zu Mensch-Tier-Beziehungen oder Dinggeschichten für sich in Anspruch. Interessanterweise wurde bei den jeweiligen konzeptionellen Betrachtungen selten explizit an die Debatten zur neuen Kulturgeschichte angeknüpft. Und anders als noch auf dem Historikertag in Mainz wurden kaum genuin mediengeschichtliche Fragen oder die Bedeutung der Massenkommunikation für den Lauf der Geschichte verhandelt. Ist beides mittlerweile evident oder deuteten sich insbesondere mit Blick auf die – nicht mehr ganz so neue –

Kultur- und Mediengeschichte

neue Kulturgeschichte erste Absetzbewegungen an? Vermutlich besteht die Antwort aus einem entschiedenen Sowohl-als-auch.

Für einen Historikertag (noch) vergleichsweise ungewohnte Töne waren in der von DETLEF SIEGFRIED (Kopenhagen) und BODO MROZEK (Berlin/Potsdam) geleiteten Sektion „The Winner Takes It All“. Popgeschichtliche Narrative des 20. Jahrhunderts zwischen Ausbeutung und Emanzipation“ zu hören. Thematisch passende Pop-Musik-Titel, stilecht von Schallplatten eingespielt, standen der Sektion wie den Einzelvorträgen voran. Siegfried bekräftigte in seiner Einleitung, dass „Pop“ vor allem ein analytisch noch zu bestimmender Quellenbegriff für ein massenkulturelles Phänomen der Zeitgeschichte sei, das aber sehr wohl Vorläufer habe und sich keineswegs auf Musik beschränke. Die Historisierung von Pop-Geschichte(n) erweise sich als ein überaus nützliches Instrument zur Analyse des gesellschaftlichen Wandels insgesamt und schließe gut an Fragestellungen der Politik-, Protest-, Wirtschafts- und Konsumgeschichte an. THOMAS MERGEL (Berlin) hob in seinem Kommentar vor allem auf Bezüge zur neuen Politikgeschichte ab. Im Mittelpunkt der Vorträge standen indes vor allem unterschiedliche Facetten der musikalischen Populärkultur des 20. Jahrhunderts und Narrative der Pop-Geschichte. ASTRID KUSSER (Rio de Janeiro) widmete sich in ihrem Vortrag der populären Tanzkultur im 20. Jahrhundert, wobei der argumentative Bogen von öffentlichen „Cakewalk“-Veranstaltungen in den USA des ausgehenden 19. Jahrhunderts über den Film „Flashdance“ von 1983 bis zur RTL-Show „Let’s Dance“ im Jahre 2004 reichte. Der „Cakewalk“ kann als noch während der Sklaverei einsetzende Auseinandersetzung der schwarzen Community mit dem europäischen Gesellschaftstanz gelten. Zunächst rassistisch beäugt, ebnete er bald den Weg für die exzessiven Tanzvergnügen der „Roaring Twenties“ sowie für alle nachfolgenden populären Tanzstile und -ereignisse. KLAUS NATHAUS (Edinburgh) sprach über Erfolgswege in der Popgeschichte und lenkte die Aufmerksamkeit auf Eigendynamiken der sich entwickelnden Musik-Industrie. Allerdings wirkte die These einer von politischen Zäsuren oder gar Hörerinteressen weitgehend unbehelligten Pop-Geschichte am Ende doch arg überspitzt. Überzeugender war diesbezüglich der Beitrag von BODO MROZEK, der Fan-Clubs als avantgardistische „Geschmacksgemein-

schaften“ der Pop-Musik zwischen 1950 und 1980 analysierte und die enge Wechselbeziehung von Produktion und Konsumption betonte. ALEXA GEISTHÖVEL (Berlin) wiederum nahm den Boom popkultureller Erinnerungsschriften zum Anlass, gängige Selbst- und Fremdinterpretationen jugendlicher Pop-Aneignung in der Geschichte zu hinterfragen. Die Verdammung oder aber die Verklärung eines hedonistischen Eintauchens in die Populärkultur im Jugendalter hätten sich zu Leiterzählungen einer Verschwendung von Ressourcen oder der Jugend selbst entwickelt. Hier könne die Geschichtswissenschaft einerseits zur Entmystifizierung beitragen. Andererseits gelte es solche Narrationen etwa als Ausdruck historisch spezifischer Sozialisierungsstrategien zu untersuchen. Die Sektion zeigte eindrucklich auf, dass die Erforschung von Popgeschichten neue und originelle Einblicke in die Geschichte insgesamt eröffnet.

Die von CHRISTOPH CLASSEN (Potsdam) und MAJA BÄCHLER (Berlin) geleitete Diskussionsrunde „Konstruktionen des Heroischen“ mühte sich, den theoretischen Mehrwert des Heldentums als Kategorie der neuen Politikgeschichte zu ergründen. Ausgangsbeobachtung war die gegenwärtige Omnipräsenz von Heldenfiguren, die wenig mit den Helden der griechischen Antike oder den bis Mitte des 20. Jahrhunderts propagierten Kriegshelden gemein haben. Konstatiert wurde eine Ausdifferenzierung der Heldenbilder, deren Bandbreite nunmehr gewissermaßen von Achilles bis zum Sitzplatzfreimacher in der Straßenbahn reicht. Auch die Gleichsetzung mit Idolen und Stars der Pop-Kultur könne hin und wieder beobachtet werden. Ob dies als Entwertung, als Niedergang oder „nur“ als Ablösung und Zivilisierung klassischer, opferbereiter Heldentypen (Kriegshelden und Märtyrer) durch eher wenig riskierende Alltagshelden zu werten sei, hänge vom eigenen Standpunkt ab. Der Politikwissenschaftler HERFRIED MÜNKLER (Berlin) brachte hier seine These vom Aufstieg postheroischer Gesellschaften, als Folge der Erosion einer religiös oder ideologisch motivierten Opferbereitschaft, ins Spiel. Helden seien narzisstische Projektionsflächen, was auch aktuelle heroische Gegenbewegungen wie etwa die Attraktivität islamistischer Gotteskrieger für einzelne Heranwachsende erkläre. JAN-PHILIPP REEMTSMA (Hamburg) zeigte indes wenig Neigung, sich auf die Fragen und Thesen der Runde einzulassen und beharrte

darauf, dass es sich bei den in der Gegenwart üblicherweise genannten Helden qua definitionem eben nicht um solche handele. Dies bleibe den Protagonisten der seit der Antike etablierten Heldenepen oder allenfalls Kinofiguren wie Rambo oder der „Braut“ in Kill Bill vorbehalten. Den Glauben an die transhistorische Persistenz und Purity dieses Heldennarrativs muss man nicht unbedingt teilen, zumal er wenig analytisches Potenzial für diesbezügliche Popularisierungsprozesse eröffnet. Darüber, dass die Forcierung von Helden des Alltags jedoch eine selbstwidersprüchliche Kategorie hervorgebracht habe, waren sich alle Diskutanten einig. Zu kurz kamen die sich aufdrängenden Fragen nach der Rolle der Medien bei der Konstruktion entsprechender Heldenbilder und nach deren gesellschaftlicher Funktion.

Die von KIM SIEBENHÜNER (Bern) und SÜNNE JUTERCZENKA (Berlin) initiierte Sektion „Wertsachen. Gewinn und Verlust im ‚global life of things‘“ hatte sich auf die Fahnen geschrieben, der weltweiten Zirkulation von „Dingen“, genauer: dem „sozialen Leben“ global ausgetauschter, als wertvoll erachteter materieller Objekte, epochenübergreifend auf den Grund zu gehen.¹ In ihrer Einleitung erinnerten sie an Forderungen an die Geschichtswissenschaft, sich auch mit der „material culture“ beziehungsweise der „agency“ von Objekten zu beschäftigen. An der Schnittstelle von Globalgeschichte und materieller Kultur sei „eines der dynamischsten Forschungsfelder der jüngeren Zeit“ entstanden, das etwa Wirtschafts-, Sozial- und Kulturgeschichte bereichern könne. In der deutschsprachigen Forschung bestehe aber noch Nachholbedarf. Insbesondere der These eines „social life of things“ des Ethnologen Arjun Appadurai, wonach die Zirkulation der Dinge den eigentlichen Zugang zu deren gesellschaftlicher Bedeutung biete, vermochten die Referentinnen und Referenten der Sektion viel abzugewinnen. Zugleich plädierten Siebenhüner und Juterczenka dafür, auch die „Sinnlichkeit der Dinge“, deren Materialität und den Herstellungs- und Gebrauchsprozess in die Betrachtungen einzubeziehen, was in den vorgetragenen Fallstudien vorerst aber nur ansatzweise gelang. LUCAS BURKART (Basel) spürte dem Handel orientalisch anmutender,

¹Die thematisch ähnlich gelagerte Sektion „Die Materialität der Geschichte. Dinge als Signaturen ihrer Epoche“ konnte nicht persönlich besucht werden und bleibt hier daher ausgeklammert.

teilweise aber im Okzident gefertigter Kunsthandwerksstücke und der kulturellen Verflechtung im Mittelmeerraum um 1500 nach. Stärker „objektbiographischen“ Charakter hatten die Studien von Kim Siebenhüner zum Handel mit Diamanten sowie zu deren transkulturell ähnlicher Wertschätzung, über den Umgang mit Seide als Rohstoff, Handelsware und Konsumgut von JULIA A. SCHMIDT-FUNKE (Jena), über die Sammlung außereuropäischer Leichen(teile) durch anatomisch oder anthropologisch interessierte Naturforscher im frühen Kolonialzeitalter von Sünne Juterczenka sowie über die herausragende Bedeutung des Samovars im Alltag und im kulturellen Selbstverständnis verschiedener Bevölkerungsgruppen im Russischen Kaiserreich und in der Sowjetunion von LEORA AUSLANDER (Chicago). In den Vorträgen ging es um materielle Objekte, die hergestellt, bewegt, gehandelt, vielleicht auch vererbt oder geraubt wurden sowie ganz generell um vielseitige Mensch-Objekt-Beziehungen. Inwiefern die Sektion dabei einen *material turn* der Geschichtswissenschaft beziehungsweise die Wiederkehr (be)greifbarer historischer „Realitäten“ jenseits abstrakter Diskurse und Texte forcierte, wie im Auditorium vereinzelt gemutmaßt/frohlockt wurde, mag unterschiedlich beurteilt werden. Die Vortragenden wie auch der Kommentator BERND-STEFAN GREWE (Freiburg) plädierten dafür, das „social/global life of things“ als Perspektiverweiterung in unterschiedlichen Forschungsfeldern der Geschichtswissenschaft fruchtbar zu machen, anstatt neue Großtheorien zu entwickeln. Wie lohnend eine stärkere Berücksichtigung der physikalischen Stofflichkeit historischer Artefakte – hier fehlt es der Geschichtswissenschaft allerdings oft noch an methodischer Kompetenz – und der spezifischen Beziehung zwischen Objekt und Akteur sein kann, zeigten die Vorträge allemal.²

Eine muntere Debatte über die Vor- und Nachteile sowie die methodischen Herausforderungen einer emotionsgeschichtlichen Perspektivierung des historischen Geschehens entspann sich in der von DORO-

²Entsprechende Forderungen werden bereits seit Längerem von Vertretern der nutzerorientierten Technik- und Mediengeschichte erhoben, deren Arbeiten und Konzepte (z.B. Dispositiv) hier noch stärker einbezogen werden sollten. Vgl. etwa: Martina Heßler, Kulturgeschichte der Technik, Frankfurt am Main 2012, S. 82ff. sowie Andreas Fickers, The Birth of Eurovision. Transnational Television as a Challenge for Europe and Contemporary Media Historiography, in: ders./ Cathy Johnson (Hrsg.), Transnational Television History. A Comparative Approach, New York 2012, S. 13-32, bes. S. 14ff.

THEE WIERLING (Hamburg) moderierten Kurzsektion „Fühlen wir (jetzt auch noch) Geschichte?“. Für LYNDAL ROPER (Oxford) waren Emotionen nicht zuletzt ein Schlüssel zum Verständnis der Bedeutsamkeit und Wirksamkeit von Diskursen und der Entstehung von Gemeinschaften. So sei etwa die Reformation kein rationales Ereignis gewesen und daher nur durch Einbeziehung von Emotionen verständlich. UTE FREVERT (Berlin) erinnerte daran, dass es sich dabei keineswegs um einen neuen Ansatz handle. Vielmehr gebe es Traditionslinien mindestens bis zur *Annales*-Schule.³ Anspruch sei es nicht eine neue Subdisziplin der Geschichtswissenschaft zu postulieren, sondern dieser eine vielfältig instruktive Forschungsperspektive beizusteuern. Wichtig für entsprechende Untersuchungen sei es zwischen Emotionen und Mentalitäten beziehungsweise affektiven und kognitiven Formen der Umweltauseinandersetzung zu unterscheiden. Daran anknüpfend wiesen BENNO GAMMERL (Berlin) und FRANK BÖSCH (Potsdam) auf die soziokulturelle Konditionierung von Gefühlen hin, die eine Fülle an instruktiven Forschungsfragen eröffne. Neben ideen- und wissenschaftsgeschichtlichen Studien zur Gefühlsforschung oder Untersuchungen einzelner, spektakulärer Emotionsäußerungen regte Bösch etwa an, verstärkt Gefühle materiell, räumlich und zeitlich zu verorten, Praktiken des Emotionsmanagements und das Zusammenspiel von Emotionen und medialer Massenkommunikation zu untersuchen. VALENTIN GROEBNER (Luzern) nahm einmal mehr die Rolle des *Advocatus Diaboli* ein und machte auf die enormen methodischen Schwierigkeiten der historischen Emotionsforschung und den unsicheren Mehrwert dieses in der Tat schon länger diskutierten Ansatzes für die Geschichtswissenschaft aufmerksam. So mangle es einerseits schlicht an Quellen, die – abgesehen von einigen konkreten Situationen – zuverlässig Aufschluss über die emotionalen Befindlichkeiten von Einzelpersonen gäben. Wie ließen sich etwa echte von simulierten Gefühlen unterscheiden? Und welches historische Forschungsvorhaben hätte andererseits eigentlich nichts mit Gefühlswelten zu tun? Groebner argwöhnte, dass hinter diesem Ansatz die Sehnsucht nach einem kulturwissenschaftlichen Ge-

³Siehe dazu bereits den Forschungsüberblick von Bettina Hitzer, *Emotionsgeschichte – ein Anfang mit Folgen*, in: *H-Soz-Kult*, 23.11.2011, <<http://www.hsozkult.de/literaturereview/id/forschungsberichte-1221>> (01.12.2014).

neralschlüssel oder die Verheißung einer freilich nicht erreichbaren Superanthropologie stecke. Bisweilen scheine es sich gar nur um ein nützliches Etikett im Wettstreit um Forschungsgelder zu handeln. Was hat eine Emotionsgeschichte also Neues zu bieten? Kann sie beispielsweise ein Gegengift zu abstrakten Diskursgeschichten beziehungsweise eine notwendige Bereicherung und Korrektur der Perspektiven der neuen Kulturgeschichte sein? Immerhin habe die Emotionsgeschichte den Anspruch auch das Ungesagte einzubeziehen. Diesem Ansinnen konnte auch Groeber seinen Reiz abgewinnen. Strittig blieb, wie dies umzusetzen sei. Außerordentlich irritiert zeigte sich etwa JÜRGEN REULECKE (Gießen) im Auditorium angesichts der vermeintlichen Geringschätzung psychologischer Forschungserkenntnisse als mögliche Impulse und Referenzpunkte der an Emotionen interessierten Geschichtswissenschaft durch Ute Frevert. Allerdings hatte diese primär auf die Grenzen des interdisziplinären Austauschs hingewiesen; etwa wenn, wie in dem von ihr geleiteten Forschungsbereich am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Historiker und Experimentalpsychologen aufeinandertreffen. Dass Gefühle beziehungsweise Gefühlsäußerungen dem historischen Wandel unterliegen, also keine überzeitlichen Phänomene darstellen, sei für Historiker evident. Manche psychologischen Modelle operierten hingegen mit der Prämisse psychologischer Konstanten. Da sei ein fruchtbarer Austausch oft nicht zu bewerkstelligen. Am Ende waren sich die Diskutanten auf dem Podium und im Auditorium einig, dass eine stärkere Einbeziehung der Emotionen in die Geschichtswissenschaft prinzipiell erstrebenswert sei, eine geschichtswissenschaftlichen Ansprüchen vollumfänglich genügende Theorie und Methode allerdings immer noch auf sich warten lasse – frei nach Brecht: Der Vorhang zu und fast alle Fragen offen. . .

Die eigensinnige Rolle von Massenmedien, wie dem Fernsehen, bei der öffentlichen Konstruktion historischen Wissens diskutierte die vom Verband der Geschichtslehrer Deutschlands e.V. (VGD) organisierte und von CHRISTIAN JUNG (Bietigheim-Bissingen) geleitete Sektion „Gewinner und Verlierer im medialen Geschichtsunterricht. Personalisierung von historischen Persönlichkeiten in den öffentlich-rechtlichen Medien“. JOACHIM HORN (Leipzig) vom Mitteldeutschen Rundfunk (MDR) stellte sichtlich stolz die geschichtsjournalistischen Projekte sei-

nes Hauses vor und kam insbesondere auf das Onlineportal „Eure Geschichte“ zu sprechen, das in enger Abstimmung mit dem VGD die Geschichte der DDR aufbereite. Unter anderem werde textliches und audiovisuelles Material aus den historischen Programmbeständen des MDR und des früheren DDR-Rundfunks zugänglich gemacht. Inwiefern dieses Angebot im Geschichtsunterricht tatsächlich gewinnbringend genutzt werden kann beziehungsweise ob die didaktische Rahmung für außerschulische Nutzungskontexte ausreicht, wurde leider nicht ernsthaft diskutiert. STEFAN BRAUBURGER (Mainz), der betont sachliche Nachfolger Guido Knopps als Leiter der ZDF-Redaktion Zeitgeschichte, wiederum präsentierte die Vorzüge einer personalisierten Erzählweise im Geschichtsfernsehen am Beispiel der Folge über Sophie Scholl in der 2013 erstmals ausgestrahlten Sendereihe „Frauen, die Geschichte machten“. Sinn sei es, durch die Ich-Perspektive der Sophie Scholl und die auch sonst konsequent fikionalisierte Darstellung, die an einen Spielfilm angelehnt ist, es nicht zuletzt jüngeren Zuschauern zu erleichtern, das historische Geschehen beziehungsweise die geschichtsdidaktischen Aussagen nachzuvollziehen. Emotionale und personalisierte Darstellungsformen seien affizierender und damit letztendlich lehrreicher als nüchterne Formen. Um die dafür notwendige Vereinfachung partiell auszugleichen, sei es heutzutage üblich, entsprechende Filme durch weitere Medienangebote zu flankieren. Darüber, inwiefern diese durchaus auch ökonomisch motivierte Strategie tatsächlich aufgeht, wäre freilich noch zu sprechen. Der Mainzer Geschichtslehrer RALPH ERBAR machte sich anschließend daran, die filmische Darstellung der Sophie Scholl und das vermittelte Geschichtsbild zu dekonstruieren. Aus geschichtsdidaktischer Warte zeichnete er klar die Differenzen zwischen wissenschaftlich nachvollziehbarem historischen Geschehen und der geschichtsdidaktisch gebotenen Komplexitätsreduktion beziehungsweise deutenden Inszenierung nach. Analog skizzierte er die schrittweise Idealisierung Sophie Scholls in der deutschen Erinnerungskultur von der bloßen Mitwisserin zur Seele des Widerstands. Erbars Ausführungen erschöpften sich nicht in der mehr oder weniger ergebnislosen Frage, inwiefern hier von einer Geschichtsklitterung zu sprechen sei, sondern mündeten im Plädoyer, in den Schulen vermehrt auf den Konstruktionscharakter historischer Erzählungen einzugehen und die Medien-

kompetenz zu stärken. In die gleiche Richtung argumentierte auch der wissenschaftliche Kommentar des Gießener Geschichtsdidaktikers VADIM OSWALT. Ausgehend von der Feststellung einer substanziellen Bedeutungszunahme „informeller Akteure“ im Bereich der historischen Bildung, bekräftigte er die Herausforderung, im Geschichtsunterricht nicht nur zur klassischen Quellenanalyse, sondern auch zur Darstellungsanalyse zu befähigen. Das Florieren refigurierter und fiktionalisierter Präsentationsformen in den Massenmedien erfordere es nicht nur, Fragen an die Geschichte, sondern auch Fragen an die Geschichte(n) der Geschichte zu stellen.

Welch fundamentale Bedeutung die Struktur und Mission von Archiven für die Möglichkeiten der historischen Forschung und Lehre hat, wurde unterdessen in der archiv- und sammlungsgeschichtlichen Sektion „Aus der Niederlage lernen? Archivische Überlieferungsbildung, Sammlungsaktivitäten und Erinnerungskultur in der Weimarer Republik“ deutlich, die von WOLFGANG ZIMMERMANN (Heidelberg) moderiert wurde. Der Erste Weltkrieg bewirkte einen markanten Umbruch im (deutschen) Archivwesen, wie ROBERT KRETZSCHMAR (Stuttgart/Tübingen) im Hinblick auf Bewertungsdiskussionen und den Aufbau zeitgeschichtlicher Sammlungen sowie MICHAEL HOLLMANN (Koblenz) anhand der Gründungsgeschichte des Reichsarchivs in ihren Vorträgen eindrücklich nachzeichneten. Die Zäsur bestand insbesondere darin, dass nicht mehr nur mittelalterliche und frühneuzeitliche Akten, sondern auch neuartige, nichtstaatliche Materialien der allerjüngsten Zeitgeschichte, wie etwa Plakate oder Postkarten, als archivwürdig einstuft, geschichtswissenschaftliche Kompetenzen angemahnt und erstmals Archivstrukturen auf Reichsebene eingerichtet wurden. Dies geschah nicht allein aus archivfachlichen Überlegungen, sondern war ein zutiefst politischer Akt. Das zunächst gesammelte Material sollte etwa Argumente für die Kriegsschulddebatte liefern und die militärischen Anstrengungen sowie den Alltag der „im Felde unbesiegten“ deutschen Soldaten möglichst breit dokumentieren. Nichtsdestotrotz ist eine rasche und nachhaltige Zivilisierung und archivfachliche Professionalisierung der ursprünglich aus Armeedienststellen entstandenen militärgeschichtlichen Sammlungen festzustellen. Dies ermöglichte nicht nur Kooperationen mit Archivaren der ehemali-

gen Kriegsgegner, sondern auch eine zukunftsweisende Debatte über die Modifikation der archivalischen Methode. Der Vortrag von RAINER HERING (Schleswig/ Hamburg) verdeutlichte am Beispiel kirchlicher Quellen zum Ersten Weltkrieg wiederum wie lohnend der Blick in Bestände der Kirchenarchive sein kann, die bislang nur unzureichend ausgewertet worden sind. Grundsätzlich unterstrich die vom Verband deutscher Archivarinnen und Archivare e.V. betreute Sektion, dass die Historisierung archivalischer Sammlungs-, Bestandsbildungs- und Erschließungslogiken, die in erheblichem Maße die Möglichkeiten der heutigen und künftigen Geschichtsschreibung determinieren, ein überaus wichtiges (kulturhistorisches) Forschungsfeld bilden. Nicht zuletzt mag daraus die Aufforderung abzuleiten sein, sich als Geschichtswissenschaft in Zeiten des scheinbaren Informationsüberflusses und der Digitalisierung stärker für die aktuellen archivalischen Debatten zu interessieren.

Die betrachteten Sektionen einte das Bedürfnis, bei allen Vorzügen kulturhistorischer Zugriffe deren Grenzen und Leerstellen nicht außer Acht zu lassen. Vereinzelt war ein Überdruß an einer auf Diskurse, Konstruktionen, Repräsentationen und „virtuelle“ Befindlichkeiten fixierten kulturhistorischen Forschung sowie eine diffuse Sehnsucht nach handfesten und scheinbar leichter handhabbaren Geschichten zu vernehmen. Und in der Tat nimmt das Interesse an methodischen und theoretischen Modifikationen und perspektivischen Ergänzungen, etwa im Hinblick auf Emotionen oder die Materialität und „agency“ von Objekten, wieder merklich zu. Dabei handelt es sich aber wohl noch um keine grundsätzliche Relativierung der neuen Kulturgeschichte, deren Potenziale auch längst noch nicht ausgeschöpft sind.

Westeuropa im 20. Jahrhundert

von Anna Karla

Besprochene Sektionen:

Gewinner und Verlierer „nach dem Boom“ in Westeuropa

Ein verlorenes Jahrzehnt? Die 1970er Jahre in Frankreich und Großbritannien

„Gewinner“ und „Verlierer“ des Versailler Vertrags

Aus der Niederlage lernen? Archivische Überlieferungsbildung, Sammlungsaktivitäten und Erinnerungskulturen in der Weimarer Republik

Die westeuropäische Geschichte zählte auf dem 50. Deutschen Historikertag zu den guten alten Bekannten, die wie selbstverständlich dazugehören. Diese Verlässlichkeit spiegelte sich auch in der Einladungspolitik – nach Frankreich 2012 war in diesem Jahr Großbritannien zu Gast. Bei der Eröffnungsfeier in der Göttinger Lokhalle erinnerte der britische Botschafter Sir Simon McDonald an das 300jährige Jubiläum der Personalunion und an die engen Bande zwischen dem Vereinigten Königreich und der Stadt Göttingen. Institutionell war das Gastland durch die Royal Historical Society vertreten, die gemeinsam mit dem Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands eine Sektion zum Thema „The Psychology of National Difference in the Mid-20th-Century Crisis“ organisierte.

Im Gesamtprogramm des Historikertags drängte sich der geographische Schwerpunkt keineswegs auf. Im Bereich der Zeitgeschichte betrieben zwei Sektionen explizit westeuropäische Forschung, andernorts stand der Bezugspunkt dagegen höchstens implizit im Hintergrund. Der vorliegende Bericht bezieht sich daher auf den Stand der Forschung zu Westeuropa nach 1945, wie er in den zwei Zeitgeschichts-Sektionen vorgestellt wurde. Darüber hinaus behandelt er zwei Sektionen zur Zwischenkriegszeit, die Westeuropa nur indirekt thematisierten, die aber gerade dadurch zum Nachdenken über die Kategorie und ihre Bedeutung für die Erforschung des 20. Jahrhunderts anstießen.

In den Sektionen zu Westeuropa nach 1945 spiegelte sich der Trend der Zeitgeschichte, die 1970er-Jahre als die Zeit eines tiefgreifenden Strukturbruchs zu historisieren. Beiden Sektionen ging es um die Si-

Westeuropa im 20. Jahrhundert

gnatur einer Übergangsepoche, welche die zeitgenössisch tendenziell optimistisch konnotierte Nachkriegszeit von einer unmittelbaren Gegenwartsvorgeschichte mit hörbar pessimistischen Untertönen trennt. Die normativen Kategorien von „Gewinnern“ und „Verlierern“ erwiesen sich in der historischen Draufsicht als besonders fruchtbar, weil sie Abwägung verlangten und insofern gegen allzu kurze Schlüsse immunisierten. In der Gesamtschau bot sich das schillernde Bild einer Zeitgeschichte, die sowohl die Prosperität der Nachkriegszeit als auch den „neoliberalen Quellcode“ (Morten Reitmayer) der jüngsten Vergangenheit kritisch auf ihre Ambivalenzen und Schattierungen hin prüft. Die 1970er-Jahre bilden in dieser Periodisierung eine Art Wasserscheide. Auf ihnen liegt eine besonders hohe Beweislast und konsequenterweise standen sie auch in beiden Sektionen im Zentrum der Aufmerksamkeit.

Die von MORTEN REITMAYER (Trier) geleitete Sektion „Gewinner und Verlierer ‚nach dem Boom‘ in Westeuropa“ verstand sich als empirisch breite Erprobung und analytische Schärfung einer ursprünglich „frechen Programmschrift“ – so LUTZ RAPHAEL (Trier) in der Diskussion.¹ Nachdem über diese Sektion schon mehrfach berichtet worden ist, werden die einzelnen Beiträge von Raphael, CHRISTIAN MARX (Trier), DIETMAR SÜß (Augsburg) und STEFANIE MIDDENDORF (Halle-Wittenberg) an dieser Stelle nicht noch einmal gesondert besprochen.² Insgesamt fiel auf, dass Westeuropa als Kategorie in den Beiträgen nicht eigens problematisiert, sondern in Gestalt der „Großen Drei“ – Großbritannien, Frankreich und die Bundesrepublik – pragmatisch gesetzt wurde. Dass es sich dabei letztlich um keine im Gegenstand begründete Konsequenz, sondern um eine heuristische Vorentscheidung handelte, wurde in der Diskussion deutlich. HARTMUT KAEUBLE (Berlin) mahnte in seinem Schlusskommentar an, die Krisenepoche der 1970er-Jahre auch für das östliche Europa zu konturieren und, mehr noch, sie auch in globale Kontexte zu rücken. In einer Perspektive, die mittel-

¹ Vgl. Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael, Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970, Göttingen 2008.

² Vgl. den Sektionsbericht von Reinhild Kreis: Historikertag 2014: Gewinner und Verlierer „Nach dem Boom“ in Westeuropa, 23.09.2014–26.09.2014 Göttingen, in: H-Soz-Kult, 20.10.2014, <<http://www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-5631>> sowie den Querschnittsbericht zur Zeitgeschichte von Benjamin Möckel: Historikertag 2014: Zeitgeschichte, in: H-Soz-Kult, 20.11.2014.

und osteuropäische Länder einbezieht, so ließen die einzelnen Beiträge vermuten, würde sich insgesamt „doch eher eine Verlierergeschichte“ (Kaelble) herauskristallisieren. Umso genauer müsse dann aber auch nach Elementen einer relativen Stabilisierung und nach den spezifischen Gewinnertypen der neoliberalen Lebens- und Arbeitswelt gefragt werden. In globaler Perspektive würde sich die Zeit „nach dem Boom“ in Westeuropa wohl vor allem als eine Zeit „vor dem Boom“ in den Schwellenländern erweisen.

Die Sektion „Ein verlorenes Jahrzehnt? Die 1970er Jahre in Frankreich und Großbritannien“ verstand sich als ein Schritt hin zu einer konsequenteren Internationalisierung der zeithistorischen Forschung.³ Ziel der Sektion war es, die 1970er-Jahre als ein Jahrzehnt zu charakterisieren, in dem die britische und die französische Gesellschaft zwar mit strukturell ähnlichen Problemen befasst waren, diese jedoch auf unterschiedliche Weise artikulierten und reflektierten. Wie SONJA LEVSEN (Freiburg) in der Einführung hervorhob, seien Ansätze der Vergleichs- und der Transfergeschichte in Frankreich und Großbritannien derzeit noch auffällig unterrepräsentiert. In neueren Arbeiten zur Bundesrepublik der 1970er-Jahre würden Einflüsse aus Großbritannien, Frankreich und den USA dagegen tendenziell sogar überbetont. Diese „national-spezifischen Logiken und Forschungsagenden“ (Levsen) müsse man nicht nur mitbedenken, sondern sollte sie ihrerseits innerhalb zeitgenössischer Narrative historisieren. Die Zeitgeschichtsschreibung laufe sonst Gefahr, populären Deutungsangeboten aufzusitzen – etwa dem britischen Pessimismus des „declinism“ oder dem relativen Optimismus der „années Giscard“ in Frankreich. Eine länderübergreifende Debatte sei auch deshalb nötig, so Levsens Plädoyer, weil man nur so auch der Spezifik nationaler Entwicklungspfade angemessen gerecht würde.

Die Fallbeispiele zu Frankreich setzten die angemahnte kritische Sicht auf zeitgenössische Wahrnehmungs- und Deutungsmuster um. CHRISTIANE REINECKE (Paris/ Hamburg) gab in ihrer Analyse der räumlichen und sozialen Marginalisierung in französischen Großstäd-

³Vgl. den Sektionsbericht von Arne Hordt: Historikertag 2014: Ein verlorenes Jahrzehnt? Die 1970er-Jahre in Frankreich und Großbritannien, 23.09.2014–26.09.2014 Göttingen, in: H-Soz-Kult, 31.10.2014, <<http://www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-5644>>.

Westeuropa im 20. Jahrhundert

ten seit den 1960er-Jahren zu bedenken, dass die Exklusionsprozesse im urbanen Raum in Frankreich eine lange Geschichte hätten und daher auch jenseits der wirtschaftsgeschichtlichen Zäsur der 1970er-Jahre erforscht werden müssten. Reinecke sprach sich dafür aus, die „Trente Glorieuses“ um ihre Schattenseiten zu erweitern. Die Problemgeschichte der „neuen Armut“ in „Ausnahmeräumen“ (Reinecke) müsse in die Geschichte des tiefgreifenden Wandels westlicher Industriegesellschaften in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts integriert werden. HÉLÈNE MIARD-DELACROIX (Paris) griff in ihrem Beitrag zum Frankreich der 1970er-Jahre die These auf, dass die französische Forschung oft unreflektiert auf zeitgenössische Wahrnehmungsmuster und Beschreibungskategorien rekurriere. Gegenüber den gängigen Niedergangs- und Krisennarrativen seit den frühen Siebzigern müsse man für Frankreich berücksichtigen, dass der Zukunftsoptimismus von '68 keineswegs im Zuge der Ölkrise abrupt versiegt sei. Die Identifikationskraft des linken Lagers sei in breiten gesellschaftlichen Schichten virulent geblieben und habe im Verlauf des Jahrzehnts sogar zugenommen.

Die Fallbeispiele zu Großbritannien wiesen ebenfalls auf die Ambivalenzen der 1970er-Jahre hin und differenzierten folglich die im Sektionstitel bewusst provokant gehaltene Vermutung eines „verlorenen Jahrzehnts“. NICOLE KRAMER (Frankfurt am Main) kontrastierte anhand der Entwicklung des „voluntary sector“ im Großbritannien der Nachkriegszeit die gängige Rede vom „decline“ mit Aspekten der Innovation, des Aufbruchs und eines zumindest partiellen Zugewinns an wohlfahrtstaatlichen Elementen. Eine genaue Kontextualisierung zeitgenössischer Niedergangsnarrative erlaube es zudem, die Rede vom Ende des Wohlfahrtsstaats auf Planungsexperten und Politiker zurückzuführen und somit als Argumente innerhalb einer politischen Arena zu bewerten. JÖRG ARNOLD (Nottingham) widmete sich mit dem britischen „coal miner“ einer Schüsselfigur der Deindustrialisierung und zugleich einem Symbol für die „emotionale Tiefe“ (Arnold) der innerbritischen Auseinandersetzungen um den Wandel der Industriegesellschaft. In der öffentlichen Wahrnehmung durchlief die Figur des Bergarbeiters eine Karriere vom wirtschaftshistorischen Auslaufmodell und Inbegriff der britischen Krankheit hin zu einer positiv-romantisch konnotierten Heldenfigur. Der Vortrag regte dazu an, zeitgenössische

Vorstellungen von Tradition und Sozialromantik stärker als bislang geschehen in die Analyse der 1970er-Jahre einzubeziehen. Nicht zuletzt wurde das Potential einer vergleichend-europäischen Perspektive deutlich, die den britischen „coal miner“ in einer länderübergreifenden Geschichte der Deindustrialisierung und der sozialen Bewegungen verortet.

DIETMAR SÜß (Augsburg) sprach sich im Schlusskommentar dafür aus, die nationalen historiographischen Landschaften noch systematischer zu kartographieren, um auf dieser Basis zu neuen Vergleichsnarrativen über die 1970er-Jahre zu kommen. Die von Süß vorgeschlagenen vier Kategorien umfassten die Rolle des Staates, der im Untersuchungszeitraum immer stärker in den Fokus einer auch selbstreflexiv-kritischen sozialwissenschaftlichen Expertenkultur rückte; die Präsenz von Arbeitskämpfen, die es notwendig machten, neben konsensliberalen Vorstellungen auch konkrete Akte von Gewalt in die Analyse einzubeziehen; die sozialen Bewegungen mit ihrem Überschuss an Utopie und ihren internationalen Verflechtungen; schließlich das postkoloniale Erbe in Frankreich und Großbritannien, das insbesondere auch auf die Trägerschichten sozialer Bewegungen rückwirkte.

Differenzierung im Detail und Vorsicht vor dem langen Nachwirken zeitgenössischer Narrative – dies war die Quintessenz einer Sektion, die insgesamt nicht beanspruchte, neue Epochensignaturen zu präsentieren, sondern überkommene nationalgeschichtliche Narrative zu destabilisieren. Schlüsselkonzepte der 1970er-Jahre wie der „Zerfall des Empires“ und die „Unregierbarkeit“ Großbritanniens, der Hoffnungsbegriff „modernité“ in Frankreich und schließlich der in beiden Ländern in unterschiedlicher Intensität reflektierte „Abschied vom Industriezeitalter“ gewannen durch die Konkretion in der historischen Empirie an Problempotential. Westeuropa wurde von den Referenten als heuristischer Rahmen indes nicht eigens bemüht. Offen blieb auch, inwieweit der vorgenommene französisch-britische Vergleich einen übergeordneten Begriff von Westeuropa voraussetzt – oder ob es sich dabei um einen Zugriff handelt, der für eine offenkundig transnational engagierte deutschsprachige Westeuropaforschung symptomatisch ist. Die anschließende Debatte konzentrierte sich dagegen auf die aus dem Plenum heraus vorgetragene Aufforderung, dekadische Zugriffe

Westeuropa im 20. Jahrhundert

nicht überzustrapazieren und sie durch problemorientierte Ansätze zu ersetzen. Ob und inwiefern historische Zahlensymbolik auch auf eine Tendenz zur epochalen Selbstreflexion zurückzuführen ist, die vielleicht ihrerseits für die westeuropäische Nachkriegszeit spezifisch war, müssten ebenfalls weitere, auch vergleichende Studien zeigen. Die geleistete „Ortsbestimmung“ (Levens) der 1970er-Jahre regte dazu fraglos an.

„Westeuropa“ war dem Programm nach nur im Bereich der Zeitgeschichte und dem Titel nach dort sogar nur in einer Sektion anzutreffen. Dennoch boten sich in zwei Sektionen zur Zwischenkriegszeit ebenfalls Perspektiven auf die westeuropäische Geschichte. Die Sektion „‚Gewinner‘ und ‚Verlierer‘ des Versailler Vertrags“ war institutionell das Resultat einer länderübergreifenden Zusammenarbeit zwischen dem Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands und dem französischen Historikertag „Le Rendez-vous de l'Histoire“ in Blois. Nach der jüngsten Kontroverse um den Beginn des Ersten Weltkriegs, der auf dem Historikertag in einer Podiumsdiskussion mit Christopher Clark und Gerd Krumeich Rechnung getragen wurde, hatte sich die Sektion zum Ziel gesetzt, die Frage der Kriegsschuld in die Debatten der Zwischenkriegszeit einzubetten und mithin zu historisieren. GERD KRUMEICH (Düsseldorf) bot eine engagierte Lesart des Artikels 231 des Versailler Vertrags, dessen zeitgenössische Brisanz eines Dokuments der „Schande“ von den Historikern der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu stark relativiert worden sei. JOHANN CHAPOUTOT (Grenoble/ Paris) analysierte die völkerrechtlichen Diskurse, auf denen die Publizistik zur Revision des Versailler Vertrags in Deutschland und Österreich beruhte. JEAN-MICHEL GUIEU (Paris) beschrieb die französische Verhandlungsposition in Versailles als ein Lavieren zwischen französischen Interessen und einer notwendigen Solidarität mit den anderen Alliierten. In der anschließenden Diskussion kamen längere historische Linien und breitere geographische Kontexte zur Sprache. So plädierte Krumeich entschieden dafür, die Fragilität der internationalen Beziehungen nach dem Ersten Weltkrieg in einer gesamteuropäischen Perspektive zu erfassen. Die traditionell auf die westlichen Alliierten und das Deutsche Reich fokussierte Versailles-Forschung müsse viel stärker die zeitgenössisch völlig offene Lage in Mittel- und Osteuropa mit einbeziehen. In der rein westeuropäischen Sicht auf das „System

Versailles“ seien einschneidende Ereignisse wie die Friedensverträge von Brest-Litowsk und Bukarest, aber auch so aufschlussreiche Quellen wie die Berichte der osteuropäischen Grenzkommissionen nach 1918 noch nicht genügend berücksichtigt worden.

Ungeplante Schützenhilfe erhielt Krumeichs Plädoyer für eine konsequentere Einbettung Westeuropas in den gesamteuropäischen Kontext durch die Sektion „Aus der Niederlage lernen? Archivische Überlieferungsbildung, Sammlungsaktivitäten und Erinnerungskulturen in der Weimarer Republik“. ⁴ Aus den Fachvorträgen von Archivaren und Bibliothekaren ging anschaulich hervor, dass eine kritische Sicht auf die Überlieferungslage und die Quellenproduktion nach 1918 neue Akzente in der Geschichte des Ersten Weltkriegs und der unmittelbaren Nachkriegszeit setzen könnte. So müsste etwa die Gründung des Reichsarchives im Jahr 1919 in die Geschichte der Weimarer Republik integriert, aber auch mit der Archivierungspraxis der Alliierten kontrastiert werden. Ferner wäre zu fragen, inwiefern sich die Neuordnung insbesondere des östlichen Europas nach dem Ersten Weltkrieg in nationsspezifischen Sammlungstätigkeiten niederschlug und inwiefern sich bei zeitgenössischen Dokumentationspraktiken auch länderübergreifende Tendenzen beobachten ließen.

Unterm Strich bündeln sich die Eindrücke des Historikertags zu drei Beobachtungen, aus denen sich einige Rückschlüsse auf den Stand der Westeuropaforschung zum 20. Jahrhundert ableiten: Erstens ist die vergleichende Forschung zu Großbritannien, Frankreich und der Bundesrepublik empirisch gut aufgestellt, wobei ein deutliches Gewicht auf der zweiten Jahrhunderthälfte und hier insbesondere auf der jüngeren Zeitgeschichte seit den 1960er-Jahren zu erkennen ist. Hier dominieren sozioökonomische Fragestellungen, die strukturelle Wandlungsprozesse mit Alltagswahrnehmungen und -erfahrungen verknüpfen. Besonders vielversprechend erschienen in Göttingen solche Ansätze, die diese Erkenntnisse konsequent auch auf die Agenden unterschiedlicher politischer Akteure beziehen. Die Zwischenkriegszeit war insgesamt

⁴Vgl. den Sektionsbericht von Senta Herkle: Historikertag 2014: Aus der Niederlage lernen? Archivische Überlieferungsbildung, Sammlungsaktivitäten und Erinnerungskultur in der Weimarer Republik, 23.09.2014–26.09.2014 Göttingen, in: H-Soz-Kult, 31.10.2014, <<http://www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-5646>>.

Westeuropa im 20. Jahrhundert

unterrepräsentiert, wobei gerade für die unmittelbare Nachkriegszeit nach 1918 empirischer Forschungsbedarf besteht.

Zweitens schien Westeuropa auch heuristisch zu den guten alten Bekannten zu zählen und wurde daher häufiger als Prämisse gesetzt anstatt eigens reflektiert. Ein pluralistisches Westeuropa, zu dessen Geschichte die Beneluxstaaten, die Schweiz, Irland und die Iberische Halbinsel mindestens ebenso viel beizutragen hätten wie Großbritannien oder Frankreich, stand auf diesem Historikertag nicht zur Debatte. Die Diskussionen zu den 1970er-Jahren und interessanterweise auch die Sektionen zur Zwischenkriegszeit haben aber ohnehin deutlich gemacht, dass „Westeuropa“ letztlich immer nur ein Relationsbegriff ist, der im Grunde nicht aus sich selbst heraus historisch gefüllt werden kann. Konsequenterweise müsste man die westeuropäische Geschichte folglich immer auch als eine Form der Propädeutik zu einer Geschichtsschreibung verstehen und konzipieren, die geopolitische Differenzbegriffe wie West-, Mittel- und Osteuropa historisiert, parallel aber auch die Strukturähnlichkeiten europäischer Gesellschaften herausarbeitet. Dass im Umkehrschluss auch die Nationalgeschichten mit ihren eigenen Rhythmen und Pfadabhängigkeiten an Gewicht gewinnen könnten – dies war eine Erkenntnis dieses Historikertages.

Drittens schließlich war auch der 50. Deutsche Historikertag nicht nur Anzeiger von Fachdebatten, sondern schwangen unter der Hand Fragen der Gegenwart mit. Das Motto der „Gewinner und Verlierer“ verhehlte seine außerwissenschaftlichen Reminiszenzen in Zeiten von Wirtschaftskrisen und Debatten um soziale Ungleichheit jedenfalls nicht. In dieser Hinsicht war in den Vorträgen und Diskussionen zu beobachten, dass der einstmalige Verheißungsbegriff „Westeuropa“ nicht unbeschadet geblieben ist, sondern in den letzten Jahren sichtliche Kratzer abbekommen hat. Abzuwarten bleibt, ob im Zuge der Ostverschiebung von westlich konnotierten Normen und Werten seit 1989 und durch die EU-Erweiterungen die politische Rede von Westeuropa obsolet geworden ist, oder ob ihr nicht gerade angesichts aktueller Konfliktlinien eine ungeahnte Renaissance beschieden sein wird. Der britische Botschafter und der deutsche Bundespräsident umschifften in der Lokhalle derlei drängende Themen gekonnt. Die Geschichtswissenschaft aber muss sich wohl künftig auch die Frage gefallen lassen, welche Argumente für

Anna Karla

eine spezifische geographisch-kulturelle Einheit namens „Westeuropa“ sprechen und wie sich diese historisieren lassen. Dass man dafür auch das 19. Jahrhundert wieder brauchen wird, das in Göttingen kläglich unterrepräsentiert war, steht auf einem anderen Blatt.

Globalgeschichte *von Daniel Hedinger*

Besprochene Sektionen:

State and Capitalism in China and Europe

Wertsachen: Gewinn und Verlust im „Global Life of Things“

Making Winners? Transforming Individuals through Education in Colonial and Postcolonial Contexts

Wie präsent war Globalgeschichte auf dem Historikertag 2014 in Göttingen? Nähert man sich der Frage quantitativ und orientiert sich dabei ausschließlich an den Titeln der Sektionen und Beiträge, so bleibt nur eine Antwort: Kaum. Wer sich im Programmheft nach dem explizit Globalgeschichtlichen auf die Suche machte, wurde meist nicht fündig. In Zahlen ausgedrückt bedeutet dies, dass in nur zwei Sektionen das Stichwort „global“ fiel und ganze sechs Beiträge es im Titel trugen. Und auch auf die übrigen üblichen Verdächtigen, die wir mit einer Geschichtsschreibung jenseits nationaler Grenzen und jenseits Europas verbinden, traf man selten – von „transnational“ etwa war nur in einer Sektion und einem Beitrag explizit die Rede.

So weit so wenig. Doch sollten wir einen solchen Befund nicht vorschnell negativ werten. Denn zumindest war damit am Historikertag der in letzter Zeit oft beklagte inflationäre Gebrauch einschlägiger Schlagwörter nicht zu beobachten. Dass man insgesamt keinem neomodischen Schlagwort-Dropping verfiel, könnte so gesehen auch als Beleg für einen ziemlich entspannten Umgang mit Globalgeschichte gelesen werden. Dabei wäre ja auch denkbar, dass in Göttingen wenn nicht explizit so doch implizit globalgeschichtliche Ansätze durchaus präsent waren. Denn hat nicht Christopher Bayly an einer gern zitierten Stelle behauptet, alle Historiker seien heute Global- beziehungsweise Welthistoriker, auch wenn die meisten dies noch nicht realisiert hätten?¹ War also das, was sich am Historikertag beobachten ließ, in erster Linie ein entspannter Umgang mit globalgeschichtlichen Ansätzen, die implizit in vielen Beiträgen (quasi stillschweigend) einfach so mitschwangen?

¹Christopher A. Bayly, *Birth of the Modern World. Global Connections and Comparisons, 1780-1914*, Malden (Mass.) 2004, S. 469.

Globalgeschichte

Nun, ganz so einfach war es dann doch nicht. Aber um der Frage gerecht zu werden, müssten wir zunächst klären, wonach wir überhaupt suchen, wenn wir von Globalgeschichte sprechen. Dabei geht es natürlich nicht um eine quantitative Bewertung. Wichtiger wäre, zu klären, wo globalgeschichtliche Zugriffe auf einem Deutschen Historikertag Sinn machen, wo sie willkommene Ergänzung leisten und wo sie notwendig sind. So gesehen zwingt das globalgeschichtliche Angebot in Göttingen uns auch dazu zu reflektieren, was diese Art Geschichtsschreibung ausmacht, was sie will und was sie soll. An Definitionen der Globalgeschichte mangelt es nicht. Vielleicht können wir uns für diesen Beitrag auf folgendes Minimum einigen: Globalgeschichte soll nicht nur Geschichtsschreibung sein, die nationale Grenzen überwindet, sie sollte gleichzeitig auch in irgendeiner Form außereuropäische Perspektiven miteinbeziehen und dabei weltumspannende Phänomene thematisieren; wobei im Konkreten der Fokus selbstverständlich auch auf lokalen Ausprägungen derartiger Phänomene liegen kann. Ausgerüstet mit dieser (Wunsch)Vorstellung von Globalgeschichte konnte man am Historikertag dann doch eine ganze Reihe relevanter Beiträge und Sektionen ausmachen.

Einer weltgeschichtlichen Fragestellung widmete sich dabei die Sektion „State and Capitalism in China and Europe“ von DOMINIC SACHSENMAIER (Bremen). Im Zentrum der Diskussion stand die „Great Divergence“ Debatte, also die Frage, wann, wie und wieso der „Westen“ den „Rest“, insbesondere Asien, hinter sich gelassen hat. Die meisten Beiträge fokussierten dabei auf Großbritannien und China. Die Sektion begann mit KENNETH POMERANZ (Chicago), der nochmals einige der wichtigsten Thesen seines 2000 erschienenen Buches „The Great Divergence. China, Europe, and the Making of the Modern World Economy“ zusammenfasste: Noch um 1750 habe China – und hier insbesondere das Jangtse-Delta – bezüglich Reichtum, wirtschaftlicher Entwicklung und Effizienz Großbritannien in nichts nachgestanden; nur ein halbes Jahrhundert später aber sei die „große Divergenz“ Realität geworden. Als einen entscheidenden Faktor für die Entwicklung Großbritanniens nannte Pomeranz den Überseehandel. Er unterstrich aber auch, dass die Frage nach den Ursachen der „großen Divergenz“ immer noch viel schwieriger zu beantworten sei als die nach ihrem Beginn und Verlauf.

Im Anschluss daran hob PEER VRIES (Wien) Innovation als den für ihn ausschlaggebenden Faktor hervor. Wieso aber kam es in Großbritannien zu den für Innovationen nötigen Investitionen und in China nicht? Zumal Vorbedingungen wie Geld beziehungsweise Geldakkumulation in Asien durchaus vorhanden gewesen wären. Mehr noch: Aufgrund der zahlreichen Kriege lasteten hohe Steuern und Staatsverschuldung auf Großbritanniens Wirtschaft. Insgesamt befand sich das Land also zu Beginn der Industriellen Revolution in einer gemäß klassischer ökonomischer Theorien alles andere als optimalen Ausgangslage. Eine mögliche Antwort wäre, dass intensivierte Kriegsführung und in ihrem Gefolge eine Art proto-keynesianische Investitionspolitik seitens des Staates als Auslöser fungierten. JÜRGEN KOCKA (Berlin) hingegen näherte sich der „großen Divergenz“ aus der *longue-durée* Perspektive der Genese des europäischen Kapitalismus. Handelskapitalismus sei zwar in einem globalen Kontext entstanden, doch habe Europa seit 1500 sein dynamisches Zentrum gebildet. Vor allem aber habe sich der Handelskapitalismus in Richtung Industriekapitalismus entwickelt, was so in China nicht geschehen sei. Er wies in diesem Zusammenhang auf den tiefgestellten Status von Händlern im Konfuzianismus hin. Insgesamt zeigte die Sektion (die weiteren Beiträge der Sektion konnten leider aufgrund programmtechnischer Überschneidungen nicht mehr berücksichtigt werden), dass die Diskussion um die Ursachen und Ursprünge der „großen Divergenz“ keinesfalls abgeschlossen ist. Vermehrt wurde auch wieder die Bedeutung von Innovationen und in ihrem Schlepptau letztendlich der Stellenwert von Kultur ins Zentrum der Diskussion gerückt. Es wird sich aber erst noch zeigen müssen, wie solche kulturhistorischen Ansätze umgesetzt werden könnten, ohne dass man einer Interpretation à la David Landes verfällt, wo eine quasi ahistorische Kultur den ganzen Unterschied macht.²

Auch ansonsten waren es häufig wirtschaftshistorische Beiträge, die globale Perspektiven verfolgten. Dabei offenbarte sich eine Vielfalt methodisch-theoretischer Zugänge. Denn während etwa die zuvor beschriebene Sektion sich einer vergleichenden Weltgeschichte mit makroökonomischem Zugriff zuordnen ließe, gingen andere in Richtung einer

²Siehe David S. Landes, Wohlstand und Armut der Nationen. Warum die einen reich und die anderen arm sind, Berlin 1999.

Globalgeschichte

Globalgeschichte materieller Kulturen. So etwa die Sektion „Wertsachen: Gewinn und Verlust im ‚Global Life of Things‘“ von SÜNNE JUTERCZENKA (Berlin) und KIM SIEBENHÜNER (Bern). Diese Sektion wurde bereits mehrfach besprochen, daher hier nur einige zusammenfassende Bemerkungen: Weltweit zirkulierende Luxusgüter erwiesen sich als besonders geeignet, um nachzuzeichnen, wie globale Verflechtungen und Beziehungen auf materieller Ebene funktionieren – ein Punkt, den BERND-STEFAN GREWE (Freiburg) in seinem Kommentar hervorhob. Dabei ist die globale Perspektive keine gesuchte, sondern der Geschichte dieser Güter gleichsam inhärent; dies zeigte etwa LEORA AUSLANDER (Chicago) anhand des russischen Samowars, der in der jüdischen Diaspora in Nordamerika im ausgehenden 19. Jahrhundert eine identitätsstiftende Funktion erlangte.

Ähnliche Versuche einer Globalgeschichte der Dinge waren in der Sektion „Die Materialität der Geschichte. Dinge als Signaturen ihrer Epoche“ zu beobachten: Einerseits beschrieb REBEKKA HABERMAS (Göttingen) in ihrem Beitrag mit dem Titel „Die Peitsche im Reichstag – koloniale Objekte und globale Praktiken“ Reichstagsdebatten um die Anwendung der Peitschenstrafe in deutschen Kolonien um 1900; andererseits thematisierten MARIAN FÜSSEL (Göttingen) und SVEN PETERSEN (Göttingen) „materielle Kultur globaler Kriege im 18. Jahrhundert“. Innovativ sind solche Perspektiven vor allem dann, wenn sie globalgeschichtliche Postulate mit theoretisch anspruchsvollen Ansätzen einer neueren Geschichte materieller Kulturen verbinden.

Für eine andere Richtung innerhalb der Globalgeschichte, die stärker den *postcolonial studies* und transfergeschichtlichen Ansätzen verpflichtet ist, stand die Sektion „Making Winners? Transforming Individuals through Education in Colonial and Postcolonial Contexts“, die vom Deutschen Historischen Institut London organisiert wurde. JANA TSCHURENEV (Göttingen) untersuchte eine britische Methode der Armenenerziehung aus dem frühen 19. Jahrhunderts, das so genannte *monitorial system* von Joseph Lancaster und Andrew Bell. Dabei überwachten und disziplinierten ältere Schüler die Jüngeren nach streng vorgegebenen Regeln, um aus ihnen „Good Christians, Good Men and Good Subjects“ zu machen. Es handelte sich um einen dezidiert transfergeschichtlichen Beitrag, der die Umsetzung derartiger Reformmaßnahmen

men insbesondere im kolonialen Indien thematisierte. SILKE STRICK-RODT (London) sprach über die Erziehung im britischen Sierra Leone im 19. Jahrhundert und damit den Beginn kolonialer Erziehung in West Afrika. Sie beschrieb Sierra Leone als Ort erziehungstechnischer Experimente, wobei der Fokus ihrer Ausführungen auf der Ausbildung der Schülerinnen afrikanischer Eliten lag. Hier ging es den Missionaren vor allem darum, aus den Frauen „gute Christinnen, Hausfrauen und Mütter“ zu machen.

Zurück nach Indien, aber diesmal ins frühe 20. Jahrhundert, führte der Beitrag von GEORGINA BREWIS (London), die sich Sozialdienste indischer Studenten anschaute und sich damit der Frage nach Interaktionen zwischen Erziehung und *empire building* zuwandte. Sie zeigte, dass studentische Freiwilligenarbeit nicht einfach ein britischer Import war, sondern vielmehr ein hybrides Produkt, in dem sich christliche reformistische Ideale mit hinduistischen Einflüssen durchmischten. Gleichzeitig ließen sich globale Zirkulationen beobachten, wobei in Indien gesammelte Erfahrungen später Studenten in Großbritannien und Amerika inspirierten. Mit CHARLOTTE HASTINGS (Manchester) war man zurück in Afrika, diesmal Nigeria, und wiederum ging es um koloniale Frauenerziehung: Die britische Regierung eröffnete in den späten 1920er-Jahren ein „Queen’s College“. Der Beitrag thematisierte die damit einhergehenden Konflikte, die nicht zuletzt zwischen der Kolonialverwaltung und den (meist britischen) Lehrerinnen auftraten. Hier zeigte sich, dass die bereits in den vorherigen Beiträgen konstatierten Widersprüchlichkeiten und Spannungen, die aus der Implementierung kolonialer Erziehungsmethoden in den Peripherien resultierten, sich in der Zwischenkriegszeit nochmals verschärften.

VALESKA HUBER (London) thematisierte schließlich Kontinuitäten der Erziehung im Übergang der kolonialen zur postkolonialen Phase: Sie fokussierte auf den amerikanischen Missionar Frank Laubach, der mit Bezug auf Bell und Lancaster auf den Philippinen Ansätze zur Alphabetisierung weiter Bevölkerungsteile entwickelte. Dabei wiesen solche Programme während der späten Kolonialphase durchaus auch politisch emanzipatorisches Potential auf. Dies ist auch ein Grund dafür, dass Laubachs Methoden in der postkolonialen Phase im Kontext von Dekolonisierung, Demokratisierung und Kaltem Krieg global

Globalgeschichte

Anwendung fanden. Ans Ende des 20. Jahrhunderts, dafür wiederum zurück auf den indischen Subkontinent, führte der Beitrag von SUMEET MHASKAR (Göttingen). Im Zentrum stand bei ihm die Frage nach der Erziehung von Arbeiterkindern in postindustriellen Städten wie Ahmedabad, Kalkutta oder Mumbai nach dem Verschwinden der meisten Industriebetriebe. Seine Mikrostudie zeigte, dass die große Mehrheit der Kinder ehemaliger Arbeiter nicht die notwendige Ausbildung erhielt um beispielsweise im Dienstleistungssektor Anstellung zu finden. Anhand der (wenigen) Erfolgsgeschichten erhellte Mhaskar die Bedingungen dafür, die vorhandenen sozialen, politischen und ökonomischen Hindernisse zu überwinden.

Im letzten Beitrag mochten die Verlierer überwiegen, ansonsten war in der Sektion aber oft nicht eindeutig bestimmbar, wer aus globaler beziehungsweise historischer Perspektive zu den Gewinnern und wer zu den Verlierern der Erziehungsreformen zählte. Darin lag aber gerade die Stärke der Sektion, nämlich Erziehungsmodelle in kolonialen Kontexten zu vergleichen und dabei die Vielfältigkeit der Resultate der Implementierung vor Ort aufzuzeigen.

Insbesondere an Beiträgen, welche außereuropäische, lokale Kontexte berücksichtigten und mitunter mikrohistorisch vorgingen, zeigte sich in Göttingen das Potential globalgeschichtlicher Historiographie. Dabei ließen sich am Historikertag bezüglich thematischer, epochaler und länderspezifischer Ausrichtung einige Schwerpunkte ausmachen. Gut vertreten war die Globalgeschichte in wirtschaftshistorischen Sektionen mit makro- wie auch mikrogeschichtlichen Ansätzen. Europäische Kolonialgeschichte bildete einen zweiten erkennbaren Schwerpunkt. Epochal waren vergleichsweise viele Beiträge zur Frühen Neuzeit inklusive 18. Jahrhundert zu beobachten; standesgemäß war die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts und damit die so genannte erste Phase der Globalisierung sehr gut vertreten.

Diese Schwerpunkte offenbarten aber auch einige Lücken: So findet die Dominanz des 19. Jahrhunderts ihr Gegenstück in der Abwesenheit des 20. Hier möchte man fragen, wo die Sektionen zur globalen Geschichte des Kalten Krieges, der beiden Weltkriege, der Dekolonisierung waren. Auffallend war das Fehlen globalgeschichtlicher Bezüge insbesondere bei handfesten Themen der Zeitgeschichte: In Beiträgen

zur Sozialgeschichte, zur Geschichte der Politik, der Kriege und der Gewalt war das Globale sowie das Außereuropäische insgesamt besonders rar gesät. Zudem war die Randexistenz gewisser Regionen – wie etwa Südamerika, aber auch Ost- und Südostasien – auf dem Historikertag nicht zu übersehen.

In einem ersten Querschnittsbericht zum Thema transnationaler Geschichte, der vor einem Jahrzehnt im Anschluss an den Historikertag im Kiel erschien, kam die Autorin zum Schluss, dass die „globalgeschichtliche Dimension der transnationalen Geschichte nahezu gänzlich fehlte“.³ Dieser Befund trifft ein Jahrzehnt später in Göttingen nicht mehr zu. Angesichts der Entwicklung des Felds in der letzten Dekade und des immer stärker globalisierten Umfelds der Geschichtswissenschaften vermag das Angebot in Göttingen aber nicht wirklich zufriedenzustellen. Speziell ein Manko des Historikertags ist dabei nicht zu übersehen: Insgesamt fehlte es in Göttingen vor allem an einer Art Globalgeschichte, die konsequent die Perspektiven umdreht und Außereuropäisches ins Zentrum stellt, anstatt von der europäischen Geschichte aus einen Blick nach „draußen“ zu werfen. Dieses Manko aber ist schon angesichts der theoretisch-methodischen Postulate postkolonialer Theorie keinesfalls eine Kleinigkeit. Ein Desiderat für die Zukunft wären damit Beiträge, die nicht-europäische, subalterne Stimmen mehr zu Wort kommen lassen.

Der Bericht zur transnationalen Geschichte von 2004 schloss mit der Bemerkung, dass an transnationalen beziehungsweise globalen Themen Interessierte doch lieber gleich zum „ersten europäischen Kongress für Welt- und Globalgeschichte“ reisen sollten. Nun hat praktisch zeitgleich zur Göttinger Veranstaltung in Paris der Congress on World and Global History stattgefunden. Es war die mittlerweile bereits vierte Ausgabe dieser Veranstaltung. Der Empfehlung von 2004 möchte sich der Autor aber dennoch nicht anschließen. Im Gegenteil: Es sollte nicht so weit kommen, dass sich die Herausbildung zweier verschiedener, separater Felder noch verstärkt. Die nachhaltige Integration der Globalgeschichte in den Deutschen Historikertag stellt aber durchaus eine Herausforderung dar. Denn die epochale, regionale und thematische Vielfalt dieser

³Vanessa Ogle, Historikertag 2004: Transnationale Geschichte, in: H-Soz-Kult, 29.10.2004.

Globalgeschichte

Art Geschichtsschreibung scheint selbst eine Großveranstaltung mit rund 70 Sektionen an ihre Grenzen zu bringen. Auf dem Historikertag 2014 wirkten globalgeschichtliche Beiträge wie willkommene Farbtupfer im Meer klassischer nationalgeschichtlicher Themen. Die Frage bleibt also, wie Großveranstaltungen wie Historikertage mit den regionalen und thematischen Erweiterungen, welche die Globalgeschichte mit sich bringt, umgehen werden. Oder in anderen Worten: Wie lässt sich die trotz aller Ausuferung die nötige inhaltliche Dichte erzeugen? Man kann gespannt sein, wie der Historikertag in Zukunft mit dieser globalen Herausforderung umgehen wird.

Sektionsberichte

HT 2014: Close Reading and Distant Reading. Methoden der Altertumswissenschaften in der Gegenwart

Leitung: Veranstalter: Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands (VHD); Verband der Geschichtslehrer Deutschlands (VGD)

Bericht von: Charlotte Schubert, Historisches Seminar, Universität Leipzig

Alle Beiträge der gut besuchten Sektion, die auch in den Social Media ein lebhaftes Echo fand, stellten verschiedene Ansätze aus den Bereichen der Altertumswissenschaften vor, die sich mit Methoden der Digital Humanities beschäftigen. Sie gehören zu der Arbeitsgemeinschaft „Digital Humanities in den Altertumswissenschaften“ der Mommsen-Gesellschaft e.V. und greifen, wie Tanja Scheer (Göttingen) und Charlotte Schubert (Leipzig) in der Einführung betonten, spezifisch altertumswissenschaftliche Zusammenhänge auf. Aktuelle Methodendiskussionen aus diesem neuen Feld thematisieren neue Repräsentationsformen von Texten und Objekten, deren praktische und epistemische Auswirkungen in den Altertumswissenschaften noch wenig diskutiert worden sind.

Ausgangspunkt können die von Franco Moretti so eindrücklich als ‚distant reading‘ beschriebenen Auswirkungen von quantitativen Analysemodellen in Verbindung mit graphischen Visualisierungen sein. Unter dem Schlagwort ‚distant reading‘ sind neue Möglichkeiten diskutiert worden, aus der schieren Menge von Daten durch die Anwendung algorithmenbasierter Auswertung mit den Methoden etwa des Textmining, des Clusterings oder des Topic Modeling neue Zusammenhänge aus sehr großen Text- und Datenmengen zu erkennen.¹ Komplexitätsreduktion, Visualisierung und exploratives Experimentieren haben aber auch auf ganz neue Fragen geführt, von denen nicht zuletzt die Qualität der zugrunde gelegten Daten eine wesentliche ist. Diese prägnanten Aus-

¹Franco Moretti, *Graphs, Maps, Trees*, London/New York 2007.

führungen zur Taxonomie der Formen in Morettis *Graphs, Maps, Trees* lassen sich verallgemeinern und auch auf ganz andere Visualisierungsformen übertragen, die nicht nur für das neue Feld der Digital Humanities aufgrund ihrer Verbindung ganz unterschiedlicher disziplinärer Traditionen von Bedeutung sind. Die Frage, die dabei im Vordergrund steht, ist: welche Art von Information wird verwendet, wie wird sie verarbeitet, welche Formalisierungen werden eingesetzt und vor allem, welche impliziten Bedeutungen werden mitgetragen sowie schließlich, wie verhält sich dieser Ansatz zu dem close reading, wie es sich bspw. in der traditionellen, historisch-philologischen Textanalyse etabliert hat?

Mit distant reading, Komplexitätsreduktion, Visualisierung, Vernetzung und explorativem Experimentieren sind die wichtigsten methodischen Bausteine beschrieben, die die Vorträge der Sektion verbinden.

CHRISTOPH SCHÄFER (Trier) und WOLFGANG SPICKERMANN (Graz) haben in ihrem Beitrag speziell die Visualisierung von räumlichen und zeitlichen Veränderungen von „Objekten“ und „Vorgängen“ und die Möglichkeit, historische Prozesse und Entwicklungen abzubilden thematisiert und am Beispiel des Adaptiven Interaktiven Dynamischen Atlas der Geschichte (AIDA) vorgestellt. AIDA ist ein seit 2008 bestehendes Projekt mit dem Ziel der Entwicklung eines datenbankgenerierten, dynamischen und adaptiven Atlas zur Geschichte Europas und des Mittelmeerraumes für Bildung und Forschung. Dynamische Karten ermöglichen die Visualisierung von räumlichen und zeitlichen Veränderungen von „Objekten“ und „Vorgängen“ und vermitteln damit historische Prozesse und Entwicklungen. Hierfür wurden unter Anderem große Datenbestände zur Infrastruktur in den germanischen Provinzen Roms erschlossen, welche als die Grundlage für eine Studie zur Rekonstruktion des vernetzten Alltagslebens an der Grenze des römischen Reiches dienen, zum Vergleich aber auch mit vorhandenen Datenbanken aus der mittelalterlichen und neueren Geschichte experimentiert. Mit Hilfe der Webble-Technologie (WEB-Based Life-like Entities) ist es möglich diese mit öffentlich zugänglichen (z.B. den großen Münz- und Inschriftendatenbanken) sowie weiteren lokalen Datenbanken (z.B. der Datenbank zu Heiligtümern in den Nordwestprovinzen) zu verbinden. Auf dieser Datenbasis kann nun ein detailliertes Bild des Alltags am germanischen Limes, der Beziehungen der unterschiedlichen

diesen bedingenden Systeme, sowie deren Transformationen erarbeitet werden. Durch den Einsatz von Webble ist nicht nur die Integration unterschiedlichster verteilter Datenquellen möglich, sondern auch die dynamische Nutzung verschiedener Werkzeuge zur Geo- und Netzwerkanalyse. Durch diese Kombination bestehender, jedoch bis dato noch nicht verknüpfter digitaler Analyseverfahren können neue Fragestellungen und Perspektiven generiert werden. Dabei geht es vor allem um neue Arten der Hypothesenbildung, Perspektivenverschiebung durch die Genese explorativer Räume sowie die Visualisierung komplexer Räume, die rein textuell nicht in gleichem Maße umsetzbar sind.

MARTIN LANGNER (Göttingen) zeigte, wie eine digitale Benutzerführung durch Virtualisierung ermöglicht wird. Er schlägt am Beispiel archäologischer Datenbanken vor, diese Daten durch verstärkte Anstrengungen zur Kontextualisierung und Vernetzung in der Art eines Virtuellen Museums zu präsentieren. Große archäologische Datenbanken wie ARACHNE oder die Vasendatenbank des Beazley-Archives versammeln eine unüberschaubare Zahl an Monumenten. Der digitale Zettelkasten ist aber so angewachsen, dass eigentlich nur gefunden werden kann, was explizit gesucht wird. Große Ergebnismengen sind hingegen abschreckend. Daher sind verstärkte Anstrengungen zur Kontextualisierung und Vernetzung der Daten vonnöten. Neue Methoden der Userführung (wie faszettierte Suche, Methoden der Individualisierung und Interaktion etc.) könnten einen Ausweg aus dem Dilemma bilden. Sein Vorschlag wäre daher, durch die Rekonstruktion einer Biografie der Objekte in Zeit, Raum und Materialität / Körperlichkeit den Datenbanken Narrative zu verschaffen. Am Beispiel des Projekts „Este-Virtuell: Die Skulpturensammlung Obizzi / Este und Franz Ferdinands von Habsburg als Virtuelles Museum“, einem Kooperationsprojekt mit dem Kunsthistorischen Museum Wien, wurde dies anschaulich vorgeführt. Die 494 bislang weitgehend unpublizierten Skulpturen sollen nicht nur in einer Katalogdatenbank aufbereitet, sondern auch als 3D Scans in einem Virtuellen Museum präsentiert werden, das die Aufstellungen von 1803 im Palazzo Catajo bei Padua und von 1904 im Palais Modena in Wien rekonstruiert und so zwei für ihre Zeit typische Präsentationen antiker Skulptur in ihrer Wirkung erfahrbar macht. Zugleich

HT 2014: Close Reading and Distant Reading. Methoden der Altertumswissenschaften in der Gegenwart

wird versucht, durch Formen des creative browsing in der Art eines Museumsbesuchs eine stärkere Bindung des Users an die Datenbank zu erreichen.

DIETA-FRAUKE SVOBODA (Tübingen) erläuterte am Beispiel der Reisen des Orientalisten Julius Euting, wie Raum, Zeit und Objekt in einem gemeinsamen Interface ohne Medienbruch visualisiert werden können und so einen vielfältigen Zugriff auf die Tagebücher des Forschers zulassen. Ende des 19. Jahrhunderts bereiste Euting mehrmals den Vorderen Orient, um sich der Erforschung und Aufzeichnung vorislamischer Denkmäler und Inschriften zu widmen. In seinen Tagebüchern finden sich zahllose Beschreibungen, Skizzen, Aquarelle und Karten, der von ihm besuchten Orte und Monumente. Sämtliche handschriftlichen Aufzeichnungen Eutings befinden sich in der Tübinger Universitätsbibliothek und wurden 2013 anlässlich seines 100. Todestages digitalisiert und der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt. Ziel des vorgestellten Projektes des Tübinger eScience-Centers ist es, sämtliche Quellen und Objekte über einen gemeinsamen Einstieg digital erfahrbar zu machen. Als technische Basis dient das an der Universität von Virginia entwickelte „Neatline“, das ein komplexes Content-Management-System zur Verwaltung und Anzeige von Texten, Karten und Bildern aus geisteswissenschaftlichen Kontexten darstellt. Dem Nutzer ist es so möglich, parallel zur Handschrift und dem transkribierten Text den Weg Eutings auf der Karte zu visualisieren. Als Kartenmaterial stehen neben den herkömmlichen Kartendiensten wie Google-Maps auch historisches Kartenmaterial sowie die georeferenzierten Karten aus den Tagebüchern zur Verfügung. So lassen sich neben der Reiseroute auch die topographischen Veränderungen der letzten 150 Jahre anschaulich aufzeigen. Sowohl mit Text als auch mit den räumlichen Informationen sind die Zeichnungen der von Euting beschriebenen archäologischen Monumente und Inschriften verbunden. Diese werden durch aktuelle Fotografien und Literaturangaben ergänzt. Die Reise Eutings lässt sich aber nicht nur über Text und Karte sondern auch über einen Zeitstrahl verfolgen, der es dem Nutzer ermöglicht, sich datumsgenau der Route zu nähern. Somit stehen drei unterschiedliche Zugriffsmöglichkeiten auf die Aufzeichnungen zur Verfügung.

WERNER RIESS (Hamburg) stellte das Hamburger Informations-

system zur Gewalt in der griechisch-römischen Antike (ERIS) vor. Verschiedenartigste Facetten der Gewaltausübung, die antiken Textstellen entnommen werden können, werden in Form von Objekten, Kategorien und „Informationen“ multirelational so miteinander vernetzt, dass sich Semantiken der Gewalt epochen- und genreübergreifend erkennen und zum ersten Mal visuell darstellen lassen. In einem ersten Schritt des Projekts soll das Material mit Hilfe soziologischer Parameter erschlossen werden. Interpersonelle Gewalt in all ihren Ausprägungen ist als Forschungsfeld verschiedener Wissenschaftszweige hochaktuell. Trotz des Reichtums an Quellen für jede historische Epoche sind übergreifende Strukturen der Gewaltausübung nur begrenzt erkennbar, die bislang vorliegenden Forschungsergebnisse diachron und regional disparat. In der griechisch-römischen Kultur war Gewalt ubiquitär. Um den Zugang zur Antike zu erleichtern, entsteht an der Universität Hamburg derzeit das MyCore-basierte Informationssystem ERIS: Hamburg Information System on Greek and Roman Violence. Darin sollen alle Gewaltbeschreibungen, die sich in den Werken griechischer und lateinischer Autoren finden, aufgenommen und mit spezifischen Kriterien versehen werden. Alle Passagen, die interpersonelle Gewalt beschreiben, sollen einer einfachen wie einer erweiterten Suche zugänglich gemacht werden. Neben den offensichtlichen Merkmalen wie Autor, chronologischer Einordnung von Werk und Inhalt, werden viele weitere Eigenschaften von Gewaltakten erfasst. Diese betreffen unter anderem die Kontexte, Motive, geographischen Verortungen, den sozio-ökonomischen Status und das Alter der jeweiligen Akteure sowie die Folgen eines Gewaltaktes im weitesten Sinne von unmittelbaren Gegenreaktionen bis hin zu gesetzgeberischen Maßnahmen. Durch eine feine Aufgliederung dieser Merkmale von Gewaltakten wird eine zielgerichtete Suche bei größtmöglicher Benutzerfreundlichkeit ermöglicht. Die zweisprachige Präsentation jeder Quellenstelle auf Griechisch bzw. Latein sowie auf Englisch macht die Datenbank für ein breites Publikum nutzbar: während die altsprachlichen Texte für Fachwissenschaftler unverzichtbar sind, öffnen die englischen Übersetzungen die antiken Quellen der internationalen Forschergemeinde. Die Suchkriterien sollen neben den Geschichtswissenschaften und den Philologien vor allem die Politik- und Sozialwissenschaften ansprechen. Die freie Zugänglichkeit

HT 2014: Close Reading and Distant Reading. Methoden der Altertumswissenschaften in der Gegenwart

der Inhalte (open access) sowie das breite Spektrum der verfügbaren Informationen sollen außerdem dazu beitragen, die Antike verstärkt ins Blickfeld anderer Disziplinen zu rücken.

ANDREAS HARTMANN (Augsburg) und SABINE THÄNERT (Berlin) gingen in ihrem Beitrag auf den methodischen Aspekt semantischer Vernetzung von genreübergreifenden, multirelationalen Datenbanken ein. Sie stellten Visualisierungsmöglichkeiten vor (Graphen bzw. Tag Clouds), die einen neuartigen Zugriff des Benutzers auf bibliographische Informationen ermöglichen. In einem gemeinsamen Projekt wurden die Datenbestände der „Gnomon Bibliographischen Datenbank“ (GBD) und des ZENON (Deutsches Archäologisches Institut) zusammengeführt und ausgewertet. Dabei werden insbesondere die in Thesauri und Schlagwortketten enthaltenen strukturierten Informationen zur Visualisierung von Wissenskontexten durch Graphen bzw. Tag Clouds genutzt, die wiederum einen neuartigen Zugriff des Anwenders auf bibliographische Informationen ermöglichen. Die Vernetzung mit der Objektdatenbank ARACHNE zeigt außerdem Potentiale einer Vernetzung von Literatur und Quelldatenbanken auf. Die Erstellung eines semantischen Netzes führt zu einer multirelationalen Erschließung des Fachvokabulars (im Gegensatz zur selektiv-hierarchischen Gliederung in Thesauri), die auch für die computergestützte Auswertung unstrukturierter Daten (z.B. Volltexte) nutzbar gemacht werden könnte (Identifizierung genannter Personen, Orte und Konzepte aufgrund bekannter semantischer Zusammenhänge). Da das semantische Netz aus dem jeweils aktuellen Datenbestand neu errechnet wird, passt es sich zudem dynamisch an veränderte Fragestellungen und Themenschwerpunkte der Forschung an. Damit kann es besser als klassische Thesauri, die weitgehend statische Wissenstopologien darstellen, den Erfordernissen einer forschungsorientierten Fachinformation entsprechen. Schließlich soll reflektiert werden, warum ein solcher Ansatz dennoch die traditionelle Sacherschließung nur zu ergänzen, aber nicht zu ersetzen vermag.

Der Vortrag von ALEXANDER WEISS (Leipzig) zeigte, welche Möglichkeiten sich aus der graphischen Visualisierung quantitativer Auswertungen mit Hilfe der Methoden aus dem Information Retrieval (insbesondere des Textmining wie es mit Hilfe der Tools des Leipziger

Portals eAQUA² für die antiken Textcorpora etabliert worden ist) sowie aus den damit verbundenen Änderungen der Wissensrepräsentation ergeben. Das Ziel der vorgestellten Analyse ist es, Einsatzmöglichkeiten der automatischen Zitationsanalyse für Autoren mit umfänglichen Werken – hier die „Stromateis“ des Clemens Alexandrinus und die „Moralia“ des Plutarch – zu testen, um anhand des Vergleichs der Arbeitsweise deren Verankerung in kulturellen Praktiken zu erschließen; das Vorgehen basiert auf der Hypothese, dass es spezifische Muster des Zitierens gibt und diese Ausdruck einer zeitgenössisch geprägten Praxis sind. Auf dieser Basis zeigte Alexander Weiß, dass Werke wie eben die „Stromateis“, die man bisher eher der sogenannten Buntschriftstellerei zugeordnet hatte als einem regel- und konzeptbasierten Genre, mehr zu den enzyklopädischen, als Ausdruck einer Wissensordnung angelegten Gattungen gerechnet werden sollten. Daran anknüpfend lässt sich die These formulieren, dass sowohl Plutarch als auch – und dies vor allem ist bislang noch nicht erwogen worden – der christliche Autor Clemens von Alexandrien in den Kontext der Literatur der sogenannten Zweiten Sophistik zu stellen sind. In diesem Sinne ist es zu verstehen, wenn die beiden Autoren hier als ‚Sophisten‘ bezeichnet werden.

Als Fazit lässt sich festhalten, dass die altertumswissenschaftlichen Digital Humanities-Projekte nicht nur ganz grundsätzliche Aspekte wie Selektion und Komposition von Informationen sowie die Frage nach den Auswirkungen von Schematisierung und Reduktion thematisieren, auch wesentliche Beiträge zu den drängenden Fragen leisten, die sich aus den unterschiedlichsten Standards und Datenformaten oder der digitalen Repräsentationsform von Texten und Objekten ergeben und schließlich darüber hinaus neue Perspektiven für altertumswissenschaftliche Fragestellungen erschließen.

Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Tanja Scheer (Göttingen) / Charlotte Schubert (Leipzig)

Christoph Schäfer (Trier) / Wolfgang Spickermann (Graz), Vernetzter Alltag in den Germanischen Provinzen - Ein AIDA Projekt

²Siehe die Homepage: <www.eaqua.net>.

HT 2014: Close Reading and Distant Reading. Methoden der Altertumswissenschaften in der Gegenwart

Martin Langner (Göttingen), Archäologische Datenbanken als virtuelle Museen

Dieta-Frauke Svoboda (Tübingen), Ein Schwabe im Orient – auf den Spuren von Julius Euting

Werner Rieß (Hamburg), Eris. Hamburger Informationssystem zur Gewalt in der griechisch-römischen Antike

Andreas Hartmann (Augsburg) / Sabine Thänert (Berlin), Vom Thesaurus zum semantischen Netz: Potentiale von Data Mining in bibliographischen Datensätzen

Alexander Weiß (Leipzig), Clemens von Alexandria: Textmining-gestützte Beobachtungen zur Arbeitsweise eines „Sophisten“

Tagungsbericht *HT 2014: Close Reading and Distant Reading. Methoden der Altertumswissenschaften in der Gegenwart*. 23.09.2014–26.09.2014, In: H-Soz-Kult 10.10.2014.

HT 2014: Digitalisierung der Geschichtswissenschaften. Gewinner und Verlierer?

Leitung: Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands e.V. (VHD); Verband der Geschichtslehrer Deutschlands e.V. (VGD)

Bericht von: Torsten Kahlert, Institut für Geschichtswissenschaft, Humboldt-Universität zu Berlin

Dass radikale Veränderungen, wie die Digitalisierung einer Disziplin nicht nur Gewinner hervorgebracht haben kann, mag eine Binsenweisheit sein. Versuche, den andauernden Prozess zu erzählen, werden aber dennoch nach wie vor von einseitig erfolgslastigen Narrativen dominiert. Dem Ziel einer differenzierteren Betrachtung der Bilanz von Gewinnern und Verlierer, Nutzen und Potenzialen aber auch von Kosten und ungewollten, negativen Effekten diente die von Rüdiger Hohls (Berlin) und Heiko Weber (Göttingen) organisierte Sektion: „Digitalisierung der Geschichtswissenschaften. Gewinner und Verlierer?“ Während der zweite Teil einer Podiumsdiskussion vorbehalten war, boten die Vorträge des ersten Teils einen Überblick über die mit dem digitalen Wandel verbundenen Veränderungen des institutionellen und diskursiven Geflechts des Publizierens einschließlich der Erschließung und Kommunikation geschichtswissenschaftlicher Forschungsergebnisse.

Während die technische Büroausstattung von Historikern in den 1980er-Jahren, so RÜDIGER HOHLS (Berlin) in seinem Einführungsvortrag, in der Regel aus Telefonen, elektrischen Schreibmaschinen, Fotokopierern und Diktiergeräten (letztere jedoch nur für Professor/innen) bestand, veränderte sich die Arbeitsumgebung zunächst mit der Einführung von PCs und dann nochmals ab Mitte der 1990er-Jahre mit Ausbreitung des Internets radikal. Global, multimedial, interaktiv und synchron wie asynchron vermochte das Internet als Medium anders als seine Vorläufer alle vorherigen Mediensysteme mit ihren Eigenschaften zu vereinen. Nach anfänglich manueller Erstellung von Webseiten entwickelten sich bald datenbankbasierte Content Management-Systeme,

die das Eintragen von Daten erleichterten. Durch die Verknüpfung von Daten mit Klassifikationen, Registern oder Wörterbüchern wurde das anfangs noch relativ anarchische Web zunehmend strukturiert und vor allem maschinenlesbar. Diese Entwicklung sei auch als allmähliche Semantisierung beschreibbar, die, so Hohls, keineswegs in ihren Möglichkeiten ausgeschöpft sei. Innerhalb der Wissenschaft habe das Internet Raum für neue Formen der Selbstorganisation geboten. Die frühere Fachkommunikation als Kombination von Fachzeitschriften, Konferenzen, wie beispielsweise dem Historikertag und dem Feuilleton wurde durch das Internet nachhaltig verändert. Während Rezensionen mittlerweile eher im Netz zu finden sind, wofür H-Soz-Kult als wichtigster Akteur im deutschen Sprachraum gesorgt habe, seien im Bereich von Monographien nach wie vor gedruckte bzw. hybride Publikationen der „Goldstandard“.

Aus den Erfahrungen der Arbeit mit H-Soz-Kult skizzierte CLAUDIA PRINZ (Berlin) einige Strukturveränderungen der digitalen historischen Fachinformation und -kommunikation der letzten 20 Jahre. In ihrer Perspektive sind es mehrere parallel oder miteinander verschränkte Veränderungen, die zu beobachten sind. Die wichtigste betrefte das Verhältnis von Produzenten und Rezipienten. Die Möglichkeiten der niedrigschwelligen Verbreitung digitaler Fachinformationen haben Hierarchien aufgebrochen, das Publizieren und Verbreiten erheblich erleichtert und damit alte Kommunikationsräume verändert und vor allem geöffnet, ein Wandel der noch keineswegs abgeschlossen sei. Durch kommerzielle Anbieter, wie beispielsweise google-scholar sind neue Gatekeeper hinzugekommen, die jedoch nicht mit aus der Community sich bildenden fachlichen Kriterien Fachinformation strukturieren, sondern in der Regel technisch vorgehen. Für die Fachcommunity bedeute dies einen Kontrollverlust, da die angewandten Kriterien nicht transparent seien. Zuletzt verwies Prinz noch auf das Spannungsverhältnis von Öffnung der Fachkommunikation in Richtung Internationalisierung, die dem Aufbrechen der Forschung folgte. Kehrseite dieses durchaus wünschenswerten Prozesses, sei ein Kohärenzverlust des Faches, dessen Verwirbelungen durch die Gatekeeper der Fachinformation immer wieder eingeholt werden müsse. Problematisch sei hingegen das weitgehende Fehlen von empirisch belastbaren Daten zum Rezeptionsverhalten, um

die analysierten Sachverhalte genauer bestimmen zu können.

Es gebe keine eindeutigen Gewinner und Verlierer, aber durchaus Gewinne und Verluste bei verschiedenen Akteuren, so das Ergebnis von OLAF BLASCHKE (Münster) aus seiner Langzeitbetrachtung der Publikations- und Verlagskultur. Hauptgewinner seien die Leser/innen. In Sachen e-books sei im Bereich der Geschichtswissenschaften hingegen sehr wenig Bewegung erkennbar. Die Verkaufszahlen bewegten sich nach wie vor im homöopathischen Bereich. Der Vorteil der e-books, so Blaschke, löse sich in dem Moment auf, in dem sie nicht mehr kostenlos verfügbar seien. Umgekehrt sei die Reputation von sogenannten p-books sogar noch gestiegen und was wiederum die Relevanz der Bibliotheken erhöht habe. Im Open Access publizierte Monografien hätten schwer damit zu kämpfen, überhaupt eine Rezension zu erhalten. Hier wäre der Autor eindeutig der Verlierer. Nur bei Artikeln sei eine Hinwendung zu Open Access-Publikationen zu beobachten, das die meisten großen Verlage mittlerweile als Geschäftsmodell anbieten. Entgegen der ursprünglichen Idee eines Aufbrechens von Hierarchien durch leichteren Zugang zu Publikationsmöglichkeiten, führe dies zu deren Wiedereintritt über die notwendig zu entrichtende Freischaltgebühr, die sich insbesondere junge Wissenschaftler/innen mit geringerer Vernetzung seltener leisten könnten. Dass Open Access hierbei natürlich *open online access* meint, sei insofern immer wieder in Erinnerung zu rufen, da prinzipiell jede Bibliothek ihren Benutzern Open Access zu ihrem Bestand anbiete.

Daran schloss JÜRGEN DANYEL (Potsdam) an, der zu Beginn seines Vortrags zu historischen Fachzeitschriften und Nachschlagewerken im Open Access zunächst die alten Feindkonstellationen der Debatte um die Digital Humanities bzw. die digitalen Geschichtswissenschaften als überholt und langweilig des Feldes verweise, aber zugleich anmahnte, die Diskussion um die Digitalisierung zukünftig weniger stark vom Rest der Panels des Historikertags zu trennen. Eine andere Aufspaltung lasse sich auch bei Open Access beobachten. So gerne wir Open Access recherchieren und lesen, so Danyel, publiziert werde, zumindest im Bereich der Monografien, nach wie vor traditionell. Und das vor allem deshalb, weil die Reputation und damit letztlich die Karrieren an diesen Publikationen hingen. Zwei populäre Irrtümer hielten sich hartnäckig

HT 2014: Digitalisierung der Geschichtswissenschaften. Gewinner und Verlierer?

im Zusammenhang mit der Praxis des Open Access Publizierens. Zum einen herrsche die Vorstellung vor, die Herstellung von Open Access koste kein Geld. Problem sei hier, dass die Kosten oft versteckter seien als beim gedruckten Buch. Der zweite Irrtum: Open Access sei schneller. Da print und online, open oder restricted access eines Lektorats bedürfen und sich dieses nicht unbegrenzt beschleunigen lasse, unterschieden sich die Publikationsgeschwindigkeiten letztlich gar nicht so viel wie gern angenommen. Viele der neueren Akteure des Publizierens mussten das Handwerk des Publizierens erst mühsam erlernen, was nicht nur Reibungsverluste mit sich gebracht habe, sondern auch einige Akteure auf der Strecke ließ. Das über Jahrhunderte aufgebaute symbolische Kapital der Verlage lasse sich nun einmal nicht innerhalb weniger Jahre auholen.

Schon in der Einleitung hatte Rüdiger Hohls darauf verwiesen, dass die Bibliotheken noch vor etwa 10 Jahren als Verlierer der Digitalisierung galten, heute aber gestärkt dastünden. Zwar seien die Bibliotheken je nach Typ unterschiedlich von den Folgen der Digitalisierung betroffen, hätten sich aber insgesamt dem Wandlungsprozess erfolgreich gestellt und seien damit von vermeintlichen Verlierern nun mit einer Gewinnbilanz ausgestattet. Diese These bestätigte GREGOR HORSTKEMPER (München) in seinen Überlegungen zum jüngsten Rollenwandel der Bibliotheken. Die frühere apokalyptische Perspektive der Bibliotheken als Verlierer, gelte nur noch für Bibliotheken, die sich nicht anpassten, so die nüchterne Feststellung Gregor Horstkempers. Neuere Trends, wie die stärkere Integration der Bibliotheken in die Forschung, was mit dem etwas missglückten Begriff des „embedded librarians“ umschrieben wird, sollen den Funktionsumfang der Bibliotheken zukünftig erweitern. Neue Konkurrenz erwarteten die Bibliotheken eher von privaten Anbietern wie Mendeley, Academia.edu oder Deepdyve, letzterer ein Anbieter bei dem sich Zeitschriftenaufsätze über ein abgestuftes System über bestimmte Zeiträume leihen lassen. Schließlich gehe das Ende des Systems der Sondersammelgebiete auf das Konto der Veränderungen im Zuge der Digitalisierung und werde nun durch die Einführung projektförmiger Förderungen ersetzt. Insbesondere in Bezug auf die Frage der Nachhaltigkeit der in weitaus kürzeren Zeitabschnitten agierenden Projektförderung herrscht noch sehr viel Skepsis. Inwiefern diese

berechtigt ist, wird sich noch zeigen müssen.¹

Die von Heiko Weber (Göttingen) moderierte Podiumsdiskussion, begann mit einer Runde zur Frage, wann DH (sei es nun Digital Humanities oder Digital History) für die Diskutant/innen jeweils begonnen habe.² Dass diese Frage sehr unterschiedlich beantwortet werden kann, bewiesen die Statements von MANFRED THALLER (Köln) und CHARLOTTE SCHUBERT (Leipzig). Für Manfred Thaller besteht das interdisziplinäre Feld seit der Nachkriegszeit. Dass man dieses Feld derzeit Digital Humanities nenne, sei eher zufällig. Für Charlotte Schubert hingegen fällt der Beginn respektive ihr persönlicher Einstieg ins Feld mit dem Start der Programmförderung des BMBF zu den Digital Humanities 2006 zusammen. Auseinander gingen die Kommentare auch hinsichtlich der Frage, wie das Feld näher zu bestimmen sei, das heißt inwiefern es sich um eine Disziplin, eine Hilfswissenschaft, eine Methode oder eine Ansammlung von Werkzeugen handelt. Einigkeit bestand auf jeden Fall darin, dass die Methoden ins Propädeutikum aufgenommen werden müssten, wobei diese Forderung, wie Manfred Thaller ergänzte, bereits zu den „ewigen“ Versprechen gehört und darin, dass die Digital Humanities wieder stärker an das große Fach Geschichte rückgebunden werden sollten, was zuvor bereits Jürgen Danyel betont hatte. Man könne auch statt von einem Fach, von beliebig vielen sprechen und Digital Humanities als Mehrzahl ernst nehmen. Statt Methode seien sie eher Anwendung. Um in den Rang einer Methode gehoben zu werden, fehle ihnen bisher eine kulturkritische Komponente, wie Charlotte Schubert unterstrich.

Implizit einig schienen auch alle Diskutanten, was das analytische Potenzial der Digital Humanities betrifft. Dennoch zeigte sich WOLFGANG SPIKERMANN (Graz) besorgt, dass in der Debatte die Kommunikation so stark im Vordergrund stünde, hingegen die analytische Weiterentwicklung auf der Stelle trete. Jedoch, so Charlotte Schubert,

¹Spezifischer wurde dieser Punkt in einem eigenen Panel unter dem Titel: „Von der Literaturversorgung zum Informationsservice. Fachinformationsdienst(e) für die Geschichtswissenschaft“ besprochen.

²Die Eingangsstatements waren aus Zeitgründen fallengelassen worden, sind aber nachzulesen im Kommentar des Panel-Mitorganisators Jörg Wettlaufer unter: <http://digihum.de/2014/10/digitalisierung-der-geschichtswissenschaften-gewinner-und-verlierer-historikertag/> (04.12.2014)

HT 2014: Digitalisierung der Geschichtswissenschaften. Gewinner und Verlierer?

ist hier nur dann eine Weiterentwicklung zu erwarten, wenn wissenschaftliche Fragestellungen am Anfang stünden, nicht aber, wenn es nur um Institutsentwicklung gehe oder um Ressourcen für deren Weiterentwicklung.

Die in den letzten Jahren oft als ultima ratio propagierte Erstellung virtueller Forschungsumgebungen sind nach Manfred Thaller schon wieder demontiert. In Großbritannien gelten die virtual research environments schon nicht mehr als förderungswürdig. Großen Zukunftsversprechungen, ergänzte Charlotte Schubert, stehen eine ganze Reihe von ungeklärten Nachhaltigkeitsproblemen gegenüber. DH-Lehrstühle, so GREGORY CRANE (Leipzig), ziehen oftmals unnötigerweise Studierende und Doktoranden aus klassischen kleinen Fächern ab.

Auch die Notwendigkeit verstärkt Nachwuchs auszubilden, der speziell auf die Schnittstelle von Geschichte und Informatik spezialisiert sei, habe man ebenfalls schon in den 1970er-Jahren angemahnt. Dies sei jedoch in den Geisteswissenschaften bis heute nicht wirklich umgesetzt, wofür aber auch der Mangel an gut bezahlten unbefristeten Stellen verantwortlich gemacht werden müsse, die eine echte Alternative für Informatiker gegenüber gut bezahlten Stellen außerhalb der Academia bilden könnten. Kurzum: ohne Dauerstellen an den Universitäten gehen diese weiterhin lieber in die Industrie, so Thaller. Damit wäre denn auch der Kontext angerissen, der die Frage des Gewinnens und Verlierens entscheidend mitbestimmt, die Finanzierung von wissenschaftlichem Personal. Ob hierfür bessere Argumente notwendig seien, warum es sich lohne, in das Fach zu investieren, wie Manfred Thaller vermutet, ob die Geschichts- und letztlich auch die Geisteswissenschaften eine den Naturwissenschaften ebenbürtige Vision benötige, scheint mir eine offene Frage, zählt es doch eher zu den Stärken einer kulturkritischen Geisteswissenschaften derartige Visionen zu dekonstruieren.

Die Pointe scheint vorerst darin zu liegen, dass die Digital Humanities durch ihre „ewigen“ Versprechen bisher recht erfolgreich sind, zumindest, was die Einwerbung von Fördermitteln. Vielleicht wird einst das Digitale vor den Humanities nicht mehr notwendig sein, wenn klar ist, dass das eine nicht ohne das andere kann. Eine dauerhafte Trennung erscheint mir jedenfalls keine visionäre Perspektive zu sein.

Torsten Kahlert

Sektionsübersicht:

Teil 1:

Rüdiger Hohls (Berlin): Moderation Block 1 und Einführung

Claudia Prinz (Berlin): Tektonik der digitalen historischen Fachkommunikation

Olaf Blaschke (Münster): Publikationskultur – Verlage – Digitalisierung

Jürgen Danyel (Potsdam): Historische Fachzeitschriften und Nachschlagewerke im Open Access

Gregor Horstkemper (München): Rollenwandel im Datenstrom. Bibliotheken zwischen Flexibilisierungsdruck und Nachhaltigkeitsbedarf

Teil 2:

Heiko Weber (Göttingen) und Jörg Wettlaufer (Göttingen): Moderation Block 2 und Podiumsdiskussion zum Thema „Methoden und Paradigmen der Digitalen Geschichtswissenschaften und Digital Humanities“

Gesprächsteilnehmer: Charlotte Schubert (Leipzig), Gregory Crane (Leipzig), Wolfgang Spikermann (Graz), Manfred Thaller (Köln)

Tagungsbericht *HT 2014: Digitalisierung der Geschichtswissenschaften. Gewinner und Verlierer?* 23.09.2014–26.09.2014, In: H-Soz-Kult 12.12.2014.

HT 2014: Wikipedia und Geschichtswissenschaft. Eine Zwischenbilanz

Leitung: Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands (VHD); Verband der Geschichtslehrer Deutschlands (VGD)

Bericht von: Tobias Wulf, Max Weber Stiftung

Die Erwartungen von Wikipedia und Geschichtswissenschaft aneinander sind nach wie vor sehr unterschiedlich. Während sich die einen mehr Beteiligung von Fachleuten erhoffen, um das Niveau ihrer Inhalte zu erhöhen, reiben sich die anderen an Qualität und Standards der Jedermanns-Enzyklopädie. Umso verdienstvoller war der Versuch, auf dem 50. Deutschen Historikertag beide Seiten im Rahmen einer Sektion zum Thema miteinander ins Gespräch zu bringen.

Die auf diesem Feld einschlägig positionierte MAREN LORENZ (Toronto) präsentierte zum Auftakt einen kenntnisreichen und faktsatten Überblick – garniert mit bekanntem Skeptizismus („Wikipedia. Ein Spiegel der Gesellschaft. Zum schwierigen Verhältnis von öffentlich verhandelter Geschichtsrepräsentation und -rezeption“). Allerdings erscheint fraglich, ob wissenschaftliche Standards im Sinne fachüblicher Peer-Review-Verfahren ein realistischer Maßstab für das Mitmach-Lexikon sind. Hier könnte der Ansatz von JAN HODEL (Aarau) weiterführen, der in seinem Vortrag „Wikipedia. Geschichtsfragmente auf Abruf“ nach geeigneten Referenzsystemen Ausschau hielt. Ausgehend von einem intimeren Verständnis für die Wissensstrukturen, Beteiligungskulturen und Erwartungen der Nutzer/innen ließe sich möglicherweise ein reflektiertes Verhältnis der Geschichtswissenschaft zur Online-Enzyklopädie herstellen, die längst den Alltag der meisten Studierenden und auch vieler Forschender erobert hat. Auch Hodel beließ es jedoch in erster Linie bei einer Analyse der Veränderungen von Geschichtsrezeption und historischen Narrativen im Digitalen Wandel. Abgerundet wurde der erste, von PETER HOERES (Würzburg) moderierte Teil der Sektion durch die Einblicke von ZIKO VAN DIJK (Dortmund) in die

Arbeit eines aktiven Wikipedianers („Wikipedia. Das ideale Hilfsmittel für den Einstieg in ein historisches Thema?“).

Unglücklicherweise war es bei der Organisation zu einem Missverständnis gekommen und die Veranstaltung nur als zweistündiger Block im Programmheft angekündigt worden. Daher verpasste ein Großteil der zu Beginn überaus zahlreich anwesenden Teilnehmer/innen den weitaus instruktiveren zweiten, von GEORG VOGELER (Graz) geleiteten Teil der Sektion, in dem es nun nicht mehr um die möglichen Probleme und Gefahren ging, sondern die drei Referenten erfreulich praxisorientiert über den Umgang mit der Wikipedia in Forschung & Lehre berichteten. THOMAS WOZNIAK (Marburg) präsentierte eine Auswertung der Anzahl von entsprechenden Veranstaltungen in Vorlesungsverzeichnissen (83 zwischen 2006 und 2014) und Abschlussarbeiten (67 zwischen 2005 und 2013, darunter elf Dissertationen). Außerordentlich interessant waren auch seine Überlegungen zum Konzept kollaborativer Autorenschaft, das womöglich – neben der gewohnungsbedürftigen Kommunikationskultur – eine der Hauptursachen für die Reserviertheit vieler Wissenschaftler/innen gegenüber der Online-Enzyklopädie sein könnte. Um Zitierfähigkeit zu gewährleisten, schlug er vor, bei einem Artikel-Anteil von 83 Prozent einzelner Hauptautor/innen oder von 70+13 Prozent im Falle zweier Hauptautoren/innen, die namentliche Zitierwürdigkeit festzulegen. Ähnlich argumentierte auch ANDREAS KUCZERA (Gießen), der eine Befragung an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz vorstellte. Demnach verfassen zwar nur wenige Seminarteilnehmer/innen selbst Artikel, doch hätten sich mittlerweile erstaunlich viele Geisteswissenschaftler/innen daran gewöhnt, die Wikipedia als Quelle zu nutzen. JÜRGEN NEMITZ (Marburg) referierte abschließend – verhalten optimistisch – über seine Erfahrungen in Seminaren an der Philipps-Universität Marburg, in denen er für den Leistungsnachweis das Verfassen eines Wikipedia-Artikels verlangt hatte.

Insgesamt ist es erstaunlich, wie wenig offizielle Auseinandersetzung es auch nach 14 Jahren noch gibt – trotz einzelner Annäherungsversuche. Die kulturellen Unterschiede zwischen den Communities sind wohl doch zu erheblich. Ob es jemals zu einer fruchtbaren, intensiven Zusammenarbeit kommen wird, scheint sehr fraglich. Mit der realen

HT 2014: Wikipedia und Geschichtswissenschaft. Eine Zwischenbilanz

Existenz der Wikipedia und ihrer Nutzung für historische Zwecke wird sich die Geschichtswissenschaft aber dauerhaft arrangieren müssen.

Sektionsübersicht:

MAREN LORENZ (Toronto): Wikipedia. Ein Spiegel der Gesellschaft. Zum schwierigen Verhältnis von öffentlich verhandelter Geschichtsrepräsentation und -rezeption

JAN HODEL (Aarau): Wikipedia. Geschichtsfragmente auf Abruf

ZIKO VAN DIJK (Dortmund): Wikipedia. Das ideale Hilfsmittel für den Einstieg in ein historisches Thema?

PETER HOERES (Würzburg): Diskussion und Moderation

THOMAS WOZNIAK (Marburg): Wikipedia in Forschung und Lehre. Eine Übersicht

ANDREAS KUCZERA (Gießen): Wikipedia und Wissenschaftler – ein nicht repräsentatives Stimmungsbild.

JÜRGEN NEMITZ (Marburg): Wikipedia in der geschichtswissenschaftlichen Lehre. Bericht über Lehrveranstaltungen an der Philipps-Universität Marburg

GEORG VOGELER (Graz): Diskussion und Moderation

Tagungsbericht *HT 2014: Wikipedia und Geschichtswissenschaft. Eine Zwischenbilanz*. 23.09.2014–26.09.2014, In: H-Soz-Kult 04.03.2015.

HT 2014: Geschichtsunterricht ohne Verlierer? – Inklusion als Herausforderung für die Geschichtsdidaktik in Theorie, Empirie und Pragmatik.

Leitung: Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands (VHD); Verband der Geschichtslehrer Deutschlands (VGD)

Bericht von: Erik Beck / Arne Timm, Historisches Institut, Technische Universität Dortmund

Die aktuelle bildungspolitische Debatte ist vor allem durch den Begriff der „Inklusion“ und die Frage nach der optimalen Umsetzung eines über den integrativen Unterricht hinausgehenden Bildungssystems geprägt. Diese Diskussion wurde durch das Inkrafttreten der UN-Behindertenrechtskonvention von 2006 konkretisiert, die seit dem 26. März 2009 auch für Deutschland rechtsverbindlich ist. Die praktische Verwirklichung der Konvention stellt eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe dar, die auf allen Ebenen angegangen werden muss und somit auch entscheidenden Einfluss auf die zukünftige Schul- und Bildungspolitik nimmt. Die deutschsprachige Geschichtsdidaktik steht im Zusammenhang mit der Umsetzung der inklusiven Beschulung vor großen Herausforderungen, wie der Titel der Sektion zu Recht verdeutlicht.

CHRISTOPH HAMANN (Berlin) skizzierte in seiner Einführung in das Sektionsthema anhand von drei ausgewählten Beispielen aus den Bereichen Schule und Politik stellvertretend Positionen und Haltungen zur schulischen Inklusion. Er konstatierte dabei zwar das Vorhandensein grundsätzlicher Bedenken angesichts der Herausforderungen in finanzieller, organisatorischer und fachlicher Hinsicht, betonte aber anschließend auf Grundlage der Empfehlung der Kultusministerkonferenz von 2014, die fachliche Qualifizierung der Lehrkräfte sei entsprechend den Anforderungen inklusiver Beschulung zur zentralen Aufgabe zu machen. Für die Geschichtsdidaktik ergäben sich daraus laut Hamann neue Aufgabenstellungen: Wie kann z.B. im Geschichtsunterricht angesichts seines intellektuell sehr anspruchsvollen sprachlichen Prinzips

HT 2014: Geschichtsunterricht ohne Verlierer? – Inklusion als Herausforderung für die Geschichtsdidaktik in Theorie, Empirie und Pragmatik.

der Narrativität historisches Lernen bei Förderschülern/-innen initiiert werden, ohne über grundlegende Kenntnisse darüber zu verfügen, wie historisches Lernen bei Förderschüler/-innen funktioniert? Um diese spezifischen Lernvoraussetzungen zu analysieren, erfordere es laut Hamann eine Intensivierung der empirischen Forschung.

MARTIN LÜCKE (Berlin) betonte zu Beginn seines Vortrages, das Schulfach Geschichte müsse selbst den Nachweis erbringen, für den inklusiven Unterricht gerüstet zu sein. Dafür sei eine zielgerichtete Auseinandersetzung auf theoretischer, inhaltlicher und methodischer Ebene vonnöten. Dies verdeutlichte er anhand „exklusiver Befunde“. So sei beispielsweise der Fokus bei empirischen Untersuchungen bislang beinahe durchweg auf Regelschulen begrenzt. Des Weiteren transportieren die im Unterricht vermittelten Geschichtsbilder vor allem exkludierende „Meistererzählungen“. Bezüglich des Erwerbes narrativer Kompetenzen stelle sich angesichts der hohen intellektuellen Anforderungen die Frage, ob dieses Ziel bei einem inklusiv ausgerichteten Geschichtsunterricht weiterhin in dieser Form aufrecht zu erhalten sei. Daran anschließend definierte Lücke Historisches Lernen als eine produktive, eigen-sinnige Aneignung vergangener Wirklichkeiten als selbst erzählte und selbst imaginierte Geschichte. Im Hinblick auf die Arbeiten Rolf Schörkens zur Bedeutung der „Imagination“ in historischen Lehr-Lern-Prozessen¹, stellte Lücke die Frage, inwieweit die „Imagination“ als Gegenstand des inklusiven Geschichtsunterrichts von Bedeutung sei. Hierzu schlug er Konkretisierungen bezüglich der Inhalte, Medien und Methoden für eine inklusive Geschichtsdidaktik vor. Während auf inhaltlicher Ebene die Themen über „Vielfalt, Benachteiligungen und Vulnerabilität in der Geschichte Auskunft“ geben sollten, forderte er bezüglich der Medien und Methoden einen verstärkt handlungsorientierten Ansatz, der über *enactments* Inhalte im Sinne einer Imagination historischer Bilder zu vertiefen helfen könne. Auch Kinder mit geistiger Behinderung und stark eingeschränkten kognitiven Fähigkeiten könnten so „ihre“ Geschichtsimaginationen ausdrücken.

BETTINA ALAVI (Heidelberg) stellte in ihrem Vortrag die Frage, ob „die Fähigkeit historisch erzählen zu können, unter inklusiven Gesichts-

¹Rolf Schörken, Historische Imagination und Geschichtsdidaktik, Paderborn 1994.

punkten weiterhin als eine Kernkompetenz von Geschichtsunterricht postuliert werden“ könne. In einer Unterrichtssituation in einer aus 14 Lernenden einer 7. Hauptschulklasse und 5 Lernenden mit zum Teil schweren geistigen Beeinträchtigungen bestehenden Lerngruppe wurde jeweils eine historische Bild- und Schriftquelle zur Landung Christoph Kolumbus' in Amerika verglichen, um Unterschiede in den Wahrnehmungsweisen herauszuarbeiten und somit die Multiperspektivität dieser Quellen zu verdeutlichen. Angesichts der äußerst heterogenen Lerngruppe, in der z.B. ein Kind nicht schreiben und sprechen und zwei weitere nicht schreiben und lesen konnten, sei es laut Alavi wichtig, binnendifferenzierte Angebote entsprechend der Fähigkeiten jedes Individuums zu machen, aber dennoch an demselben Inhalt zu arbeiten. Während die beeinträchtigten Lernenden („Außenschüler“) zu einer stark vereinfachten Nacherzählung der Textquelle – teils auch in Form einer Bildergeschichte – fähig waren, konnten die Hauptschüler/-innen zusätzlich Unterschiede in der Bild- und Textquelle erfassen. Zusammenfassend kam Alavi zu der Einschätzung, dass in inklusiven Settings der narrative Ansatz funktionieren könne, wenn schülernahe Formate gewählt, der Begriff des historischen Erzählens erweitert, die Diagnosefähigkeit der Lehrenden geschult und die Kompetenzraster angepasst würden.

Der Sonderpädagoge SEBASTIAN BARSCH (Köln) gewährte in seinem Vortrag Einblicke in eine empirische Studie, die er an einer Kölner Förderschule und einer Hauptschule mit jeweils 28 Proband/-innen durchführt. Einleitend präsentierte er eine Definition für „Inklusion“ und benannte mit „Class, Race, Gender, Dis/ability“ einige zentrale Exklusionsfaktoren. Im Anschluss daran stellte Barsch die These auf, dass es „Schüler/-innen mit dem ‚Förderschwerpunkt Lernen‘ nur gäbe, weil es eine sonderpädagogische Fachrichtung ‚Förderschwerpunkt Lernen‘ gibt“. Zudem sei auch eine klassische Definition von „Behinderung“ im Zuge der Inklusion hinfällig. Da es die Geschichtsdidaktik bisher versäumt habe, sich den Lernenden mit Förderbedarf zuzuwenden und auch die Sonderpädagogik kaum Wert auf die Integration der Geschichtsdidaktik gelegt habe, sei daher ein verstärkter Austausch sonderpädagogischer und geschichtsdidaktischer Erkenntnisse zukünftig geboten. Bislang läge nur eine empirische Studie zur Geschichtsdidak-

HT 2014: Geschichtsunterricht ohne Verlierer? – Inklusion als Herausforderung für die Geschichtsdidaktik in Theorie, Empirie und Pragmatik.

tik für Lernbehinderte vor², die den aktuellen Verhältnissen jedoch nur ungenügend Rechnung trüge und dringend der Aktualisierung bedürfe. Zum Themenschwerpunkt Industrialisierung ließ Barsch in seiner eigenen Studie zur Frage „Wie stellt ihr euch das Leben vor 150 Jahren vor?“ die Lernenden in Kleingruppen diskutieren und unterstützte die Vorstellungsbildung (Imagination) der Lernenden durch gezielte Bildimpulse. Als vorläufiges Ergebnis seiner eigenen Studie formulierte er, dass es keine fundamentalen Unterschiede bezüglich des Geschichtsbewusstseins zwischen Lernenden mit dem Förderschwerpunkt Lernen und Hauptschüler/-innen gäbe. Zur weiterführenden Diskussion benannte Barsch das Exklusionsmerkmal „Intelligenz“ als besondere Herausforderung für die Geschichtsdidaktik und betonte die Notwendigkeit weiterer Forschungen zu Unterrichtsmethoden.

MARK ZAUROV (Hamburg) kommentierte die Debatte um den inklusiven Geschichtsunterricht mit der Forderung, eben diese Diskussion nicht nur über die Betroffenen, sondern vor allem mit ihnen zu führen. Grenzen des inklusiven Geschichtsunterrichts lägen vielerorts im Bereich der Barrierefreiheit sowie der kulturellen Förderung Betroffener und ihrer Gemeinschaften. Zaurov stellte die besondere Bedeutung der Narrativität heraus und formulierte in Bezug auf die Gehörlosen in diesem Sinne die Relevanz des Lernens der Gebärdensprache. Die Schwierigkeit liege insbesondere darin, die Potentiale bzw. die Intelligenz von Gehörlosen in der Schule zu erkennen und adäquat zu fördern.

BÄRBEL VÖLKEL (Ludwigsburg) kritisierte in ihrem Vortrag im Hinblick auf die Inklusion die fachdidaktischen Konzepte des Geschichtsbewusstseins, denn diese seien in mehrfacher Hinsicht exkludierend, da enorme kognitive und sprachliche Fähigkeiten vorausgesetzt würden, um ein reflexives Geschichtsbewusstsein auszubilden. Zudem basieren diese auf einem ethnozentrischen Denken und fördern eine Vorstellung von „wir und die anderen“. Außerdem biete Geschichtsunterricht unter dem Paradigma des Geschichtsbewusstseins Lernenden mit Migrationshintergrund sowie körperlichen oder geistigen Beeinträchtigungen kein adäquates Angebot des historischen Lernens. Sie

²Franz Henkemeier, *Geschichte für Lernbehinderte. Entwurf einer Geschichtsdidaktik für lernbehinderte Schüler*, Bochum 1986.

formulierte, aufbauend auf den philosophischen Ideen Hans Blumenbergs und des Heilpädagogen Markus Dederich, einen alternativen Ansatz für die Geschichtsdidaktik. In einer solchen Neuausrichtung müsse „der Mensch in seiner Leiblichkeit und Zeitlichkeit“ im Zentrum der Geschichtsdidaktik als Wissenschaftsdisziplin und die Erlangung des persönlichen „Lebensglücks“ im Zentrum des Geschichtsunterrichts stehen. Bezüglich einer inklusiven Geschichtsdidaktik gehe es vor allem darum, ein hohes Maß an Ambiguitätstoleranz bei den Lernenden zu entwickeln, um so „im Wandel der Zeit die Identität flexibel [zu] halten“.

OLIVER MUSENBERG (Berlin) stellte in seinem Vortrag bezogen auf den Förderschwerpunkt ‚geistige Entwicklung‘ zunächst fest, dass sowohl die Geschichtsdidaktik als auch die Pädagogik für Menschen mit geistiger Behinderung bisher versäumt habe, einen gemeinsamen Diskurs in die Wege zu leiten. Ausschlaggebend hierfür seien laut Musenberg unter anderem auch Vorurteile, dass Lernende mit dem Förderschwerpunkt ‚geistige Entwicklung‘ aufgrund ihrer kognitiven Beeinträchtigungen nur schwer in der Lage seien, ein reflektiertes Geschichtsbewusstsein zu entwickeln und damit den Ansprüchen der zugrundeliegenden Kompetenzmodelle zu entsprechen. Die Geschichtsdidaktik müsse zukünftig gemeinsam mit der Förderdidaktik versuchen, insbesondere auf die Individualitäten der Lernenden mit geistiger Behinderung einzugehen und sich somit auch auf deren Alterität und „Eigen-Sinnigkeit“ einzulassen, um daraus eine gemeinsame Strategie der Modellierung zu entwickeln. Da gerade bei dieser Lerngruppe ein hohes Maß an „eigen-sinnigen Imaginationen“ und „eigen-sinnigen Aneignungsprozessen“ vorhanden sei, gelte es dies zu berücksichtigen. Laut Musenberg sei es zum einen fraglich, ob sich diese Aneignungsprozesse genügend weit elementarisieren lassen und zum anderen erforderlich, die geschichtsdidaktischen Modelle hinsichtlich ihrer Anwendbarkeit für Lernende mit dem Förderschwerpunkt ‚geistige Entwicklung‘ zu überprüfen.

BIRGIT WENZEL (Berlin) stellte auszugsweise den in Arbeit befindlichen Rahmenplan der Länder Berlin-Brandenburg für die Klassen 1-10 vor, der sowohl für die Grundschule, die Sek. I als auch für Förderschulen mit dem Schwerpunkt „Lernen“ konzipiert wird. Der Förderschwer-

HT 2014: Geschichtsunterricht ohne Verlierer? – Inklusion als Herausforderung für die Geschichtsdidaktik in Theorie, Empirie und Pragmatik.

punkt ‚Geistige Entwicklung‘ findet keine Berücksichtigung, da eine Standardisierung von Kompetenzen laut Wenzel hier nicht möglich sei. Rahmenbedingungen für die Lehrplanentwicklung sind die Forderung nach Modernisierung und „Entschlacken“ der Inhalte, Verständlichkeit (Adressatenbezug, auch für Eltern) und die Schaffung einer curricularen Grundlage für die individuelle Förderung (fast) aller Lernenden im Kontext von Inklusion. Vorteile eines solchen Rahmenplans lägen im Bereich der Standardstufung und der Regelstandards, die eine Spiegelung der Heterogenität der Lernenden darstelle und durch eine breite Skala Erfolgsergebnisse auch für schwächere Lernende ermögliche. Auf dieser Basis seien Lernstandserhebungen und individuelle Förderung möglich und zudem erhalten die Beteiligten so eine klare Zielorientierung. Als Probleme benannte Wenzel, dass die Stufung eine angenommene Progression spiegele, die nicht durch empirische Forschung belegt ist. Fraglich sei zudem, was belastbare Kriterien für die Graduierung seien. Außerdem könnten die zugrunde gelegten Standards zwar als Diagnoseinstrument der Lehrenden genutzt werden, dies bedeute jedoch auch einen hohen Aufwand. Zudem sei unklar, ob die digital hinterlegten Beispielaufgaben das Niveau der Lernenden treffe, da neue Variablen hinzukämen, wie etwa die Lesekompetenz. Abschließend hob sie unter anderem als positiv hervor, dass Lehrende und Lernende aufgrund von Wahlmöglichkeiten bei den zu behandelnden Themenschwerpunkten flexibler seien.

In der abschließenden Diskussion wurde kritisch zum Grad der möglichen Individualisierung und Differenzierung nachgefragt: Wo liegen die exkludierenden Momente des historischen Lernens, bis wohin kann differenziert auf individuelle Bedürfnisse eingegangen werden und wo liegen die Grenzen? Zudem wurde kritisch angemerkt, dass die Prinzipien der von Bärbel Völkel vorgeschlagenen Neuausrichtung der Geschichtsdidaktik prinzipiell bereits in dieser integriert seien. Bezüglich des neuen Rahmenplans wurde ein zu großer Freiraum für Wahlmöglichkeiten kritisiert, weshalb sich Leerräume ergeben können, die durch den Geschichtsunterricht nicht mehr abgedeckt werden. Positiv wurde hervorgehoben, dass der Rahmenplan für Berlin-Brandenburg die Möglichkeit biete, die Inklusion auch in den inhaltlich-historischen Themenschwerpunkten aufzugreifen (Inklusion/Exklusion in histori-

scher Perspektive). Insgesamt gab die Sektion wichtige Impulse für die Entwicklung einer inklusiven Geschichtsdidaktik, verdeutlichte aber auch, dass aufgrund fehlender empirischer Studien die Diskussion bisher lediglich auf theoretischer Ebene geführt werden kann.

Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Bettina Alavi (Heidelberg) / Martin Lücke (Berlin) / Bärbel Völkel (Ludwigsburg)

Christoph Hamann (Berlin), Einführung

Martin Lücke (Berlin), Historische Imagination, Performance und enactments als Bausteine einer inklusiven Geschichtsdidaktik

Bettina Alavi (Heidelberg), Historisches verständlich darstellen: Sprache und der Einsatz von Symbolen

Sebastian Barsch (Köln), Historische Imagination und Präkonzepte von Schüler/innen mit dem Förderschwerpunkt Lernen – Einblicke in empirische Forschung

Mark Zaurov (Hamburg), Kommentar und Diskussion

Bärbel Völkel (Ludwigsburg), Inhalte oder Kategorien? Was bedeutet Inklusion für das Phänomen Geschichte?

Oliver Musenberg (Berlin), „Elementarisierungszumutung“ durch inklusiven Geschichtsunterricht?

Birgit Wenzel (Berlin), Inklusiver Geschichtsunterricht und Curriculumentwicklung

Tagungsbericht HT 2014: *Geschichtsunterricht ohne Verlierer? – Inklusion als Herausforderung für die Geschichtsdidaktik in Theorie, Empirie und Pragmatik*. 23.09.2014–26.09.2014, In: H-Soz-Kult 10.10.2014.

HT 2014: Gewinner und Verlierer im medialen Geschichtsunterricht: Personalisierung von historischen Persönlichkeiten in den öffentlich-rechtlichen Medien

Leitung: Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands (VHD); Verband der Geschichtslehrer Deutschlands (VGD)

Bericht von: Niko Lamprecht, Bundesvorstandsmitglied Verband der Geschichtslehrer Deutschlands, Wiesbaden

Der Verband der Geschichtslehrer (VGD) stellte in Fortführung der Mediensektion von Mainz 2012 beim Göttinger Historikertag die laufenden Kooperationsprojekte vor. Nach wie vor ist es das Ziel, geeignete multimediale Angebote für einen aktuellen und zeitgemäßen Geschichtsunterricht zu entwickeln und auszubauen.

Zahlreiche Studien sowie allgemeine Unterrichtsbeobachtungen belegen den rapiden Vormarsch und die evolutionäre Dynamik der Neuen Medien (Smartphones, Tablets etc.). In der gut besuchten Sektion wurden Kooperationsprojekte mit den Medienpartnern MDR und ZDF vorgestellt. Dabei wurden diese in gebotener Kürze präsentiert und auf ihre didaktische Wirksamkeit hin analysiert. Im nachfolgenden Plenum bestand Einigkeit, dass im Internet-Zeitalter multimediale Angebote für einen aktuellen und an die Lebenswirklichkeit der Jugend anknüpfenden Unterricht unverzichtbar seien. Detail-, Rezeptions- und Reflexionsprobleme bleiben natürlich bei jedem dieser Vorhaben bestehen.

In zwei knappen Einführungen zeigten Sektionsleiter CHRISTIAN JUNG (Bietigheim-Bissingen) und VGD-Bundesvorstandsmitglied und Co-Sektionsleiter NIKO LAMPRECHT (Wiesbaden) aus verschiedenen Perspektiven die mediale Wirklichkeit sowie die Einwirkung der medienaffinen (wenn nicht sogar medienfixierten) Jugend auf die Unterrichtsführung auf. Christian Jung erwähnte an Beispielen aus der Unterrichtspraxis die Gefahren unreflektierter Internetrecherchen, die z.B. zu über Google, Wikipedia oder Youtube sowie bewusst ins Netz

gestellten, aber für junge Menschen nicht immer als solche zu erkennende Fehlinformationen gewonnenen Legenden führen können. Die Lehrkraft wäre hierdurch immer stärker in der Verantwortung, einen medialen Lotsendienst anzubieten – und trotzdem den Griff zur traditionellen Schriftquelle zu erhalten oder zu befördern. Auch Niko Lamprecht betonte die nötige Vernetzung neuer internetgebundener Unterrichtschancen (Medien als „Gewinnerthema“) mit den traditionell üblichen Aneignungswegen (über das „Verliererthema“ Buch, welches in der Verknüpfung dann wiederum neue Relevanz gewinnt). Neue Studien belegten aus seiner Sicht die Dringlichkeit einer Ein- und Umstellung des Geschichtsunterrichts auf die „revolutionäre“ Veränderung des Mediennutzungsverhaltens. Jugendliche zwischen zwölf bis 19 Jahren lösten ihre Hausaufgaben und Bildungsbedürfnisse mittlerweile mit täglich 48 Minuten im Internet – die vergleichbaren Print-Lektürezeiten seien deutlich niedriger.¹ „Sehr dynamisch ist auch der Anstieg der Online-Nutzung in der benannten Alterskohorte – von 2006 zu 2013 stieg dieser Gesamtwert von 2006 (40 Minuten) über 2012 (132 Minuten) bis 2013 dramatisch an (auf 180 Minuten!)“, betonte Lamprecht.

Unsere Schülerinnen und Schüler würden dabei durch ihr Nutzerverhalten auch zeigen, dass neben dem „Altmedium“ Buch selbst das Fernsehen in den Hintergrund tritt. Der Geschichtsunterricht müsse daher diese Lebenswirklichkeit aufgreifen und – trotz etwaiger Konflikte zwischen dem tendenziell unterhaltenden Medium Film/Multimediaportal und dem tendenziell „trocken“ belehrenden Schulunterricht – moderne Verknüpfungen und Angebote generieren. Auf diesem in der Regel motivierenden Weg sei durchaus die Rückkopplung zu den traditionellen Quellen bzw. Informationswegen nötig.

Inhaltlich ging es in der Folge um ein seit einem Jahr fertig gestelltes Internetportal zur DDR-Geschichte („Eure Geschichte“, MDR) und um die Anschlussprojekte des ZDF nach der erfolgreichen Serie „Die

¹Philipp Sickmann, „Immer online, nie mehr allein“, im „Tagesspiegel“ vom 22.3.2014: <<http://www.tagesspiegel.de/medien/mediennutzung-von-jugendlichen-immer-online-nie-mehr-allein/9652054.html>> (12.7.2014); Internationales Zentralinstitut für das Jugend- und Bildungsfernsehen / IZI-Studie 2013/14: <http://www.br-online.de/jugend/izi/deutsch/Jugend_Medien_2014_final.pdf> (12.7.2014); JIM-Studie über: Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest: <<http://www.mpfs.de/index.php?id=624>> (12.7.2014)

HT 2014: Gewinner und Verlierer im medialen Geschichtsunterricht: Personalisierung von historischen Persönlichkeiten in den öffentlich-rechtlichen Medien

Deutschen“.

JOACHIM HORN (Leipzig) stellte als Geschichtsredakteur des MDR das in Kooperation von VGD und MDR entstandene Lernportal zur DDR-Geschichte „Eure Geschichte“ vor. Dieses entstand mit großzügiger Unterstützung der Bundesstiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur und habe zu einer erstaunlich hohen und stabilen Online-Nutzung geführt. Der MDR wolle hierdurch seinem öffentlich-rechtlichen Bildungsauftrag nachkommen und sein Portal „Damals im Osten“ sinnvoll ergänzen. Deshalb seien die verfügbaren Audio- und Videodateien (DDR-Archivbestände und neuere Zeitzeugeninterviews) von PädagogInnen und MedienmacherInnen gemeinsam didaktisiert worden. Das entstandene Portal biete mit den nach Themenfeldern geordneten Bausteinen ein vernetztes und komplettes Angebot, welches direkt und flexibel im Unterricht einsetzbar sei. Horn wies auf die unterschiedlichen Perspektiven der Opfer (Verlierer vor 1989) und Täter (oft Verlierer nach 1989) und die unterschiedlichen Verarbeitungswege und -zyklen der Nach-NS- und DDR-Zeit hin. Ein Vierteljahrhundert nach der Wende sei es nach wie vor notwendig, generell aufzuklären – und gleichzeitig die unterschiedliche Rezeption der ehemals Betroffenen bzw. in Ost und West zu beachten. „Eure Geschichte“ habe hierbei eine gesamtdeutsche Zielgruppe.

Nachfolgend präsentierte Horn einen DDR-Filmausschnitt zum Evangelischen Kirchentag 1987 (Ostberlin), welcher durch flankierende Online-Angebote zu den Hintergründen (Verhältnis Staat und Kirche) und weiteren Fragestellungen didaktisiert wurde. Das Format der Videos und Audiodateien sei generell knapp (zwischen 3-7 Minuten) bemessen worden, um dem Nutzerverhalten von Jugendlichen entgegenzukommen.

Die Rückmeldungen von ganz unterschiedlichen BenutzerInnen des Portals und die Nutzerzahlen zeigten nach wie vor, dass die gewünschte Motivationsebene mit „Eure Geschichte“ herstellbar sei. „Das Portal wird sehr stetig angenommen“, so Joachim Horn. Für weitere Resonanz aus dem Schulbereich sei der MDR offen und auch dankbar, ein Relaunch des Portals sei für 2015 geplant.

STEFAN BRAUBURGER (Mainz), Leiter der ZDF-Redaktion Zeitgeschichte, stellte nach einer kurzen Darstellung der Erfolge und hohen

Nutzerquoten bei der zum Klassiker gewordenen „Die Deutschen“-Serie neue Projekte des ZDF vor. Neben einer Reihe zum Ersten Weltkrieg und dem Zeitzeugen-Portal „Gedächtnis der Nation“ (mit Unterrichtsangeboten des VGD) sei besonders die Reihe „Frauen, die Geschichte machten“ (mit sechs Persönlichkeiten von Kleopatra bis Sophie Scholl) erwähnenswert, zu welcher VGD-Autoren didaktische Angebote für das Internet beisteuerten.

Brauburger arbeitete in seinem Vortrag heraus, dass die Partner VGD und ZDF das gemeinsame Ziel verfolgen, jüngere Menschen für Geschichte zu gewinnen und trotz unterschiedlicher Herangehens- und Arbeitsweisen dabei voneinander profitieren könnten. Das ZDF erreiche über die Geschichtsfilme jüngere Menschen (vergleiche die sonstige Überalterung der TV-Nutzer), der VGD bzw. die Schule über das Mittel der filmischen Personalisierung bzw. Inszenierung motivationale Zugänge im Unterricht.

Nachfolgend zeigte Brauburger Filmausschnitte zu Sophie Scholl, bei denen neue Filmszenen, historische Einblendungen und narrative Elemente (Ich-Erzählung) sich ergänzen würden.

Für Brauburger steht die Vermittlung von Geschichte durch Medien und Unterrichtspartner unter dem Vorzeichen, je nach thematischer Ausrichtung auch Unterhaltung und Wissenstransfer zu verbinden, dies treffe bei einigen Folgen der Frauen-Reihe mehr zu, bei anderen weniger. Insgesamt habe aber z.B. der Sophie Scholl-Film auch ohne Historiker-Kommentare (vgl. „Die Deutschen“) den aktuellen Forschungsstand einbezogen, ein breites Publikum erreicht und gerade durch den persönlichen Zugang das Potenzial besessen, „nachdenklich zu machen“.

RALPH ERBAR (Mainz), seit dem Historikertag 2012 neuer stellvertretender Bundesvorsitzender des VGD, analysierte als nächster Referent die didaktischen Aspekte zu den ZDF-Projekten. „Ohne Zweifel besteht auch weiterhin ein gewisses Spannungsverhältnis, aber keineswegs ein Widerspruch zwischen der Darstellung historischer Ereignisse und Persönlichkeiten in den Medien, hier beschränkt auf das ZDF, und den Aufgaben des Geschichtsunterrichts“, sagte Erbar.

Am Beispiel von Sophie Scholl zeigte er das Kernproblem der medialen Darstellung auf – was wird gezeigt, woher kommt dieses „Bild“ bzw. diese „Erzählung“, wieso wird Sophie Scholl in Ost- und Westdeutsch-

HT 2014: Gewinner und Verlierer im medialen Geschichtsunterricht: Personalisierung von historischen Persönlichkeiten in den öffentlich-rechtlichen Medien

land zu einer Art „Seele“ des Widerstands? An verschiedenen Belegen (Briefmarken der DDR / Bundesrepublik, Sichtweisen und biographische Deutungen der „Weiße Rose“-Überlebenden zu den Geschwistern Scholl) zeigte er die mögliche Differenzierung hinter dem naturgemäß vereinfachenden ZDF-Film auf und hinterfragte auch eine der Schlüsselszenen – das Filmzitat aus der Verhörszene (O-Ton Sophie Scholl: „Ich hätte mich wahrscheinlich herausreden können!“) sei nicht nachweisbar, wodurch z.B. die Frage nach dem bewussten Widerstands-Status der „Ikone“ Sophie Scholl schwer klärbar sei.

Allerdings würden die im Bundesarchiv erreichbaren Protokolle einen sinngemäßen Bezug zum Filmzitat decken, und gerade die über den Film unterrichtlich anzustoßende Frage- und Reflexionshaltung („Stimmt das eigentlich...?“) sei eine der Chancen der schulischen Nutzung des ZDF-Films. Das reflexive „Fragen nach der Geschichte“ wäre also über den Film genauso erreichbar wie bei anderen Quellen, ebenso bei entsprechender Medienkompetenz von Lehrkräften und/oder SchülerInnen die Frage nach Deutungshoheiten oder Setzungen der Erinnerungskultur – und somit die Problematisierung der Entstehung von Gewinner- und Verliererthemen oder -personen.

Film und Internetangebot als „Interpretation von Wirklichkeit“ würden somit Chancen bieten, die bei einem problembewussten, didaktisch reduzierten und zielgeführten Unterrichtseinsatz zum Erfolg führen könnten.

Der Kommentar von VADIM OSWALT (Gießen) umriss das Bezugsfeld der Medienprojekte anhand aktueller Entwicklungen (bspw. Web 2.0 oder auch MrWissen2go über Youtube) und der verschwimmenden Grenzen von Fiktion und Fakten in Film und Internet. Die virtuelle Welt werde längst „zum primären Referenzraum für Bildungserfahrungen“, Geschichtsbilder würden längst außerhalb von Schule geprägt.

Die Frage nach „Kollision oder Komplementarität“ der Kooperation von Medien und VGD sei insofern differenziert zu betrachten. Die sicherlich eintretende Nutzbarkeit und „Wechselwirkung“ sollte hierbei aber sauber die Fiktionalität und auch Verkürzung medialer Konstruktionen beachten, ein „Muster kognitiver Betrachtung“ sei in jedem Fall als eine Art „Filter“ notwendig. Bei der Serie „Große Frauen“ (ZDF) seien hier z.B. bei Sophie Scholl deutliche Hinweise auf die unter-

schiedlichen Filmebenen (Originalausschnitte aus NS-Wochenschauen, neue Spielszenen, fiktionale Ich-Erzählung) notwendig, wie von Erbar geschildert. Hierdurch könne ein „eigenes Feld historischer Urteilsbildung“ entstehen, außerdem ein Übungsraum zum Kompetenzfeld Medienanalyse.

Die Unterrichtsmaterialien des VGD würden diese nötige Reflexionsebene ansprechen, was aber noch stärker wünschenswert bzw. zu betonen sei. Im Sinne der Begegnung historischen Lernens und geschichtskultureller Institutionen seien die Überlegungen und Projekte zur Kooperation „formeller“ und „informeller“ Bildungspartner aber sicher zeitgerecht.

Die Sektion führte im letzten Teil zu Fragen aus dem Plenum, die neben einzelnen thematisch orientierten Rückmeldungen ebenso die Frage nach der Sachgerechtigkeit der gezeigten Filmdarstellungen oder auch nach der Messbarkeit ihrer Wirkung aufwarfen. Zu letzterer Frage antwortete Stefan Brauburger in dem Sinn, dass man – bei aller berechtigten Detailkritik und trotz der Schwierigkeit objektiver Befunde zu den Auswirkungen – beim ZDF ein Bekenntnis „zur Emotionalität“ der Geschichtsfilme ablege. Nur so seien Zugänge und weiterführende Anstöße erreichbar. Andere Beiträge dokumentierten eher das Verständnis für die Nutzung der Neuen Medien im Geschichtsunterricht. Aus Zeitgründen konnten leider nicht alle Fragen beantwortet werden.

Der Geschichtsunterricht sollte sich aus Sicht der VGD-Sektionsleiter somit weiterhin intensiv dem Thema der Mediendidaktik widmen, um wenigstens in Sichtweite der medialen Lebenswelt unserer Schülerschaft zu bleiben. Auch hierbei bleibe es natürlich das Kerngeschäft der Lehrkräfte, Orientierungs- und Deutungshilfen zu geben!

Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Christian Jung (Bietigheim-Bissingen) / Niko Lamprecht (Wiesbaden)

Christian Jung (Bietigheim-Bissingen), Einführung

Niko Lamprecht (Wiesbaden), „Von der Personalisierung von historischen Personen bis zur gelungenen Unterrichtsstunde“. Materialien des

HT 2014: Gewinner und Verlierer im medialen Geschichtsunterricht: Personalisierung von historischen Persönlichkeiten in den öffentlich-rechtlichen Medien

VGH im Rahmen der bisherigen Kooperationen mit dem MDR und dem ZDF

Joachim Horn (Leipzig, MDR), Wenn Verlierer und Gewinner ihre Geschichten erzählen und Jugendliche erreichen sollen. „Eure Geschichte“. Das Schulprojekt zur DDR (MDR)

Stefan Brauburger (Mainz, ZDF), Die Ich-Perspektive in der medialen Geschichtsdarstellung. „Sophie Scholl – Frauen, die Geschichte machten“ und aktuelle Angebote zum Ersten Weltkrieg (ZDF)

Ralph Erbar (Mainz), Sophie Scholl. Die Seele des Widerstands? Über Gewinner und Verlierer in der medialen und schulischen Erinnerungskultur

Vadim Oswalt (Gießen), Kommentar. Wenn Siege oder das historische Scheitern zur Unterhaltung werden. Neue Medienprodukte und Geschichtsunterricht aus geschichtsdidaktischer Perspektive

Tagungsbericht *HT 2014: Gewinner und Verlierer im medialen Geschichtsunterricht: Personalisierung von historischen Persönlichkeiten in den öffentlich-rechtlichen Medien*. 23.09.2014–26.09.2014, In: H-Soz-Kult 14.11.2014.

HT 2014: „Gewinner oder Verlierer?“ – Das historische Urteil im Geschichtsunterricht als Qualitätsmerkmal und Desiderat

Leitung: Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands (VHD); Verband der Geschichtslehrer Deutschlands (VGD)

Bericht von: Axel Ehlers, Leibnizschule Hannover

Sollen Schüler sich im Geschichtsunterricht ein historisches Urteil erlauben? Die Frage erscheint obsolet, denn wir urteilen unentwegt. Gleichwohl stellt das gelingende historische Urteil im Geschichtsunterricht ein Desiderat dar, meinen die in der Lehrerausbildung des Landes Niedersachsen tätigen Organisatoren dieser Sektion. Die gegenwärtig dominierende Kompetenzorientierung in der Didaktik sei, so JOHANNES HEINSEN (Stade) in seiner Einführung, einzuordnen in eine Entwicklungsphase des Unterrichtsfachs Geschichte, in der eine „Gefährdung des Faches durch Ausdifferenzierung“ zu beobachten sei. Das eigene Urteil als intellektueller „Freiheitsgewinn“ stehe oftmals in Konkurrenz zu unterrichtlicher Effizienzorientierung und „Verwertbarkeitsdenken“. Methodentraining als „Schwundstufe“ historischen Denkens kennzeichne diese Situation. Schülerinnen und Schüler lernen also beispielsweise historische Quellen methodisch zu bearbeiten, gelangen aber auf diesem Weg nicht zu einem historischen Urteil. Nachdem seit dem 19. Jahrhundert bis zum Ende der 1960er-Jahre ein affirmatives Geschichtswissen auf positivistischer Grundlage den Unterricht geprägt habe, seien in den 1970er-Jahren bis etwa zum Ende des 20. Jahrhunderts die historisch-politische Aufklärung, Mündigkeit und Kritik zentrale Kategorien des Faches gewesen, die ihm aber auch das Etikett „Laberfach“ eingebracht hätten. Viele der Zuhörer konnten das offenbar mit eigener Erfahrung aus ihrer Schulzeit verbinden. Das historische Urteil der Schüler wurde seinerzeit unter dem Leitbegriff „Geschichtsbewusstsein“ unbedingt eingefordert. Das habe zu der Kritik geführt, Schüler könnten nicht leisten, was Historiker leisteten, so dass Urteile suggestiv oder indoktrinär induziert würden. Die Unterscheidung des Didaktikers Karl-Ernst Jeis-

HT 2014: „Gewinner oder Verlierer?“ – Das historische Urteil im Geschichtsunterricht als Qualitätsmerkmal und Desiderat

mann zwischen einem Sach- und einem Werturteil habe sich zwar in der Praxis durchgesetzt¹, dennoch sei Geschichte als „Denkfach“, in dem es um komplexe Erkenntnisleistungen gehe, zu wenig im Bewusstsein von Schülern und Öffentlichkeit. Zwar urteilten wir andauernd über irgendetwas, dennoch sei es offenbar schwierig, im Geschichtsunterricht zu einem qualifizierten historischen Urteil zu gelangen. Die Lehrpläne sagten nicht, wie es gelingen könne, ein fundiertes Urteil zu evozieren. Auch habe die Ausdifferenzierung der Geschichtswissenschaft zu einem „Orientierungsverlust“ für den Geschichtsunterricht geführt. Wie könnte man angesichts dieser Situation die Entwicklung der historischen Urteilsfähigkeit stärken? Heinßen formulierte dazu sechs Thesen, die auf ein Plädoyer für das fachlich fundierte kontroverse Unterrichtsgespräch hinausliefen: Die Fundiertheit des historischen Sachwissens sei die erste Voraussetzung für ein gelingendes Urteil. Durch wiederholte und vernetzte Anwendung des Wissens müsse zudem Nachhaltigkeit des Wissenserwerbs erreicht werden. Drittens sei Distanz zu sich selbst eine unverzichtbare Voraussetzung; auch ohne Divergenz und Differenziertheit in der Wahrnehmung sei ein qualifiziertes historisches Urteil nicht zu erlangen. Strukturiertes Argumentieren und ein konstruktiv-kritischer Diskurs schließlich ermöglichten die Ausbildung der Urteilsfähigkeit und die Formulierung des Urteils selbst.

Dass es überhaupt möglich sei, ein historisches Urteil durch methodische Anleitung herbeizuführen, zog der folgende Vortrag in Zweifel, indem er historisches Urteilen als integralen Bestandteil historischer Narrativität beschrieb. Der Geschichtsdidaktiker AXEL BECKER (Hannover) orientierte sich an Jeismanns Kategorien und betonte, dass eine methodische Trennung von Analyse sowie Sach- und Werturteil in unterschiedliche Aufgabenteile nicht den Intentionen Jeismanns entspreche. Urteilen sei nicht zu verwechseln mit der sogenannten „Urteilskompetenz“, auch seien die „Stufen von Urteilsbildung“ nicht quantifizierbar und nicht objektivierbar. Einen linearen Lernfortschritt könne man für Sinnbildungsleistungen kaum erwarten, wie Becker im Anschluss an

¹Karl-Ernst Jeismann, Geschichtsbewußtsein als zentrale Kategorie der Geschichtsdi-daktik. In: Gerhard Schneider (Hrsg.), Geschichtsbewußtsein und historisch-politisches Lernen. Pfaffenweiler 1988, S. 1-24.

Hans-Jürgen Pandel formulierte.² Insbesondere sei ein Sach- von einem Werturteil kaum klar zu trennen. Letztlich gehe das historische Urteil in der Narrativität historischer Erkenntnis auf, die an sich eine Sinnbildungsleistung darstelle. Daher definiert Becker ein historisches Urteil als „eine Erzählung, die einer bestimmten historischen Frage argumentativ und offen begegnet und Alternativen berücksichtigt.“ Darin mag man sehr wohl „Divergenz und Differenziertheit“ aus Heinßens Eingangsthesen wiedererkennen. Urteile müssten folglich als narrative Konstruktionen erfolgen und nicht als methodischer Dreischritt. Die Qualität eines Urteils bemesse sich nach der Komplexität und der Zahl der berücksichtigten Perspektiven. Folgt man dem, dann gibt es zwar eine „Narrationskompetenz“, aber keine davon zu unterscheidende „Urteilskompetenz“.

Dem widersprach ULRICH HAGEMANN (Berlin), der eine Lanze für die „Urteilskompetenz“ brach, indem er konstatierte, dass Urteilsbildung nicht nur in Narrationen, sondern auch im Unterrichtsdiskurs erfolge. Urteilskompetenz lasse sich sehr wohl kategorial beschreiben. Hagemann leitet seinen Ansatz, den er gemeinsam mit Jörg Kayser entwickelt hat, aus der Politikdidaktik ab.³ Urteile zeichnen sich aus seiner Sicht aus durch Kategorien als leitende Begriffe, Betrachtungsebenen, auf denen diese Kategorien Anwendung finden, Perspektiven, die den Standpunkt des Urteilenden kenntlich machen, und Kriterien für die Argumentation (z. B. Gewinner oder Verlierer in Bezug worauf?). Die leitende Fragestellung sei ein wichtiges Merkmal bei der Anbahnung von Urteilen – eine Aussage, die wohl auch Becker teilen würde, der seinerseits die Bedeutung der „Urteilsfrage“ für die Narrativitätskonstruktion hervorhob. In Abgrenzung zu den Konzepten von Waltraud Schreiber und Franziska Conrad⁴, die Hagemann für wenig praxistauglich hält,

²Hans-Jürgen Pandel, *Geschichtsdidaktik. Eine Theorie für die Praxis* (Forum historisches Lernen), Schwalbach 2013, bes. S. 157ff.; ders., *Historisches Erzählen. Narrativität im Geschichtsunterricht* (Methoden historischen Lernens), Schwalbach 2010.

³Jörg Kayser/Ulrich Hagemann, *Urteilsbildung im Geschichts- und Politikunterricht. Fachdidaktische Handreichung zur historisch-politischen Urteilsbildung* (Fachdidaktische Hilfen 3), Baltmannsweiler 2010.

⁴Vgl. Waltraud Schreiber u.a., *Historisches Denken. Ein Kompetenz-Strukturmodell* (Kompetenzen: Grundlagen – Entwicklung – Förderung 1), Neuried 2006. Andreas Körber / Waltraud Schreiber / Alexander Schöner (Hrsg.): *Kompetenzen historischen Denkens. Ein Strukturmodell als Beitrag zur Kompetenzorientierung in der Geschichtsdidaktik*

HT 2014: „Gewinner oder Verlierer?“ – Das historische Urteil im Geschichtsunterricht als Qualitätsmerkmal und Desiderat

betonte der Referent, dass sein Modell sowohl mit etablierten fachdidaktischen Forderungen kompatibel als auch praktisch anwendbar sei. Das veranschaulichte er an einem Unterrichtsbeispiel über Sulla. Vor einer „mathematisch exakten“ Anwendung auf den Unterricht warnte Hagemann jedoch.

Darin konnte er sich prinzipiell einig wissen mit CHRISTIAN MEHR (Frankfurt am Main), der demonstrierte, wie ein – „mathematisch“ exakt ausgeführter – methodischer Dreischritt im Unterricht schnell zum Selbstzweck werden kann. Schüler, die mit einer Karikatur über den Reichspräsidenten Friedrich Ebert als „herausfordernde Quelle“ konfrontiert wurden, folgten dem standardisierten Verfahren „beschreiben, deuten, interpretieren“, gelangten aber dennoch – oder gerade deswegen? – nicht zu einem plausiblen historischen Urteil. Geurteilt werde dennoch ständig, wie auch Mehr betonte, meist jedoch geschehe das ungeplant. Ausgerechnet der gut geplante und phasierte Unterricht könne sich als Hemmnis für historisches Urteilen erweisen. Die Eigenlogik von Methoden- und „Kompetenzorientierung“ laufe eben gerade nicht umstandslos auf historisches Urteilen hinaus. Wichtig sei es, die Funktionalität der eingesetzten Methoden sicherzustellen. Der Kritik am methodischen Vorgehen wollte sich das Plenum in der Diskussion allerdings nicht ungeteilt anschließen. Standardisierte Verfahren seien eine Möglichkeit, alle Schüler im Erkenntnisprozess „mitzunehmen“. Pädagogische Ziele und fachliche Erfordernisse geraten hier womöglich in einen Konflikt.

Mit einer vordergründigen Kompetenzorientierung mochte sich auch ELKE LANGENDORF (Verden an der Aller) nicht abfinden. Die Fachleiterin in der Referendarsausbildung wies darauf hin, dass Jugendliche ihre eigenen Sinnbildungsmuster besäßen, die sie hartnäckig gegen äußere Zumutungen behaupteten. Das könne einer angemessenen Sinnbildung aus Lehrersicht durchaus im Wege stehen, es ließe sich aber auch für das historische Lernen nutzen. Ein kompetenzorientierter Unterricht müsse daher „Arbeit an der je eigenen Geschichtsnarration“ sein. Die Schüler müssten sich positionieren. Dementsprechend beschreibt

(Kompetenzen: Grundlagen – Entwicklung – Förderung 2), 2. Aufl., Neuried 2010. Franziska Conrad, Perspektivübernahme, Sachurteil, Werturteil. Drei zentrale Kategorien im Umgang mit Geschichte, in: Geschichte lernen 139 (2011), S. 2–11.

Langendorf eine Kompetenz als „Sachwissen plus Handlungswissen plus Haltung“. Gerade auf die vorhandenen Haltungen müsse der Geschichtsunterricht zugreifen, sie bewusst machen und zu ihrer Überprüfung anregen. Beschränke sich der Unterricht auf „Erfassen und Präsentieren“, dann verfehle er die Sinnbildung. Ohne Diskursivität sei eine Sinnbildung nicht möglich. Indem heutige Aufgabenstellungen, den ministeriellen Vorgaben gemäß, jedes Material dem „Diktat der Operatoren“ unterwürfen, verhinderten sie das gewünschte persönliche Engagement der Schüler. Eine weitere Verkürzung des Referendariats sei daher unbedingt abzulehnen; dies würde lediglich einer immer schematischeren Herangehensweise an den Geschichtsunterricht Vorschub leisten, der seiner Aufgabe dann nicht mehr gerecht würde. Darüber hinaus sei eine gründliche fachliche Ausbildung unverzichtbar.

Die Urteilskompetenz der Zuhörer stellte abschließend HANS-JOACHIM MÜLLER (Delmenhorst) auf die Probe. Der Fachleiter präsentierte Beispiele aus der Unterrichtspraxis in Niedersachsen. Nachdem seine Vorrednerin das Auditorium auf die Wichtigkeit der „Haltungen“ hingewiesen hatte, sorgten die Beispiele aus der zehnten Klasse für reichlich Diskursivität. Schüler, die sich mit der Frage auseinandersetzen sollten, was das Beispiel der Widerstandsgruppe „Weiße Rose“ heute bedeuten könne, kamen zu durchaus unterschiedlichen Antworten. Während die historisch ausgewogen und eher kenntnisreich erscheinende Antwort („Symbol des Widerstandes“; Ermutigung, gegen Unterdrückung vorzugehen) das Wohlwollen der Einen ernte, favorisierten andere Zuhörer die persönlicher und sehr engagiert ausfallende Lösung, die aber von historischen Zusammenhängen stärker absah („Weiße Rose“ als Modell für heutige Tierschützer). Müller plädierte seinerseits für die Wichtigkeit eines methodischen Konzepts, wofür er sich an Jeismann und Hagemann orientierte. Eine schematische Anwendung als Selbstzweck lehnte auch er ab.

Was nun das maßgebliche Kriterium für ein kompetentes historisches Urteil ist, darüber konnte in dieser Sektion keine Einigkeit erzielt werden. „Narrativität“ und „Kompetenzorientierung“ scheinen in einem gewissen Konkurrenzverhältnis zueinander zu stehen, ohne dass sie sich kategorisch ausschließen müssen, wie Langendorfs Vortrag nahelegte. Die große Vielfalt an „Kompetenzen“, die mittlerweile die

HT 2014: „Gewinner oder Verlierer?“ – Das historische Urteil im Geschichtsunterricht als Qualitätsmerkmal und Desiderat

schulischen Lehrpläne prägt, hat offenbar nicht zu größerer Klarheit über die angestrebten Lernprozesse geführt. Die bloße Anwendung methodischer Verfahren jedenfalls, so viel wurde deutlich, bietet keine Gewähr für triftige Urteile. Die Referenten betonten mehrfach, dass auch der vermeintlich „gut geplante“ Geschichtsunterricht historische Urteilsbildung geradezu verhindern kann. Wünschenswert erscheint hingegen ein diskursiv lebhafter und zum Urteilen einladender urteilsfreudiger Unterricht. Wer aber historisch kompetent urteilende Schüler will, müsse, so das weithin einhellige Urteil, fachlich kompetente Geschichtslehrer ausbilden. Ohne die wird es auch keinen konstruktiv-kritischen Diskurs im Unterricht geben.

Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Johannes Heinßen (Stade) / Hans-Joachim Müller (Delmenhorst)

Johannes Heinßen (Stade), Einführung: Das historische Urteil im Geschichtsunterricht zwischen Theorie und Praxis, Wunsch und Wirklichkeit

Axel Becker (Hannover), Erzählungen über Sein und Sollen – Historische Urteilsbildung im Geschichtsunterricht

Christian Mehr (Frankfurt am Main), Urteilsbildung im Geschichtsunterricht – empirische Befunde

Ulrich Hagemann (Berlin), Urteilsbildung im Geschichts- UND Politikunterricht – eine legitime Grenzüberschreitung?

Elke Langendorf (Verden an der Aller), Historische Sinnbildung und der Sinn des Geschichtsunterrichts

Hans-Joachim Müller (Delmenhorst), Urteilen in der Sekundarstufe I. Beispiele für die unterrichtliche Praxis

Tagungsbericht HT 2014: „Gewinner oder Verlierer?“ – Das historische Urteil im Geschichtsunterricht als Qualitätsmerkmal und Desiderat. 23.09.2014–26.09.2014, In: H-Soz-Kult 16.01.2015.

**HT 2014: Gewinner und Verlierer: Das Jahr 1914 im
Geschichtsunterricht und Geschichtsbewusstsein aus
internationaler Perspektive**

Leitung: Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands (VHD); Verband der Geschichtslehrer Deutschlands (VGD)

Bericht von: Johannes Jansen, Historisches Institut, Universität zu Köln

Im Zuge des hundertjährigen „Jubiläums“ hat der Erste Weltkrieg nicht nur wissenschaftliche Forschungsanstrengungen intensiviert und Kontroversen (neu) entfacht, sondern auch vielerorts das öffentliche Erinnern mitgeprägt, verstärkt oder verändert. In der von Peter Johannes Droste und Frank Schweppenstette geleiteten Sektion kamen sechs Referenten zu Wort, die die Wahrnehmung und Darstellung des Ersten Weltkrieges aus sechs Länderperspektiven analysierend nachzeichneten und miteinander verglichen.

Im Fokus der Vorträge stand – mit unterschiedlichen Schwerpunkten – die Betrachtung des Zusammenspiels von nationalen bzw. regionalen Erinnerungskulturen, curricularen Vorgaben und Schulgeschichtsbüchern. Immer wieder dienten gerade die vorgestellten Schulbücher als „nationale Autobiographien“ (Wolfgang Jacobmeyer)¹, in/mit denen Traditionen, Werte, Normen und besondere Deutungsmuster vermittelt wurden, als Referenzpunkte, die Stoff für zum Teil kontroverse Diskussionen lieferten.

PETER JOHANNES DROSTE (Aachen) zeichnete in seinem Vortrag die lange „Karriere“ des Ersten Weltkrieges nach, die im Unterschied zu normalerweise üblichen Verzögerungen, bis zeitgeschichtliche Themen in Schulbücher und Lehrpläne Einzug halten, in Deutschland bereits 1914 „in Echtzeit“ begonnen habe. Die gesammelten Curricula von 1915 (für das Jahr 1914) belegten, dass man unmittelbar nach Kriegsbeginn

¹Wolfgang Jacobmeyer, Konditionierung von Geschichtsbewusstsein: Schulbücher als nationale Autobiographien, in: Gruppendynamik 23 (1992), S. 375-388.

HT 2014: Gewinner und Verlierer: Das Jahr 1914 im Geschichtsunterricht und Geschichtsbewusstsein aus internationaler Perspektive

mit der Umgestaltung der Lehrpläne mit dem Ziel einer Thematisierung des Krieges begonnen habe. Auch sei, um auf das Kriegsgeschehen eingehen zu können, das Geschichtsstundenkontingent erhöht worden. Aus politischen Gründen habe die Auseinandersetzung mit dem Ersten Weltkrieg in den Nachkriegsjahren eine zentrale Rolle im Geschichtsunterricht gespielt. Droste illustrierte an Beispielen aus einem zeitgenössischen Schulbuch (zwei Karten zeigten etwa „Deutschlands Verstümmelung“), mit welchen Mitteln die Revision des Versailler Vertrages auch in Geschichtsbüchern vollzogen wurde. Während bereits in Schulgeschichtsbüchern der Weimarer Republik ein „Aufbauen“ Hindenburgs zu erkennen sei, vervielfache sich der Personenkult (um Hitler) in den Werken der NS-Zeit, in denen die Geschichte des Ersten Weltkrieges gerade mit Blick und in Vorbereitung auf einen kommenden Krieg erzählt worden sei. Seit dem Beginn der Aufarbeitung des Zweiten Weltkrieges ab Mitte der 1960er-Jahre sei der Erste Weltkrieg als Teil der Vorgeschichte einer noch größeren Katastrophe dargestellt worden. Angeregt durch die Fischer-Kontroverse, wurde auch die Frage nach der Kriegsschuld zentraler Unterrichtsgegenstand. Gerade Kriegsschuldfrage, Vertrag von Versailles, Imperialismus und die epochale Einordnung des Ersten Weltkrieges (Ende des „langen 19. Jahrhunderts“) stellten seither zentrale Diskussionsfelder jeder Behandlung des Ersten Weltkrieges in der Schule dar. Droste schloss seine Ausführung mit dem Vorschlag, die „Karriere“ des Ersten Weltkrieges im Geschichtsunterricht selbst zum Thema zu machen.

Nach einem kurzen historischen Abriss der 1910er-Jahre in Belgien erörterte HERBERT RULAND (Eupen) die verschiedenen Erinnerungskulturen Belgiens. Die regional differierenden Schwerpunktsetzungen Flanderns, der Wallonie und der deutschsprachigen Minderheit hätten jeweils auch unmittelbare Auswirkungen auf Lehrpläne und Geschichtsunterricht, da deren Gestaltung dezentrale Angelegenheit der drei Gemeinschaften sei. Für Flandern veranschaulichte Ruland jene regionalen Blickwinkel mit der Vorstellung des Projektes „100 Jaar Groote Oorlog in Vlaanderen“ und einer Projektbroschüre, in der das Kriegsgeschehen in (West-)Flandern detailliert beschrieben wird und die fordert, den „Großen Krieg in Flandern“ im Sekundarunterricht ausführlich zu behandeln. Ruland beschrieb die Arbeit des seit 2009 existieren-

den Komitees für Erinnerungserziehung, in welchem Repräsentanten der Bildungspolitik und großer Kultureinrichtungen (z.B. „In Flanders Fields Museum“) vertreten seien. Hier würden Vorgaben erarbeitet, wie der Erste Weltkrieg im Geschichtsunterricht in Flandern thematisiert werden solle. Dabei spielten neben pädagogischen auch kulturtouristische Überlegungen eine Rolle. Dem „Großen Krieg in Flandern“ und dessen Erinnerung stellte Ruland für die Wallonie „Waterloo“ gegenüber: So habe es im französischsprachigen Landesteil Belgiens Stimmen gegeben, die nicht den 100. Jahrestag des Kriegsbeginns 2014, sondern das Jahr 2015 und den 200. Jahrestag der Schlacht von Waterloo stärker hervorheben und erinnern wollten. Auch für die Wallonie stellte Ruland Projekte vor, die die Erinnerungsarbeit an den Ersten Weltkrieg (an Schulen) koordinieren sollen. Neben die Erinnerung an die 6.000 im August 1914 durch deutsche Soldaten getöteten Zivilisten, an sinnlose Zerstörung, an Deportation und Zwangsarbeit träten auch Aspekte der Alltagsgeschichte, die im Geschichtsunterricht aufgegriffen würden. Zuletzt ging Ruland auf Eupen-Malmedy ein. In der erst seit 1920 zu Belgien gehörenden deutschsprachigen Grenzregion werde die Erinnerung an den Ersten Weltkrieg von derjenigen an den Zweiten Weltkrieg teilweise überlagert. Die Tatsache, „Täterregion“ zu sein, unterscheide die Erinnerungsaktivitäten, die Ruland kurz vorstellte, von jenen in Flandern und der Wallonie.

JOACHIM CORNELISSEN (Lyon) diskutierte in seinem Beitrag die Frage, unter welchen erinnerungskulturellen Bedingungen und vor dem Hintergrund welcher curricularen Voraussetzungen der Erste Weltkrieg im französischen Geschichtsunterricht behandelt werde. Zunächst rief Cornelißen Eigenarten der französischen Erinnerungskultur(-en) ins Gedächtnis. So sei nach Arndt Weinrich die „Grande Guerre“ neben der Französischen Revolution bedeutendster Ursprungsmythos des modernen Frankreich.² Der Krieg habe Einheit und Zusammenhalt der Nation nach Jahrzehnten der Zerrissenheit (Dreyfus-Affäre, Laizismus etc.) wiederhergestellt. Öffentliches Gedenken an den Ersten Weltkrieg, in Deutschland beinahe inexistent, sei in Frankreich elementar. Mit einem Rekurs auf Lehrpläne und Schulbücher als Ergebnisse von

² Arndt Weinrich, *Der Centenaire 2014 und die deutsch-französischen Beziehungen*, 2.12.2011, <<http://grandeguerre.hypotheses.org/143>> (13.1.2015).

HT 2014: Gewinner und Verlierer: Das Jahr 1914 im Geschichtsunterricht und Geschichtsbewusstsein aus internationaler Perspektive

Auswahlentscheidungen, die nicht nur mit Blick auf wissenschaftliche Erkenntnisse fielen, sondern bei welchen jene erinnerungskulturellen Deutungsmuster sowie geltende Werte und Normen aufgegriffen würden, leitete Cornelißen über auf das französische Schulsystem, das mit seiner zentralistischen Struktur das Gegenteil des belgischen sei. Cornelißen stellte den Lehrplan Geschichte für die 11. Jahrgangsstufe vor, jener Jahrgangsstufe, in welcher der Erste Weltkrieg ausführlich thematisiert werde. Kurz umriss der Referent die fünf aufgeführten Lernfelder (u.a. „Das Jahrhundert des Totalitarismus“, „Imperialismus und Entkolonisation“). Die Ausgestaltung des zweiten Lernfeldes („Der Krieg im 20. Jahrhundert“) zeigte Cornelißen beispielhaft an einem Lehrwerk. Als einen bedeutenden Unterschied zum deutschen Geschichtsunterricht nannte Cornelißen die Julikrise, die nicht behandelt werde. Auch die Kriegsschuldfrage sei kein Kerngegenstand. Dafür würden Aspekte der Kriegswirtschaft deutlich hervorgehoben. Die meisten französischen Schülerinnen und Schüler seien, so Cornelißen, vertraut mit dem Namen Walther Rathenau – im Gegensatz zu vielen deutschen Schülerinnen und Schülern. Auch Frauen in der Kriegswirtschaft und die kriegsbedingte Arbeitsmigration seien in Frankreich zentrale Themen. Generell sei das Schulbuch in Frankreich noch mehr „Leitmedium“ als in Deutschland und die Arbeit mit ihm im Frontalunterricht stärker profiliert. In den eingesetzten Aufgaben spiele der „Anforderungsbereich 3“, also Reflexion und Problemlösung, eine untergeordnete Rolle.

MATHEUSZ HARTWICH (Berlin) unternahm in seinem Vortrag den Versuch, die in polnischen Schulbüchern präsentierten nationalen Narrative zum Ersten Weltkrieg in ein Verhältnis zu setzen zur polnischen Geschichtspolitik und zu aktuellen erinnerungskulturellen „Trends“ und Debatten. In den auf nationaler Ebene dominierenden Narrativen, greifbar auch in den Darstellungen polnischer Schulbücher, werde der Erste Weltkrieg vor allem mit Blick auf die „polnische Frage“ präsentiert, also als Teil des Jahrhunderte langen Ringens um Freiheit und Unabhängigkeit. Aus polnischer Sicht trete deshalb auch das Jahr 1918 hinter 1921 als Jahr des eigentlichen Kriegsendes deutlich zurück. Demgegenüber nehme im wissenschaftlichen wie allmählich auch im politischen Diskurs eine europäische Perspektive mehr Raum ein. Der Erste Weltkrieg sei kein genuin polnischer, sondern ein Krieg fremder

Imperien gewesen. Polnische Soldaten kämpften sowohl auf Seiten der Entente als auch der Mittelmächte. So verwundere es kaum, dass der „Große Krieg“ sowie der „Erste Weltkrieg“ als Bezeichnungen der Siegerbeziehungsweise Verlierermächte gleichermaßen in Polen Verwendung fänden. Das vielfach medial verarbeitete Motiv des „Bruderkrieges“ an der Ostfront illustrierte die Auseinandersetzung um historische Sinnstiftung. Politisch erkannte Hartwich das Bestreben, vor dem Hintergrund der gewollten Westbindung das eigene nationale Narrativ zu „europäisieren“ und die Geschichte Polens und Ostmitteleuropas Teil eines größeren Gesamtnarrativs und damit einer europäischen Erinnerungsgemeinschaft werden zu lassen. Am Beispiel des Schicksals der Stadt Lodz, um die im November und Dezember 1914 eine der größten Schlachten an der Ostfront stattgefunden habe, wies Hartwich schließlich auf bemerkenswerte Lücken im nationalen Geschichtsparadigma hin, die durch eine Vielzahl regionaler Forschungsprojekte und lokaler Initiativen und zumeist unbemerkt von Warschau geschlossen würden.

FRANK SCHWEPPENSTETTE (Köln) stellte in seinem Vortrag eine Analyse der Darstellung des Ersten Weltkrieges in verschiedenen italienischen Schulbüchern (Erscheinungszeitraum: 2006-2014) vor. Nach grundsätzlichen Bemerkungen zu italienischen Curricula und zum italienischen Schulsystem umriss Schweppenstette Aufbau, Durchführung und Ergebnisse seiner deskriptiv-analytischen Studie. Zu den äußeren Merkmalen zähle unter anderem der enorme Umfang der Kapitel zum Ersten Weltkrieg in den (allerdings auch zumeist umfangreichen italienischen) Schulgeschichtsbüchern, eine hohe Verfasserextdichte und eine Vielzahl von Karten. Aufgaben fänden sich innerhalb der Kapitel nur spärlich, dafür existiere an den Kapitelenden häufig eine Doppelseite mit Aufgaben, denen „sintesi“ (Zusammenfassungen) vorausgingen. Politische Quellengattungen jenseits des „Vertrags von London“ und Wilsons „14 Punkte-Programm“ würden in den analysierten Schulbüchern kaum berücksichtigt, als Quellen überwögen Ego-Dokumente (Feldpostbriefe, autobiographische Schriften, Gedichte etc.). Überhaupt nähmen erfahrungsgeschichtliche Themen einen breiten Raum ein. Noch aufschlussreicher als die acht von Schweppenstette herausgearbeiteten Narrative (unter anderem Kriegseintrittsnarrativ, Narrativ der Brutalisierung der Gesellschaften durch den Krieg, Narrativ der Emanzipation

HT 2014: Gewinner und Verlierer: Das Jahr 1914 im Geschichtsunterricht und Geschichtsbewusstsein aus internationaler Perspektive

mit Blick auf die Rolle von Frauen) waren damit zusammenhängende Beobachtungen: Beispielsweise werde – gemessen an der historiographischen Debatte um die Kriegsschuld – Deutschlands Rolle in beinahe allen Schulbüchern sehr zurückhaltend formuliert. Dafür würden die Ergebnisse des Versailler Vertrages besonders für Deutschland als „schwere Bestrafung“ und „Demütigung“ beschrieben. Die durchaus variabel und kreativ gestalteten Aufgaben ließen sich weitgehend den Anforderungsbereichen Reproduktion und Reorganisation zuordnen. So würden Deutungs- und Urteilskompetenz wenig eingefordert, offene Fragen und Interpretationsaufgaben fehlten. Im Gegenteil lieferten die einführenden Texte zu den (wenigen) abgedruckten Quellen häufig bereits Interpretationen, die Quellen selbst besäßen oft lediglich illustrierenden Charakter. Da im italienischen Abitur etwa Urteilskompetenz auf hohem Niveau verlangt werde, wie Schweppenstette an Beispielaufgaben verdeutlichte, sei davon auszugehen, dass derartige Kompetenzbereiche eher im Unterrichtsgespräch geschult würden.

MEHMET HACISALIHOGU (Istanbul) stellte Ergebnisse eines von ihm geleiteten Forschungsprojektes vor, in welchem auch die Darstellung des Ersten Weltkrieges in seit 2010 erschienenen türkischen und mazedonischen Schulgeschichtsbüchern untersucht und verglichen worden war. Seine Analyse türkischer Werke offenbarte bei der Betrachtung des Ersten Weltkrieges ein Abrücken von der traditionellen kemalistischen Geschichtsschreibung. Während in älteren Schulbüchern die osmanische Regierung als feindliche Macht gegen die türkische Befreiungsbewegung dargestellt und der Bruch zwischen Osmanischem Reich und Türkischer Republik bewusst hervorgehoben werde, ließen die seit der Regierung Erdogan erschienenen Schulbücher eine politisch motivierte Akzentverschiebung in Richtung einer stärkeren Betonung der Geschichte des Ersten Weltkrieges und besonders (der verlustreichen Schlacht) von Gallipoli erkennen, die zum Erinnerungsort und gemeinsamen Trauma aller ethnischen Gruppen der heutigen Türkei stilisiert werde. Die „Armenische Frage“ wurde als weiteres Beispiel dafür angeführt, wie sich Politik in Schulbuchdarstellungen widerspiegle. Während ältere türkische Schulbücher bis in die 1990er-Jahre die „Zwangsumsiedlung“ – so der offizielle politische Begriff – gar nicht erwähnten, griffen rund die Hälfte der untersuchten neueren Schulbü-

cher die „Armenische Frage“ im Zusammenhang mit der Darstellung des Ersten Weltkrieges auf. Detailliert beschrieb Hacısalihoglu, auf welche Weise das Bild des armenischen Täters und des türkischen Opfers entstehen soll. Im letzten Teil seines Vortrags ging Hacısalihoglu schlaglichtartig auf die Darstellung des Ersten Weltkrieges in mazedonischen Schulbüchern ein. Seit dem Rahmenabkommen von Ohrid werde der mazedonischen wie der albanischen Geschichte gleicher Raum in Geschichtsschulbüchern eingeräumt. Da sowohl mazedonische als auch albanische Autoren als Verfasser der Schulbuchtexte tätig seien, komme es vor, dass sich widersprüchliche Geschichtsbilder im gleichen Schulbuch fänden. Ein starkes Opfermotiv verbinde die untersuchten mazedonischen mit den türkischen Schulbüchern.

Die Gesamtheit der Beiträge, so auch der Tenor der Abschlussdiskussion, belegte einmal mehr die Fruchtbarkeit der Auseinandersetzung mit jenem heterogenen Bild, das durch die länder- und regionenspezifischen Darstellungen vom Ersten Weltkrieg gezeichnet wurde. Gerade die vorgestellten Schulbuchanalysen illustrierten das Potenzial, das in methodisch fundierten Arbeiten der historischen, internationalen und didaktischen Schulbuchforschung liegt und markierten relevante Forschungsdesiderate. Insgesamt verwiesen Vorträge und Diskussionen, zumal in den „Jubiläumsjahren“ und angesichts der Fülle geschichtskultureller Anknüpfungspunkte, auf naheliegende Möglichkeiten historischen Lernens im Geschichtsunterricht.

Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Peter Johannes Droste (Aachen) / Frank Schweppens-tette (Köln)

Peter Johannes Droste (Aachen), Einführung

Peter Johannes Droste (Aachen), Vom Augusterlebnis zum Frustergebnis. Der Erste Weltkrieg in deutschen Schulbüchern

Herbert Ruland (Eupen), Waterloo oder Großer Krieg: Erinnerung an den Ersten Weltkrieg in einem gespaltenen Land

Joachim Cornelißen (Lyon), Der Erste Weltkrieg im Unterricht in Frank-

**HT 2014: Gewinner und Verlierer: Das Jahr 1914 im
Geschichtsunterricht und Geschichtsbewusstsein aus internationaler
Perspektive**

reich – noch ein wichtiger Baustein der Nationalgeschichte?

Mateusz Hartwich (Berlin), Zwischen nationalem Geschichtskanon, regionalen Identitäten und Familiengedächtnis – der Erste Weltkrieg im historischen Bewusstsein der Polen

Frank Schweppenstette (Köln), La prima guerra mondiale im italienischen Geschichtsunterricht

Mehmet Hacısalihoglu (Istanbul), Das Bild des Ersten Weltkrieges in den Schulbüchern Mazedoniens und der Türkei

Tagungsbericht *HT 2014: Gewinner und Verlierer: Das Jahr 1914 im Geschichtsunterricht und Geschichtsbewusstsein aus internationaler Perspektive*. 23.09.2014–26.09.2014, In: H-Soz-Kult 16.01.2015.

HT 2014: Wertsachen: Gewinn und Verlust im „Global Life of Things“

Leitung: Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands e.V. (VHD); Verband der Geschichtslehrer Deutschlands e.V. (VGD)

Bericht von: Philip Hahn, Seminar für Neuere Geschichte, Eberhard Karls Universität Tübingen

Diese epochenübergreifend von der Renaissance bis zum 20. Jahrhundert angelegte Sektion erwies sich als überaus anschlussfähig. Die von den beiden Sektionsleiterinnen SÜNNE JUTERCZENKA (Berlin) und KIM SIEBENHÜNER (Bern) in ihrer Einleitung aufgeworfenen Fragen wurden in mehreren eingeschobenen Fragerunden auf der Basis der facettenreichen Vorträge intensiv diskutiert. Erfreulich war dabei, dass die Sektion ausdrücklich nicht mit dem Anspruch eines Paradigmenwechsels oder „Turns“ auftrat, sondern sich im Anschluss an die inzwischen seit drei Jahrzehnten betriebenen internationalen Forschungen zur materiellen Kultur positionierte, da in dieser Hinsicht im deutschsprachigen Raum noch deutlicher Nachholbedarf bestehe. Kombiniere man diesen Forschungsstrang mit einer globalgeschichtlichen Perspektive, wie es diese Sektion anhand global zirkulierender Luxusgüter vorgeführt hat, so ergebe sich der Sektionsleitung zufolge zum einen die Möglichkeit, die seit einigen Jahren diskutierten Thesen zum „social life of things“ (Arjun Appadurai) sowie zu Objekten als „Aktanten“ (Bruno Latour) zu hinterfragen, sowie andererseits auch die Chance, zentrale Probleme der Kulturgeschichte und der Globalgeschichte neu anzupacken.

Den Anfang der chronologisch aufeinander folgenden Vorträge machte LUCAS BURKART (Basel), der aufzeigte, wie Handel und Austausch von unterschiedlichen Luxusgütern wie Glaslampen aus Murano, orientalischer Textilien und Messingschalen das östliche Mittelmeer im ausgehenden 15. Jahrhundert zu einem „geteilten Raum“ machten. Der von KIM SIEBENHÜNER (Bern) analysierte Export von Diamanten aus dem Mogulreich nach Europa basierte auf interkulturell gemein-

samer Wertschätzung des Edelsteins, was dennoch nicht ausschloss, dass hohe Gewinne und Verluste bei diesem risikoreichen Geschäft oft eng beieinander lagen. JULIA A. SCHMIDT-FUNKE (Jena) erörterte die Bedingungen und Formen der Aneignungen und Bedeutungszuschreibungen eines ursprünglich außereuropäischen Luxusgutes in einem zentralen Handelsplatz Europas, der freien Reichsstadt Frankfurt am Main in der Frühen Neuzeit. Die Schwelle zur Neuzeit überschritt die Sektion mit SÜNNE JUTERCZENKAS (Berlin) Vortrag über die Sammlung und Konservierung menschlicher Körper und Schädel auf Südseeexpeditionen für phrenologische Untersuchungen im ausgehenden 18. und frühen 19. Jahrhundert. LEORA AUSLANDER (Chicago) demonstrierte schließlich, wie ein ukrainischer Samowar zum Fokus der Identitätsbildung aschkenasischer Juden in Nordamerika werden konnte. In seinem Kommentar verwies BERND-STEFAN GREWE (Freiburg) zwar auf die Grenzen der gesamtgesellschaftlichen Relevanz des Handels mit Luxusgütern, betonte aber andererseits deren Aussagekraft für die Frage, inwiefern global zirkulierende Dinge selbst als Dispositiv ihre Aneignung in unterschiedlichen kulturellen Kontexten prägten.

Obwohl die Vorträge sowohl hinsichtlich der Eigenschaften der in den Blick genommenen Objekte als auch der Reichweite ihrer Zirkulation differierten, einte sie der Bezug auf mehrere zentrale Aspekte, die auch in den Diskussionen im Vordergrund standen. Gerade bei Luxusgütern liegt zunächst die Frage der Wertzuschreibung auf der Hand. Bereits in ihrer Einleitung betonten die Sektionsleiterinnen, dass sich Wert nicht beliebig den Dingen zuschreiben lasse, sondern vielmehr von deren Materialität und – angesichts der globalen Zirkulation – auch von deren Herkunft beeinflusst werde. So lasse sich, wie Kim Siebenhüner argumentierte, die Wertschätzung von Juwelen im Mogulreich und in Europa auf analoge Kriterien bei der Beurteilung ihrer materiellen Eigenschaften wie Gewicht, Reinheit und Schliff zurückführen. Komplexer gelagert war die von Julia A. Schmidt-Funke rekonstruierte Diskussion über die Qualität der Seide: In Frankfurt mussten sich die Hersteller von Seiden-Mischprodukten gegen Betrugsvorwürfe von Seiten der Obrigkeit rechtfertigen, konnten dabei jedoch auf eine Marktnachfrage nach genau solchen Stoffen verweisen. Daran wird eine Differenzierung des Seidenmarkts erkennbar, die im zeitgenössischen Luxusdiskurs völlig

ausgeblendet wird. Warum die von Leora Auslander untersuchten jüdischen Emigranten im 20. Jahrhundert auf ihrer langen Auswanderung ausgerechnet ihren einen halben Meter hohen und schweren Samowar mitnahmen, anstatt ihn zu verkaufen, lässt sich allerdings kaum mit dessen Materialität erklären, denn anders als Juwelen, Seide oder die von Lucas Burkart betrachteten Luxuswaren widersetzte er sich geradezu der globalen Zirkulation.

Inwiefern sich Dinge als gleichberechtigte Akteure entsprechend der Akteur-Netzwerk-Theorie (ANT) interpretieren lassen, wurde in der Einleitung insbesondere für die Frühe Neuzeit aufgrund der meist ungenügend dichten Quellenlage in Frage gestellt. Zwar verwies Kim Siebenhüner auf den frühneuzeitlichen Glauben in die Magie bestimmter Objekte, unter anderem Edelsteine, doch handelt es sich hierbei allerdings um eine zeitgenössische Zuschreibung von Agency, die sich nur bedingt auf deren intrinsische Eigenschaften zurückführen lässt. Besonders problematisch ist jedoch der Status von menschlichen Überresten, zeigte doch Sünne Juterczenka auf, wie europäische Sammler und deren Materialbeschaffer außereuropäische Normen im Umgang mit Leichen ignorierten. Damit wurden sie nicht nur ihres menschlichen Subjektstatus beraubt, sondern auch als Objekte präpariert und europäischen ästhetischen und wissenschaftlichen Vorstellungen unterworfen. Angesichts der zunehmenden Kommodifizierung von Leichen und Leichenteilen im 19. Jahrhundert erscheint es insbesondere im Zusammenhang kolonialer Herrschaft als geradezu zynisch, menschliche Überreste als Objekt-Akteure zu interpretieren, einmal abgesehen davon, ob eine solche Interpretation überhaupt sinnvoll ist. In der Diskussion wurde daher der grundsätzliche Einwand geäußert, dass eine Agency von Objekten ohne menschliche Akteure nicht denkbar ist. Wenn Praktiken gemeinsam mit den Objekten migrieren, wie etwa im Fall der Juwelen aus Indien oder des ukrainischen Samowars, so spreche dies allerdings durchaus für den eigenständigen Akteurstatus der Luxusgüter. Ferner wurde kritisch angemerkt, dass die Vorträge zu sehr einzelne Objekte oder Stoffe in den Blick genommen hätten, anstatt diese im Kontext von Ding-Ensembles zu analysieren.

Dies wurde jedoch von Leora Auslanders Vortrag eingelöst, denn sie zeigte auf, dass das auf den Samowar konzentrierte Ensemble der

Dinge und Praktiken durchaus wandelbar war: Die dazu gehörigen Gläser wurden in den USA gegen ein aus Japan importiertes Drachenteeservice eingetauscht und der Samowar später elektrifiziert. Dennoch blieb der Samowar Kristallisationspunkt sozialer Praktiken wie vormals im russischen Reich. Prozesse grundsätzlicheren Bedeutungswandels interkulturell zirkulierender Objekte veranschaulichte Lucas Burkart am Beispiel der von venezianischen Diplomaten an der osmanischen Pforte erhaltenen Geschenke in Form von Stoffen, die in Venedig meist zu liturgischen Textilien umgearbeitet wurden. Dabei scheinen mitunter noch nicht einmal eingewebte islamische Schriftzüge als hinderlich betrachtet worden zu sein. Dahingegen präsentierte Julia A. Schmidt-Funke den entgegen gesetzten Fall einer Stiftung eines marderpelzbesetzten Seiden-Schamlotts an eine religiöse Gilde, wobei das Kleidungsstück vor einer liturgischen Verwendung zunächst umgearbeitet werden musste. Hinsichtlich der Eingriffe in die Materialität nicht nur global, sondern sogar auch nur regional zirkulierender Luxusgüter ergibt sich demnach ein vielschichtiges Bild. Darüber hinaus lassen sich bereits aus der Zeit der Renaissance Objekte finden, die von vorn herein für eine transkulturelle Aneignung konzipiert waren, wie die von Lucas Burkart gezeigte Messingschale Mahmuds al Kurdi, die mit arabischer und lateinischer Herstellerangabe versehen ist – ganz ähnlich den heutigen Exportartikeln.

In unterschiedlichem Maße demonstrierten die Vorträge eine entscheidende Stärke der Kombination von materieller Kultur und globaler Perspektive: Die global zirkulierenden Objekte lassen sich bei entsprechender Quellenlage als Teil vielfältiger Vernetzungen begreifen. Damit besteht überhaupt nicht die Gefahr des Erzählens unzusammenhängender Mikrogeschichten; im Gegenteil: Die Objekte verweisen nicht nur auf größere Zusammenhänge, sondern erschließen auch mitunter widersprüchliche oder konkurrierende Deutungsmuster. Die von einem europäischen Pilger als typisch orientalistisch wahrgenommenen Kairoer Moscheelampen stammten, wie Lucas Burkart zeigte, tatsächlich aus den venezianischen Glaswerkstätten von Murano. Die Bedeutung der Seide lag Julia A. Schmidt-Funke im Schnittbereich unterschiedlicher Sphären, zwischen Immanenz und Transzendenz, zwischen Luxusdebatte und merkantilistisch geförderter Seidenraupenzucht; hinzu kam ihr

ständeübergreifender, jedoch jeweils unterschiedlicher Nutzen. Auf je nach Objekt unterschiedliche Weise erledigt sich somit das altbekannte Problem der Mikrogeschichte, der Bezug zur Makroebene, gewissermaßen von allein. Darüber hinaus, wie Bernd-Stefan Grewe betonte, helfen Objekte zu verstehen, wie globale Verflechtung funktioniert.

Eine weitere Stärke des von dieser Sektion vorgestellten Zugangs liegt darin, dass er wirtschaftliche Aspekte mit einbezieht. Kim Siebenhüner wies darauf hin, dass in der Kulturgeschichte die Frage des Habens und Nicht-Habens zu sehr aus den Augen verloren worden sei; gerade bei Luxusartikeln liegt sie freilich auf der Hand. Allerdings wäre es wünschenswert, hier noch weiter zu denken. Wenn bereits in der Frühen Neuzeit ein Nutzen der Seide auch darin gesehen wurde, dass er den unteren Ständen zu Arbeit verhalf, so müsste danach gefragt werden, welches Verhältnis zu ihrer Materialität aus dieser Arbeit resultierte; ähnlich wäre es bei den Diamantenschleifern, Glasbläsern usw. Die preiswerteren Seiden-Mischprodukte und die notorischen Verletzungen frühneuzeitlicher Kleiderordnungen verweisen tatsächlich auf eine sozial breiter gefächerte Diffusion der Aneignung von Luxusgütern.

Ausbaufähig ist auch noch die Berücksichtigung der von den Sektionsleiterinnen in ihrer Einleitung betonten „Sinnlichkeit der Dinge, ihre Fähigkeit zu faszinieren oder zu ekeln“. Bei aller Betonung der Agency der Dinge darf nicht außer Acht gelassen werden, dass sinnliche Wahrnehmung zu einem erheblichen Anteil sozial und kulturell geformt wird. Eine Analyse materieller Kultur sollte daher auch zeitgenössische Theorien, Normen und Praktiken der Sinne einbeziehen. Hinzu kommt, dass letztere historischem Wandel unterworfen sind, was insbesondere für die Aneignungsgeschichte längerfristig zirkulierender Luxusgegenstände von Relevanz sein dürfte. Außerdem wäre zu überlegen, ob es Unterschiede zwischen den Sinnen hinsichtlich der Aneignung transkulturell zirkulierender Dinge gibt. Fraglich ist schließlich aber vor allem, ob sich die in der Sektion formulierte Kritik an Appadurais „social life of things“ bei einem Fokus auf der Sinnlichkeit der Dinge aufrechterhalten lässt. Denn, um es an einem prominenten Objekt der Sektion zu veranschaulichen: Welche sinnliche Wahrnehmung war für die identitätsstiftende Funktion des Samowars ausschlaggebend, das

HT 2014: Wertsachen: Gewinn und Verlust im „Global Life of Things“

Aussehen oder das fühlbare Gewicht des Behälters, oder nicht vielmehr der Geschmack des daraus gemeinsam getrunkenen Tees und die dabei geführten Gespräche?

Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Sünne Juterczenka (Berlin) / Kim Siebenhüner (Bern)

Kim Siebenhüner (Bern) / Sünne Juterczenka (Berlin), Einführung

Lucas Burkart (Basel), Cairo by night. Venedig, die Levante und die Zirkulation der Dinge in der Renaissance

Kim Siebenhüner (Bern), Gewinne, Verluste und transkulturelle Werte im global life der Diamanten

Julia A. Schmidt-Funke (Jena), Am seidenen Faden. Seide als Rohstoff, Handelsware und Konsumgut im frühneuzeitlichen Frankfurt am Main

Sünne Juterczenka (Berlin), Leichen im Laderaum. Zum „Social Life“ sterblicher Überreste im 18. und 19. Jahrhundert

Leora Auslander (Chicago), The Many Lives of a Samovar

Bernd-Stefan Grewe (Freiburg), Kommentar

Tagungsbericht HT 2014: *Wertsachen: Gewinn und Verlust im „Global Life of Things“*. 23.09.2014–26.09.2014, In: H-Soz-Kult 12.12.2014.

HT 2014: The Biggest Loser. Gewinnen und Verlieren durch Diäten in Deutschland und den USA zwischen 1860 und 2004

Leitung: Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands (VHD); Verband der Geschichtslehrer Deutschlands (VGD)

Bericht von: Julia Hauser, Fachbereich 05 Gesellschaftswissenschaften, Universität Kassel

Essen wird in den Kulturwissenschaften zunehmend als aufschlussreiche symbolische Praxis untersucht, dient es doch vor allem in Wohlstandsgesellschaften nicht zuletzt einer bewussten Ver-Körperung des Selbst. Wird heute die Verringerung von Körpergewicht in der Regel im Sinne einer agilen, schlanken Physis angestrebt, so folgte der Umgang mit Gewichtsverlust nicht zu allen Zeiten dieser Ratio. Dies zeigten die sowohl inhaltlich als auch methodisch anregenden Beiträge zu dem Panel „The Biggest Loser. Gewinnen und Verlieren durch Diäten in Deutschland und den USA zwischen 1860 und 2004“.

Eingehend reflektierte JÜRGEN MARTSCHUKAT (Erfurt) „Über Körper- und Ausnahmezustände in der Zeitgeschichte“. Dicksein, so Martschukat, werde heute als Scheitern an den Anforderungen einer vermeintlich freiheitlichen Gesellschaftsordnung gedeutet. Sei „fitness“ das erklärte Ziel, so stelle „fatness“ einen Ausnahmezustand dar. „Fitness“ sei dabei mehr als die bloße Fähigkeit zum Sport, sondern beschreibe die wünschenswerte Verfasstheit einer Person insgesamt. Mit Robert McRuel lasse sich von einer „compulsory able-bodiedness“ sprechen, die auf die Eigenverantwortlichkeit des Individuums in modernen Gesellschaften verweise. Seit den atlantischen Revolutionen seien Menschen in modernen Gesellschaften angehalten, nach dem eigenen Glück zu streben. In seiner Diagnose von „fitness“ verband Martschukat Carl Schmitts Definition des Ausnahmezustands mit Foucaults Konzept der Gouvernementalität. Sei bei Schmitt die Erklärung des Ausnahmezustandes Zeichen staatlicher Souveränität, so sei bei Foucault das Selbst die entscheidende regulierende Instanz, das der Biomacht des Staates

HT 2014: The Biggest Loser. Gewinnen und Verlieren durch Diäten in Deutschland und den USA zwischen 1860 und 2004

zur Geltung verhelfe. Dieser Konnex zwischen dem Körper des Individuums und der Macht des Staates zeige sich auch in Diskursen über „fitness“. Diese sei immer dann beschworen worden, wenn die Sorge um allgemeine „ability“ um sich gegriffen habe: so auch in den USA der Jahrhundertwende, als im Zeichen der Sorge um die vermeintliche Entkräftigung weißer Männer Körperfett in ein Zeichen des Versagens umgedeutet wurde. Heute werde Dicksein meist in medizinischen Termini beschrieben, und zwar vor allem dann, wenn gesellschaftliche Krisen beschworen würden. Dicke Körper erschienen als Zeichen der Nachlässigkeit, das es zu bekämpfen gelte. Gegenwärtig werde der Ausnahmezustand der Fettleibigkeit so vielfach beschworen, dass es unklar sei, wem eigentlich Souveränität zukomme – dem Individuum, der Wissenschaft, der Nahrungsmittelindustrie – oder ob das Autonomie- und Freiheitsversprechen moderner Gesellschaften nicht vielmehr ein trügerisches sei. Einzig Genuss als Gegenstrategie im Zeichen des Eigen-Sinns (Lüdtke) erscheine als ein denkbare Gegenmittel.

Im Anschluss an Martschukats programmatische Überlegungen folgten zwei Fallstudien, die sich dem Thema Gewichtsverlust in Deutschland und den USA im 19. und 20. Jahrhundert - allerdings gerade nicht als Mittel der Selbstoptimierung zu einem athletischen Körper - näherten. NINA MACKERT (Erfurt) untersuchte in ihrem Vortrag „Gewichtsverlust als Scheitern an der Moderne in den USA des späten 19. Jahrhunderts“ am Beispiel der sogenannten „Fat Men’s Clubs“. Diese Vereinigungen körperlicher und ökonomischer Schwergewichte veranstalteten öffentliche Bankette, bei denen sowohl Qualität als auch Quantität im Vordergrund standen. Serviert wurden erlesene Speisen, vor allem Meeresfrüchte, von denen die Teilnehmer möglichst viel essen und ihr Körpergewicht mehrfach überprüfen lassen mussten. Während diejenigen Teilnehmer, die die höchste Gewichtszunahme verzeichnen konnten, eine Prämie in Form einer Porträtmedaille erhielten, sei Gewichtsverlust bei diesen Anlässen explizit beklagt, ja als Gefahr für das Individuum beschworen worden. Dabei sei in der *Progressive Era* Fettleibigkeit zunehmend problematisiert worden. Einerseits erschien sie als durch die zunehmende Verfügbarkeit technischer Erleichterungen hervorgerufenen Symptom der Moderne. Andererseits wurde sie auch als Ausdruck der alten Ordnung thematisiert. Menschen primär

der unteren Gesellschaftsschichten wurden von der entstehenden Ernährungswissenschaft zur Selbstregulierung angehalten. Gleichzeitig gewannen Diäten immer mehr an Beliebtheit, wobei zunächst gerade der männliche Körper als Gegenstand der Selbstoptimierung in den Blick geriet. Immer noch aber wurde Fettleibigkeit des männlichen Körpers auch als Zeichen von Erfolg gewertet. Plausibel argumentierte Mackert, dass die Bankette der *Fat Men's Clubs* auch als offene Zurschaustellung von Wohlstand, als demonstrative Beschwörung der alten Ordnung zu sehen seien, während sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts eine zunehmend breite Koalition gegen Fett formiert habe.

MARCEL STRENG (Bielefeld) widmete sich in seinem Vortrag dem Gewichtsverlust im Zeichen politischen Protests, dem Hungerstreik, einer in den 1970er- und 1980er-Jahren häufigen Praktik, die sowohl von der Friedensbewegung als auch von der RAF genutzt worden sei. In Anlehnung an die Politik der *civil resistance* Gandhis sei Hungerstreik als Form der Selbstermächtigung eingesetzt worden, um andere zum Handeln zu zwingen. Wie gezielt diese Praktik eingesetzt worden sei und welche Beunruhigung sie geweckt habe, sei u.a. an der erheblichen Wissensproduktion sowohl unter Inhaftierten als auch unter Experten zu erkennen. So seien in Stammheim Handreichungen zum Hungerstreik zirkuliert, die – in ganz ähnlicher Form wie zeitgenössische Selbsthilfeliteratur – über die Bedeutung von Energiereserven, Flüssigkeits- und Bewegungsbedarf, mögliche Symptome des Hungers und die beim Wiederaufnehmen des Essens zu befolgenden Schritte informiert hätten. Auch die Vollzugsärzte hätten, u.a. in medizinischen Fachzeitschriften, Wissen über den Umgang mit Hungerstreikenden generiert – wenngleich sich die Inhaftierten generell der ärztlichen Untersuchung verweigert hätten. Kontrovers diskutiert worden sei das Thema der Zwangsernährung, das in den siebziger Jahren als strafrechtliches Problem erkannt und zu Reformen geführt habe. Unter maßgeblichem Einfluss der GRÜNEN, aber auch konservativer Philosophen kam es so 1985 zur Reform von § 101 StVollzG, nach dem Hungerstreikende zwar beraten, nicht aber zur Nahrungsaufnahme gezwungen werden durften. Insgesamt, so resümierte Streng, habe sich der hungerstreikende Körper nicht nur in einem Geflecht aus Machtbeziehungen befunden: Hungerstreiks hätten auch zu einem Machtgewinn geführt.

HT 2014: The Biggest Loser. Gewinnen und Verlieren durch Diäten in Deutschland und den USA zwischen 1860 und 2004

Abschließend hob OLAF STIEGLITZ (Köln) nochmals die Vielschichtigkeit und Widersprüchlichkeit einer „Kulturgeschichte des Politischen“ am Beispiel der Ernährung hervor, in der sich keineswegs immer eindeutige Entwicklungen im Sinne eines Einverständnisses darüber, was unter „ill-nourishment“ zu verstehen sei, erkennen ließen. Denn schon während der *Great Depression* sei wieder Unterernährung, nicht Fettleibigkeit, als gesellschaftliches drängendes Problem gesehen worden, das es staatlicherseits zu lösen galt. Auch wenn Gouvernamentalität ein sinnvolles Konzept zur Erforschung des Zusammenhangs von Körpernormen und Macht darstelle, dürfe über der Beleuchtung dieses opaken Machtgefüges nicht der staatlicherseits erhobene Anspruch auf Souveränität außer Acht gelassen werden. Andererseits sei aber auch der *agency* und Perspektive derjenigen, die über Körpergewicht Selbstverständnisse artikulierten, Beachtung zu schenken.

In der anschließenden Diskussion wurde auf die Kontinuitäten von Nahrungsaufnahme als Form des Protests und Ausdrucks des Martyriums in der *longue durée*, etwa in schriftlichen und bildlichen Darstellungen von Heiligen, verwiesen. Diskutiert wurde darüber hinaus das Spiel mit der Kategorie *gender* im Hungerstreik ebenso wie in der Selbstdarstellung der demonstrativen Gourmands der *Fat Men's Clubs*. So eröffnete die Sektion eine Vielzahl anregender Fragen über das politische Verhältnis von Subjekt, Körper und Essen in der Moderne – ein Themenfeld, das auch für transnationale und globalhistorische Forschungen vielversprechend sein dürfte.

Sektionsübersicht:

Jürgen Martschukat (Köln): Is „The Biggest Loser“ always the winner? Auseinandersetzungen um Gewicht und Diät in den Medien der Gegenwart

Nina Mackert (Erfurt): „Bewailing Lost Pounds“. Gewichtsverlust als Scheitern an der Moderne in den USA des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts

Marcel Streng (Bielefeld): „Zellen-Triumphalismus“? Selbstermächtigung durch Hungerstreik. Der Fall der RAF-Gefangenen in den 1970er

Julia Hauser

und 1980er Jahren

Olaf Stieglitz (Köln): Kommentar

Tagungsbericht *HT 2014: The Biggest Loser. Gewinnen und Verlieren durch Diäten in Deutschland und den USA zwischen 1860 und 2004.* 23.09.2014–26.09.2014, In: H-Soz-Kult 21.04.2015.

HT 2014: Institutionalisierung von Konkurrenz im archaischen Griechenland

Leitung: Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands (VHD); Verband der Geschichtslehrer Deutschlands (VGD)

Bericht von: Moritz Hinsch, Exzellenzcluster TOPOI, Humboldt-Universität zu Berlin

Die Titel großer Konferenzen sind bekanntermaßen nicht als Inhaltsangaben misszuverstehen. Diese Faustregel galt für die althistorische Sektion „Institutionalisierung von Konkurrenz im archaischen Griechenland“ auf dem 50. Historikertag in Göttingen allerdings nicht: Gewinner und Verlierer standen hier als Akteure tatsächlich im Mittelpunkt. Die von Jan B. Meister und Gunnar Seelentag geleitete Sektion zeichnete sich zudem durch thematische und theoretische Kohärenz aus. Die vier Beiträge, die durch einen abschließenden Kommentar ergänzt wurden, schauten aus komplementären Blickwinkeln zum einen auf Gewinner und Verlierer der eliten-internen Konkurrenz, zum anderen auf die Felder und Regeln dieser Konkurrenz selbst.

JAN B. MEISTER (Berlin) leitete die Sektion mit begrifflichen Vorüberlegungen ein. Jacob Burckhardt habe das ‚agonale‘ Denken der Griechen zwar idealisiert¹, nichtsdestotrotz sei das Konkurrenzdenken griechischer Eliten der Archaik ein aktuelles Forschungsthema, besonders seit das ältere Bild einer statischen Adels Herrschaft verworfen wurde.² Institutionalisierungsprozesse in archaischer Zeit seien weniger als Konflikt zwischen Adel und Bürgertum zu beschreiben oder als auf politische Herrschaft fokussierte Staatsentstehung, sondern mehr als

¹Jacob Burckhardt bezeichnete die griechische Archaik als „das koloniale und agonale Zeitalter“, vgl. Jacob Burckhardt, Griechische Culturgeschichte IV. Kritische Gesamtausgabe Bd. 22. München 2012.

²Meister verwies auf die Ergebnisse von Elke Stein-Hölkeskamp, Adelskultur und Polisgesellschaft, Stuttgart 1989, die eine Adelskultur ohne Adelsstand feststellte und Alain Duplouy, Le prestige des élites, Paris 2006, der eine stark individualisierte Elite rekonstruiert.

Versuche agonales Verhalten generell zu regulieren. Methodisch schlug Meister einen akteurs-zentrierten Ansatz vor: Institutionen würden demnach als kollektiv verbindliche Verhaltensmuster verstanden, die den Einzelnen von Entscheidungen entlasten, weil sie gegenseitiges Verhalten berechenbarer machen. Konkurrenz wiederum werde nach Georg Simmel als indirekter Wettbewerb um die Gunst einer dritten Instanz verstanden. Konkurrenz setzte bereits Institutionen voraus, die Anerkennung ihrer Regeln nämlich. Diese Institutionalisierung sei aber labil, weil stets die Gefahr drohe, dass Gewinner Konkurrenten marginalisierten oder umgekehrt Verlierer kurzerhand die Regeln nicht mehr akzeptieren. Eben hier läge ein das Potential für jene Konflikte, die in der Archaik beobachtbar sind.

GUNNAR SEELENTAG (Frankfurt am Main) fragte in seinem Beitrag danach, wie sich Institutionalisierungsprozesse der Polisgemeinschaft erklären ließen. Seelentag wies dabei ältere Modelle von ‚Staatsentstehung‘ zurück, die eine teleologische Zwangsläufigkeit unterstellten. Zu fragen sei stärker akteurs-zentriert: Warum ordneten sich Männer, die über besondere sozio-ökonomische Macht verfügten, kollektiven Regeln unter, die eben diese Macht einschränkten? Seelentag beantwortete diese Frage in zwei Schritten. Im ersten Schritt rekonstruierte er anhand von Inschriftentexten des 7. und 6. Jh. v. Chr. einen idealtypischen Ablauf der gesetzlichen Regulierung. Zuallererst sollten die Vorschriften die Funktionsträger in ihrem Handeln einschränken, weil diese ohnehin über persönliche Macht verfügten. Die Beschränkung sei zunächst zeitlich gewesen: Amtsdauer und Iterationsverbote wurden festgelegt. Daneben traten Versuche, den Zuständigkeitsbereich der Funktionsträger auch sachlich genauer zu bestimmen und Regeln darüber festzulegen, wie Entscheidungen gefällt wurden. Dem Problem, wie die geschaffenen Institutionen durch Sanktionen zu bewahren seien, sei unterschiedlich begegnet worden: Durch Eidesschwur und Inschriftensetzung einerseits, andererseits vor allem dadurch, dass man größere Teile der Gemeinschaft in den Entscheidungsprozess miteinbezog.

Im zweiten Schritt fragte Seelentag, welche Anreize die Akteure zu einer solchen ihre Macht beschränkenden Kooperation gehabt hätten. Hier dienten die Epen als Quelle, um drei Gründe zu benennen. Erstens hätten äußere und innere Bedrohungen effektive Konfliktbeilegung

HT 2014: Institutionalisierung von Konkurrenz im archaischen Griechenland

erfordert. Zweitens drohte im Falle dauernder Zerstrittenheit ein kollektiver Ansehensverlust der Elite. Die Ehre (*timē*) eines griechischen *Basileus* habe nämlich von der Anerkennung seiner kämpfenden Gefolgschaft abgehangen, die von ihm verlangte, dass er das Gemeinwohl im Blick behielt und die zugleich bei eliten-internen Konflikten eine externe Instanz bildete. Drittens habe jeder einzelne Angehörige der Elite den sozialen Ausschluss gefürchtet. Gerade diejenigen, die nicht zu den führenden Mitgliedern der Elite gehörten, hätten deshalb partizipatorische Konkurrenz, die auf Kooperation setzt, gegenüber positioneller Konkurrenz bevorzugt, die auf Dominanz zielt.

JAN B. MEISTER (Berlin) leitete seinen Beitrag zur Devianz als Strategie mit jenem berühmt-berüchtigten Tanz ein, den der Athener Hippokleides vorgeführt haben soll, als er in den 570er-Jahren in Sikyon um die Hand der Agariste rang, im Rahmen eines Agons, den ihr Vater, der Tyrann Kleisthenes, ausrichtete. Dieser Tanz, so berichtet Herodot, habe den Hippokleides um seinen Sieg gebracht, weil er dem Tyrannen zu unanständig war. Ausgangspunkt der Analyse war allerdings nicht der Tanz, dessen Historizität Meister mit Verweis auf Erkenntnisse der *Oral-Tradition-Forschung* anzweifelt, sondern vielmehr die flapsige (später sprichwörtliche) Bemerkung mit der Hippokleides seine Niederlage kommentiert habe: „das kümmert Hippokleides nicht!“ Dieser Spruch stellte kurzerhand in Frage, ob die Prämie, die der athenische Konkurrent Megakles erhielt – Prestige durch eine Tyrannenhochzeit in Sikyon – innerhalb Athens überhaupt von Bedeutung sei. Hippokleides konnte es sich dieserart erlauben, so die These, ein schlechter Verlierer zu sein, weil es mehrere Felder eliten-interner Konkurrenz gegeben habe, für die keine verbindliche Hierarchisierung galt.

Meister untermauerte diese These anhand der archaischen Dichtung. Die homerischen Helden strebten zwar danach, in allem der Beste zu sein, mussten aber zugleich eingestehen, dass dies nicht immer möglich sei. Bei den Dichtern wiederum begegne auffallend grundsätzliche Kritik an scheinbar typischen Adelswerten wie Abstammung, Reichtum oder Schönheit. Diese Kritik sei aber nicht Ausdruck einer anti-aristokratischen Ideologie gewesen, sondern vielmehr selbst Mittel der eliten-internen Konkurrenz. In bestimmten Situationen war die Devianz von der adligen Norm also eine rationale Strategie für Einzelne – aller-

dings mit kollektiven Folgen: Sie erschwerte eine soziale Schließung gegen Aufsteiger und die Ausbildung eines verbindlichen Konzepts von ‚Adeligkeit‘.

TANJA ITGENSHORST (Reims) widmete sich nach einer Pause den ‚Gewinnern im Geiste‘, das heißt den politischen Denkern in archaischer Zeit. Die Auseinandersetzung mit ihnen sei lange einem ‚geistesgeschichtlichen Paradigma‘ gefolgt.³ Problematisch daran sei zum einen die Ablösung des ‚intellektuellen Bewusstseins‘ von Personen und Orten gewesen. Zum anderen unterliege ihr zumindest unterschwellig das rationalistisch-teleologische Schema ‚vom Mythos zum Logos‘. Itgenshorst empfahl stattdessen die Rekonstruktion der lebensweltlichen Perspektive der Autoren/innen als Akteure. Drei allgemeine Merkmale des politischen Denkens fasste Itgenshorst zusammen. Erstens die Bedeutung der Dichtung für Reflexion über die Belange der Gemeinschaft. Zweitens die Anteilnahme an diesen Belangen und zugleich drittens das distanzierte Verhältnis zu dieser Gemeinschaft. Archaischer Dichter hätten ein ambivalentes Verhältnis zur Bürgergemeinschaft und deren Institutionen gehabt: Also intellektuelle Anteilnahme und Erhalt von Anerkennung einerseits, Kritik und Verachtung, politische Wirkungslosigkeit oder selbst gewähltes Exil andererseits.

Itgenshorst unterschied drei Dimensionen der intellektuellen Konkurrenz. Erstens den direkten Agon im Rahmen einer Festveranstaltung. Zweitens die Abgrenzung von anderen Denkern und deren Überlegungen. Drittens die grundlegende Kritik am Wertesystem der eigenen Gemeinschaft, die über reine Kollegenschelte hinausging. Prominentes Beispiel dafür sei Xenophanes, der seine Mitbürger in Kolophon dafür schalt, dass sie Olympiasieger ehrten, obwohl diese (anders als seine eigene Weisheit) nichts zum Wohl der Stadt beitrügen. Die drei Formen der Konkurrenz belegten die ‚agonale Grundhaltung‘ der Denker. Zugleich zeige sich aber auch, dass es sich im unterschiedlich ausgeprägten Maß um Konkurrenz im Simmelschen Verständnis handelt. Während die musischen Agonen klare Spielregeln und eine dritte Instanz kannten, fehlte es der intellektuellen Konkurrenz an eindeutiger Institutionali-

³Itgenshorst verwies auf Christian Meier, *Die Entstehung des Politischen bei den Griechen*, Frankfurt a. M. 1980 und Bruno Snell, *Die Entdeckung des Geistes*, Hamburg 1946.

HT 2014: Institutionalisierung von Konkurrenz im archaischen Griechenland

sierung. Die Denker wollten nicht bloß Teilnehmer des Agons sein, sondern auch Schiedsrichter und Regelgeber. Mit diesem Anspruch seien sie meist Gewinner im Geiste, Verlierer aber in der politischen Wirklichkeit gewesen. Denn im Prozess der Institutionalisierung der Polis seien die Intellektuellen offenbar keine Hauptakteure gewesen. Stattdessen bevorzugten sie ein Feld jenseits der Polis, um sich zu bewähren, das polis-übergreifende Feld der intellektuellen Konkurrenz nämlich, den Ort des Ideenwettbewerbes.

ADAM RABINOWITZ (Austin) erweiterte die Sektion methodisch um die Archäologie, indem er spätarchaische Grabstätten in Sizilien und Unteritalien untersuchte. Die zwei zu Beginn vorgestellten Grabbefunde aus Himera (550–525 v. Chr.) und Tarent (500–480) erschienen zunächst als typische Repräsentationen aristokratischer Kultur: Das erste Grab barg Waffen und Sportgeräte als Grabbeigaben, das zweite war ein in Stein gehauener Männerspeiseraum (*andron*), in dem fünf große Weinmischgefäße darauf verwiesen, dass die Bestatteten hier in Ewigkeit ein Symposiongelage feierten. Wegen dieser Beigaben läge es nahe, die in den Gräbern bestatteten als Mitglieder der lokalen Machtelite zu sehen, Gewinner im Diesseits und Jenseits also.

Diese konventionelle Deutung aber stellte Rabinowitz in Frage. Denn trotz der typischen Symbolik der Grabbeigaben waren die Grabanlagen selbst gerade nicht typisch in ihrer Zeit. Zur Erklärung dieser individuellen Innovation zog Rabinowitz die politische Ereignisgeschichte heran. Bürger westgriechischer Städte errangen zahlreiche Siege in panhellenischen Wettkämpfen, so wie der Ringer Milon von Kroton. Die Figur des Milon zeige aber, dass sich athletische Siege nicht direkt in politische Macht ummünzen ließen. Als Angehöriger einer politischen Faktion in seiner Heimatstadt scheiterte Milo nämlich. Die Bürgerkriege, die nicht selten zur Tyrannis führten, produzierten zahlreiche Verlierer innerhalb der Elite: politische Macht war ephemere, die Elite wenig kohäsiv. In diesem Kontext nun seien die Gräber zu deuten. Gerade weil man sich nicht sicher sein konnte am kollektiven Gewinn politischer Macht beteiligt zu sein, verewigte man stattdessen individuelle sportliche Gewinne. Gerade dann, wenn der Bestattete nicht als Sieger starb, so schloss Rabinowitz, habe man mit einer devianten Veränderung der Bestattungsform versucht, in der eliten-internen Konkurrenz doch das

letzte Wort zu behalten.

ELKE STEIN-HÖLKESKAMP (Duisburg / Köln) fasste die Sektion zusammen. Alle Beiträge hätten erstens die Dynamik und Handlungs Offenheit der archaischen Epoche betont, zweitens die Vielfalt der Felder der Konkurrenz, die sich nicht ohne weiteres hierarchisieren ließen. Die besonders von Meister und Itgenshorst herausgestellte Uneinheitlichkeit der verschiedenen Felder der Konkurrenz lasse es sinnvoll erscheinen, so Stein-Hölkeskamp, in weitergehender Forschung die Felder nach dem Grad ihrer Institutionalisierung in ein Koordinatensystem einzuordnen und dabei sowohl die Foren als auch Medien der Konkurrenz noch stärker zu berücksichtigen: An welchen Orten wurde konkurriert und vor welchem Publikum? Mit Blick auch auf methodische Herausforderungen verwies Stein-Hölkeskamp einerseits auf die Frage, in wie weit hinter den von Seelentag diskutierten Inschriften weniger Gemeinwohl als vielmehr handfeste Konflikte zu suchen seien. Rabinowitz' Neuinterpretation der spätarchaischen Gräber erschien Stein-Hölkeskamp plausibel, doch erinnerte sie an die Schwierigkeiten damit, archäologische Befunde mit historische Individuen zu verbinden.

Ein wichtiger Diskussionspunkt war die Frage nach den Kriterien der Elitenzugehörigkeit. Dem Hinweis, dass Reichtum eine notwendige Voraussetzung für die Elite gewesen sei, stimmten die Beiträger/innen zu. Entscheidend sei dazu allerdings die Art seiner Verwendung gewesen, die im Wesentlichen auf Prestige (*timē*) gezielt habe. Dem Einwand, dass das Bestehen einer Elite die Ungleichwertigkeit der Handlungsfelder voraussetze, entgegnete Meister mit der Präzisierung, dass die Anzahl der Felder tatsächlich nicht unbegrenzt gewesen sei, sich aber gerade deshalb Anlass zu Konflikt und Diskussion bot, weil die Hierarchisierung noch nicht allgemein verbindlich war.

Kritisiert wurde der Verzicht auf die Verwendung des Staatsbegriffs, mit dem sich das Entstehen eines Gewaltverhältnisses erfassen lasse. Die Replik verwies darauf, dass man den Staat als Prozess durchaus als eine Form von Institutionalisierung verstehen könne, dass aber eine Beschränkung auf diesen Begriff wichtige Bereiche von Konkurrenz aus dem Blick nehme. Dass die Entwicklung des intellektuellen Felds ein gestreckter Prozess gewesen sei, der erst im 4. Jh. seinen Abschluss gefunden habe, wie eine Bemerkung festhielt, bekräftigte Itgenshorst.

HT 2014: Institutionalisierung von Konkurrenz im archaischen Griechenland

Die Debatte zeigte, dass die Sektion nicht bloß einzelne Begriffe und Interpretationen zur Diskussion gestellt hatte, sondern zum Überdenken der archaischen Epoche als solcher anregte. Insofern die Beiträge Überlegungen ausführten, die aus dem Kontext von Habilitationsprojekten stammen, darf man hoffen, dass den aufgeworfenen Fragen in weiterer Forschung nachgegangen wird.

Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Jan B. Meister (Berlin) / Gunnar Seelentag (Frankfurt am Main)

Gunnar Seelentag (Frankfurt am Main), Gewinn und Verlust im „Spiel“ um die Macht. Ämter als kontrollierte Prominenzrollen in der Archaik

Tanja Itgenshorst (Reims), Gewinner im Geiste. Die politischen Denker der archaischen Zeit

Jan B. Meister (Berlin), Schlechte Verlierer? Devianz als Strategie archaischer Eliten

Adam Rabinowitz (Austin), Winners in This World or the Next? Burials and Political History in Late Archaic Sicily and South Italy

Elke Stein-Hölkeskamp (Duisburg / Köln), Kommentar und Perspektiven

Tagungsbericht *HT 2014: Institutionalisierung von Konkurrenz im archaischen Griechenland*. 23.09.2014–26.09.2014, In: H-Soz-Kult 20.10.2014.

**HT 2014: Verlierer in der „Konkurrenz unter Anwesenden“.
Agonalität in der politischen Kultur des antiken Rom**

Leitung: Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands (VHD); Verband der Geschichtslehrer Deutschlands (VGD)

Bericht von: Christoph Lundgreen, Institut für Geschichte, Technische Universität Dresden / Jan Timmer, Institut für Geschichtswissenschaft, Universität Bonn

Zu den Verlierern zu gehören, ist nie schön. Zu den Verlierern in einer Gesellschaft zu gehören, in der die Ehre des Einzelnen für seine gesellschaftliche Position von zentraler Bedeutung ist und das Gesicht zu wahren damit Ziel eines jeden sein muss, ist schwer zu ertragen. Wenn eine solche Gesellschaft dann strukturell bedingt regelmäßig eine hohe Zahl von Verlierern produziert, stellt sich die Frage nach den Mechanismen, mit deren Hilfe das Verlieren für die Verlierer akzeptabel gemacht werden kann.

Das theoretisch-konzeptionelle Feld dieses ebenso unumgänglichen wie sichtbaren Verlierens von großen Teilen der römischen Elite wurde eingangs von KARL-JOACHIM HÖLKESKAMP (Köln) abgesteckt. Ausgangspunkte waren hierbei zum einen die „Vergesellschaftung unter Anwesenheit“, was eine spezifische Form von Öffentlichkeit meint, in der und durch die Handlungen in der Stadtstaatlichkeit vollzogen werden, zum anderen die für die Konstitution und Reproduktion der Elite in Rom konstitutive Form der Ämtervergabe durch eine dritte Instanz, nämlich das Volk. Wobei dieser für die römische Aristokratie grundsätzlich pazifizierende und wohl auch alternativlose Modus damit strukturell und systemimmanent immer zu beiden vom Historikertag als Motto ausgesuchten Gruppen führte: Gewinnern und Verlierern. Während letztere zwar prosopographisch gut untersucht seien, konnte Hölkeskamp zu Recht die Fragen nach einem spezifischen Umgang mit der Niederlage und den Verhaltensweisen der Verlierer stellen sowie anregen, auch schon für die Republik nach alternativen Karriereoptio-

HT 2014: Verlierer in der „Konkurrenz unter Anwesenden“. Agonalität in der politischen Kultur des antiken Rom

nen oder sogar ganz abweichenden Lebensentwürfen außerhalb der Konkurrenz der *nobiles* zu suchen.

Als erstes Fallbeispiel wurden von HANS BECK (Montreal) die sich seit dem Ende des zweiten punischen Kriegs stark intensivierenden Wahlkämpfe betrachtet. Ausgangspunkte waren für ihn dabei zum einen die große Anzahl von qualifizierten Kandidaten, zum anderen deren Zugriff auf neue Ressourcen des wachsenden Imperiums, was sich unter anderem in immer aufwendigeren und kostspieligeren Spielen, deren eigenmächtiger Ausdehnung und sogar Wiederholung manifestierte. Bedeutete dies für jeden Einzelnen die Steigerung seines Prestiges, führte es insgesamt zu einer problematischen Überbietungsdynamik. Der Senat reagierte nach Beck mit einer ganzen Reihe von Maßnahmen, die alle zur Regulierung und Eindämmung der Konkurrenz führen sollten und, so die These, auch führten. Zu denken sei dabei weniger an die Erhöhung der Stellen für Prätores, was letztlich den Stellenkegel zum Konsulat nur noch weiter verengte, sondern eher an Maßnahmen wie die Beschränkung von Tafelluxus durch die *lex Orchia de cenis* von 182 v. Chr. Diese, ansonsten eher allgemeinen Luxusgesetzen zugeordnete, Regelung konnte Beck überzeugend als Limitierung öffentlichkeitswirksamer Maßnahmen deuten, ähnlich den Versuchen, die Aufwendungen für Klienten zu begrenzen. Beides sollte verhindern, dass neu erworbene Reichtümer unbegrenzt in symbolisches Kapital transformiert werden konnten. Auch wenn weiter bestimmte Wahlen zum Konsulat oder gar zur Zensur stark umkämpft blieben, konnte somit der Senat die Konkurrenz zumindest zeitweise in einem anerkannten Rahmen halten bzw. die Balance der „Achse von Konsens und Konkurrenz“ immer wieder neu erfolgreich aushandeln – zumal den Verlierern ihr Schicksal durch das Prinzip der Annuität und der immer wieder neu bestehenden Chance zur Wahl erträglich gemacht wurde.

Auch nach der Etablierung des Prinzipats blieb der Konkurrenzkampf unter den Angehörigen des *ordo senatorius* intensiv. Wenn die Machtfrage auch durch die Existenz des Kaisers entschieden war, so verliehen Ämter immer noch Ehre, und ihre Bekleidung war damit Grundlage für die Reproduktion gesellschaftlicher Hierarchie. Gleichwohl traten neben das Politische zunehmend andere Felder, in denen man sich bewähren und auszeichnen konnte. Diesen alternativen Lebensmo-

dellen römischer Adliger widmete sich ELKE STEIN-HÖLKESKAMP (Duisburg-Essen / Siegen) in ihrem Beitrag „Aussteigen statt Absteigen?“. Anhand der Beispiele des Servilius Vtila, des M. Servilius Nonianus und des Silius Italicus skizzierte sie die Möglichkeiten, sich durch demonstrativen Konsum, als Redner oder aber Literat einen Namen zu machen. Gezeigt wurde, wie die Politik als weitgehend exklusives Medium inneraristokratischen Leistungsvergleichs Konkurrenz bekam. Der Verzicht auf die gemeinsame Arena und die Ausdifferenzierung von Konkurrenzfeldern ermöglichte es einer größeren Zahl von Senatoren, sich als Gewinner zu fühlen. Das Verlieren wurde gleichsam unsichtbar. Dass damit auch der Sieg weniger wert war, war für einige Senatoren durchaus zu verschmerzen.

Für die Meisten aber blieb das Politische und damit der Kampf um die dort zu verteilenden gesellschaftlich knappen Güter der zentrale Bezugspunkt, wie im Folgenden ANDREAS KLINGENBERG (Köln) betonte. Die Formen, die Konkurrenz um Ämter und Ehren im Prinzipat annahm, untersuchte er an denjenigen, die die *dignitas senatoria* in der Folge inneraristokratischen Wettbewerbs verloren. Die Kosten etwa für öffentliche Spiele waren immens, ohne aber in gleicher Weise wie zur Zeit der Republik die eigene Karriere zu befördern. Der einem Senator angemessene Lebensstil verschlang Unsummen. Demonstrativer Konsum ruinierte viele alte Familien. Den Weg, den Kaiser um finanzielle Unterstützung zu bitten, scheuten wohl nicht wenige Senatoren wegen des damit einhergehenden Ehrverlustes. Der Statusverzicht war somit nicht selten weniger Folge zunehmend attraktiv erscheinender alternativer Lebensmodelle, als lediglich der Versuch, dem mit dem Ausstoß aus dem Senat verbundenen Ansehensverlust zuvorkommen.

MARTIN JEHNE (Dresden) konzentrierte sich in seinem Kommentar auf die ersten beiden Vorträge. Neben dem Vorschlag, in der Terminologie noch stärker zwischen „Aussteigern, Absteigern, Umsteigern, Verlierern, Nicht-Einsteigern und Stagnierern“ zu differenzieren, führte er für die Gruppe von Wahlverlierern diejenigen Fälle an, wo erneute Versuche, ein Amt zu erlangen, nicht nur die Bewerber, sondern offensichtlich auch die am Konsens orientierten Wähler unter Druck setzten, nun doch die angemessene Ehre „endlich“ zu vergeben. Dass solche Fälle nicht überhand nahmen, habe wohl daran gelegen, dass die *lex Villia*

HT 2014: Verlierer in der „Konkurrenz unter Anwesenden“. Agonalität in der politischen Kultur des antiken Rom

annalis den Wettbewerbsprozess insgesamt entzerzt und allein schon durch die Dauer der kostspieligen Präsenz auf der politischen Bühne zum freiwilligen Verzicht einiger Protagonisten beigetragen haben dürfte, deren Rückzug so auch weniger sichtbar als eine tatsächliche Niederlage war. Hinzu kommt nach Jehne aber vor allem, dass den Wahlkämpfen zwar die Fiktion eines rationalen Entscheidungssystems zu Grunde lag, daneben aber ein Diskurs vom unwissenden Volk und zufälligen Ergebnissen trat, der den erfolglosen Bewerber durch das Bewusstsein von der Kontingenz der Ergebnisse vor dem Makel der Niederlage bewahrte.

An die Ausführungen von Stein-Hölkeskamp zur Etablierung alternativer Lebensmodelle schloss schließlich EGON FLAIG (Rostock) seine Überlegungen zu den Verlierern als Katalysatoren für kulturelle Innovation an. Wer scheitert, der muss – so führte Flaig aus – dieses Scheitern deuten, Distanz zu seinem bisherigen Leben gewinnen, ihm neuen Sinn zuweisen. Rutilius Rufus, der in seinem Exil in Smyrna Grieche geworden sei, sei es erstmalig gelungen, eine nachahmungsfähige Umdeutung seines eigenen Scheiterns zu bieten. Von diesem *exemplum* aus sei – zunächst als transgressiv empfunden, aber durch Wiederholung anderer Gescheiterter und „Vorab-Resignierter“ zunehmend akzeptiert – schließlich ein alternatives Rollenmodell entstanden.

Zu den Verlierern zu gehören, ist nie schön – wie damit umgegangen und Verlieren erträglich und teilweise sogar akzeptabel gemacht wurde, konnte die Sektion durch ihren weiten Bogen und die detailreichen Referate nachzeichnen.

Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Karl-Joachim Hölkeskamp (Köln)

Karl-Joachim Hölkeskamp (Köln), Theoretische und methodische Perspektiven, Begriffe und Konzepte in der neueren Forschung

Hans Beck (Montreal), Der neue Wettbewerb um die öffentlichen Ämter: *ambitus* und ‘also-rans’ in den Jahren nach dem Hannibalkrieg

Elke Stein-Hölkeskamp (Duisburg-Essen / Siegen), Aussteigen statt Absteigen? Die Entwicklung konkurrierender Felder der Distinktion

Christoph Lundgreen und Jan Timmer

von der späten Republik zum frühen Prinzipat.

Andreas Klingenberg (Köln), Zwischen republikanischer Tradition und kaiserzeitlicher Realität. Der soziale Abstieg von Senatoren und die senatorischen Rollenbilder im frühen Principat

Egon Flaig (Rostock) / Martin Jehne (Dresden), Rück-, Seiten- und Ausblicke

Tagungsbericht HT 2014: *Verlierer in der „Konkurrenz unter Anwesenden“*. *Agonalität in der politischen Kultur des antiken Rom*. 23.09.2014–26.09.2014, In: H-Soz-Kult 12.12.2014.

HT 2014: Veni, vidi, vici: (Re)präsentationen von Sieghaftigkeit in der Antike

Leitung: Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands (VHD); Verband der Geschichtslehrer Deutschlands (VGD)

Bericht von: Eva Baumkamp, Seminar für Alte Geschichte/Institut für Epigraphik, Westfälische Wilhelms-Universität Münster

Die Sektion unter Leitung von Volker Menze (Budapest) beschäftigte sich mit der Darstellung militärischer Erfolge und der medialen Inszenierung des Siegers zur persönlichen Herrschaftslegitimation vom Hellenismus bis zur Spätantike. Das Hauptaugenmerk lag also auf den militärischen Gewinnern in kriegerischen Auseinandersetzungen.

In seiner Einleitung „Staat, Regierung, Repräsentation und Akzeptanz. Einleitung zur aktuellen Forschungsdiskussion“ machte VOLKER MENZE (Budapest) fünf Punkte aus, die für die Analyse der (Re)präsentation von Sieghaftigkeit in den einzelnen Vorträgen der Sektion leitend waren. Der dialogische Charakter der Repräsentation stand dabei überwiegend im Vordergrund: 1. Die Repräsentation der Sieges musste auf die jeweiligen Adressaten/Untertanen abgestimmt und bezogen werden, um der Legitimation dienen zu können; 2. Dieser Dialog konnte auch auf unabhängige Staaten erweitert werden, die von der Sieghaftigkeit des Herrschers beeinflusst werden konnten; 3. Die Einbindung der Freunde (*philoï/amici*) war für eine erfolgreiche Repräsentation wichtig; 4. Die Legitimation überhaupt einen Krieg führen zu können, hatte unmittelbare Auswirkungen auf die Inszenierung des Sieges. 5. Die Rolle der Götter oder Gottes bei der Darstellung des Sieges galt es zu identifizieren.

GREGOR WEBER (Augsburg) beschäftigte sich mit „Siegen, Verlieren, Kompensieren. Darstellungsmodi von Sieghaftigkeit und Misserfolg im frühen Hellenismus“. Ausgehend von der Annahme, dass der hellenistische Herrscher siegreich sein musste und Alexander als Referenzpunkt diente, betonte Weber, dass gerade durch diese Zuschrei-

bungen Modi gefunden werden mussten, mit militärischen Misserfolgen umzugehen, ohne als Herrscher zu sehr an Prestige zu verlieren. Erstaunlich sei dabei, dass die konkreten Ereignisse und Handlungen nach einem Sieg selten detailliert fassbar sind. In der vorhellenistischen Tradition finden sich nur in Ausnahmefällen dauerhafte Siegesmonumente, da Feindschaft nicht perpetuiert werden sollte, nur Weihungen an Gottheiten besaßen einen dauerhaften Charakter. Die hellenistischen Könige erinnerten dagegen an ihre Siege durch Tropaia nebst Opfer und die Einrichtung von Festen, durch Plünderungen von besiegten Heerlagern und Städten, durch Beuteweihungen in Heiligtümern, durch die Errichtung von Siegesmonumenten und Gedenktagen. Letztlich wurden mit dem Sieg die Identität und die Bindung der Truppen an den siegreichen Feldherren gestärkt. Dichtung und Münzemotionen spielen gemäß der griechischen Tradition in der Erinnerung an konkrete Siege dagegen eine untergeordnete Rolle. Gleiches gilt für Siegerbeinamen, die laut Weber insbesondere in der Kommunikation mit den *poleis* problematisch sein konnten. Der Umgang der Sieger mit den Besiegten war häufig zuvorkommend, was zwar die Anerkennung des Verlierers als gleichwertigen Gegner voraussetzte, diesen aber auf geschickte Weise gleichzeitig zwang, seine Niederlage anzuerkennen. Um die eigene Legitimation wiederzugewinnen, traten die Verlierer nicht als solche auf, um den eigenen Status zu erhalten und potentielle Unterstützer wie Heere oder *poleis* zu gewinnen. So trug Antigonos Gonatas trotz Niederlage weiter den Purpur als Zeichen der Herrschaftslegitimation. Verlierer wiesen nach Weber bewusst auf vergangene Leistungen, Familienprestige und potentiell verfügbare Ressourcen hin, um den Makel der Niederlage abzustreifen. Einzelne Siege wurden daher nur in Ausnahmefällen dauerhaft kommemoriert, zumal die Gefahr einer Niederlage – auch durch den Willen der Götter – stets gegeben war. Dies führte letztlich dazu, dass gerade nicht konkrete Siege, sondern Sieghaftigkeit als inhärente Qualität einer Person kommuniziert wurde.

Die Darstellung der Sieghaftigkeit im Kontext der Legitimationsstrategien von Ptolemaios III. war Gegenstand des Vortrags von STEFAN PFEIFFER (Halle an der Saale). Aus drei unterschiedlichen Perspektiven betrachtete Pfeiffer die Darstellung der Sieghaftigkeit. In der sogenannten Adulisinschrift zeigten sich vier zentrale Referenzpunkte in

HT 2014: Veni, vidi, vici: (Re)präsentationen von Sieghaftigkeit in der Antike

der Selbstdarstellung von Ptolemaios III.: 1. Die Bezeichnung Großkönig weise auf den Weltherrschaftsanspruch; 2. Dionysos und Heraklas dienten als mythische Präfigurationen, da beide mit Asienfeldzügen verbunden seien, die einerseits auf den siegreich feiernden König, andererseits auf den Akt des Siegens bezogen werden könnten; 3. Herkunft und Sieghaftigkeit bildeten eine Einheit; 4. Die Rückführung der Götterbilder war für die Legitimation vor der ägyptischen Bevölkerung notwendig. Die bloße Sieghaftigkeit sei aber gerade nicht zentraler Bestandteil der Legitimation, vielmehr spielten mythischer Bezug, Dynastie und Wohltätigkeit eine viel größere Rolle. In einem zweiten Schritt zeigte Pfeiffer, wie aufschlussreich für die Wahrnehmung und Verarbeitung des königlichen Sieges die Sicht der Priester sei. Diese betteten Ptolemaios III. in die indigene religiöse Welt Ägyptens ein, indem sie seinen Feldzug zu einem Verteidigungskrieg und erfolgreichem Beutezug stilisierten, der ganz in der Tradition der ägyptischen Pharaonen verhaftet sei. In der Kommunikation der griechischen Städte spielte die Sieghaftigkeit dagegen eine untergeordnete Rolle, wobei der maßvolle Sieg des Herrschers anerkannt wurde, aber der König als Euerget im Vordergrund stünde. Letztlich zeige die besprochene Inschrift eine zielgruppenorientierte Darstellung des Ptolemaios III., wobei der Hinweis auf die Rückführung der Götterbilder einen eindeutig ägyptischen Bezug aufweise, die anderen Referenzpunkte jedoch einen überwiegend griechisch-makedonischen Rahmen hätten. Da unterschiedliche Adressaten angesprochen seien, belege die Inschrift die Delegitimierung des Königs durch zwei politische und symbolische Rückschläge. Zum einen führte ein Aufstand gegen die ptolemäische Fremdherrschaft zu einer engen Anbindung an die Priester, wie sie gerade in der Rückführung der Götter sichtbar wurde. Zum anderen waren die genannten Eroberungen nur temporärer Natur, so dass Ptolemaios III. seinen Feldzug für die griechisch-makedonischen Adressaten als Beutezug im Stile des Dionysos legitimierte.

SANDRA SCHEUBLE-REITER (Halle an der Saale) wandte den Blick nach Rom. Sie fragte einerseits, wie Augustus damit umging, dass Sieghaftigkeit als persönliche Leistung im Krieg betrachtet wurde, andererseits wie sich die Beziehung des ersten Princeps zu ‚seinen‘ siegreichen Feldherren gestaltete und es dem Princeps gelang, ihre Leis-

tungen auf sich zu übertragen. Republikanische Traditionen wurden anfänglich nicht angetastet, so wurden Beutegelder weiterhin für den Ausbau Roms verwendet. Dies wies gleichzeitig auch auf die Akzeptanz des Prinzipats. Siegreichen Feldherren oder Unterbefehlshabern wurden materielle Leistungen oder Beförderungen zuteil: Die *dignitas* der Feldherren wurde zwar auf diese Weise aufgewertet, doch dadurch, dass es Augustus allein war, der dies leisten konnte, war nach Scheuble-Reiter klar, dass dessen Autorität noch größer war. Keiner der Feldherren durfte mehr *dignitas* als der Princeps besitzen, wie die Berichte über Crassus und Agrippa zeigen. Agrippa habe das verstanden und verzichtete beispielsweise auf einen Triumph. Sein zurückhaltendes Verhalten besaß Vorbildcharakter. So wurden Triumphzüge in der Folge vom iulisch-claudischen Haus monopolisiert. Dies hatte jedoch gleichzeitig zur Folge, dass die senatorischen Stiftungen zur Verschönerung der Stadt endeten. Welche besondere Rolle Agrippa spielte wird nach Scheuble-Reiter auch in der neuartigen Ehre durch die *corona navalis* und eine eigene Münzprägung deutlich. Sie ordnet beides in die Zeit der von ihr so bezeichneten Coregentschaft mit Agrippa ein, die dieser jedoch von Augustus angetragen bekommen hatte. Augustus selbst triumphierte nach 27 v. Chr. nicht mehr, doch war seine persönliche Anwesenheit auf den Kriegsschauplätzen weiterhin gefordert. Sichtbar wurde die Sieghaftigkeit des Princeps in Bauten und Denkmälern, die die siegreichen Feldherren und den Princeps zeigten. Das Forum Augusti legt hiervon ein eindrückliches Zeugnis ab, wurden doch dort die Statuen der Feldherren, die mit den *ornamenta triumphalia* ausgezeichnet waren, aufgestellt. Die untrennbare Verbindung von siegreichen Feldherren und Princeps führte zu einer Erhöhung der *dignitas* des Princeps.

In seinem Vortrag behandelte MATTHIAS HAAKE (Münster) das von außenpolitischem Druck geprägte späte 3. Jahrhundert. Laut Haake standen römische Kaiser unter dem Erwartungsdruck, Siege erringen zu müssen. Archäologische, epigraphische und numismatische Zeugnisse feierten beständig die Sieghaftigkeit. Fehlende Siege waren daher erklärungsbedürftig. Haake fragte daher, wie sich das wechselseitige Verhältnis von kaiserlichem Sieg und Sieghaftigkeit des Kaisers in einer Zeit der quantitativ wie qualitativ zunehmenden Niederlagen gestalte-

HT 2014: Veni, vidi, vici: (Re)präsentationen von Sieghaftigkeit in der Antike

te. Sein Fokus lag dabei auf der Tetrarchie. Die Tetrarchie bezeichnete Haake als eine Siegesmaschine – zumindest würden dies die vielfachen Beinamen der Tetrarchen suggerieren. Ein Triumph, der an das symbolische Zentrum des Reiches gebunden blieb, wurde erst am 20.11.303 in Rom gefeiert. Dieser Triumph besaß insofern eine andere Qualität, da hier eine unbestimmte Anzahl von Siegen gefeiert wurde. Der Triumph wurde zusätzlich mit dem Herrscherjubiläum verknüpft. Anders als bei früheren Triumphen wurden in Rom auch keine Nachfolger präsentiert. Die Caesaren waren nicht anwesend, sondern führten Kriege an Rhein- und Donaugrenze. Ihr Fehlen sei daher eine bewusste Leerstelle, die so die Sieghaftigkeit der Tetrarchie unter Beweis stellte. Sichtbar waren die Caesaren durch das Fünfsäulenmonument. Dass der Triumph auch außerhalb Roms propagiert worden ist, belege der Neufund einer Matrix aus Terrakotta, die vermutlich den Triumph innovativ propagieren wollte. Welche Probleme das Ausbleiben von Siegen machte, zeige auch die Ausweitung der Begrifflichkeiten auf innere Gegner trotz einer potentiellen Gefahr der Delegitimierung. Gleichzeitig wurden Siege entkonkretisiert, um die Sieghaftigkeit der Kaiser zu betonen. Die extreme Inszenierung von Sieghaftigkeit, der Glaube an die Qualität der Sieger wird in den unterschiedlichsten Zeugnissen immer wieder fassbar und auch nicht durch das Ende der Tetrarchie abgeschafft.

VOLKER MENZE (Budapest) stellte die Frage, wie es möglich war, dass trotz der frühchristlichen Ablehnung des Militärdienstes am Ende der Antike der christliche Kaiser seinen im Krieg verstorbenen Soldaten das Himmelreich versprechen und selbst als Stellvertreter Gottes auf Erden einen „Heiligen Krieg“ ausrufen konnte. Als ein entscheidendes Kriterium macht Menze die rituelle und symbolische Christianisierung des Heeres aus. Seit Konstantin finden sich *labarum* und Chi-Rho, später das Kreuz als Zeichen in der römischen Armee. Gleichzeitig kommt es zu einer Transformation Christus', der als Christus Victor wahrgenommen werde. Die rituelle Christianisierung der Armee wurde durch Hymnen, Gebete, Gottesdienst, die durch die Feldherren gefördert wurden, vollzogen. Dies stand nicht im Gegensatz zur Haltung der christlichen Autoren, auch wenn gerade frühchristliche Schriften auf die Friedfertigkeit des Christentums und die Gefahr der Idolatrie beim Militär wiederholt hinweisen. Legitimiert wurde ein zunehmend

christliches Heer durch die biblischen Grundlagen. Dabei berief man sich wiederholt auf den brutalen und kriegerischen Gott des Alten Testaments. Athanasius und später Augustin gingen noch einen Schritt weiter und erkannten den von Gott befohlenen Krieg als ‚gottesfürchtig‘ an. Diese Form des ‚gerechten Krieges‘ wurde auf diese Weise durch eine höhere Instanz legitimiert. Diese Sicht sollte nach Menze jedoch nicht als direkter Aufruf zum Heiligen Krieg verstanden werden. Belege für christlich sakralisierte Kriege fänden sich erstmals an der Peripherie des Imperium Romanum in Armenien und Südarabien. Dort versuchten sich Adlige bzw. Könige im fünften und sechsten Jahrhundert gegen mächtige und andersgläubige Gruppen bzw. Staaten durchzusetzen. Die Heerführer sahen den Schlachtentod für den Staat nun ganz explizit als Akt des Glaubens an und appellierten an die Martyriumsbereitschaft ihrer Soldaten. Sie waren daher mithin militanter als die spätrömischen bzw. byzantinischen Kaiser. Christsein bedeutete für sie auch immer eine politische Entscheidung, da auf diese Weise eine Bindung an Konstantinopel vollzogen wurde. Der Kaiser in Konstantinopel selbst nutzte diese Legitimationsstrategien erst in der Auseinandersetzung mit den Persern, indem nun auch er die theologische Auslegung des gerechtfertigten Heiligen Krieges in der Auslegung der Kirchenväter kolportierte. Letztlich hat der Vortrag von Menze gezeigt, welches Potenzial Gewalt, Krieg und Siege zu legitimieren und repräsentativ für den Staat nutzbar zu machen, im Christentum inhärent war.

In allen Beiträgen wurde der Adressatenbezug, damit der dialogische Charakter der Inszenierung von Sieghaftigkeit, deutlich. Die variierende Deutung von Siegen und damit ihre Legitimation waren in den besprochenen Epochen immer auf bestimmte Rezipientenkreise abgestimmt. Die Diskussion zu den verschiedenen Beiträgen eröffnete zudem weitere Perspektiven und Analysemöglichkeiten dieses für die gesamte Antike grundlegenden Phänomens. Insbesondere die Emotionsgeschichte könnte neue Akzente setzen und weitere Aspekte konturieren, wie Monarchien Siege zur Herrschaftslegitimierung nutzten oder Niederlagen verarbeiteten, ohne ihre Akzeptanz zu verlieren.

Sektionsübersicht:

HT 2014: *Veni, vidi, vici: (Re)präsentationen von Sieghaftigkeit in der Antike*

Sektionsleitung: Volker Menze (Budapest)

Volker Menze (Budapest), Staat, Regierung, Repräsentation und Akzeptanz. Einleitung zur aktuellen Forschungsdiskussion

Gregor Weber (Augsburg), Siegen, Verlieren, Kompensieren. Darstellungsmodi von Sieghaftigkeit und Misserfolg im frühen Hellenismus

Stefan Pfeiffer (Halle an der Saale), „... nachdem er sich den gesamten Rest bis nach Baktrien untertan gemacht hat.“ Ptolemaios III. und die Rückeroberung des Alexanderreichs

Sandra Scheuble-Reiter (Halle an der Saale), „Wegen der durch mich oder durch meine Heerführer unter meinem Oberbefehl zu Wasser und zu Land glücklich geführten Kriege...“ Augustus und seine siegreichen Feldherren

Matthias Haake (Münster), Siegreiche Kaiser und kaiserliche Sieghaftigkeit. Die Inszenierung römischer Kaiser zwischen konkretem Ereignis und ontologischem Zustand im 3. Jh. n.Chr.

Volker Menze (Budapest), *In hoc signo victor eris*. Die Christianisierung des Sieges in der Spätantike

Tagungsbericht HT 2014: *Veni, vidi, vici: (Re)präsentationen von Sieghaftigkeit in der Antike*. 23.09.2014–26.09.2014, In: H-Soz-Kult 16.01.2015.

HT 2014: Migrantenschicksale im mittelalterlichen Jahrtausend. Gewinner und Verlierer in Prozessen kulturellen Wandels

Leitung: Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands (VHD); Verband der Geschichtslehrer Deutschlands (VGD)

Bericht von: Philipp Winterhager, Humboldt-Universität zu Berlin

Migration ist, wenn auch lange nicht so benannt, immer ein klassisches Thema der Mittelalterforschung gewesen. Im Gegensatz zu älteren Arbeiten der Völkerwanderungs-, Siedlungs- oder Kreuzzugforschung wendet sich hingegen die Mediävistik in den letzten Jahren unter bewusstem Rekurs auf den sozialwissenschaftlichen Begriff ‚Migration‘ den Wanderungsbewegungen und Wohnortverlagerungen in der Geschichte mit erhöhter Methodenreflexion zu. Unter dem Eindruck globalhistorischer Perspektiven und transkultureller Theoriebildung gilt das Interesse außerdem mehr und mehr den konkreten Bedingungen und kulturellen Folgen von Migrationen. Einzelne und kleine Gruppen von Migranten bieten somit ein noch vergleichsweise wenig erforschtes, hingegen für aktuelle Fragen hochinteressantes Feld.¹

Mit dem Titel der Sektion „Migrantenschicksale im mittelalterlichen Jahrtausend. Gewinner und Verlierer in Prozessen kulturellen Wandels“ rückten in diesem Sinne die Lebensumstände einzelner Migranten eher als Massenwanderungen in den Mittelpunkt. In seiner Einführung ging MICHAEL BORGOLTE (Berlin) darüber hinaus auf das Tagungsthema ein: Auch wenn Migration heutzutage meist mit dem Verlust der Heimat, mit Risiko und Unsicherheit assoziiert werde, bedeute die Verlagerung des Wohnortes immer auch einen Zugewinn an Handlungsoptionen. Migrantenschicksale stünden in diesem Sinne exemplarisch für die Ambiguität aller Lebensbedingungen. Mit dem Philosophen

¹Vgl. aber die Beiträge einer Sektion auf dem Berliner Historikertag von 2010, veröffentlicht in: M. Borgolte / M. Tischler (Hrsg.), *Transkulturelle Verflechtung im mittelalterlichen Jahrtausend. Europa, Ostasien und Afrika*. Darmstadt 2012. Eine systematische Erfassung von Migrationen in der Welt des Mittelalters bietet jetzt M. Borgolte (Hrsg.), *Migrationen im Mittelalter. Ein Handbuch*. Berlin / Boston 2014.

HT 2014: Migrantenschicksale im mittelalterlichen Jahrtausend. Gewinner und Verlierer in Prozessen kulturellen Wandels

Odo Marquard ließen sich denn auch „Schicksalszufälle“, Momente des Gewinnens und Verlierens, wie sie gerade auch Migranten trafen, als konstitutive Faktoren von Geschichte verstehen. Dass die mittelalterlichen Menschen eher von göttlicher Determination gesprochen hätten als von Migrantenschicksalen, müsse den Historiker nicht hindern, der nie anders als aus den Perspektiven seiner Zeit auf vergangenes Geschehen schaue.

Am Beispiel Georgs von Ungarn, der im 15. Jahrhundert 20 Jahre in türkischer Gefangenschaft verbrachte, machte Borgolte das Konzept deutlich: Wenngleich Georg mit dem Schicksal seiner Zwangsmigration und des Lebens unter Andersgläubigen haderte, habe er selbst doch schließlich neue Gewissheit seines Glaubens, seine Zeitgenossen einen Augenzeugenbericht von unschätzbarem Wert gewonnen, den nur der Migrant hatte anfertigen können.²

Wirtschaftlicher Druck einerseits, politisch und religiös motivierte Stiftungen andererseits waren auslösende Faktoren für die Wanderungen von Brahmanen, von denen die Indologin ANNETTE SCHMIED-CHEN (Halle / Berlin) berichtete. Dabei wurden einzelne Priester oder kleine Gruppen mit ihren Familien von lokalen Dynasten durch Landstiftungen bewusst an andere Orte gelotst, um dort im Namen des Herrschers Recht zu sprechen, den Kult zu pflegen und die Legitimität der königlichen Herrschaft zu festigen. Im günstigsten Falle hätten die Brahmanen damit rechnen können, Steuerpründen zu erhalten, in anderen Fällen erhielten die Neuankömmlinge selbst zu bewirtschaftendes Land. Neben den Königen seien daher sie selbst in mehr oder weniger hohem Maße Gewinner ihrer Migrationen (oft Wanderungen über hunderte Kilometer), zu der sie gleichwohl durch die Stiftungen genötigt worden seien. Dasselbe gelte für das Schicksal der höfischen Brahmanen, die nach der Eroberung lokaler Zentren in die Dienste der siegreichen Könige gewechselt seien. Eine Erinnerung an die Herkunftsregionen der Brahmanenfamilien werde zum Teil bis heute aufrechterhalten. Auch die Zielregionen seien aber durch von Brahmanen vermittelte Kennt-

²Georg von Ungarn, *Tractatus de moribus, conditionibus et nequicia Turcorum*. Traktat über die Sitten, die Lebensverhältnisse und die Arglist der Türken. Nach der Erstausgabe von 1481 hrsg., übers. und eingel. von Reinhard Klockow. (Schriften zur Landeskunde Siebenbürgens, Bd. 15.) Köln / Weimar / Wien 21994.

nisse und Techniken Gewinner ihrer Migration. Hingegen habe die muslimische Eroberung Nordindiens zu solch einer umfassenden und kontinuierlichen Auswanderung von Brahmanen geführt, dass es im 15. Jahrhundert einer gezielten Wiederansiedlung bedurfte, als sich ein Sultan des Verlustes brahmanischen Wissens bewusst wurde.

Religiös motivierte Migrationen standen im Mittelpunkt des Vortrags von TILLMANN LOHSE (Berlin) über das lateinchristliche Europa. Denn die Reisen von Missionaren seien für das Frühmittelalter die wohl am besten dokumentierte Gruppe von Einzelmigrationen. Während die Missionsgeschichte (wie auch die oft hagiographischen Quellen) die Missionare stets als Gewinner darstellen würde, die die Konversion heidnischer Gruppen, mindestens aber das Martyrium erreicht hätten, müsse eine Migrationsgeschichte der Missionare diese Reisen vielmehr vom Verlust von Heimat, Umfeld und Besitz her beschreiben. An den Beispielen Columbanus von Bobbio und Augustins von Canterbury untersuchte Lohse den Verlust der alten und die Ungewissheit des Gewinns einer neuen Heimat. Es zeigte sich eine Bandbreite von Möglichkeiten: Während Columban zuerst im familiären, später auch im klösterlichen Umfeld auf Widerstände gegen seine peregrinatio gestoßen sei, hätte sich Augustin als Teil einer Missionsgesandtschaft viel leichter von der alten Heimat lösen können. Des Weiteren habe dieser nicht nur den neuen Wohnsitz in England bereitwillig angenommen, sondern sich auch sensibel für die dortigen Gebräuche gezeigt. Columban hingegen, der an den Sitten seiner keltischen Heimat festgehalten und mit seinen Gefolgsleuten in Luxeuil monastische Seklusion angestrebt habe, sei letztlich wegen seines anhaltenden Unwillens zur Verflechtung mit der Umwelt aus Burgund verwiesen worden.

Ein einzelner Migrant war Gegenstand des Vortrags von PHILIPP WINTERHAGER (Berlin). Der päpstliche Kanzleichef Theodotus, Stifter einer Kapelle und einer Kirche in Rom, entstammte einer Gruppe griechischsprachiger Einwanderer. Diese hätten um die Mitte des 8. Jahrhunderts wichtige Positionen in Klerus und weltlicher Oberschicht der Stadt innegehabt. Die Ausstattung der beiden Kirchenstiftungen des Theodotus stelle entsprechend ein Nebeneinander vermeintlich griechischer und römischer Merkmale dar. Bei genauerer Betrachtung zeige sich jedoch, dass eine solche Zuschreibung nicht hinreichend sei

HT 2014: Migrantenschicksale im mittelalterlichen Jahrtausend. Gewinner und Verlierer in Prozessen kulturellen Wandels

und Theodotus vielmehr bewusst Traditionen verschiedener einflussreicher Gruppen der Stadtgesellschaft vermittelt habe. Gerade durch die Wirkung in seinem spezifischen sozialen Umfeld sei Theodotus zum Gewinner geworden. Sein Fall zeige, dass die kulturelle Praxis von Migranten eher aus den Anforderungen des (neuen) sozialen Umfelds als aus der Kultur der Herkunftsregion verstanden werden könne.

LUTZ BERGER (Kiel) verglich mit der aus der Völkerwanderungsforschung entlehnten Frage nach dem Verhältnis von Eroberung und Wandel die Kontinuität von Eliten in verschiedenen Gebieten nach der islamischen Eroberung. Als Quelle könne dabei vor allem das Wissen um die vorislamische Geschichte der jeweiligen Region bei späteren Geschichtsschreibern dienen. So biete die spanische Geschichte des Ibn al-Athīr vergleichsweise gute Informationen über die Westgotenzeit und deren Elitenkonflikte. Ähnliches sei für den Iran zu beobachten, wo Historiker am ehesten die Geschichte der Herrscherelite des vorislamischen Persien bewahrt hätten. In der Levante hingegen hätten eher religions- und kirchengeschichtliche Details Einzug in die arabische Geschichtsschreibung gehalten. Berger erklärte den Befund damit, dass hier staatliche Eliten am ehesten vor den Eroberern nach Byzanz hätten fliehen können; zurückgeblieben seien Gruppen, in deren Tradition Religiöses im Vordergrund gestanden habe. In Spanien und Persien sei es dagegen zu einer Verflechtung von neuen mit den alten Eliten gekommen, deren Traditionen daher stärker in die Geschichtsschreibung eingegangen seien.

Aus einer noch früheren Phase der islamischen Geschichte stammte die Migrationgeschichte, die JENNY RAHEL OESTERLE (Heidelberg) präsentierte: Im Jahr 615/16 seien einige Gefolgsleute Mohammeds vor Verfolgungen nach Abessinien geflohen, wo sie Aufnahme beim christlichen König gefunden hätten. Dabei sei es bald zu Konflikten mit den dortigen Eliten gekommen, die sich jedoch mit ihrer Forderung, die Flüchtlinge nach Mekka zurückzuschicken, nicht durchgesetzt hätten. Die generelle Verständigung unter Monotheisten habe zu einer Stabilisierung des frühen Islam beigetragen. Muslimische Quellen präsentierten diese Episode im Nachhinein als Siegesgeschichte, nicht zuletzt indem sie eine Konversion des abessinischen Königs unterstellten. So sei die Migration ins Exil später einerseits als konstitutiv für

die neue Religion dargestellt worden, habe andererseits aber auch als Beispiel für die Gefahren einer nicht-islamischen Umwelt gedient.

Die Ansiedlung von Juden in Ostmitteleuropa stellte JERZY MAZUR (Nantes) als Schlussglied einer Kette von eher kurzräumigen, oft erzwungenen Migrationen dar. So habe sich das Zentrum jüdischen Lebens zwischen dem 11. und 15. Jahrhundert in vielen kleinen Schritten von Spanien über Frankreich und Deutschland nach Polen und Litauen verlagert. Dementsprechend ergäben sich neue Perspektiven aus einem migrationsgeschichtlichen Ansatz (statt eines Fokus auf Judenvertreibungen). Ansiedlungswillige Juden in den Städten Norditaliens, die meist von Süden kamen, seien nach Lage der Quellen bis zum 13. / 14. Jahrhundert nicht anders behandelt worden als andere Bürger. Eigene Regelungen für die Ansiedlung von Juden habe es erst ab dem 14. Jahrhundert gegeben, als die meisten jüdischen Migranten nordalpiner Herkunft waren. Es sei daher zu fragen, ob das Vorenthalten des Bürgerrechts gegenüber dieser Gruppe nicht eher mit der „deutschen“ Herkunft der Migranten oder ihrer großen Zahl zu tun habe als generell mit ihrem Jüdischsein. Aus Polen seien aus der selben Zeit städtische Gesetze überliefert, die verschiedenen *nationes*, auch den Juden, die Wahl gelassen hätten, nach städtischem oder eigenem Recht zu leben. Es sei zu fragen, ob solche und ähnliche Privilegien eher der Grund für die Migration nach Polen gewesen seien als Judenverfolgungen, die auch nicht in allen Herkunftsregionen der Migranten nachweisbar seien.

Dass in dieser Sektion Migrationsforschungen aus der Indologie, Mediävistik, Islamwissenschaft und Judaistik vorgestellt wurden³ und sich daher eine (geglückte) vergleichende Perspektive ergab, ließ den Wert der Frage nach dem Phänomen Migration deutlich zu Tage treten. Auch die Verbindung des Tagungsthemas „Gewinner und Verlierer“ mit der Migrationsgeschichte erwies sich als gelungen: In den Diskussionen wurde deutlich, dass gerade das kulturhistorische Interesse an den konkreten Umständen einzelner Migrationsgeschichten in neuer Weise auf die Sozialgeschichte verweist. Zwar wurde zurecht festgestellt, dass die Analyse von Push- und Pull-Faktoren wie auch andere

³Geplant war außerdem ein sinologischer Beitrag, der leider zuvor abgesagt werden musste. Als Ersatz sprach der Verfasser dieses (lange zugesagten) Berichts über ein mediävistisches Thema mit Berührungspunkten zur Byzantinistik.

HT 2014: Migrantenschicksale im mittelalterlichen Jahrtausend. Gewinner und Verlierer in Prozessen kulturellen Wandels

Instrumentarien der eher statistischen Erforschung von großen Wanderungsbewegungen in dieser Sektion kaum eine Rolle spielte. Hingegen wurde in der Diskussion aller Beiträge deutlich, dass die Geschichte kleiner Gruppen von Migranten den Blick auf soziale Rollen, Gruppen- und Elitenbildung sowie Aushandlungsprozesse von Zugehörigkeit lenkt. Das Denkmodell von „Gewinnern und Verlierern“, verstanden als akteurszentrierte Perspektive etwa auf lokale Elitenbildungen, soziale Praktiken oder kulturelle Verflechtungsprozesse, erwies sich somit für die hier versammelten Beiträge der Migrationsgeschichte des Mittelalters als fruchtbar.

Sektionsübersicht:

Leitung und Einführung: Michael Borgolte (Berlin)

Annette Schmiedchen (Halle / Berlin): Brahmanische Wanderungsbewegungen im mittelalterlichen Indien

Philipp Winterhager (Berlin): Der primicerius Theodotus – ein Migrant als Kirchenstifter im frühmittelalterlichen Rom

Tillmann Lohse (Berlin): Christliche Missionare als Migranten

Lutz Berger (Kiel): Arabisch-muslimische Migration und Reichsbildung als Phänomen der Völkerwanderungszeit

Jenny Rahel Oesterle (Heidelberg): Schutzgewähr in Phasen religiöser und politischer Expansion

Jerzy Mazur (Nantes): Jewish Migrations to Italy and Poland in the 14th and 15th Centuries in Comparative Perspective

Tagungsbericht *HT 2014: Migrantenschicksale im mittelalterlichen Jahrtausend. Gewinner und Verlierer in Prozessen kulturellen Wandels.* 23.09.2014–26.09.2014, In: H-Soz-Kult 10.10.2014.

HT 2014: Gewinner und Verlierer im Normenwandel?
Spätmittelalterliche Praktiken der Güterwegnahme an Land und
auf See im Vergleich

Leitung: Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands (VHD); Verband der Geschichtslehrer Deutschlands (VGD)

Bericht von: Florian Dirks, Historisches Seminar, Universität Erfurt

Mit dem Vergleich spätmittelalterlicher Praktiken der Güterwegnahme an Land und auf See stand ein Thema im Mittelpunkt der Sektion, bei dem per se Gewinner und Verlierer generiert werden. Doch ist die Scheidung zwischen Gewinnern und Verlieren nicht so eindeutig. JAN RÜDIGER (Basel) stellte in seiner einleitenden Moderation daher anhand einer Abbildung der englischen Gratiszeitschrift ‚Time Out‘, auf deren Titelseite die Worte „Take me, I’m yours“ das Nehmen einfordern, die Frage, wer bei diesem Nehmen gewinnen kann und wies damit auf die allgegenwärtige semantische Signalwirkung in der heutigen Wirtschafts- und Werbewelt hin. Doch sei in der öffentlichen Wahrnehmung ein cultural brokerage zumeist weniger interessant als das Geschehen an den Börsen der Welt.

In der thematischen Einführung forderte zunächst GREGOR ROHMANN (Frankfurt am Main/Köln) dazu auf, seitens der Forschung die Praktiken der Güterwegnahme an Land nicht mehr als Raub, sowie auf dem Wasser nicht mehr als Piraterie zu bezeichnen. Die Sektion diene einem doppelten Vergleich, sowohl zur Überprüfung der Funktionen, als auch zur Gegenüberstellung der Methoden. Gefragt werden solle nach der Legitimation von Eigentumstransfer, was auf See das Vorhandensein von Rechtsformen impliziere. Verknüpfen lässt sich dies mit Diskursen um Konzepte von Souveränität in einer Zeit des Übergangs, in der Sphären (proto-)staatlichen und privaten Eigentums zunehmend ausdifferenziert wurden. Die Frage nach dem Vorhandensein eines Rechts auf See führt zu einem Vergleich mit den rechtlichen Rahmenbedingungen und Usancen an Land. Wie ließ sich eine Wegnahme von

HT 2014: Gewinner und Verlierer im Normenwandel? Spätmittelalterliche Praktiken der Güterwegnahme an Land und auf See im Vergleich

Gütern legitimieren? Im Vordergrund stand allgemein die Suche nach Verhandlungslösungen. Daneben lassen sich sowohl an Land als auch auf See verschiedene Grundformen nachzeichnen, die beiden Räumen gemein waren. Dazu zählten der Einsatz von Fehdehelfern, sowie von Schriftlichkeit, der auf See in Form sogenannter Markebriefe und vorhergehender schriftlicher Warnung Ausdruck fand. Auch eine zunehmende Professionalisierung der Akteure kann als Grundgemeinsamkeit ausgemacht werden, bei der eine wachsende Zahl von Gewaltdienstleistern und Gewaltunternehmern auch zur Quantität der Besoldung sowie einer Ausdifferenzierung des Prisenrechts beitrugen. Die Verfolgung von „Seeräubern“ unterlag politischer Opportunität und war verknüpft mit einer Gewaltökonomie. Im Anschluss skizzierte Rohmann den Ablauf einer Wegnahme auf See und fragte, in welchen Quellen man sich ihr nähern könne. Dazu seien besonders Klagen über Wegnahme geeignet, die aber kaum von Piraten sprächen.

Güterwegnahme spielte sich in Räumen ab, die von Rechtspluralismus geprägt waren. Dabei spielt die Frage nach ähnlichen oder unterschiedlichen Auswirkungen an Land und auf dem Wasser eine erhebliche Rolle. Zu diskutieren ist künftig die Frage, ob man das Meer als Mark auffassen kann, in der gegensätzliche Rechtsräume aufeinandertrafen. Eine Folge dessen sei die starke Betonung von Aushandlungspraktiken. Zur Klärung dieser Frage könne man die sich ausbildenden Territorien und Marken um 1400 kontrastieren; auch ein Vergleich des Mittelmeerraums mit dem Norden des Heiligen Römischen Reichs an Nord- und Ostsee stehe noch aus, wenn auch die Mechanismen der Piraterie für die englischen und französischen Gewässer bereits gut erforscht sind.¹ Abstrakt formuliert ließe sich fragen, ob die Güterwegnahme mit der Ausdifferenzierung ihrer Merkmale und rechtlichen Gegebenheiten Ausdruck fortschreitender Staatsbildung oder der um 1400 in Gang befindlichen commercial revolution gewesen ist. Dabei könnte die Selbsthilfe als Störfaktor gewertet worden sein und der Staat sich nur aufgesattelt haben. Insgesamt solle man statt bislang vom Piraten eher vom Kaperfahrer sprechen, statt vom Räuber vom Söldner.

¹Thomas K. Heebøll-Holm, *Ports, Piracy and Maritime War. Piracy in the English Channel and the Atlantic, c. 1280-c. 1330*, Leiden 2013.

MICHAEL JUCKER (Luzern) markierte in seinem Teil der Einführung die Wegnahme von Gütern als anthropologisches Problem. Gewinner und Verlierer wurden durch den Transfer von Ressourcen festgelegt. Dies war zugleich eine Rechtshandlung, bei der möglicher Schaden kompensiert wurde, ohne dass jedoch um 1400 ein übergreifendes Restitutionsrecht vorhanden gewesen sei. Wichtiger war in der Vormoderne eine Kontrolle von Gewaltpotenzialen, um eine möglichst ideale Beuteverteilung in mehrschichtigen Märkten zu erreichen. Beutegüter wurden dabei sowohl kulturell als auch symbolisch aufgeladen; Objekte konnten multifunktional sein. Verknüpft man dies mit der Kapitalsortentheorie Bourdieus, ließe sich fragen, ob die Güterwegnahme auf See weniger durch Symbolisches geprägt war als an Land. Bislang schienen auf See eher Rechtsfragen im Vordergrund der Forschung zu stehen, an Land die Symbolik. Es gilt jedenfalls den Wandel der Mechanismen zu thematisieren. Darunter fallen Formen der (De-)Legitimation der Praktiken von Güterwegnahme ebenso wie die Frage danach, ob die „Geschäftsbedingungen“ der Akteure gleich blieben oder sich änderten. Waren sie auf See normativ, praktisch oder sozial anderen Usancen und/oder Normen unterworfen als an Land? Auch die Frage nach möglichen Wechselwirkungen zwischen Ansprüchen an eine Wegnahme und ihrer Praxis müsse, wie auch die Folgenden, als zentral erachtet werden: Wie gestaltete sich das Zusammenleben in vormodernen, rechtspluralistischen Gemeinschaften mit spezifischen Formen der Gewaltmoderation? Welchem Wandel unterlag die Rezeption der herrschenden Normen und wie war ihre Resonanz? Gab es ein Wechselspiel mit öffentlicher Ordnung?

BASTIAN WALTER (Wuppertal) widmete sich in seinem Vortrag der Frage, was mit erbeuteten Gegenständen aus königlichem Besitz geschah. Am Beispiel der Gefangennahme der französischen Könige Johann II. des Guten in der Schlacht von Poitiers 1356 und Franz I. in Pavia 1525 konstatierte Walter, dass die Gefangennahme eines Königs in der Gesellschaftsordnung des Mittelalters nicht vorgesehen war. Daher führten diese Akte zu breiter zeitgenössischer Wahrnehmung in vielfältigen Facetten. Erwartet wurde demgegenüber die Mitwirkung des Königs im Schlachtgeschehen mit entsprechendem Gefahrenpotenzial, wobei der Akt der Gefangennahme in der chronikalischen Schilderung

HT 2014: Gewinner und Verlierer im Normenwandel? Spätmittelalterliche Praktiken der Güterwegnahme an Land und auf See im Vergleich

einer Prägung durch ritterliche Ehrvorstellungen unterlag. Dass die bei Gefangennahme handelnden Akteure, die in diesem Moment zu den Gewinnern gehörten, auch zu Verlierern werden konnten, wurde anhand der Beteiligten der zwei Beispielfälle deutlich.

Wie sich Obrigkeit(en) und Söldner sowie deren Feldhauptleute bei der Einnahme Schwäbisch Gmünds 1519 und den dort angestellten Verhandlungen um Beutenahme verhielten, untersuchte STEFAN XENAKIS (Gießen), der einen Teilaspekt seines Projekts in der Forschergruppe Gewaltgemeinschaften zu Landsknechten im Dienst des Schwäbischen Bundes vorstellte. Innerhalb der eingenommenen Stadt sei es zu zähen Verhandlungen gekommen. Wie ausdifferenziert die Feldhauptleute des Schwäbischen Bundes bei ihren Verhandlungen vorgehen, zeigen sowohl das Erheben von Ansprüchen auf Schulden, als auch auf Anteile der durch Lehensbeziehungen aufgekommenen Abgaben innerhalb der Stadt. Die Lage in der Stadt sei von einem Wechsel zwischen friedlichen Verhandlungen und Gewalttaten geprägt gewesen, wobei sich die Frage nach dem Verhältnis von Verhandlung und Gewalt nicht pauschal beantworten lässt. Wichtiger als ein solches Verhältnis sei eine aufzustellende Definition von Bedingungen der Beutenahme.

PHILIPP HÖHN (Saarbrücken/Frankfurt am Main) stellte eine der wesentlichen Strategien zum Durchsetzen von Rechtsansprüchen hansischer Kaufleute an Land und auf See vor. Dabei sahen die Hansen ein Gerichtsurteil nicht als letztes Wort an, sondern als ein Druckmittel für weitere (außergerichtliche) Verhandlungen, in denen die Personen selbst Schnittmengen von Funktionen (Gewaltunternehmer, Kaufleute, politische Amtsträger etc.) bildeten. Höhn fragte außerdem danach, wie die Kaufleute unter anderem in den Häfen ihre zuvor weggenommenen Waren identifizieren und wiederfinden konnten. Ihre Praxis in Konflikten konnte dabei zur Bildung neuer Normen führen. Gewinner waren dabei diejenigen, die ihr Recht durchsetzen konnten und dazu die sozialen Netzwerke und deren Endpunkte einsetzten. Im Vergleich der Praktiken an Land mit denen auf See ließen sich eher graduale Unterschiede feststellen, wie auch die Güterwegnahme innerhalb der Hansestädte eher spät nachzuweisen ist.

NICOLAI CLARUS (Hamburg) stellte grundlegende Aspekte seiner Dissertation zum im 15. Jahrhundert wohl bekanntesten Auslieger-

Hauptmann Bartholomäus Voet vor. Voet und seine Gesellschaft standen als Kriegerprofessionelle im Dienst Lübecks und agierten im Krieg gegen die nordischen Reiche König Erichs von Pommern. Dabei bedienten sie sich der gleichen Praktiken wie die Kaperfahrer, denn nichts anderes seien sie vor ihrer Anwerbung in England gewesen. Bartholomäus Voet dient Clarus als Beispiel, wie nicht-mythisierte Personen in Vergessenheit geraten können und nicht (oder noch nicht?) im heutigen Tourismus instrumentalisiert werden. Doch ist dies auch gar nicht unbedingt nötig, denn Bartholomäus Voet und seine Gesellschaft waren als Auslieger keine gefeierten Seehelden. Dahingehend unterscheiden sich auch die Begrifflichkeiten im zeitgenössischen Verwaltungsschriftgut des 15. Jahrhunderts und die Zuschreibungen und Nennungen in den später entstandenen Chroniken, deren Wertungen oftmals durch die Auftraggeber geprägt waren.

Im abschließenden Kommentar arbeitete CHRISTINE REINLE (Gießen) noch einmal die zwei Hauptstoßrichtungen der Sektion heraus. Zum einen beschäftigten sich alle Vorträge mit Legitimationsstrategien der Güterwegnahme und suchten die Ergebnisse zum anderen zu vergleichen. Doch warf Reinle auch Fragen auf, die in der Sektion eher am Rand anklangen. Eine dieser Fragen, die durch die Vorträge allerdings sogleich relativiert wurde, ist, ob das Meer als offener, herrschaftsfreier Raum gelten könne. Zudem sei nach wie vor fraglich, was den Vergleich zwischen Land und See ausmachen kann. Sind es die angewandten Techniken oder der Name des Raumes? Oder sind es eher die Akteure, die in einer Sphäre handelten, die ihrerseits geprägt war durch ein Fehlen von Souveränität zur Durchsetzung von Recht?

Hier ist einzuwenden, dass auch im spätmittelalterlichen Reich Rechtspluralismus vorherrschend war und die Zeitgenossen dies als legitim ansahen. Die Sektion hat vor allem zeigen können, dass die Grundzüge der Fehde auch in Räumen zu beobachten sind, die die Forschung bisher nicht oder allenfalls am Rande unter diesen Gesichtspunkten herangezogen hat. Auch im europäischen Rahmen lassen sich Grundzüge der Fehde feststellen, beispielsweise im spätmittelalterlichen Frankreich, wo eine ganz ähnliche Schädigungspraxis vorhanden war. Schädigungen in Konflikten stellten eine weit verbreitete Technik dar, die vor allem darauf abzielte, das symbolische Kapital des Geg-

HT 2014: Gewinner und Verlierer im Normenwandel? Spätmittelalterliche Praktiken der Güterwegnahme an Land und auf See im Vergleich

ners zu schädigen. Raub und Nahme verwischen im Reich die Grenzen von Krieg und Fehde. Hier sei ein Vergleich mit England angebracht, wo Raub und Wegnahme eher im Krieg festzustellen gewesen seien. Betrachtet man die Akteure und ihre spezifischen Handlungsformen, ist vor allem die Weiterverwendung bzw. Weitergabe der Güter eine Grundkonstante. In ihr lässt sich auch die von Peter Moraw geprägte Mitunternehmerschaft aufzeigen.² Demgegenüber stehen die Kriegs- bzw. Gewaltunternehmer mit ihren Söldnern, die sich dezidiert gegen die politischen Leitlinien der Zeit gewandt hätten; ihnen näherzukommen, funktioniere eher über die Mechanismen der Beute-Logik. Die Nähe zwischen Raub und Handel erinnert dabei stark an die Wikingerzeit und führte zuweilen zu einem Verbot von Quasi-Hehlerwaren im Binnenland. Die Verbote zeigen, dass die Kaufleute selbst aktiv an Raub beteiligt waren. Sie mutierten gewissermaßen zu Seeräubern auf Zeit. Wie bei der Fehde schon lange bekannt ist, ist auch bei der Güterwegnahme der Einsatz strategischer Gewalt nicht einem sozialen Substrat zuzuordnen. Eine weitere Frage betraf den Aspekt der Vorfinanzierung. In welchem Umfang trat der Auftraggeber für Schädigungen ein? Das Teilen der Beute nach dem Einsatz von Gewalt hatte oft die Funktion eines Katalysators. Der Wunsch nach Kontrolle stieß schnell an seine Grenzen. Waren also Art und Umfang von Schädigungen akteursabhängig? Wenn die Sektion auch Sühnen behandelte, so fragte Reinle, inwieweit Sühnen als Konsens betrachtet werden können. Wie viel Konsens ließ sich erzwingen, wenn die Ausübung von Gewalt das eigene soziale Kapital erhöhte? In diesem Zusammenhang bedurfte es einer rechtlichen Absicherung, die in den behandelten Themen, besonders Städte betreffend, in den Aspekten Sicherheit und Geleit Ausdruck fand. Abschließend fragte Reinle nach Gewinnern und Verlierern – diese Rolle unterlag der Situation und war vielleicht auch von Standesgrenzen bedingt.

Insgesamt konnte die Sektion wertvolle Aspekte zur Güterwegnahme an Land und auf See aufzeigen und die nach wie vor laufende

²Peter Moraw, Die Entfaltung der deutschen Territorien im 14. und 15. Jahrhundert, in: Gabriel Silagi (Hrsg.), Landesherrliche Kanzleien im Spätmittelalter. Referate zum VI. Internationalen Kongreß für Diplomatik, 2 Teilbände, hier Teilband 1, München 1984, S. 61–108, hier S. 82–83.

Diskussion der Forschung um die Ausgestaltung von als Fehde geführten Konflikten des Spätmittelalters bereichern. Erweitern ließe sich der angestellte Vergleich zusätzlich um Aspekte der Sklaverei im nordeuropäischen Raum.

Sektionsübersicht:

Sektionsleitung und Einführung: Michael Jucker (Luzern) / Gregor Rohmann (Frankfurt am Main/Köln)

Jan Rüdiger (Basel), Moderation

Bastian Walter (Wuppertal), Von Handschuhen, Schwertern und den „wahren Waffen“ des französischen Königs. Die Erbeutung von Gegenständen aus königlichem Besitz in mittelalterlichen Schlachten

Stefan Xenakis (Gießen), „... zu zeichnen bey iren aiden, waß si in den heyser haben“. Verhandlungen um Beutenahme in Schwäbisch Gmünd 1519

Philipp Höhn (Saarbrücken/Frankfurt am Main), Konsens durch Konfrontation? Güterwegnahmen als Strategie kaufmännischer Konfliktaustragung im Hanseraum auf See und an Land (ca. 1350 – 1450)

Nicolai Clarus (Hamburg), Von „Vitalienbrüdern“ und „Ausliegern“. Der Fall Bartholomäus Voet und Gesellschaft

Christine Reinle (Gießen), Kommentar

Tagungsbericht HT 2014: *Gewinner und Verlierer im Normenwandel? Spätmittelalterliche Praktiken der Güterwegnahme an Land und auf See im Vergleich*. 23.09.2014–26.09.2014, In: H-Soz-Kult 31.10.2014.

HT 2014: Aufstieg und Fall frühmittelalterlicher Warlords

Leitung: Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands (VHD); Verband der Geschichtslehrer Deutschlands (VGD)

Bericht von: Francisca Hoyer, Freie Universität Berlin

Mit der Bemerkung, dass frühmittelalterliche Warlords, die die Herrschaft in den Provinzen des Imperium Romanum durch kriegerische Aktivitäten übernahmen, diese etablierten, legalisierten und gegebenenfalls auch wieder verloren, besonders gut geeignet seien, um sie unter dem Motto des 50. Historikertages „Gewinner und Verlierer“ zu betrachten, eröffnete MATTHIAS BECHER (Bonn) die von ihm und GUIDO M. BERNDT (Erlangen-Nürnberg) initiierte Sektion „Aufstieg und Fall frühmittelalterlicher Warlords“.

In öffentlichen und politikwissenschaftlichen Debatten wird von „Warlords“ besonders im Zusammenhang mit sogenannten „failed states“ oder „zerfallenden Staaten“, wie Afghanistan, Irak oder auch Syrien, gesprochen. Geprägt wurde der Begriff mit Blick auf jene „Kriegsherren“, die in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts Teile der Republik China unter ihre Gewalt gebracht hatten. Mit Warlords werden dabei, so die einleitende Definition von Matthias Becher, Machthaber bezeichnet, die „mit Hilfe [ihnen] treu ergebener bewaffneter Verbände ein mehr oder weniger abgegrenztes Gebiet kontrollier[en] und es dem Zugriff des eigentlichen Herrschers entzieh[en]“. Unter der Prämisse, dass sich das Imperium Romanum ebenfalls als „gescheiterter Staat“ beschreiben lässt, erweise sich das Konzept des Warlords als flexible Deutungskategorie, die, aus ihrem ursprünglichen Entstehungskontext herausgelöst, Einzug auch in historische Arbeiten zu Spätantike und Frühmittelalter gefunden habe, so Becher weiter. Die Beispiele des römischen Heermeisters Aegidius und des Frankenkönigs Chlodwig zeigten, dass sich der Deutungsansatz des Warlords dazu eigne, kriegerische Aktionen und die gewaltsame Etablierung neuer Herrschaftsgebiete als wichtigen Bestandteil jener Transformationsprozesse in den Blick zu nehmen,

die den Übergang von Spätantike zum Frühmittelalter kennzeichneten. Darüber hinaus könnten auch „zentrifugale Tendenzen innerhalb des Reiches und die allmähliche Militarisierung der römischen Gesellschaft“ mit dem Konzept analysiert werden.

Anknüpfend an diese einleitenden Überlegungen argumentierte GUIDO M. BERNDT in seinem Beitrag, dass sich der Terminus Warlord als analytische Kategorie anbiete, um die Anführer von frühmittelalterlichen Kriegerverbänden besser zu fassen und zu beschreiben sowie ihre Handlungsmuster herauszuarbeiten. Das Konzept des Warlords beziehe sich dabei auf die Beschreibung einer Übergangsphase in der Laufbahn der jeweils Benannten, in der Aspekte wie „Kampf“, „Beute“ und „Ehre“ „entscheidende Gesichtspunkte der Lebenswirklichkeit“ darstellten. Einen Schwerpunkt legte Berndt in seinem Beitrag auf die mehr oder weniger erfolgreichen „Prozesse der Verstetigung von in der Regel gewaltsam erlangter Herrschaft“, die er anhand von drei Fallbeispielen – Attila und die europäischen Hunnen, Childerich und die Franken sowie Alboin und die Langobarden – in den Blick nahm. Nicht allen Warlords gelang es dabei, ihre erkämpfte Herrschaft zu legitimieren oder gar in eine Königs- bzw. königsähnliche Herrschaft zu transformieren. Childerich beispielsweise konnte durch die situationsabhängige Annahme verschiedener Rollen, die zwischen der eines Warlords und der eines römischen Funktionsträgers changierten, seine gewaltsam erlangte Machtstellung schließlich formalisieren und dynastisch verstetigen, indem sie an seinen Sohn Chlodwig überging und von diesem erweitert wurde. Entscheidend für den Erfolg oder Misserfolg der kriegerischen Anführer sei in erster Linie, so auch bei Childerich, ihre „individuelle Gewaltbereitschaft“ gewesen, die in allen Berichten über sie als zentrales Charakteristikum hervorgehoben wird. Daneben hätten kriegerische Erfolge und damit verbunden hohe Beuteeinnahmen, die unter den Gefolgsleuten aufgeteilt ein wichtiges Instrument zur Herstellung von Loyalität und Gruppenhierarchie darstellten, eine wichtige Rolle gespielt, wie Berndt am Beispiel von Attila zeigte. Der Fall des langobardischen Warlords Alboin machte schließlich deutlich, dass es sich bei dem auf Austausch beruhenden Verhältnis zwischen dem Warlord und seiner Kriegergemeinschaft um ein stark personales Verhältnis handelte, das nicht nur bei Tod des Anführers oder Aus-

bleiben von Beutezahlungen, sondern auch in Folge von fehlenden Gelegenheiten zum Erwerb von Ehre und Prestige im Kampf aufgelöst werden konnte. Vor dem Hintergrund dieser drei Fallstudien resümierte Berndt, dass sich zwar kein „idealtypischer“ Warlord abgezeichnet habe, der Begriff des Warlords als Analysekategorie dennoch geeignet sei, um zu einem „vertieften Verständnis von frühmittelalterlichen Kriegergruppenanführern und der Organisation ihrer Gewaltgemeinschaften“ beizutragen.

Im Zentrum des Vortrages von LAURY SARTI (Berlin) standen die Fragen, ob im merowingischen Gallien eine militärische Elite greifbar ist, welche Merkmale ggf. eine Abgrenzung dieser Elite zu anderen Bevölkerungsgruppen zulassen, und welche Rolle militärischen Leistungen für die Gruppenzugehörigkeit zukam. Diesen Fragen näherte sich Sarti in einem methodischen Zweischritt, indem sie zuerst terminologische Hinweise in den schriftlichen Quellen in Hinblick auf höhergestellte militärische Gesellschaftsgruppen auswertete und die Ergebnisse schließlich mit verwandten archäologischen Befunden abglich. Sie verwies auf Begriffe wie *francus*, *leudes*, *belligeratores*, *bellatores*, *proeliatores*, *pugnatores* und *armigeri*, sehr ambivalente Termini, die eine genauere Zuordnung zu einer spezifischen Gesellschaftsschicht oder Personen nur durch umfassende Kontextualisierungen erlaubten. Gemein sei diesen Begriffen, dass sie militärische, höhergestellte, königsnahe Gesellschaftsgruppen bezeichneten. Diesen zum Teil übergeordnet war die Gruppe königlicher Amtsträger, darunter der *comes*, *dux* und *patricius*, die eine hervorragende gesellschaftliche Position innehatten. Neben ihren militärischen Funktionen übernahmen diese Personen auch zivile oder administrative Aufgaben. Daneben ging Sarti auf die *conviva regis* und *antrustiones* ein, die in unmittelbarer Königsnähe bezeugt seien. Neben diesen Gruppen gebe es jedoch auch vereinzelt Hinweise auf militärisch bedeutende Eliten, für die kein direkter Bezug zum König nachweisbar sei. Die Analyse archäologischer Befunde bestätige diese Ergebnisse. Unter der Prämisse, dass reiche Grabbeigaben auf eine hohe gesellschaftliche Gruppenzugehörigkeit verweisen, zeigte Sarti, dass sich reiche Waffengräber den aus den Schriftquellen bekannten Gesellschaftsschichten zuordnen ließen. Darüber hinaus erlaubten Knabengräber, die ebenfalls Waffen und Kriegsgeschirr bein-

halten, Rückschlüsse auf das Selbstverständnis einer Elite zu ziehen, die sich mit ihrer militärischen Funktion identifiziert habe. Sarti kam zu dem Schluss, dass es im untersuchten Zeitraum durchaus eine herausragende militärische Elite gab. Diese kennzeichnete sich durch Merkmale wie militärische Aktivität, eine gehobene gesellschaftliche Stellung, politisches Gewicht, Nähe zum König sowie die Identifikation mit militärischen Fähigkeiten. Schwierigkeiten bereite aber die Abgrenzung dieser Elite mit Blick auf Mitglieder einer niederen Oberschicht ohne Führungsaufgaben gegenüber den anderen Bevölkerungsschichten. Bei dieser diffusen Abgrenzung müsse es sich jedoch nicht zwangsläufig um eine Folge lückenhafter Quellenüberlieferung handeln. Denkbar sei vielmehr, dass diese Ungenauigkeit eine „tatsächlich vorhandene Durchlässigkeit“ der militärischen Elite widerspiegle. Mit dem Ausblick, dass am Ende der Merowingerzeit militärische Fähigkeiten nicht mehr allein Merkmal einer Militärelite, sondern Merkmal der frühmittelalterlichen Elite insgesamt geworden seien, schloss Sarti ihren Vortrag.

Im letzten Beitrag der Sektion stellte MATTHIAS HARDT (Leipzig) die Frage, ob es auch im Gebiet an der mittleren und unteren Donau sowie an der Ostgrenze des Frankenreiches in der zweiten Hälfte des ersten Jahrtausends n. Chr. Persönlichkeiten gab, die der modernen Vorstellung von Warlords entsprechen könnten. Diese Frage ordnete er in die Forschungskontroverse um die Genese der slawischen Welt zwischen Ostsee, Adria und Schwarzen Meer ein. Anhand von sechs Lebensläufen aus den Jahren zwischen 530 n. Chr. und 967 n. Chr. – Chilbud, Hildigis, Samo, Woynimir, Pribina und Wichmann der Jüngere – zeichnete Hardt dazu Handlungsmöglichkeiten und Handlungsräume slawischer Kriegerpersönlichkeiten nach. Als erster Warlord werde Chilbud greifbar. Sein Lebenslauf zeige, dass der Dienst in der römisch-byzantinischen Armee eine Möglichkeit der slawischen Herrschaftsbildung darstellte. Bei dem zweiten und dritten Beispiel, dem Langobarden Hildigis und dem Franken Samo handelte es sich jeweils um Fremde, denen es gelang, slawische Gefolgschaften aufzubauen. Im Jahr 795 n. Chr. machte sich Woynimir, die vierte vorgestellte Kriegerpersönlichkeit, wie ein moderner Warlord die Schwäche des Awarenreiches zu Nutze. Die letzten zwei Beispiele von Pribina und Wichmann dem Jüngeren zeigten schließlich noch einmal, dass sich slawische Warlords

an den Grenzen bewegten und diese häufig überschritten. Die sechs Lebensläufe machten deutlich, so das Resümee von Hardt, „dass an den Grenzen des frühbyzantinischen Reiches, des awarischen Kaghanats und des ostfränkischen Reiches immer wieder Bedingungen entstanden, unter denen Kriegerpersönlichkeiten die sich ihnen ergebenden Chancen ergreifen und auf militärischer Gewalt, ökonomischen Gewinn und häufigen Grenzüberschreitungen beruhende Herrschaft aufbauen konnten“. In Anknüpfung an die eingangs gestellte Frage kam Hardt zu dem Schluss, dass die Definitionen der modernen Politikwissenschaft zwar zuträfen, das Wirken der untersuchten Männer jedoch über das eigennützige und gewalttätige Handeln moderner Warlords hinaus gegangen sei. So habe ihr militärischer Erfolg nicht zuletzt dazu geführt, dass der Name der Slawen eine Anziehungskraft auf fast alle erfolgreichen Ostmitteleuropäer entfaltet und somit zur Entstehung der slawischen Welt beigetragen habe. Mit dieser Lesart machte Hardt einen Kompromissvorschlag für die zu Beginn aufgeworfene Frage nach der Genese slawischer Fürstenherrschaft.

Die abschließende Diskussion, in deren Mittelpunkt Fragen nach der Anwendbarkeit des modernen Begriffs des Warlords sowie nach dem Mehrwert der Kategorie des Warlords für die Erforschung des Frühmittelalters standen, zeigte die Aktualität der Suche nach Konzepten zur Erfassung von militärischen Führungspersönlichkeiten und -gruppen in der Zeit des Übergangs von der Antike zum Mittelalter. Auch wurde dabei deutlich, dass die Debatte um Deutungsansätze für die Entstehung und Etablierung neuer Herrschaftsformen im Frühmittelalter noch nicht abgeschlossen ist.

Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Matthias Becher (Bonn) / Guido M. Berndt (Erlangen-Nürnberg)

Matthias Becher (Bonn), Einführung. Frühmittelalterliche Warlords

Guido M. Berndt (Erlangen-Nürnberg), Kampf, Beute, Ehre. Warlords und ihre Kriegergruppen im frühen Mittelalter

Francisca Hoyer

Laury Sarti (Berlin), *Duces, antrustiones und bellatores*. Eine Militärelite im nachrömerzeitlichen Gallien?

Matthias Hardt (Leipzig), Warlords bei den frühen Slawen

Tagungsbericht HT 2014: *Aufstieg und Fall frühmittelalterlicher Warlords*. 23.09.2014–26.09.2014, In: H-Soz-Kult 28.11.2014.

**HT 2014: Gewinner und Verlierer in Medien der Selbstdarstellung –
Bilder, Bauten, Inschriften, Leichenpredigten, Münzen, Medaillen
und öffentliche Bekenntnisschriften im 16., 17. und frühen 18.
Jahrhundert**

Leitung: Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands (VHD); Verband der Geschichtslehrer Deutschlands (VGD)

Bericht von: Christian Popp, Akademie der Wissenschaften zu Göttingen

Die Quellenüberlieferung jenseits der schriftlichen Hinterlassenschaften von Privatpersonen oder Verwaltungsapparaten beschäftigt die Historiker oft nur am Rande, wie die mangelnde Rezeption von Standardwerken der Epigraphik in der Mittelalter- und Frühneuzeitforschung nur zu oft zeigt. Die von Jörg Lampe (Göttingen) initiierte und geleitete und von Thomas Kaufmann (Göttingen) moderierte Sektion setzte mit Bildern, Bauten, Inschriften, Leichenpredigten, Münzen, Medaillen und öffentliche Bekenntnisschriften eben solche Quellen ins Zentrum. Diese Objekte, die grundsätzlich auf öffentliche Präsenz angelegt waren, sollten unter dem Aspekt der Selbstdarstellung betrachtet werden. Es galt, die spezifische „Medialität“ dieser Gegenstände – die Kombination von Bild und Schrift, ihre Materialität, ihre Nachdrücklichkeit durch Dauerhaftigkeit oder durch das gesprochene Wort in existenzieller Lebenssituation – zu untersuchen, um dem Rahmenthema entsprechend Strategien einer Inszenierung als Gewinner oder einer Umdeutung von Niederlagen herauszuarbeiten, wie Jörg Lampe in seiner kurzen Einleitung betonte.

Die Umdeutung von Niederlagen stand im Mittelpunkt des Beitrages von RUTH SLENCZKA (Berlin). Unter dem Titel „Verlierer als Gewinner. Porträts als Medien der dynastischen Selbstdarstellung“ widmete sie sich der fürstlichen Repräsentation. Porträts hatten sich im Laufe des 16. Jahrhunderts zum unverzichtbaren Bestandteil öffentlicher Räume entwickelt und waren damit in der Frühen Neuzeit ein

hervorragendes Medium der Geschichtsdeutung. Wie Porträts den Blick auf Gewinn und Verlust wandelten, wurde an drei Beispielen vorgeführt: So ließ sich der 1523 abgesetzte und im Exil lebende Christian II. von Dänemark als würdevoller Herrscher und als Reformator darstellen. Einen heilsgeschichtlichen Rahmen besitzt das Gruppenporträt der anhaltinischen Fürsten, das von der Cranachwerkstatt 1556 in eine Darstellung der Taufe Christi eingefügt wurde. Repräsentativ und als eine Art Stammutter der Reformatoren dargestellt ist dabei auch Margarethe von Brandenburg, obwohl sie, nachdem ihr Mann sie 1550 der Untreue angeklagt und sie sich durch Flucht gerettet hatte, für die askanische Familie einen dynastischen Problemfall darstellte. Zuletzt stellte Ruth Slenczka die heute in Gotha hängende und ursprünglich elf Bilder umfassende Ahnenreihe der Ernestiner aus den 1630er-Jahren vor. Auch hier werden die Fürsten als Helden im Kampf für die Reformation dargestellt und eine schwere Niederlage wie der Verlust der Kurwürde als Gewinn umgedeutet. Durch die Präsenz der Porträts im öffentlichen Raum, so das Resümee der Referentin, wohnte den Bildern eine eigene normative Kraft inne; sie besaßen damit eine größere Wirkmächtigkeit als die Schriftquellen.

SEBASTIAN SCHOLZ (Zürich) präsentierte eine Rekonstruktion des Textprogramms, das Landgraf Wilhelm IV. von Hessen 1587 in der Schlosskirche von Schmalkalden anbringen ließ. Die Tafeln wurden 1608 aus der Kirche entfernt und sind heute verschollen. Sie orientierten sich an der 1521 erschienenen Schrift „Passional Christi und Antichristi“, in der das Wirken Christi und das Wirken des Papstes kontrastierend entgegengesetzt wurden. In Schmalkalden waren den Bibelzitaten, die die Lehre Christi versinnbildlichten, antithetisch päpstliche Texte (päpstliche Rechtsprechung, Trienter Konzil etc.) beigegeben, zusätzlich wurden die Antithesen durch Hexameter kommentiert. Dieses bisher nicht untersuchte Textkorpus erlaubt einen faszinierenden Einblick in die zugespitzte reformatorische Propaganda dieser Jahre, die bei den päpstlichen „Belegen“ vor sinnentstellenden Kürzungen und – wenn sich kein prägnantes Zitat finden ließ – auch vor freien Erfindungen nicht zurückschreckte. Die reine Lehre, die in der Schlosskirche zu Schmalkalden gepredigt wurde, sollte als Gewinner dastehen, das Papsttum wurde als Verlierer vorgeführt, da es sich sichtbar vom Got-

**HT 2014: Gewinner und Verlierer in Medien der Selbstdarstellung –
Bilder, Bauten, Inschriften, Leichenpredigten, Münzen, Medaillen und
öffentliche Bekenntnisschriften im 16., 17. und frühen 18.**

Jahrhundert

teswort entfernt hatte und als Götzendiener und Antichrist auftrat. Die Überlegenheit der Reformation über den katholischen Glauben wurde so jedem Besucher der Kirche eindrucksvoll vermittelt.

BARBARA UPPEKAMP (Hamburg) beschäftigte sich in ihrem Referat mit dem Schloss als Ort symbolischer Kommunikation von Gewinnern und Verlierern, wobei die Verlierer in der Baukunst außer durch abgebrochene Projekte kaum sichtbar werden. Uppenkamp zeigte, dass Fürsten wie Heinrich der Jüngere von Braunschweig-Wolfenbüttel (gestorben 1568) oder Erich II. von Calenberg (gestorben 1584) ihre Gewinnerrolle symbolisch in ihr Bauprogramm einfließen ließen, ersterer beispielsweise beim Bau der katholischen Schlosskapelle in Wolfenbüttel mit der Übernahme kaiserlicher Elemente aus Wien. Erich II. von Calenberg ließ als enger Vertrauter Philipps II. Elemente der Architektur des Habsburgerkönigs in den Bau seiner Schlösser und Festungen einfließen (Freudenthal, Landestrost, Hannoversch-Münden). Auch in den Bauten des adligen Söldnerführers Hilmar von Münchhausen (gestorben 1573) lassen sich zeichenhafte Architekturelemente finden, beispielsweise beim Ausbau des 1564 erworbenen ehemaligen Prämonstratenserstifts Leitzkau zur Schlossanlage. Der Komplex sollte nach der Umgestaltung den Eindruck eines angestammten Familiensitzes erwecken.

Mit „Elefanten, Schlangen und Böcken“ lockte HENDRIK MÄKELER (Uppsala) den gut gefüllten Hörsaal auf das Gebiet der Münz- und Medaillenkunst. Numismatische Objekte sind als Medien der Selbstdarstellung besonders gut geeignet, da die Geschehnisse hier durch Bild- und Schriftelemente verarbeitet und gedeutet werden können. In Kombination mit der Rhetorik des Edelmetalls lässt sich so eine hohe Informationsdichte erreichen. Der Referent legte den Schwerpunkt auf die Prägungen anlässlich der Schlachten der schwedischen Könige Gustav II. Adolf (1611–1632), Karl X. Gustav (1654–1660) und Karl XI. (1660–1697). Münzen und Medaillen waren Mittel der Herrschaftspropaganda, Niederlagen wurden mit ihrer Hilfe umgedeutet. Eindrucksvoll ließ sich dies an der Medaille auf den Tod König Gustavs II. Adolf in der Schlacht bei Lützen 1632 zeigen. Hier ist der tote König im Triumphwagen zu sehen, der Papst wird als teuflische Gestalt unter den Wagenrädern abgebildet. Die numismatischen Objekte der Kriegsgegner konkurrierten miteinander in ihrer Ausgereiftheit und wurden auch

den jeweiligen Gegnern übersendet. Die einzelnen Münzen und Medaillen inszenieren den eigenen Herrscher zwar immer als Sieger, aber aneinandergereiht betrachtet bilden sie dann eben doch auch Verlierer ab.

Die Fokussierung auf die fürstliche Selbstdarstellung wurde durch den Beitrag von JÖRG LAMPE (Göttingen) beendet. Der Leiter der Sektion fragte auf der Quellenbasis von etwa 100 Epitaphien aus der Zeit zwischen 1540 und 1650 aus Niedersachsen und angrenzenden Gebieten nach zeitgenössischen Maßstäben für Erfolg und Misserfolg. So wurden bei den Kriegsobersten beispielsweise Tapferkeit und Weltläufigkeit, Ruhm und Ehre hoch gelobt, wogegen die konfessionelle Zugehörigkeit keine Rolle spielte. Die Auswertung der Grabinschriften erbrachte insbesondere für die Gruppe der bürgerlichen Räte, der städtischen Funktionsträger und der Ärzte interessante Ergebnisse. Als Gewinn wurde auf den Grabdenkmälern vorwiegend die erworbene Bildung (Aufzählung der Studienorte, Bildungsreisen etc.) und die Leistungen und Dienste für das Allgemeinwohl herausgestellt und der Nachwelt präsentiert. Noch bemerkenswerter ist, dass die Grab- und Bauinschriften durchaus Niederlagen thematisierten; anzutreffen ist beispielsweise die Klage, aus Glaubensgründen aus der Heimat vertrieben worden zu sein. Auch dabei lassen sich jedoch bestimmte Kompensationsstrategien erkennen. So lässt sich der Verweis auf die spätere ewige Gerechtigkeit auch als Umdeutung des Verlustes in einen Sieg lesen.

Daran anknüpfend untersuchte JÖRG WITZEL (Marburg), ob und wie sich Verlusterfahrungen in autobiographischen Texten aus Leichenpredigten niederschlagen. Seine Quellengrundlage bildeten 52 Texte Thüringer Provenienz aus der Zeit um 1700. Zur Sprache kommen Niederlagen und Verluste darin meist unter dem Oberbegriff *Creutz=Schule*, was die Umdeutung vom Leid in Gewinn, letztendlich in Gewinn des ewigen Lebens, beinhaltet. Die Auswertung des Textcorpus zeigt, dass verschiedene Verlusterfahrungen unterschiedlich bewertet wurden. Während die katastrophalen Folgen des Dreißigjährigen Krieges für die eigene Lebenswelt in eher nüchternen Worten und ohne Einordnung in den historischen Kontext beschrieben werden, ist der Umgang mit dem Verlust nahestehender Menschen durchaus als emotional zu kennzeichnen. Der Tod der eigenen El-

HT 2014: Gewinner und Verlierer in Medien der Selbstdarstellung – Bilder, Bauten, Inschriften, Leichenpredigten, Münzen, Medaillen und öffentliche Bekenntnisschriften im 16., 17. und frühen 18.

Jahrhundert

tern/Ehepartner/innen/Kinder wird selten als Gewinn für das eigene Leben aufgefasst, hier wird vielmehr herausgestellt, dass man sich dem Willen Gottes zu fügen hat. Dagegen sind Krankheitsbeschreibungen sehr häufig mit einem religiösen Sinn verknüpft, die Deutung von Gesundheitsverlust als Zugewinn eigener Spiritualität fiel den Autoren offenbar wesentlich leichter. Letztendlich werden auch im autobiographischen Narrativ Verlusterfahrungen mit einem Bedeutungsgewinn verknüpft: Die erfolgreiche Überwindung von Hindernissen weist den Verfasser als Gewinner aus.

Die Vortragenden traten mit dem erklärten Ziel an, die als „Objekte besonderer Materialität“ charakterisierten Gegenstände als Quellen für historische Fragestellungen mit Gewinn nutzbar zu machen. Dies wurde in der Sektion durchaus überzeugend eingelöst, am eindrucksvollsten wohl bei der Behandlung der Inschriftencorpora. Hier drängte sich nach der Sektion besonders deutlich der Eindruck auf, dass diese Quellen zwar in Einzelfällen, besonders für biographische Forschungen, genutzt werden, dass sie sich aber auch für systematische Fragestellungen eignen und in dieser Hinsicht noch kaum erschlossen sind.

Sektionsübersicht:

Sektionsleitung und Einführung in die Sektion: Jörg Lampe (Göttingen)

Ruth Slenczka (Berlin), Verlierer als Gewinner: Porträts als Medien der dynastischen Selbstdarstellung

Sebastian Scholz (Zürich), Gewinner und Verlierer in öffentlichen Bekenntnisschriften

Barbara Uppenkamp (Hamburg), Das Schloss als Ort symbolischer Kommunikation von Gewinnern und Verlierern

Hendrik Mäkelar (Uppsala), Elefanten, Schlangen und Böcke: Gewinner und Verlierer in der Münz- und Medaillenkunst

Jörg Lampe (Göttingen), Gewinner und Verlierer in Grab- und Bauinschriften des 16. und 17. Jahrhunderts

Christian Popp

Jörg Witzel (Marburg), Gewinne aus Verlust!? – Von Verlusten in autobiographischen Texten aus Leichenpredigten

Moderation: Thomas Kaufmann (Göttingen)

Tagungsbericht HT 2014: *Gewinner und Verlierer in Medien der Selbstdarstellung – Bilder, Bauten, Inschriften, Leichenpredigten, Münzen, Medaillen und öffentliche Bekenntnisschriften im 16., 17. und frühen 18. Jahrhundert.* 23.09.2014–26.09.2014, In: H-Soz-Kult 20.10.2014.

**HT 2014: Aus Verlierern Gewinner machen (können).
Obrigkeitliche Gnadengewalt im 16. und 17. Jahrhundert in
europäisch vergleichender Perspektive**

Leitung: Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands (VHD); Verband der Geschichtslehrer Deutschlands (VGD)

Bericht von: Alexander Denzler, Vergleichende Landesgeschichte und Geschichte der Frühen Neuzeit, Katholische Universität Eichstätt

Der 50. Deutsche Historikertag in Göttingen (23.-26. Sept. 2014) mit seinem Leitthema „Gewinner und Verlierer“ setzte sich zu Recht auch mit der obrigkeitlichen Gnadengewalt auseinander. Denn das Bitten um und die Gewährung von Gnade waren in der Vergangenheit grundlegende Faktoren der Entwicklung von Staatlichkeit, die es den Herrschenden ermöglichten, aus Bittstellern, die sich aus welchen Gründen auch immer als ‚Verlierer‘ begriffen haben, ‚Gewinner‘ zu machen. Die Möglichkeiten und Grenzen sowie die Praktiken dieses „Aus Verlierern Gewinner machen (können)“ hat die Sektion unter der Leitung von GABRIELE HAUG-MORITZ (Graz) in europäisch vergleichender Perspektive untersucht.

Die Sektionsleiterin, die derzeit zusammen mit SABINE ULLMANN (Eichstätt-Ingolstadt) ein themenrelevantes Forschungsprojekt leitet¹, verdeutlichte dabei zunächst in einem Eröffnungsvortrag, dass ungeachtet der historischen Allgegenwart des Gnadenbittens und der Gnadengewährung die konkreten Erscheinungsformen tiefgreifenden Veränderungen unterlagen, wovon nicht zuletzt eine sich wandelnde Begrifflichkeit kündet. So fand seit dem ausgehenden 15. Jahrhundert der Begriff „Supplik“ oder „Supplikation“ Eingang in die europäischen Kanzleisprachen (Supplik, requête, supplication, petición, petitizione, suppliken usw.). Dort beschrieb er alle Arten von nicht-bindenden Aufforderungen wie Bitten, Wünsche, Klagen, Forderungen und Ratschläge. Als spezifisch

¹Siehe den Internetauftritt unter <<http://www.suppliken.net>> (12.11.2014).

frühneuzeitlich an dieser traditionellen Herrschaftskommunikation erscheint die schriftliche Form sowie der ordentliche, förmliche Gang des Supplizierens. Um 1800 wiederum verschwand der Begriff, da in dieser Zeit aus dem Supplikenwesen das konstitutionell anerkannte, individuelle Petitionsrecht wurde.

Ausgehend von diesen Zäsuren stand in der Sektion die frühneuzeitliche monarchische Gnadengewalt in der Habsburgmonarchie, im römisch-deutschen Reich, im päpstlichen Herrschaftsbereich und in Frankreich im Mittelpunkt. Dabei wurde der neueren Forschung Rechnung getragen, die betont, dass sich im Europa des 16. und 17. Jahrhunderts „Herrschaft“ (potestas) nur angemessen beschreiben lässt, wenn Recht und Gnade als zwei Seiten einer Medaille betrachtet werden.

Als erster referierte STEFAN BRAKENSIEK (Duisburg-Essen) über Supplikation als kommunikative Herrschaftstechnik in der zusammengesetzten Habsburgermonarchie. Der Referent führte zunächst ganz grundsätzlich aus, dass das Supplizieren den Untertanen die Möglichkeit eröffnete, aus eigener Initiative in Kommunikation mit der Obrigkeit zu treten, und es bei der Obrigkeit nahezu einen „Antwortzwang“ gab, da die Bereitschaft, sich der Anliegen von Untertanen anzunehmen, eines der wichtigsten legitimierenden Momente vormoderner Herrschaft war. Gleichzeitig schrieb der supplizierende Untertan der Obrigkeit die Macht zu, Gnade zu gewähren. Die Interaktion schuf dabei Verhaltens- respektive Verfahrensrollen: Die gnadenbittende Seite musste sich als gehorsam, abhängig und reuig stilisieren, während die gnadengewährende Seite das untertänige Flehen zu erhören hatte. Solche Rollenbilder bestanden nicht zuletzt deshalb, da auf gnadenbittender Seite viele Suppliken unter Verwendung zeitgenössischer Ratgeberliteratur und/oder durch die Hand eines professionellen Schreibers entstanden sind, während auf gnadengewährender Seite der (begutachtende) Justiz- und Verwaltungsapparat die Entscheidung vorbereitete. Supplikationsverfahren sind also immer als Ausdruck und Motor eines umfassenderen Bürokratisierungsprozesses zu begreifen.

So supplizierten in den Ländern der böhmischen Krone die Untertanen in erster Linie an ständische Landesbehörden oder machtvollen Magnaten. Und erst mit der Schaffung von Kreisämtern sowie mit den Reformen unter Maria Theresia wurde die Krone für die Supplizie-

HT 2014: Aus Verlierern Gewinner machen (können). Obrigkeitliche Gnadengewalt im 16. und 17. Jahrhundert in europäisch vergleichender Perspektive

renden zugänglicher. Anders gestaltete sich die Lage in den peripher gelegenen Teilen der Habsburgermonarchie. In Ungarn fanden die Untertanen und Gemeinden beim Kaiser und dessen Behörden kein Gehör. Demgegenüber war für die lokalen Korporationen des Adels Wien deutlicher näher. Dies verdeutlichte der Referent am Beispiel des Magistrats der Stadt Szatmár, der im frühen 18. Jahrhundert versuchte, mit Suppliken, aber auch mit einer Abordnung nach Wien, den Status einer königlichen Freistadt zu erlangen. Die Abordnung warb hierbei mit Geschenken für das Anliegen. Solche informellen Strategien, die auf Patronage-Klientel-Strukturen aufbauten und diese verstärkten, blieben prägend für den (supplikationsbedingten) Kontakt zwischen Wien und Ungarn, obgleich im Laufe des 18. Jahrhunderts Schmiergeldzahlungen immer weniger offen eingefordert werden konnten, der Austausch insgesamt bürokratischere Formen annahm und ein „aufgeklärter“ Duktus Einzug hielt.

In den Österreichischen Niederlanden wiederum waren bis in die 1770er-Jahre Supplikationen ausnahmslos an den kaiserlichen Statthalter in Brüssel gerichtet. Dort wurde das Anliegen jedoch nicht entschieden, sondern an die Provinzbehörden weitergeleitet, wo die „eigentliche“ Bearbeitung und Entscheidung erfolgte. Diese *indirect rule* durch die regionalen Eliten und Ständeversammlungen hatte jedoch ihre Grenzen. Denn jedes Supplikationsverfahren bot der Brüsseler Zentrale zugleich die Möglichkeit, die eigene Entscheidungskompetenz zu inszenieren und die Hierarchien zwischen den Verwaltungsebenen darzustellen.

EVA ORTLIEB (Wien) thematisierte daran anschließend die kaiserliche und ständische Gnadengewalt im römisch-deutschen Reich. Im Vordergrund stand der Vergleich der Reichstagssupplikationen, die beim Kurfürsten von Mainz als Erzkanzler im Rahmen der Reichstage von 1544, 1559 und 1582 eingereicht wurden, mit jenen bislang noch unzureichend erforschten Bittschriften, die der Reichshofrat als kaiserliches Gericht und Beratungsinstanz zu bearbeiten hatte. Eine quantitative Analyse erbrachte zunächst den Befund, dass entgegen den bisherigen Forschungen der Kaiser mit klarem Abstand der am häufigsten gewählte Adressat war, und zwar auch dann, wenn man jene Bittschriften ausklammert, die an das Reichsoberhaupt aufgrund

seiner besonderen Möglichkeiten, wie der Gewährung von Privilegien, gerichtet waren. Und auch bei der sozialen Herkunft der Bittsuchenden konnte die Referentin deutliche Unterschiede feststellen. So traten vor dem Reichstag vor allem Reichsstände als Bittende auf, während sich an den Reichshofrat in erster Linie Untertanen wandten, die reichsmittelbar und nicht-adelig waren. Inhaltlich setzte sich der Reichstag vor allem mit Konflikten zwischen Reichsständen und reichsrelevanten Belangen wie etwa den Reichssteuern auseinander. An den Reichshofrat gelangten demgegenüber in erster Linie Beschwerden oder Hilfsbitten, die im Zusammenhang mit der territorialen bzw. städtischen Rechtspraxis standen. Zu nennen sind etwa Bitten um Befehlsschreiben an Gerichte oder Bitten um kaiserliche Intervention bezüglich einer obrigkeitlichen Bestrafung.

All diese Unterschiede verweisen darauf, dass es im Reich mit Reichstag und Reichshofrat zwei gnadengewährende Institutionen gab, die über ungleiche Rahmenbedingungen verfügten, wobei, neben der unterschiedlichen Autorität, vor allem die mangelnde Periodizität des Reichstags hervorzuheben ist. Statt jedoch zu konkurrieren, ergänzten sich vielmehr die Institutionen. Gerade die laufenden Forschungen zu den Untertanensuppliken am Reichshofrat² können dieses Bild weiter fundieren.

BIRGIT EMICH (Erlangen-Nürnberg) richtete den Blick auf das päpstliche Supplikenwesen. Das Papsttum erscheint hierbei aufgrund der überlieferten Quellenmasse – mehr als 7.000 Registerbände dokumentieren alleine die von der Mitte des 14. bis zum 19. Jahrhundert eingegangenen Bittschriften – und aufgrund des hohen Bürokratisierungsgrades als eine „Gnadenmaschine“. Verschiedenste Ämter und Behörden waren mit der Bearbeitung der Suppliken betraut, von denen das vielfältigste und wichtigste seit dem 16. Jahrhundert das Brevensekretariat war. Es stellte alleine unter Papst Paul V. (1605-1621) vier Gratialbreven pro Tag aus. Die Empfänger kamen neben Spanien und Portugal vor allem aus Italien (69 Prozent). Inhaltlich ging es aufgrund der Doppelfunktion des Papstes als spirituelles Oberhaupt der Weltkirche und weltliches Oberhaupt des Kirchenstaates um geistliche und

²Ebd.

HT 2014: Aus Verlierern Gewinner machen (können). Obrigkeitliche Gnadengewalt im 16. und 17. Jahrhundert in europäisch vergleichender Perspektive

weltliche Angelegenheiten, die nicht immer klar zu unterscheiden sind.

Dies unterstreichen die Eingaben und Suppliken, die aus der – 1598 unter die Herrschaft der Päpste gelangte – Region Ferrara in Rom eingetroffen waren. Einzelne Ferraresen und ihre Familien baten um die Aufnahme in den Stadtadel, ökonomische Vergünstigungen oder religiöse Bewilligungen wie die Lizenz, Verwandte in Frauenklöster besuchen zu dürfen. Daneben supplizierte die Stadt Ferrara respektive deren Vertreter etwa für Verpachtungen und Geschäftsvereinbarungen. Und auch ansonsten spielte im Verwaltungsalltag des Kirchenstaates das Supplizieren eine große Rolle. Dieser Zusammenhang von Supplikenwesen und Staatsverwaltung sollte nach dem Dafürhalten der Referentin weiter untersucht werden.

Weiterführende Perspektiven eröffnet ferner der Befund, dass einerseits in den Suppliken die klientelären Bindungen an die Papstfamilie formal keine Rolle spielten. Andererseits wurde das Supplizieren vorbereitet und begleitet von Gesprächen und Korrespondenzen mit ranghohen Fürsprechern, so vor allem dem Kardinalnepoten. Dessen Patronage gab faktisch oftmals den Ausschlag für die Gnadengewährung. Wer also die päpstliche Gnadenmaschine verstehen möchte, muss auch die Patronagekorrespondenz des Nepoten beachten. Eine solche Weitung des Blickes und des Quellenbestandes scheint nach Emich wohl generell für die Untersuchung des vormodernen Supplikationswesens erforderlich zu sein. Zu beachten ist zudem, dass die Gnadengewalt immer auch eine pekuniäre Dimension hatte. So lässt sich in Rom für die sogenannte Datarie festhalten, dass deren Gebühren und Einnahmen im Benefizienwesen eine wichtige Geldquelle für den Papst waren.

LOTHAR SCHILLING (Augsburg) wiederum konnte in Anknüpfung an die einführenden Bemerkungen der Sektionsleitung zeigen, dass die Begriffe *supplique* und *supplication* im frühneuzeitlichen Frankreich einen – in der Regel verschriftlichten – Akt des Bittens bezeichneten, der an eine höher gestellte Person oder Institution gerichtet war. Dabei gab es ein breites Spektrum an Konnotationen und Konstellationen, das von der bedingungslosen Unterwerfung bis zur Berufung auf Prinzipien und Rechte reichte.

Darauf aufbauend führte Schilling in Übereinstimmung mit den bisherigen Sektionsbefunden aus, dass Supplikationen von Patronage-

Klientelbeziehungen geprägt waren. Neben dem König waren dabei im Grundsatz auch dessen zwischen 4.000 (um 1500) und 80.000 (vor 1789) Amtsträger potentielle Adressaten von Suppliken, da sie als Inhaber eines bestimmten Aspekts der königlichen Gewalt respektive als Teil des unsterblichen Körpers des Königs verstanden wurden. Doch auch der König empfing direkt bis in die 1670er-Jahre über Audienzen und danach indirekt über „Schalterstunden“ Bittschriften, wobei hier in der Regel von einer Weiterleitung an die zuständigen Ministerien und Amtsträger auszugehen ist. Die direkt an den König gerichteten Suppliken waren hierbei sehr stark standardisiert und formalisiert. Demgegenüber gab es, neben vielen Zwischenformen, auch die sehr einfachen sog. „placets“, die häufig an einen hohen Amtsträger gerichtet waren.

Alle Suppliken waren, unabhängig von der Form, eine wichtige Informationsquelle für die Krone. Andererseits musste der König auch zugänglich sein. Dies erforderte das im Mittelalter entwickelte und bis ins 18. Jahrhundert gepflegte Konzept des *roi grand justicier*, welches die Herrschergewalt des französischen Königs in erster Linie aus dessen Stellung als oberster Richter herleitete. Aus diesem idealisierten Anspruch resultierte die Pflicht, den (supplizierenden) Untertanen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Wie wirkmächtig das Ideal des zugänglichen Königs war, zeigte sich nicht zuletzt in den Religionskriegen des 16. Jahrhunderts, als sich die Beschwerden über die Nichtzugänglichkeit des Königs häuften und die konkurrierenden Hochadligen zahlreiche Suppliken erhielten. Und auch danach sollten, wollten und konnten nun auch wieder die französischen Könige zugänglicher sein. Diese Einschätzungen müssen jedoch, so Schilling, durch weitere Forschungen überprüft werden.

SABINE ULLMANN hob in ihrem abschließenden Kommentar hervor, dass vier Herrschaftsträume behandelt wurden, in denen die räumliche und kulturelle Distanz zwischen Adressaten und Empfängern der Suppliken variierte und in denen verschiedene Zwischengewalten mit, neben oder gegen die Zentralgewalt als Gnadeninstanz fungierten. Diese strukturellen Unterschiede bedingten eine Vielzahl an Verfahrenswegen, wobei weiter zu untersuchen sei, welche Bedeutung dem mediatisierten Kontakt zukam.

Neben den verschiedenen Herrschaftsstrukturen und Verfahrenswegen

HT 2014: Aus Verlierern Gewinner machen (können). Obrigkeitliche Gnadengewalt im 16. und 17. Jahrhundert in europäisch vergleichender Perspektive

gen sowie ungeachtet der Vielzahl an supplizierten Sachverhalten gab es aber auch eine gewisse Einheit bezüglich der Form und Sprache der Texte. Dieser Standardisierung und Formalisierung lag die Vorstellung einer fürstlichen Gnadengewalt zugrunde, welche auch in den – in dieser Hinsicht noch unzureichend erforschten – politischen Schriften des 16. und 17. Jahrhunderts thematisiert wurde. Die Kommentatorin resümierte ferner, dass das vormoderne Gnadenwesen sehr stark von der Patronage abhing. Dies wiederum bestätigt die Affinität zwischen obrigkeitlicher Gnadengewalt und Funktionsweise des vormodernen Staates. Zu betonen ist hierbei die Multifunktionalität: Suppliken konnten für die Empfänger zur Selbstdarstellung der Gnadenautorität gegenüber Untertanen und mediaten Gewalten, aber auch gegenüber den eigenen oder fremden Monarchen genutzt werden, sie konnten ein Verwaltungsinstrument frühneuzeitlicher Staaten sein, denen die administrative Kontrolle und herrschaftliche Durchdringung noch nicht gelungen war, sie konnten als Informationskanal für Missstände dienen oder schlicht eine Finanzquelle sein. Die mit der Sektion eröffnete europäisch vergleichende Perspektive sollte hierbei weiter vertieft werden, um etwa auch die sakrale Dimension der Gnadengewalt besser einordnen zu können.

Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Gabriele Haug-Moritz (Graz)

Stefan Brakensiek (Duisburg-Essen): Supplikation als kommunikative Herrschaftstechnik in zusammengesetzten Monarchien

Eva Ortlieb (Wien): Kaiserliche versus ständische Gnadengewalt? Reichshofrat und Reichstag als Empfänger von Supplikationen

Birgit Emich (Erlangen-Nürnberg): Gnadenmaschine Papsttum: Das römische Supplikenwesen zwischen Barmherzigkeit und Bürokratie

Lothar Schilling (Augsburg): Le roi justicier – königliche Gnadengewalt im frühneuzeitlichen Frankreich

Sabine Ullmann (Eichstätt-Ingolstadt): Kommentar

Tagungsbericht HT 2014: *Aus Verlierern Gewinner machen (können)*. Obrig-

Alexander Denzler

keitliche Gnadengewalt im 16. und 17. Jahrhundert in europäisch vergleichender Perspektive. 23.09.2014–26.09.2014, In: H-Soz-Kult 28.11.2014.

**HT 2014: „Rise and Fall“? Normwandel in der Bemessung
dynastischen und staatlichen „Erfolgs“ im „Zeitalter der
Aufklärung“**

Leitung: Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands (VHD); Verband der Geschichtslehrer Deutschlands (VGD)

Bericht von: Paul Beckus, Institut für Geschichte, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Wie ließ sich im ausgehenden Ancien Régime der Erfolg von Herrschern, von Staaten und Dynastien beurteilen? Welche unterschiedlichen Maßstäbe wurden dabei im 18. Jahrhundert angelegt? Diese Fragen standen in der Sektion „Rise and Fall“ im Mittelpunkt des Interesses. Ausgehend von Paul Kennedys „The Rise and Fall of the Great Powers“¹ erläuterte THOMAS BISKUP (Hull) einführend den zentralen Stellenwert der Kategorien von Aufstieg und Fall für die Geschichte der internationalen Beziehungen. Erfolg und Misserfolg wurde in der Geschichte der internationalen Beziehungen aber überwiegend gemessen anhand der politisch-militärischen Durchsetzungsfähigkeit von Staaten und Herrschern. Zeitgenössische Kriterien der Erfolgszuschreibung und der Rangzuteilung blieben dagegen unbeachtet. Biskup verwies auf eine Reihe weiterer Kriterien, die in der Frühen Neuzeit als Indikatoren von Erfolg unter den europäischen Fürsten gewertet werden konnten. Genannt wurden: der Rang in der europäischen Fürstengesellschaft, das Alter der Dynastie, Attraktivität und Integrationskraft des jeweiligen Hofes und das individuelle Ansehen einzelner Herrscher. Dabei konstatierte Biskup auch einen Wandel der Kategorien im 18. Jahrhundert, durch den territoriale Größe, militärische und finanzielle Stärke sowie das „Gemeinwohl“ als neue Erfolgsindikatoren an Bedeutung gewannen, ohne dass von einer zyklischen Ablösung der älteren Kategorien von Anciennität und Würde gesprochen werden kann.

¹Paul Kennedy, *The Rise and Fall of the Great Powers*, New York 1987.

ANDRÉ KRISCHER (Münster) beschäftigte sich in seinem Beitrag „Rang, Status und Ritual – überlebte Kategorien im 18. Jahrhundert?“ mit dem Fortwirken symbolischer Kommunikation von der Mitte des 18. Jahrhunderts bis zum Wiener Kongress. Krischer vertrat dabei die Position, dass von einem prinzipiellen Bedeutungsverlust dieser Kategorien keine Rede sein kann, wie er an den Rangstreitigkeiten der Botschafter Russlands und Frankreichs, Englands und Spaniens und den oft beherrschenden Rangdisputen während der Verhandlungen auf dem Wiener Kongress aufzeigte. Krischer konstatierte zwar eine Bedeutungsaufwertung von statistischen Daten, verwies aber zugleich auf das Fortbestehen der älteren Kategorien und nutzte in diesem Zusammenhang Biskups Begriff einer „zeremoniellen Sattelzeit“.

Mit eben diesem neuen Medium der Statistik setzte sich LARS BEHRISCH (Utrecht) in seinem Vortrag „Politische Zahlen. Statistik als neuartige Messlatte staatlichen Erfolgs“ auseinander. Laut Behrisch vollzog sich besonders nach dem Siebenjährigen Krieg ein Prozess, in dessen Verlauf die zahlenmäßige Erfassung von Staaten und ihrer Politik zunehmend an Bedeutung für die Bemessung von Erfolg gewann. Das Instrument dieser Bemessung war die bereits im 16. Jahrhundert entstandene Statistik, die laut Behrisch in der „Zeit der Aufklärung“ zunehmend auch von einer breiten Öffentlichkeit als eindeutiges Analysewerkzeug der Wirklichkeitsaneignung angesehen wurde. Diese öffentliche Wahrnehmung beförderte den Diskurs der Zahlen maßgeblich, wobei er sich zunächst in den kleineren Territorien des Alten Reiches etablierte. Das war laut Behrisch deshalb der Fall, weil diese im „Wettlauf um Prestigeressourcen“ in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts endgültig auf der Strecke geblieben waren und zum anderen, weil ihre überschaubaren und administrativ homogenen Territorien besser erfasst werden konnten. Die sich zunehmend allgemein etablierende Statistik diente dabei auch immer dem Vergleich zwischen Staaten und ermöglichte so eine scheinbar eindeutige Kategorie der Bemessung politischen Erfolges als die zuvor vorherrschenden Kriterien: entscheidender Maßstab für die Glückseligkeit eines Staates war die Anzahl der Einwohner pro Quadratkilometer. Mit Hilfe dieser neuen Erfolgskategorie setzten sich die Fürsten dabei aber – in Tradition älterer Repräsentationsstrategien – wiederum als das Gemeinwohl ins Auge fassende Landesväter in Szene.

HT 2014: „Rise and Fall“? Normwandel in der Bemessung dynastischen und staatlichen „Erfolgs“ im „Zeitalter der Aufklärung“

In der Diskussion der Vorträge von Krischer und Behrisch standen der Wandel von Rang und den Visualisierungsstrategien von Rang (wie lassen sich Zahlen darstellen?) und die Begrifflichkeit der Sattelzeit im Mittelpunkt. Wolfgang Burgdorf wies darauf hin, dass in der Rangkommission des Wiener Kongresses Rangfragen über die Nutzung des Alphabets entschärft wurden, und Walter Demel fragte nach der Anerkennung afrikanischer und andere außereuropäische Kaisertitel und damit nach der globalen Dimension von Rangkonflikten. Ausgehend von der Beobachtung, dass der Begriff der „Sattelzeit“ von der Auswahl der Beispiele (Großbritannien, Frankreich, Altes Reich) abhängt – in Spanien habe bereits Philipp II. die Größe seiner Besitzungen als Argument für den rangpolitischen Vorrang (trotz mangelnden Kaisertitels) angeführt – bemerkte Arndt Brendecke, dass die Modelle für eine zahlenbasierte Bemessung politischen Erfolgs seit der Renaissance die gesamte Frühe Neuzeit über „in Latenz“ bereitstanden. Lars Behrisch zufolge war jedoch das Wachstumsdenken ein neuer Faktor, der vom früheren ökonomischen oder demographischen Nullsummenspiel deutlich unterschieden sei: Im 18. Jahrhundert wurde nicht mehr statische Größenzahlen verglichen, sondern es erfolgte ein Vergleich des Wachstums.

ANDREAS PEČAR (Halle) warf mit seinem Vortrag „Avantgarde statt Präzedenz? Die Idee der Zivilisationsmission und ihre Folgen für die Länderklassifikation“ die Frage auf, wie die Konzeption des Fortschritts in der Geschichte und die Idee einer zunehmenden Zivilisierung der Menschheit neue Vorstellungen einer hierarchisierten Staatenwelt ermöglichten. Mit Blick auf die europäische Fürstengesellschaft führte er vor, wie die Fortschrittskategorie zunächst um 1700 auch als Kategorie zur Herrscherverehrung Ludwigs XIV. genutzt wurde. Neben das Kriterium der Ranghierarchie rückte bei aufgeklärten Autoren zunehmend der Aspekt der Fortschrittlichkeit und der Rückständigkeit als Kriterium der Staatenklassifikation in den Mittelpunkt. Zentrale Messlatte war die Frage nach den Taten und den Leistungen eines Herrschers für den Fortschritt der Menschheit, insbesondere nach der Förderung der Wissenschaften und Künste. In den konkreten Aussagen über fortschrittliche und rückschrittliche Staaten wurden allerdings selten empirisch nachvollziehbare Urteilskriterien angelegt, vielmehr spielten hier Ste-

reotype und traditionelle Fremdbilder wie die ‚leyenda negra‘ im Falle Spaniens eine zentrale Rolle. Am Beispiel der Bewertung der ersten Teilung Polens als Beitrag zur Zivilisierungsmission durch den preußischen König Friedrich II. gegenüber Voltaire und d’Alembert führte Pečar schließlich vor, wie die Kriterien der Fortschrittlichkeit und Rückschrittlichkeit dann wieder machtpolitisch genutzt werden konnten und territoriale Expansion auch und gerade im Kreis aufgeklärter Autoren als legitim und nachvollziehbar erscheinen ließen.

CASPAR HIRSCHI (St. Gallen) referierte in seinem Beitrag „Das Erbe des ‚Colbertismus‘. Die staatliche Organisation des Wissens im Ancien Régime“ über die Reformen Jean-Baptiste Colberts zur Akkumulation staatlichen Wissens und deren Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung Frankreichs. Er widersprach dabei der Annahme, dass der „Colbertismus“ als eine politische Praxis verstanden werden sollte, die zu staatlichem Dirigismus und letztlich zum wirtschaftlichen Niedergang Frankreichs geführt hätte. In der Folge zeigte Hirschi, dass sich die Reformen Colberts vorrangig auf den Justiz- und Verwaltungsapparat beschränkten und dabei die Eindämmung der Beamtenschaft ins Auge fassten. Dies scheiterte aber einerseits daran, dass Colbert zur Durchsetzung seiner Reformen auf die Akteure angewiesen war, deren Interessen er beschneiden wollte, und zum anderen daran, dass Ludwig XIV. kurzfristige Ziele verfolgte, welche eine Umsetzung von Colberts Reformen im Verwaltungsapparat in der angedachten Form unmöglich machten.

In der Diskussion der Beiträge von Pečar und Hirschi wies Birgit Emich darauf hin, dass formelle und informelle Strukturen keinen Gegensatz bildeten, sondern dass Niklas Luhmann zufolge formelle Strukturen nie ohne informelle denkbar seien.

In ihrem Kurzkommentar zum Abschluss der Sektion griff Claire Gantet die Vortragsthemen noch einmal auf und betrachtete sie unter dem Blickpunkt der unterschiedlich verwendeten Begriffe „Staat“ und „internationales Staatensystem“ und deren Konkurrenz zu den traditionellen Hierarchievorstellungen der Fürstengesellschaft. In diesem Zusammenhang warf sie auch die Frage auf, inwiefern das Zeremoniell als ältestes Hierarchieprinzip durch die neueren quantitativen Verfahren nicht eher neu aufgeladen als abgelöst wurden. In der Abschlussdiskus-

HT 2014: „Rise and Fall“? Normwandel in der Bemessung dynastischen und staatlichen „Erfolgs“ im „Zeitalter der Aufklärung“

sion wies Arndt Brendecke auf die Implikationen der Debatte für unser Epochenmodell hin und fragte, ob der „Absolutismus“ Rang hervorgebracht und auch wieder abgeschafft habe. Barbara Stollberg-Rilinger warf die Frage nach den Vergleichsmaßstäben von Erfolg auf und stellte zur Diskussion, ob in der Bemessung politischen Erfolgs eine Verschiebung von Dynastien hin zu Nationen erfolgt sei. Alle Referenten der Sektion waren sich jedenfalls darin einig, dass man im 18. Jahrhundert keinen geradlinigen Prozess ausmachen könne, in dem traditionelle Erfolgskriterien wie Rang zunehmend an Bedeutung verloren und durch mathematisch messbare statistische Erfolgsindikatoren ersetzt worden seien. Vielmehr überlagerten sich unterschiedliche Klassifikationskriterien und wurden im politischen Raum – abhängig vom Geltungsanspruch der Akteure und der beurteilenden Autoren – auf je spezifische Weise eingesetzt.

Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Andreas Pečar (Halle) / Thomas Biskup (Hull)

Thomas Biskup (Hull), Einführung in das Thema

André Krischer (Münster), Rang, Status und Ritual – überlebte Größen im 18. Jahrhundert?

Lars Behrisch (Utrecht), „Politische Zahlen“: Statistik als neuartige Messlatte staatlichen Erfolgs

Andreas Pečar (Halle), Avantgarde statt Präzedenz? Die Idee der Zivilisationsmission und ihre Folgen für die Länderklassifikation

Caspar Hirschi (St. Gallen), Das Erbe des „Colbertismus“: die staatliche Organisation des Wissens im Ancien Régime

Tagungsbericht HT 2014: „Rise and Fall“? Normwandel in der Bemessung dynastischen und staatlichen „Erfolgs“ im „Zeitalter der Aufklärung“. 23.09.2014–26.09.2014, In: H-Soz-Kult 05.12.2014.

HT 2014: Tiere als Verlierer der Moderne? Der Wandel der Beziehung zwischen Menschen und Tieren im interdisziplinären Blick

Leitung: Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands e.V. (VHD); Verband der Geschichtslehrer Deutschlands e.V. (VGD)

Bericht von: Sandra Eckardt / Dorothee Hemme, Institut für Kulturanthropologie/Europäische Ethnologie, Georg-August-Universität Göttingen

„Das Tier“ als Kategorie ist nach wie vor ein blinder Fleck in den Geistes- und Kulturwissenschaften, zumal es jenseits seiner phänomenologischen Attraktivität erst in Ansätzen theoretisiert worden ist. Die Sektion „Tiere als Verlierer der Moderne? Der Wandel der Beziehung zwischen Menschen und Tieren im interdisziplinären Blick“ fragte nach den Möglichkeiten und Perspektivierungen dieser sich etablierenden Forschungsrichtung für die Kultur- und Geschichtswissenschaften und danach, welche neuen Sichtweisen diese zu bestehenden Konzepten hinzufügen können.

Einführend zeigte die Kulturanthropologin MICHAELA FENSKE (Göttingen) die vielfältigen Ambivalenzen unserer gelebten Beziehungen zu Haus- und Nutztieren auf. Sind Haus- oder Heimtiere, mit denen wir eher affektive Verbindungen zu hegen meinen, gegenüber Nutztieren die Gewinner und umgekehrt? Sie lenkte dabei den Blick auf die menschliche Perspektive, aus der heraus diese Frage formuliert sei. Der anthropozentrische Blick und eine einhergehende methodologische Asymmetrie seien Herausforderungen für die interdisziplinäre Tierforschung und deren theoretische und methodische Konzepte. Vor dem Hintergrund aktueller sozialanthropologischer Perspektivierungen von Tim Ingold, der eine „anthropology beyond humanity“¹ fordert, plädierte Fenske für eine andere Sicht auf die Fragestellung des 50. Deutschen

¹Vgl. Tim Ingold, *Anthropology Beyond Humanity*, in: *Suomen Antropologi: Journal of the Finnish Anthropological Society*; Vol. 38 Issue 3 (2013), pp. 5-23.

HT 2014: Tiere als Verlierer der Moderne? Der Wandel der Beziehung zwischen Menschen und Tieren im interdisziplinären Blick

Historikertages: Was gewinnen Menschen, wenn sie nach der Beziehung zwischen Menschen und Tieren in ihrem historischen Wandel fragen? Wissenschaftler/-innen seien als Teil dieses sozialen Gefüges zu reflektieren, jenseits der hergebrachten und zu überwindenden Trennung zwischen Mensch und Tier.

Dass die Frage nach den Mensch-Tier-Beziehungen eine Geschichte des Wissens konturiert, die nur multiperspektivisch und damit interdisziplinär zu bearbeiten sei, betonte der Historiker WINFRIED SPEITKAMP (Kassel) in seinen Begrüßungsworten. Der Frage nach der Handlungsmacht der Tiere ging er anhand ihrer Präsenz in Städten nach. Verschwanden die Tiere Ende des 19. Jahrhunderts zunehmend aus den europäischen Stadträumen in Richtung der Peripherien und ländlichen Areale, so geriet auch deren Ausbeutung aus dem Blick der städtischen Bevölkerung. Die reformerische Bewegung jener Jahre schrieb eine zivilisationskritische Kulturgeschichte des Verlustes, welche die Belange des Menschen in den Blick nahm, nicht aber der Tiere. Speitkamp unterstrich in Hinblick auf den methodischen Fokus der Sektion, dass die Mensch-Tier-Geschichte nur relational fassbar sei.

ALINE STEINBRECHER (Konstanz) plädierte für eine grundsätzliche inhaltliche und empirische Neubestimmung des Blickes auf Tiere. Anhand unterschiedlicher Quellen zur Hundehaltung im städtischen Alltag Zürichs von 1650 bis 1850 zeigte die Historikerin, dass die Ordnung der Tiere als eine Ordnung der Räume zu lesen sei, welche durch die numerische Präsenz der Hunde geprägt wurde, die in der Frühneuzeit die beliebtesten Haustiere waren. An der Einführung der Hundesteuer 1812 in der Schweiz wurde deutlich, dass dreimal so viele Hunde auf einen Einwohner der Stadt kamen wie heute. Als Statussymbole oder „unnütz gehaltene Tiere“ schrieben sie sich als Teilhaber am kulturellen Leben (bspw. Kirchgang) oder als agierender Stein des Anstoßes (bspw. durch das Hinterlassen von Kot) maßgeblich in den städtischen Alltag und in die Stadtgeschichte ein. Steinbrecher untersuchte die zwischen Mensch und Tier in Interaktionen ausgehandelte Relationalität. Das reale Tun der Tiere und Menschen – beispielsweise bei einem Parkspaziergang ohne Leine, den sie als Beispiel für gemeinsam geteiltes praktisches Wissen anführte – stehe im Fokus ihres praxeologischen Ansatzes, in dem Raum- und Emotionsgeschichte ineinander

greifen. Dass der forschende Blick auf die Hunde einer auf menschliche Repräsentationen ist, machte sie mit Hilda Kean deutlich.² Steinbrecher plädierte für eine Tiergeschichte als integralem Bestandteil der historischen Disziplin. Der Blick auf die Kulturgeschichte der Mensch-Tier-Beziehung als reziproke Aushandlungsprozesse ermögliche eine ganzheitliche Geschichte im Sinne einer symmetrischen Anthropologie.

Der von Dorothee Hemme verlesene Beitrag der Historischen Anthropologin BARBARA KRUG-RICHTER (Saarbrücken) blieb bei der Spezies Hund, fokussierte jedoch die Zucht als menschliche Praxis der Formung des tierischen Körpers in kulturhistorischer Perspektive. Nicht nur die Nutztierzucht des 19. Jahrhunderts, auch die bisher selten analysierten Selektionsprozesse bei Heimtieren deutete sie als Spiegel einer Entwicklung, in der das Tier als formbares Lebewesen in den Fokus des Menschen rückte. Das 19. Jahrhundert als Zeit der systematischen Züchtung von Hunden mit wechselnden Ästhetiken und ideologischen Fundierungen stand dabei im Zentrum. Sie analysierte Zuchtziele und Zuchtpraxen in Hinblick auf ihre Motive – etwa die Zuordnung bestimmter Züchtungen für Männer, Frauen und Kinder oder die im deutschen Kaiserreich sich verbreitende nationalistische Perspektive der Züchtung, welche die Idee von „reinen“ Hunderassen populär machte und aus der sich zahlreiche bis heute aktive Zuchtvereine und –verbände formierten. Der Hinweis, dass sich die züchterische Praxis der Vermessung der Körperlinien bis heute semantisch in Bezeichnungen analog zur Architektur äußere, indem der Hundekörper als „Gebäude“ bezeichnet wird, an dem der Mensch bauen und Moden der Formung umsetzen kann, leitete in eine angeregte Diskussion über, in der die Frage menschlicher „Züchtungspraxen“ etwa im Kontext pränataler Geburtenkontrolle und genereller, die Relevanz von Rassekonzepten für die Analyse von Mensch-Tier-Beziehungen weiter befragt wurden.

Im zweiten Teil der Sektion wechselte der Fokus von den Heim- zu den Nutztieren. Im Zentrum von LUKASZ NIERADZIK's (Wien) kulturanthropologischer Studie mit körper- und medizinhistorischem Fokus stand die Frage nach dem Tierkörper als Gefahr oder Ressource für die menschliche Gesundheit. Schauplatz seiner Forschungen wa-

²Vgl. Hilda Kean, *Animal Rights, Political and Social Change in Britain since 1800*, London 1998.

HT 2014: Tiere als Verlierer der Moderne? Der Wandel der Beziehung zwischen Menschen und Tieren im interdisziplinären Blick

ren die Wiener Schlachthöfe im 19. Jahrhundert, in denen rationale Tötungstechniken entwickelt wurden, die den Blick auf Tiere auf ihren bloßen ökonomischen Ressourcenwert verengten und versachlichten. Der Schlachthof wurde zu dem Ort, an dem „das nackte Leben verinnahmt wurde“, so Nieradzik in Bezug auf Giorgio Agamben.³ Und doch schien als Ungleichzeitigkeit ein Aspekt bestehen zu bleiben – der Glaube an ihre animalische Kraft. Die 1859 vom Mediziner Sigismund Eckstein gegründete „Heilanstalt für animalische Bäder“ machte den Schlachthof zu einem Ort, an dem Menschen mit der gesundheitsfördernden Wirkung von Fleisch geheilt werden sollten. Durch das Baden in Ingredienzen der gerade geschlachteten Tierkörper erhoffte man sich einen Übertrag seiner Kraft auf den menschlichen Körper. Zum jähen Bruch mit diesen Vorstellungen und zum Ende der animalischen Heilbäder führte die Entdeckung unsichtbarer Mikroorganismen und der Trichinen. Die wissenschaftliche Sichtbarmachung scheinbar unkontrollierbarer Kleinstlebewesen und das neue Wissen um Tierkörper als Träger und Überträger von Krankheiten führte seit der fin de siècle-Zeit zu einer Verunsicherung vor dem unendlich Kleinen. Nieradzik sprach von einer Neuziehung der Grenze zwischen Mensch und Tier. Die Diskussion um Nieradziks Forschung und den Einfluss der Entdeckung von Kleinstlebewesen warf die innerhalb der Human-Animal-Studies offene Frage nach den Grenzen der Betrachtung der Beziehung zwischen Menschen und Tieren auf.

Dass Nutztiere zwar als Verlierer der Moderne, jedoch als mehrfach gewinnbringende Elemente der Agrarrevolution gesehen werden können, illustrierte der Historiker WERNER TROSSBACH (Kassel) am Beispiel der Kuhanspannung als einem vergessenen Element der Agrarrevolution. Während lokale Erinnerungskulturen etwa um die Eifelkuh Schmidt innige Beziehungen von Menschen zu ihren mehrfach einsetzbaren Kühen tradieren und Gemälde mit Spannkühen bei Google und Ebay vielfach zu finden seien, konstatierte Trossbach eine historische Ausblendung des Phänomens. Mit umfangreichen Zahlen zu Futteraufwand, Arbeitsleistung und Milchleistung belegte er empirisch die Bedeutung, die die Kuhanspannung in Deutschland, Frankreich und

³Vgl. Giorgio Agamben, *Homo sacer. Die Souveränität der Macht und das nackte Leben*, Frankfurt am Main 2002.

andern Ländern im Laufe des 19. Jahrhundert real hatte und betonte die Autarkie, die den Kleinbauern daraus erwuchs, während Großbauern aus einer gewissen Dünkelhaftigkeit die Anspannung von Kühen kaum in Erwägung zogen: So konnten in Kriegszeiten Felder auch dann bestellt werden, wenn die Pferde eines Hofes zum Militär abgezogen worden waren. Der Hinweis auf den Agrarwissenschaftler Otto Dietz, der bei mehreren Generationen von Landwirten Mensch-Tier-Analogien in Hinblick auf den Feierabend festgestellt hat, schlug den Bogen zu der von Nieradziks vorgetragenen Erkenntnis, dass die Vorstellung der gemeinsamen Gesundheit von Mensch und Tier bis ins 19. Jahrhundert populär war. Die Perspektive der Rinder einzunehmen sei nicht einfach für ein historisches Fach, positive Effekte in Hinblick auf Arbeit und Freizeit für beide Spezies anzunehmen, sei aber naheliegend: Mensch und Tier entkamen dem Stall durch Einsätze an frischer Luft, wodurch etwa Krankheiten eingedämmt wurden. Die anschließende Diskussion nahm den eingangs geforderten Perspektivwechsel auf und fragte, ob über Kuhanspannung kulturelle Milieus erkundbar seien.

Die Kulturanthropologin BEATE BINDER (Berlin) forderte in ihrem Kommentar, dass die verschiedenen Perspektiven der Disziplinen klarer herauszustellen seien, um die vielfältigen theoretischen und methodischen Potenziale der interdisziplinären Auseinandersetzung mit der Mensch-Tier-Geschichte besser nutzen zu können. Aus der Kulturanthropologie könnten die jüngsten theoretischen Diskurse zu den Kategorien Raum, Gender und Emotionsforschung für eine Tiergeschichte ebenso fruchtbar gemacht werden wie eine dezidiert praxeologische Perspektive auf die Beziehungen zwischen Menschen und Tieren. Letztere fokussiert die Interaktion und das reale Handeln und leiste somit einen Vorstoß in Richtung einer symmetrischen, ganzheitlicher ausgelegten Geschichte. Den in diesem Zusammenhang gegebenen Hinweis, dass die Deutungsmacht von Wissenschaftler/-innen (Selbst-)Reflexion erforderlich mache, die zu den Stärken eines kulturanthropologischen Zugangs gehöre, griff CLEMENS WISCHERMANN (Konstanz) in seinem Kommentar auf. Dem Körper der Historiker/-innen sei bei einer Thematik, die sich mit lebendigen Wesen befasst, bislang erstaunlich wenig Beachtung geschenkt worden. Was bringen diese selbst an inkorporiertem Wissen über Tiere mit? Dies müsse als Erkenntniszugang stärker

HT 2014: Tiere als Verlierer der Moderne? Der Wandel der Beziehung zwischen Menschen und Tieren im interdisziplinären Blick

gemacht werden. Wischermann führte in eine die Sektion abschließende Diskussion über den Erkenntniswert der Human-Animal-Studies ein, der nochmals kontrovers befragt wurde. Während sie einerseits als exklusive Perspektive kritisiert wurde, welche das Gros der Tiere nicht fasse und beim Punkt der „agency“ stecken geblieben sei, wurde andererseits ihre Relevanz für den eingeleiteten Perspektivwechsel zur Dezentrierung des Menschseins herausgestellt.

Der letzte Aspekt der Diskussion konturierte ein Motto der Sektion: den Bewertungsmaßstab bei der Befragung von Tieren als Gewinner oder Verlierer der Moderne selbst zum Gegenstand zu machen. Nach Beate Binder eröffne ein solches Vorgehen den Blick für relationale Praxen, bei denen nicht nur die Mensch-Tier-Beziehungen im Fokus stehen könnten, sondern auch die Beziehungen zwischen den Arten, also zwischen Kühen und Pferden, Schweinen und Trichinen, Hunden und Flöhen. Mit einer solchen Forschungsperspektive könnte auch eine Annäherung an eine eingangs formulierte, zentrale Frage der Human-Animal-Studies geleistet werden, für die „das Tier“ als Kategorie untertheoretisiert sei. Was ist genau gemeint, wenn wir von einem Tier sprechen – das fleischliche, lebendige Wesen, auch seine fossilen Überreste oder das aus seinem Körper hergestellte Präparat? Wo kann die Betrachtung der Tierwelt anfangen und wo hört sie auf? Wie gestalten sich die Beziehungen zwischen Menschen und Wildtieren? Beforschen wir als Kultur- und Geisteswissenschaften für uns wahrnehmbare Tiere – um mit dem ethnografischen Potenzial der Sinne zu fragen — oder auch nahezu unsichtbare Kleinstlebewesen? Die Antwort auf diese Frage musste offen bleiben, auch wenn mit Donna Haraway die Gewissheit bleibt, dass wir niemals allein agieren: „I am vastly outnumbered by my tiny companions; better put, I become an adult human being in company with these tiny messmates. To be one is always to become with many.“⁴

Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Michaela Fenske (Göttingen) / Winfried Speitkamp

⁴Donna Haraway, *The companion species manifesto: dogs, people, and significant otherness*, Chicago 2005, p. 4.

Sandra Eckardt und Dorothee Hemme

(Kassel) / Aline Steinbrecher (Konstanz)

Michaela Fenske (Göttingen) / Winfried Speitkamp (Kassel), Einführung

Aline Steinbrecher (Konstanz), „Die Hunde einzig und allein bey den Menschen wohnen“. Zur Rolle der Hunde im städtischen Kontext (1650-1850)

Lukasz Nieradzik (Wien), „Tierisch gesund, tierisch krank“. Versuch eines körper- und medizinhistorischen Zugangs zur Erforschung von Mensch-Tier-Beziehungen im Wiener Fleischergewerbe des 19. Jahrhunderts

Barbara Krug-Richter (Saarbrücken), Zur Formung des tierischen Körpers am Beispiel der Hundezucht (19. und 20. Jahrhundert)

Werner Trossbach (Kassel), Entstehung und Rolle der Kuhanspannung in deutschsprachigen Territorien. Ein vergessenes Element der Agrarrevolution

Beate Binder (Berlin) / Clemens Wischermann (Konstanz), Kommentar

Tagungsbericht HT 2014: *Tiere als Verlierer der Moderne? Der Wandel der Beziehung zwischen Menschen und Tieren im interdisziplinären Blick*. 23.09.2014–26.09.2014, In: H-Soz-Kult 12.12.2014.

HT 2014: Jenseits von Gewinn und Verlust: Entscheidungsfindung in der Frühen Neuzeit

Leitung: Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands (VHD); Verband der Geschichtslehrer Deutschlands (VGD)

Bericht von: Pascale Mannert, Internationales Graduiertenkolleg „Religiöse Kulturen im Europa des 19. und 20. Jahrhunderts“, Ludwig-Maximilians-Universität München

Die Sektion „Jenseits von Gewinn und Verlust: Entscheidungsfindung in der Frühen Neuzeit“ stellte sich zur Aufgabe, die Tragfähigkeit des Paradigmas, unter das der Historikertag stand, zu untersuchen. Am Beispiel von Frankreich, dem Fürstentum Hessen-Kassel und Polen-Litauen wurden über einen weit gespannten geographischen Raum mit stark unterschiedlicher Herrschaftsdurchdringung Entscheidungsfindungsverfahren in den Fokus gestellt.

In ihrer Begrüßung hob MARIA RHODE (Göttingen) hervor, dass Konkurrenz und Entscheidung beide umfassten, dass mehrere Optionen bestünden und man eine Wahl treffen könne. Dies könne auf unterschiedliche Art geschehen; zum einen auf individueller Ebene, auf der weder Begründung zu geben noch Absprachen zu treffen seien. Daneben existierten aber auch kollektive Entscheidungen, die aus öffentlichen Beratungen hervorgingen. Hierzu bestünden Verfahren der Entscheidungsfindung.

RONALD G. ASCH (Freiburg) eröffnete die Sektion zur Entscheidungsfindung im Ancien Régime mit der Untersuchung einer umstrittenen dynastischen Erbfolge am Beispiel der Nachfolgeregelung Ludwigs XIV. Dieser hatte in seinem Testament eine Modifikation des dynastischen Erbrechts fixiert. Damit nahm er eine Entscheidungskompetenz in einem Bereich in Anspruch, der bislang dem Willen des Monarchen entzogen war bzw. bei dem Unklarheit in Bezug auf die Grenzen der königlichen Autorität bestand. Anhand dieses Konfliktfalls sowie einer späteren, als Angriff auf die Freiheiten der Kirche begriffenen Maßnah-

me, legte Asch die Motivationen, Rechte und Optionen verschiedener an den Konflikten beteiligten Akteure dar, vor allem des Pariser Parlaments, auf die Entwicklungen Einfluss zu nehmen. Das Parlament von Paris galt als Hüter der höchsten Rechtsprinzipien des Reiches und nahm für sich das Recht der „Purifizierung“ des königlichen Willens in Anspruch, das auf einer imaginierten Unterscheidung zwischen dem König als politischer Person oder als *corps mystique* und dem König als Mensch basierte. Die Rechte des Parlaments, die unter Ludwig XIV. zurückgedrängt wurden, erfuhren nach seinem Tode eine Wiederbelebung.

Asch arbeitete heraus, dass der Monarch die in Anspruch genommene Freiheit, keiner menschlichen Instanz Rechenschaft schuldig zu sein und auch von der Kirche in Gestalt des Papstes nicht zur Rechenschaft gezogen werden zu können, nur solange besaß, wie er sie nicht konsequent oder nur innerhalb gewisser Grenzen nutzte. Versuchte er, wie Ludwig XIV. es getan hatte, das dynastische Erbrecht zu verändern, ergab sich daraus ein Legitimationsproblem. In den folgenden Jahrzehnten unternommene Schritte zur Beseitigung der ambivalenten Stellung des Parlaments als Organ der „Purifizierung“ des königlichen Willens hätten, so Asch, Anfang der 1770er-Jahre erneute Legitimitätsdefizite geschaffen, die bis 1789 nicht mehr beseitigt werden konnten.

MARTIN FABER (Freiburg) stellte ein Beispiel zu Polen-Litauen vor und betonte eingangs, dass er sich in seinem Beitrag mit einem Phänomen beschäftigte, das nicht dazu diene, Entscheidungen zu finden, sondern dazu, ebensolche zu verhindern: Er konzentrierte sich in seinem Beitrag auf das *Liberum Veto* und betonte, dass es ihm mehr um das Formulieren von Fragen als um deren Beantwortung gehe. Eingangs bot er eine Übersicht über die Genese des *Liberum Veto* seit 1582 und ging Thesen über Gründe für seine Entstehung nach. Er beklagte eine fehlende Diskussion über dieses Thema unter polnischen Historikern; so habe es noch nie eine Konferenz oder einen Sammelband zum *Liberum Veto* gegeben. Die einzige Monographie stamme von 1919. Seinen eigenen Diskussionsbeitrag sehe er als Anregung zu einer Diskussion, indem er eine Nebeneinanderstellung existierender Interpretationen und einer Benennung ihrer Widersprüche, aber auch ihrer partiellen Unvereinbarkeit mit historischen Tatsachen vornehme.

TIM NEU (Göttingen) betonte in seinem Beitrag zu Hessen-Kassel, dass die Unterscheidung Gewinner und Verlierer unbestreitbar zu den „siegreichen“ Konzepten der frühneuzeitlichen Verfassungsgeschichte gehöre. Er postulierte allerdings, auch die Grenzen einer auf der Unterscheidung „Gewinner“ vs. „Verlierer“ fußenden Verfassungs- und Sozialgeschichte in den Blick zu nehmen. Steuerverhandlungen, führte er aus, seien als diskursiven Gabentausch zu begreifen und in ein weiteres Konzept höfischer Gabentauschsysteme eingebunden. Er zeigte, dass etwa um 1650 die Machtfrage zwischen dem (in dieser Frage siegreichen) hessischen Landgrafen und den (in diesem Fall unterlegenen) hessischen Landständen hinsichtlich der Besteuerung faktisch entschieden war. Kurioserweise wurden aber die Landtage, auf denen diese Steuerverhandlungen zwischen den genannten Parteien geführt wurden, trotz des kaum bis nicht vorhandenen Verhandlungsspielraums nicht kürzer, sondern zunehmend länger. Die Intensität der Verhandlungen nahm nicht ab, sondern im Gegenteil zu. In der Erklärung für diese paradox erscheinende Beobachtung löste er sich von der konzeptionellen Rahmung in Gewinner und Verlierer und verwies alternativ darauf, dass Praktiken mit explizit instrumenteller Zwecksetzung auch symbolische Aspekte umfassten. Sie konnten Akteuren als Mittel dienen, im politischen Zentrum anwesend zu sein und Anschluss an die höfische Gabentauschgesellschaft zu finden. Er forderte, die Ebene der instrumentellen Betrachtung zugunsten der Untersuchung sozialer Praktiken zu überdenken und neben den objektiven Verhältnissen auch subjektive Deutungen dieser Verhältnisse stärker zu berücksichtigen.

MARIA RHODE (Göttingen) eröffnete ihren Beitrag – den zweiten dieser Sektion zu Polen-Litauen – mit der Feststellung, dass seit dem 17. Jahrhundert Zeitgenossen und später Geschichtsschreiber aus Preußen und Russland das benachbarte Polen als Gegenbild zu den eigenen Staaten konstruierten. Über den Weg der Übernahme des Fremdbildes zum Selbstbild sei das Narrativ des Verfalls mit dem Liberum Veto als Grund allen Übels in die polnischsprachige Geschichtsschreibung eingeführt und dort dominant geworden. Die hierin häufig vorgenommene Verbindung von zahlreichen Einzelfällen, die über eine chronologische Anordnung hinaus zu einer Einheit verbunden würden, wodurch ihnen gleichsam eine Quasi-Evidenz verliehen werde, sei zu hinterfragen. Dies

gelte auch für die in diesem Zusammenhang vorkommende essentialistische Denkfigur des auf Wahrung seiner Eigeninteressen fokussierten Adels.

Rhode plädierte gegen synthetisierende Konstruktionen von Kausalketten, die dazu dienten, Brüche und Diskontinuitäten zu glätten oder auszublenden. Sie zeichnete anhand der Beispiele von Einmütigkeit und Veto im polnisch-litauischen Reichstag sowie am Beispiel der Diskussionen über den Verfahrensmodus und die Praxis der Königswahl exemplarisch Verfahren und Logiken der Entscheidungsfindungsverfahren nach und ging dabei auf die Frage nach deren symbolischem bzw. zeremoniellem Ausdruck ein. In einem dritten Schritt stellte sie zwei Aspekte als Ergänzung bzw. Erweiterung der bisherigen Forschungsansätze vor: zum einen unter den Aspekten, die einer einzelnen Stimme durch das Liberum Veto eingeräumt wurde, die Frage nach Individualisierung, und zum anderen den Komplex der Gewalt: Mit dem Bedeutungsverlust des Sejm ging ein Bedeutungsgewinn der Konföderation einher, in deren Zusammenhang der Einsatz von Waffen auch in inneren Auseinandersetzungen als legitim galt. Mit seiner solchen Umjustierung könne dazu beigetragen werden, das Nachdenken über die Modi der Entscheidungsfindung und über einen möglichen Verzicht auf Entscheidungen neu zu strukturieren.

MARKUS TAUSCHEK (Kiel) führte in seinem Beitrag die Hörer in die Gegenwart und ging auf aktuelle Hochschulrankings ein. Diese zeichnete er als symptomatisch für spätmoderne Konkurrenz- und Wettbewerbsgesellschaften, in denen Leistung hierarchisiert und zur Disziplinierung eingesetzt würde. Durch Rankings erfolge eine visuelle und textuelle Inszenierung einer hierarchisierten Listung bei gleichzeitiger Verschleierung der Interpretationsbedürftigkeit dieser Angaben. Dies würde auch dazu führen, dass an den ideologischen Grundfesten von Leistungsbewertung und Optimierung inzwischen vielfach zumindest diskursiv gerüttelt werde. Er benannte Listen als Werkzeug, um Leistungsunterschiede sichtbar zu machen. Rankings etwa, deren Ziel es explizit sei, eine Rangreihenfolge nach festgelegten Kriterien zu erstellen, suggerierten, Leistung sei mess-, objektivier- und vergleichbar. Kultur- und sozialwissenschaftliche Forschung, die auf einem konstruktivistischen Verständnis von Kultur beruhe, gehe hingegen davon

aus, dass Leistung immer Ergebnis eines komplexen Konstruktionsmechanismus sei. Ausgehend von den im Jahr 2012 erfolgten Stellungnahmen einiger Fachgesellschaften auf das Ranking des Centrums für Hochschulentwicklung (CHE), in dessen Verlauf es dem CHE nicht gelungen sei, die betroffenen wissenschaftlichen Akteure vom Instrument des Rankings nachhaltig zu überzeugen, ging er der Frage nach, welche argumentativen und performativen Handlungsspielräume wissenschaftliche Akteure innerhalb des Diskurses um Optimierung und Rankings nutzten. Im Gegensatz zu normativen Perspektiven, die Rankings entweder kategorisch ablehnen oder als sinnvolle Instrumente der Leistungsmessung und -optimierung ansähen und nutzten, sei die kulturanthropologische Forschung sich dessen bewusst, dass ihr Blick auf Lebenswelt, Alltag und Wirklichkeit lediglich »partial truths« zur Diskussion stellen könne.

In ihrem Abschlusskommentar hob BARBARA STOLLBERG-RILINGER (Münster) hervor, dass es in der Frühen Neuzeit Kriterien wie Vergleichbarkeit, klare Regeln oder Objektivität nicht gegeben habe. Konsens sei die Norm gewesen und Rangkonkurrenz sei, zumindest dem Eigenbild der Akteure nach, immer nur widerwillig erfolgt. Als Gemeinsamkeiten der Modi kollektiven Entscheidens nannte sie, dass 1. politisches Handeln in der Frühen Neuzeit immer konsensorientiert sei, dass 2. Entscheidungen daher selten seien, dass es 3. aber darum nicht oder nicht primär ging. Sie mahnte an, Konsensfixiertheit nicht mit faktischer Willensübereinstimmung gleichzusetzen – die ohnehin nicht messbar sei. Dissens delegitimiere die Entscheidung, weshalb Konsensfassaden üblich gewesen seien. Kompromisse, Gewalt und Drohung seien üblich gewesen, jedoch durch die Konsensfassade überdeckt worden. Die Grenzen des Konsens, führte sie aus, seien oft schwammig gewesen; heilsame Ambiguität habe dazu beigetragen, Grenzen nicht zu definieren: Relevant war, das Gesicht zu wahren. Als Kehrseite des Konsensprinzips benannte sie, dass Entscheiden nicht selbstverständlich war, was am Beispiel Polen illustriert worden sei. Die Vorträge hätten aufgezeigt, dass manchmal erhöhter Entscheidungsbedarf bestand. Dann könne, wie die Beispiele gezeigt hätten, das Nichtherbeiführen von Entscheidungen fatal sein. Die Akteure könnten so zu Verlierern werden, möglicherweise mit, wie das Beispiel Polen-Litauen zeige, nach-

haltigen Folgen.

Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Maria Rhode (Göttingen)

Ronald G. Asch (Freiburg im Breisgau): Der Wert des Vetos. Die „Remontrances“ des Pariser Parlement und ihre Bedeutungswandel im 17. und 18. Jahrhundert

Martin Faber (Freiburg im Breisgau): Missverständnis, übertriebene Tugend, Notwendigkeit für den Staat oder Phantom? Das polnische Liberum Veto und seine gegensätzlichen Interpretationen

Tim Neu (Göttingen): Jenseits von Gewinn und Verlust. Steuerverhandlungen in den Reichsterritorien nach 1650 als Gabentausch

Maria Rhode (Göttingen): Einmütigkeit, Mehrheit, Veto, Los. Abstimmungsprozeduren im polnisch-litauischen Reich

Markus Tauschek (Kiel): Zur kulturellen Konstruktion von Konkurrenz. Kulturanthropologische Fragen an ein „allgemeines Gesellschaftsphänomen“

Barbara Stollberg-Rilinger (Münster): Kommentar

Tagungsbericht HT 2014: *Jenseits von Gewinn und Verlust: Entscheidungsfindung in der Frühen Neuzeit*. 23.09.2014–26.09.2014, In: H-Soz-Kult 22.07.2015.

HT 2014: Von der Sowjetunion lernen? Der gesellschaftliche Umgang mit Veteranen des Sowjetisch-Afghanischen Krieges

Leitung: Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands (VHD); Verband der Geschichtslehrer Deutschlands (VGD)

Bericht von: Anne Hasselmann, Departement Geschichte, Universität Basel

Weitgehend unbemerkt jährte sich im Februar 2014 der 25. Jahrestag des Abzuges der sowjetischen Truppen aus Afghanistan. Die Rückkehr der sowjetischen Soldaten im Jahr 1989 fiel mit dem politischen Zusammenbruch der UdSSR zusammen. Die Sektion ging der Frage des gesellschaftlichen Umganges mit den über 620.000 Soldaten aus den ehemals sowjetischen Staaten, die in dem über neun Jahre währenden Krieg für den Erhalt der „internationalen Sicherheit“ kämpften nach.

Für das Verständnis des Verhältnisses der „Afgancy“ genannten Veteranen zu dem Krieg und ihr Bemühen um gesellschaftliche und juristische Anerkennung, sind die soldatischen Selbstbilder und die ideologische Zuschreibung von staatlicher Seite relevant. Besonders aufschlussreich wird dieses Spannungsfeld an dem Begriff der „internationalen Pflicht und Brüderhilfe“ mit dem MARKUS MIRSCHEL (Zürich) in die visuelle Berichterstattung zweier offizieller Printmedien der Sowjetunion einführte. Zeitungen, Berichterstatter und Fotografen präsentierten das gewünschte Bild der Machthaber und gestalteten ein Kriegsnarrativ welches sich im Verlauf des Konfliktes diversifizierte, jedoch stets ein positiv konnotiertes Bild des Soldaten zeigte. Mirschel argumentiert, dass sich die sowjetische Kriegsphotografie einer traditionellen Bildsprache bediente, die ihre Ursprünge in der Abbildung des Neuen Menschen beim Aufbau des Kommunismus hat. Während die Fotografie den Status eines Leitmediums der Agitation und Propaganda bis zuletzt beanspruchte, büßte sie laut Mirschel im sowjetisch-afghanischen Krieg ihre Glaubwürdigkeit ein.

Die Bildmotive sind vertraut und sollen dadurch Kontinuität suggerieren. Das Vokabular der Presseberichterstattung korrespondiert mit der Bildsprache und die Invasion wird als Weiterführung einer jahrzehntelang währenden Zusammenarbeit legitimiert. Die Begriffe „internationale Pflicht“ und „Brüderhilfe“, die als Bildunterschriften die Perzeption des Betrachters lenkten, waren keine für diesen Krieg geschaffenen Hülsen. Vielmehr sind sie traditioneller Bestandteil des sowjetischen Propagandavokabulars und unterstützen auf diese Weise die wirkmächtige Mär der „unterstützenden sowjetischen Hand“ die die militärische Intervention als Fortführung einer Brüderhilfe darstellt. Realpolitische Gründe des Konflikts verschwanden völlig hinter den die sowjetische Gesellschaft durchdringenden Schlagworten der Freundschaft, internationalen Pflicht und Hilfe sowie der Solidarität. Die Berichterstattung präsentierte somit eine scheinbar gesellschaftlich akzeptierte Selbstverständlichkeit der sowjetischen Unterstützung im nationalen Befreiungskampf, in dem sich Afghanistan befände. Hierbei konnte auf vergangene Hilfsmaßnahmen der UdSSR zurückgegriffen werden, die die Bruderrepublik Afghanistan seit den 1920er-Jahren in infrastrukturellen, militärischen sowie sozialen und ökonomischen Bereichen unterstützte.

Anhand von Pressefotografien verfolgte Markus Mirschel die Brüderhilfe in der visuellen Berichterstattung und untersuchte Traditionslinien, Brüche und Veränderungen in der Kriegsbebilderung. Mithilfe von beschreibenden Kategorien, wie die des „visionären Blicks“ können deutliche Parallelen zu Bildkompositionen von Militär- und Arbeiterhelden aus den 1920er-, 1930er- und 1960er-Jahren gezogen werden. Eine weitere Traditionslinie, die ihre Widerspiegelung in den Darstellungen des Personen- bzw. Führerkultes der 1930er- bis 1950er-Jahre findet, sind die Gruppenbilder in denen sich einfache Soldaten um einen erfahrenen Kämpfer scharen.

Veränderungen lassen sich hingegen in der Darstellung der Soldatenportraits feststellen. Während zu Beginn der Intervention die sowjetischen Soldaten noch beim Pflanzen einer Allee oder als Ärztinnen gezeigt wurden, die afghanischen Mitstreiter bei der Lektüre der Lenin-Bibel porträtiert wurden, liess sich im Verlauf der 1980er-Jahre die Realität der Gefallenen nicht mehr verschweigen. Die Armeezeit-

HT 2014: Von der Sowjetunion lernen? Der gesellschaftliche Umgang mit Veteranen des Sowjetisch-Afghanischen Krieges

schrift „Krasnaja Zvezda“ sowie das Medium der kommunistischen Partei „Pravda“ publizierten Bilder hochdekorierte Soldaten in Paradeuniform. Während versiegelte Zinksärge die Heimat erreichten, sollten heroische Bilder ausgezeichneter Kämpfer und Verbrüderungsszenen mit den afghanischen Kombattanten den Erfolg des Einsatzes beweisen und die vaterländische Pflichterfüllung die Trauer der Hinterbliebenen mit Stolz kompensieren.

Unter dem Titel „Kabul in Moskau. Soziale Strategien zur Legitimierung der sowjetischen Afghanistan-Intervention im Russland des 21. Jahrhunderts“ schlug MICHAEL GALBAS (Konstanz) den Bogen in die Gegenwart. Der Referent präsentierte in seinem Vortrag die Praktiken der postsowjetischen Geschichtspolitik mit dem sowjetisch-afghanischen Krieg und ihre Verknüpfung mit der Vergangenheitsarbeit afghanischer Veteranenverbände. Vor dem Hintergrund der Prägungskraft von Geschichtspolitik auf individuelle Erinnerung, wurde nach der Wirkung auf die soziale Reidentifikation der Afgancy im postsowjetischen Russland gefragt. Können erinnerungspolitische Strategien zu einer Reintegration dieser Randgruppen führen? Und kann das Kriegsgedenken zur Erlangung einer gesellschaftlichen Kohärenz instrumentalisiert werden?

Anknüpfend an den vorherigen Vortrag skizzierte Galbas die Entwicklung der politischen Deutungsmuster des sowjetisch-afghanischen Krieges über den Zusammenbruch der UdSSR hinaus bis in das Jahr 2014. Obwohl es unter dem Eindruck von Glasnost und Perestrojka zu öffentlicher Kritik und einer Verurteilung der Intervention kam und den Afgancy 1994 der offizielle Status der Veteranen zugesprochen wurde, kam es zu keiner substantiellen Neubewertung bzw. inhaltlichen Aufarbeitung des Krieges. Im Zuge der postsowjetischen Identitätsbildung unter Vladimir Putin in dessen Zentrum der „Große Vaterländische Krieg“ steht, geriet auch der sowjetisch-afghanische Krieg erneut in den Fokus. Der „Heldenhafte Soldat“ und die „Vaterlandspflicht“ waren Topoi anhand welcher sich die politischen Deutungsmuster etablierten. Den Veteranen wurden in öffentlichen Reden Mut und Standhaftigkeit attribuiert und ein Nutzen für die Nation als militärpatriotische Vorbilder zugesprochen. Durch die Verknüpfung von Pflicht und Heimat schliesst dieses Deutungsmuster des Krieges als nationales Ereignis,

neben den Veteranen die Gesamtbevölkerung ein.

Galbas betont, dass die kritisch anmutenden Äußerungen Putins, in denen er den Afgancy Verständnis für eine fehlende Anerkennung zuspricht, nicht als reflektierende Auseinandersetzung zu deuten seien, sondern vielmehr als Verkehrung der Problematik: Als „Schule des Lebens“ wird das Leid der Veteranen euphemisiert. In diesen Denkmustern zeige sich eine Facette der Instrumentalisierung der Putinschen Geschichtspolitik, die eine Militarisierung von Gesellschaft und Kultur anstrebe.

Galbas schloss sich der These an, dass der Afghanistankrieg als Identifikationspunkt für den nationalen Zusammenhalt instrumentalisiert wird. In der von Putin propagandierten Nationalgeschichte erscheint der Afghanistankrieg als Folge einer Aneinanderreihung von militärischen Großtaten, deren Mittelpunkt der Sieg im Großen Vaterländischen Krieg darstellt. Durch die Betonung der nationalen Kohärenz während des Krieges und die aufopferungsvolle Pflichterfüllung durch die Soldaten wird der Afghanistankrieg in diese Genealogie eingereiht. Ein weiteres Merkmal der Militarisierung von Geschichtspolitik ist für Galbas der einheitliche Zeitbezug zwischen den Veteranen und der Bevölkerung. Der im Krieg erprobte Veteran wird zum Vorbild soldatischer Verhaltensweisen und Tugenden eines zivilen Alltagslebens. Diese Idolfunktion bietet den Afgancys gleichzeitig eine gesellschaftliche Reintegrationsmöglichkeit.

Anhand einer Diskursanalyse der afghanischen Veteranenverbände hinterfragte der Referent die Wirkmächtigkeit dieser staatlichen Narrative. In der Übernahme der offiziellen Motive des Krieges durch Verbandsvertreter lassen sich geteilte Narrative der Institutionen feststellen. Hier werde die Zusammenarbeit der zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteure in der Geschichtspolitik manifest, die für beide Seiten fruchtbar sei. Der offizielle Heldenkanon stelle die Rahmung für das Selbstbild der Afgancys dar, während die Arbeit der Veteranenverbände den nationalpatriotischen Identitätsaufbau des Staates und die russische Außenpolitik unterstütze. Abschließend gab Galbas einen Einblick in die individuellen Deutungsmuster der Afgancy. Die Auswertung von narrativ-biographischen Interviews zeigte, dass diese sehr heterogen sind und teilweise konträr zum offiziellen Bild stehen können. Sie rei-

HT 2014: Von der Sowjetunion lernen? Der gesellschaftliche Umgang mit Veteranen des Sowjetisch-Afghanischen Krieges

chen von einer affirmativen Übernahme der staatlichen Diskurse und einer Heroisierung des Selbstbildes bis hin zu einer Dekonstruktion des Heldennarrativs die sich in der vollständigen Sinnentwertung des Krieges und der Selbstbezeichnung als Opfer zeigten.

Der Referent fasste zusammen, dass die Glorifizierung des Militärischen nicht umfassend wirke, und sich die geschichtspolitische Narrative nur bedingt für die Herausbildung einer gesamtgesellschaftlichen Kohäsion eigne. Der afghanische Heldendiskurs sei ein Instrument staatlicher Institutionen, das die Veteranenorganisationen an das politische Programm anbinde und zugleich als Scharnier zwischen den Verbandsmitgliedern funktioniere.

Anhand von zwei belarussischen Denkmälern präsentierte FELIX ACKERMANN (Vilnius) die Materialisierung, bzw. die Lokalisierung von sowjetischer Kriegserinnerung im postsowjetischen Kontext. Die diskursive Praxis der Minsker Denkmalkomplexe zeige nicht nur Merkmale der gesamtsovetischen Narrative sondern auch nationalstaatliche Varianten vergangenheitsbezogener Sinnstiftung im heutigen Belarus auf. Mit dem Ziel die 1991 erlangte Souveränität zu legitimieren werde das sowjetische Erbe im Kontext der staatlichen Unabhängigkeit aktualisiert.

Der Referent betonte, dass beide Denkmäler von zivilgesellschaftlichen Akteuren initiiert worden seien und erst nach dem Zusammenbruch der UdSSR staatliche Unterstützung erfuhren. Bereits in den späten 1980er-Jahren konzipierten Soldatenmütter die „Insel der Tränen“, die als Mahnmal an ihre im sowjetisch-afghanischen Krieg gefallenen Söhne erinnert. Vor diesem Hintergrund spiegelt die doppelte Semantik der Denkmalsinschriften die erinnerungs-politischen Umbrüche: Auf Belarussisch wird der nationalstaatliche Verdienst am sowjetisch-afghanischen Krieg geehrt und auf Russisch wird an die internationalistische Pflicht und Brüderhilfe erinnert. Das 1996 im Zentrum von Minsk eingeweihte Mahnmal zeigt eine Kirche mit Skulpturen trauernder Frauen. Durch diesen christlichen Deutungshorizont wird es in erster Linie zu einem Ort der Trauer und der Demütigung, dem eine verklärende Heroisierung fehlt. Ackermann sieht in der Gewährung privaten Gedenkens einen starken Kontrast zu sowjetischen Mahnmälern, die in erster Linie als öffentliche Räume für offizielle Zeremonien konzipiert waren.

Während die sowjetischen Traditionslinien der trauernden Mütter und der männlichen Opfer fortgeführt würden, verweise ein weinender Engel mit männlichen Zügen auf die Opfer psychologischer Kriegsfolgen; ein Element das bislang vollständig aus dem Gedenkkanon ausgeschlossen war.

Dennoch sollte dies nicht als gesellschaftliche Hinwendung zum Christum oder einer gesteigerten Relevanz des sowjetisch-afghanischen Krieges missverstanden werden. Vielmehr beobachtet Ackermann eine säkulare Popularisierung durch pragmatische Aneignung, die sich beispielsweise in der Wahl des Ortes als Kulisse für Hochzeitsfotos oder Picknicks zeigt, und auf eine beschränkte Wirkmacht des nationalstaatlichen Narrativs einer „Nation von Opfern“ hinweist.

Im zweiten Beispiel des Referenten zeigte sich explizit die diskursive Verknüpfung des Großen Vaterländischen Krieges mit dem sowjetisch-afghanischen Krieg. Afghanische Veteranen veranlassten 2006 Baumpflanzungen im „Garten der Erben des Sieges“. Der Garten stellt einen wichtigen Bestandteil des Freilichtmuseums „Stalin-Linie“ dar, das westlich von Minsk an den Ausbruch des Großen Vaterländischen Krieges erinnert. Mit der Setzung der Triebe, die als ausgewachsene Bäume den Sieg im Zweiten Weltkrieg symbolisieren sollen, inszenieren sich die Afgancy als besonders geeignete generationelle Veteranen-Nachfolger. Dabei spielt es keine Rolle, dass der Abzug der sowjetischen Streitkräfte weniger einem Sieg als vielmehr einer Niederlage glich. Unter Berufung auf ihre militärpatriotischen Tugenden, die sie mit den Veteranen des Großen Vaterländischen Krieges vereint, beanspruchen die Afgancy Anteil am symbolischen Kapital des Sieges.

Exemplarisch lässt sich anhand der Denkmäler die Entwicklung der postsowjetischen Kriegserinnerung in Belarus nachvollziehen. Während auf der „Insel der Tränen“ ein nationalfokussierter Märtyrerdiskurs offenbar wird, zeigt sich im Freilichtmuseum „Stalin-Linie“ ein Wiederaufgreifen des sowjetischen Triumphs, der, so Ackermann, indirekt die belarussische Variante autokratischer Herrschaft unter Lukaschenka rechtfertigen soll.

Der Titel der Sektion griff das sowjetische Propaganda-Motto „Von der Sowjetunion lernen, heisst siegen lernen“ auf und die drei Vorträge präsentierten überzeugend den postsowjetischen Umgang mit

HT 2014: Von der Sowjetunion lernen? Der gesellschaftliche Umgang mit Veteranen des Sowjetisch-Afghanischen Krieges

den Veteranen des Sowjetisch-Afghanischen Krieges. Der abschließende Kommentar PHILIPP FRAUNDS (Konstanz) rundete das Panel mit einem Ausblick auf den gegenwärtigen Abzug der internationalen Truppen aus Afghanistan ab. In der anschließenden Fragerunde bewies sich die aktuelle Relevanz der Thematik, die das Panel trotz kurzfristiger Absagen dreier Referenten souverän aufzeigen konnte.

Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Felix Ackermann (Vilnius), Michael Galbas (Konstanz)

Felix Ackermann (Vilnius), Einführung

Markus Mirschel (Zürich), „Wir leisten Brüderhilfe“. Die „Sprache“ der sowjetischen Fotografie zwischen Authentizität und Inszenierung von 1979-1989.

Michael Galbas (Konstanz), Kabul in Moskau. Soziale Strategien zur Legitimierung der sowjetischen Afghanistan-Intervention im Russland des 21. Jahrhunderts.

Felix Ackermann (Vilnius), Die Erben des Großen Sieges. Afghanistan Veteranen und die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg in Belarus.

Kommentar: Philipp Fraud (Konstanz)

Tagungsbericht *HT 2014: Von der Sowjetunion lernen? Der gesellschaftliche Umgang mit Veteranen des Sowjetisch-Afghanischen Krieges*. 23.09.2014–26.09.2014, In: H-Soz-Kult 10.10.2014.

HT 2014: Fürstliche Verlierer? Europäische Monarch(i)en zwischen Niedergang und Behauptung im 19. Jahrhundert

Leitung: Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands (VHD); Verband der Geschichtslehrer Deutschlands (VGD)

Bericht von: Niels F. May, Institut français d'histoire en Allemagne, Frankfurt am Main

Waren die Monarchien die Verlierer des 19. Jahrhunderts, die sich zwar noch gegen die Moderne stemmten, aber dann doch allmählich untergingen? Auf welche Veränderungen mussten sie im Laufe des 19. Jahrhunderts reagieren? Auf diese Frage gab die von Daniel Schönplüg (Berlin) im Rahmen des 50. Historikertages geleitete Sektion „Fürstliche Verlierer? Europäische Monarch(i)en zwischen Niedergang und Behauptung im 19. Jahrhundert“ Antwort.

Die historische Forschung vertrat lange die Auffassung, die Monarchien seien im 19. Jahrhundert an den Rand gedrängt und schließlich mit dem Ende des Ersten Weltkriegs abgeschafft worden. Ihre mangelnde Anpassungsfähigkeit an die Herausforderungen der Zeit nach 1815 habe zum allmählichen Niedergang geführt. Diese Sicht leitet sich aber aus einem Modernisierungsnarrativ ab, das in den letzten Jahren von einer Reihe von Wissenschaftlern aus ganz unterschiedlichen Perspektiven (zeitlich als auch thematisch) in Frage gestellt worden ist. Daran anschließend wird in der rezenten Historiographie hervorgehoben, dass die Monarchien auch nach dem Ende des Ancien Régime nicht als Gegenpol zur Moderne verstanden werden dürfen, sondern integraler Bestandteil derselben sind. Insbesondere Volker Sellin vertrat die These, dass das 19. Jahrhundert durch eine fortdauernde Restauration gekennzeichnet sei und auch Dieter Langewiesche argumentierte kürzlich in diese Richtung.¹

¹Volker Sellin, *Die geraubte Revolution. Der Sturz Napoleons und die Restauration in Europa*, Göttingen 2001 und Dieter Langewiesche, *Die Monarchie im Jahrhundert Europas. Selbstbehauptung durch Wandel im 19. Jahrhundert* (= Schriften der Philosophisch-

HT 2014: Fürstliche Verlierer? Europäische Monarch(i)en zwischen Niedergang und Behauptung im 19. Jahrhundert

DANIEL SCHÖNPFLUG (Berlin) unterstrich in seiner Einleitung die Dialektik des Begriffspaares „Gewinner und Verlierer“ des diesjährigen Rahmenthemas des Historikertages. Es sei durchaus möglich, so Schönpflug, dass gerade der Standpunkt des Verlierers zu einem geschärften Blick für die Problemlagen führte und somit eine schnellere und bessere Adaptation ermöglichte. Aus dieser Perspektive könnten dann unterschiedliche Anpassungsphänomene der Monarchien im 19. Jahrhundert neu interpretiert werden, beispielsweise die Konstitutionalisierung, unterschiedliche Legitimationsprozeduren, die Nationalisierung des Fürstentums oder der Wandel der Beziehung zu den Untertanen. Erklärtes Ziel der Sektion sei es, genau diese Anpassung besser zu verstehen und somit die Frage präziser formulieren zu können, warum es trotz dieser Prozesse mit 1918 zum Niedergang der Monarchie in Europa kam. Die inzwischen zahlreicher werdenden Studien zur Monarchie im 19. Jahrhundert verharren bislang, so Schönpflug weiter, noch zu stark auf Ebene der Kulturgeschichte des Politischen bezüglich der öffentlichen Anlässe und Festlichkeiten. Vor allem der kommunikative Aspekt sei analysiert worden. Die Sektion stellte komplementär dazu die Spannung zwischen Realpolitik und den unterschiedlichen Rechtsformen bzw. den rechtssoziologischen Aspekten ins Zentrum der Untersuchung.

Dies wurde von HEIDI MEHRKENS (St Andrews) am Beispiel möglicher Thronfolger in Griechenland nach dem Sturz des Wittelsbachers Ottos I. gezeigt. An potentiellen Thronfolgekandidaten mangelte es nämlich nicht. Vielmehr erschwerten komplizierte Rahmenbedingungen und unterschiedliche Interessenslagen die Wahl eines Nachfolgers. Ein erstes Hindernis stellte die Tatsache dar, dass der Thron aus der Sicht der Wittelsbacher überhaupt nicht vakant war. Die Bayern hofften vielmehr auf militärische Unterstützung um eine Rückkehr Ottos I. nach Griechenland zu ermöglichen. Diese Frage nach der Thronvakanz beeinträchtigte die Suche eines Nachfolgers, da sich die potentiellen Kandidaten aus Deutschland nicht gegen die Wittelsbacher stellen wollten. Auch die unterschiedlichen Vorstellungen, welche Eigenschaften der Nachfolger erfüllen sollte, erschwerten die Suche. Vor allem der

historischen Klasse der Heidelberger Akademie der Wissenschaften 50), Heidelberg 2013.

englische Minister Palmerston hatte diesbezüglich sehr genaue Vorstellungen.

Auch die Griechen selbst erhoben Anspruch auf die Bestimmung des Nachfolgers Ottos I. In der Nationalversammlung sprachen sie sich 1862 für Prinz Alfred von England aus. Dieser wollte aber überhaupt nicht griechischer König werden und auch seine Mutter, die englische Königin Victoria, sprach sich gegen eine mögliche Kandidatur aus. Für die Griechen war eine rasche Integration des Kandidaten in sein neues Umfeld besonders wichtig, wozu auch eine Konversion zum griechisch-orthodoxen Glauben zählte. Außerdem sollten die Ansprüche in den traditionellen Erblanden des zukünftigen Königs möglichst schnell aufgegeben werden. Die griechische Krone sollte nicht von den zukünftigen Herrschern als Warteschleife genutzt werden, sondern es sollte zur Identifikation mit Griechenland kommen und der König zu einem nationalen Symbol werden.

Auch aus der Perspektive der potentiellen Kandidaten werden viele der Rahmenbedingungen noch deutlicher, welche die Suche nach einem möglichen Nachfolger besonders schwierig machten. Viele lehnten entweder mit dem Verweis auf ihre nationale oder konfessionelle Identität ab – das Reservoir möglicher Kandidaten war also nicht grundsätzlich „anational“, wie von der Forschung zum Teil angenommen. Einige der Kandidaten hatten auch schon einen anderen Thron in Aussicht (beispielsweise Portugal oder Gotha) und wollten deswegen nicht in Griechenland kandidieren. Auch war die politische Instabilität ein nicht zu unterschätzender Faktor: Das Schicksal Ottos I. war hier abschreckendes Beispiel.

Nach langer Suche wurde dann Christian von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg als neuer König Griechenlands eingesetzt. Er erfüllte keine der ursprünglich formulierten Kriterien. Darüber hinaus bekam er für den Fall einer Absetzung eine Rente versprochen.

Insgesamt verdeutlichte Mehrkens Vortrag die steigende Komplexität der Aushandlungsprozesse und die vielfältigen Interessen, die integriert werden mussten. Vor allem nationale Herrschaftssymbolik und Identifikation gewannen mehr Bedeutung und machten Identitätsverschiebungen immer schwieriger. Der Vortrag zeigte außerdem in Blick auf das Rahmenthema der Sektion und des Historikertages, dass

HT 2014: Fürstliche Verlierer? Europäische Monarch(i)en zwischen Niedergang und Behauptung im 19. Jahrhundert

auch das Ablehnen eines Throns als Gewinn gedeutet werden konnte und sich dadurch die Frage stellt, an welchen Maßstäben überhaupt „Gewinner“ bzw. „Verlierer“ als solche festgemacht werden.

JASPER HEINZEN (York) untersuchte in seinem Vortrag das dynastische Legitimitätsdefizit der Hohenzollern, das durch den Bruch mit dem monarchischen Prinzip und der Entthronung der Fürstenhäuser Hannover, Hessen-Kassel, Nassau und Schleswig-Holstein in den neuen Herrschaftsgebieten zustande gekommen war. Statt für eine symbolische Integration der Peripherie ins Zentrum zu plädieren, wie dies Clifford Geertz in seinem Aufsatz zum charismatischen Herrscher tat², differenzierte Heinzen diese These deutlich: Ein Hauptanliegen der Politik der Hohenzollern sei nämlich die Verbindung von Dynastie- und Provinzialidentität gewesen.

Da Monarchie und Territorialität zusammengehörten, waren grundlegende Transformationen der politischen Kultur notwendig. Die Hohenzollern setzten deswegen auf den Erhalt bzw. die graduelle Angleichung der Institutionen bei gleichzeitiger Anpassung der Untertanenpflichten, beispielsweise der Fahneneid der Soldaten und das Kirchengebet für den Monarchen. Immer wieder wurde aber auch an die entthronten Dynastien in der Symbolpolitik angeschlossen, wie Jaspers am Beispiel des Nassauischen Landesdenkmals in Biebrich erläuterte. Trotz dieser Politik die einerseits auf Kontinuität der territorialen Tradition, andererseits auf Angliederung an Preußen zielte, trotz der Akklamationen der Untertanen in den neuen Gebieten, blieb in Berlin noch bis ins 20. Jahrhundert die Furcht einer legitimistischen Opposition bestehen.

Jaspers hob außerdem hervor, dass die historische Forschung bislang den sozialintegrativen Leistungen der Monarchie zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt habe. Auch der im Laufe des Vortrags mehrmals angeführte Vergleich mit Italien zeigte sich als wichtiges Werkzeug, das sowohl Parallelen als auch Besonderheiten besser erkennen lässt.

Anschließend fragte DANIEL SCHÖNPFLUG (Berlin) in seinem Vortrag nach der Rolle dynastischer Hochzeiten in der Politik des 19. Jahrhunderts und ob anschließend daran dem dynastischen Fürsten-

²Clifford Geertz, *Centers, kings and charisma: reflections on the symbolics of power*, in: Clifford Geertz, *Local knowledge. Further Essays in Interpretative Anthropology*, New York 1983, S. 121-146.

staat noch für diesen Zeitraum ein heuristischer Wert als historischer Analysekategorie zukommen könne. Schönpflug vertrat die These, dass hier ein deutlicher Wandel eintrat, weil die Dynastie nicht mehr die gleiche Funktion übernehme wie noch im 18. Jahrhundert. Stattdessen komme es zu einer allmählichen Auflösung der Verbindung von Dynastie und Monarchie. Dieser Prozess wurde griffig als „dissoziierte Monarchie“ beschrieben. Schönpflug zeigte anschließend das Analysepotential dieser Formulierung auf juristischer und emotionshistorischer Ebene.

Während im dynastischen Fürstenstaat Verwandtschaft und Staat noch untrennbar waren und Heiratsverträge somit zu den Verfassungsdokumenten gehörten, traten diese beiden Bereiche immer weiter auseinander. Dies zeige sich im Fürstenprivatrecht, das ins Preußische Landrecht aufgenommen wurde. Dort wurden die Privatgüter und das Privatvermögen der Fürsten klar in Abgrenzung zum Staat definiert und wiederum zwischen dem fürstlichen und dem Familieneigentum unterschieden. Auch die Ausgliederung der Hausministerien und -archive verdeutlicht diese schrittweise Dissoziation. Fürstliche Eheschließungen wurden jetzt nicht mehr nur kirchlich, sondern ebenfalls vor einem Standesbeamten vollzogen und in den Präambeln der Eheverträge zeigt sich ein allmählicher Transformationsprozess, der immer stärker den Willen der Heiratenden in den Vordergrund rückt.

Dieser Prozess schlägt sich dann in der emotionalen Aufladung der Heirat und einer entsprechenden Inszenierung als Liebeshochzeiten nieder. Schon vor der Eheschließung wurde korrespondiert, beispielsweise schrieben sich Friedrich Wilhelm und Luise regelmäßig. Aber es handelte sich um mehr als eine neue diskursive Praxis: Die zukünftigen Eheleute trafen sich bereits vor der Vermählung, und immer wieder wurde ein Verlieben behauptet. Diese „Liebe“ zwischen dem neuen Fürstenpaar stellt oft einen Gegenpol zur republikanischen Kälte dar. Die Emotionalisierung des Heiratsakts wurde durch eine immer weiter gesteigerte Medialisierung begleitet, die ganz unterschiedliche Schichten der Bevölkerung integrierte. Das Private wurde hier zum Politischen. Man schaffte durch die Emotionalisierung der Hochzeiten eine integrierende Wirkung und brachte das Fürstenpaar dem Volk näher – gleichzeitig wurde dadurch auch die Identifikation mit dem neuen Paar erleichtert.

HT 2014: Fürstliche Verlierer? Europäische Monarch(i)en zwischen Niedergang und Behauptung im 19. Jahrhundert

Die Trennung zwischen Dynastie und Staat und zwischen privat und öffentlich ist somit nicht als Zeichen einer Entpolitisierung der Fürstenhochzeit zu sehen, sondern vielmehr als eine politische In-Dienstnahme im Sinne eines Anpassungsprozesses, so Schönpflug.

Im anschließenden Beitrag untersuchte TORSTEN RIOTTE (Frankfurt am Main) den Exterritorialitäts-Status vertriebener Fürsten im 19. Jahrhundert. Er schlug dafür den Begriff des „dynastischen Überlebens“ vor und exemplifizierte ihn am Beispiel der im habsburgischen Exil lebenden Fürsten Henri, Graf vom Chambord (der Enkel Karls X.) und Ernst August, Herzog von Cumberland.

Die Frage nach der Rechtsstellung Chambords stellte sich in Österreich relativ schnell, da der Gläubiger Pfaffenhofen seit geraumer Zeit versuchte, an die Bourbonen geliehenes Geld zurückzubekommen. Eine Anfrage bei Metternich blieb ohne Erfolg, stattdessen fing man in Wien an, darüber zu debattieren, welcher Status Chambord zukomme. Der Justizpräsident Taaffe argumentierte anfangs gegen den Status der Exterritorialität, musste dann aber auf Veranlassung Metternichs sein Urteil revidieren. Für den Status Chambords wurde folgende Formulierung gefunden: „un souverain en non-actualité de la puissance royale“. Dadurch wurde es juristisch möglich, ihm auch den Status der Exterritorialität zuzugestehen.

Anders verhielt sich die österreichische Obrigkeit im Falle des Herzog von Cumberland. Anfänglich wurde seine Rechtsstellung in der Schwebe gelassen. Als dann eine Klärung notwendig wurde, verweigerte man ihm die volle Exterritorialität und gestand ihm nur eine „kleine Exterritorialität“ zu. Dies bedeutete zwar noch eine Unterordnung unter die österreichische Staatsgewalt, aber Klagen wurden nur vor dem Oberhofmarschallamt zugelassen.

Wie auch im Vortrag von Schönpflug wurde der Übergang von Dynastie zum Staat deutlich und es zeigte sich eine deutliche Differenzierung in den jeweiligen Rechtsgebieten, um die daraus entstehenden Probleme zu lösen. Riotte plädierte abschließend für eine „Sozialgeschichte der Monarchie“ im 19. Jahrhundert, die dazu beitragen soll, die klassischen Interpretationen stärker zu differenzieren.

Im letzten Vortrag untersuchte THOMAS BISKUP (Hull) den Zusammenhang von Dynastie und Gartenkultur. Geschichtlich besteht eine

enge Verbindung zwischen Botanik und Herrschaft, wie sie sich in der europäischen Gartenkultur spiegelt. Biskup hob aber hervor, dass trotz dieser engen Verbindung der Funktionswandel der Gartenkultur zwischen dem 18. und 19. Jahrhundert für England noch nicht ausreichend erforscht worden sei.

Während unter Georg III. noch die Gartenlagen in Kew weiter ausgebaut und somit zum Sinnbild des Herrschaftsanspruchs wurden, die zwischen England und den Kolonien, aber auch unter diesen vermittelte, ging mit dem Tod des englischen Königs die enge Verbindung zwischen Botanik und Monarchie zunehmend verloren. Die Gärten wurden teilweise aus dem königlichen Haushalt ausgegliedert und zunehmend in parlamentarische Kontrolle überführt. Generell stiegen die Kosten für die Gärten durch die Einrichtung der großen Gewächshäuser ständig und das englische Königshaus trat der Botanik zunehmend reserviert gegenüber, was von der Presse nicht gebilligt wurde. Biskup zeigte somit die Anpassungsleistung der Monarchie aufgrund finanzieller Zwänge.

Die Sektionsdiskussion verdeutlichte die Tragfähigkeit des gewählten Ansatzes. In weiteren Forschungen gilt es noch genauer zu bestimmen, inwieweit diese Anpassungsfähigkeit ein Spezifikum des 19. Jahrhunderts war oder ob sich ähnliche Phänomene nicht auch schon früher beobachten lassen.

Sektionsübersicht:

Sektionsleitung und Begrüßung: Daniel Schönpflug (Berlin)

Heidi Mehrkens (St Andrews), Krone zu vergeben: Der politische und dynastische Wettstreit um vakante Throne im 19. Jahrhundert

Jasper Heinzen (York), Monarchisches State-Building im Schatten des Sieges: Hohenzollernsche Herrschaftslegitimierung auf Kosten anderer Dynastien im Kaiserreich

Daniel Schönpflug (Berlin), Das Ende der Allianzheirat? Verwandtschaft und Politik der Hohenzollern im 19. Jahrhundert

Torsten Riotte (Frankfurt am Main), Von der „kleinen“ Exterritorialität: Das Problem der „Staatsangehörigkeit“ fremder Fürsten in der Habs-

HT 2014: Fürstliche Verlierer? Europäische Monarch(i)en zwischen Niedergang und Behauptung im 19. Jahrhundert

burgermonarchie

Thomas Biskup (Hull), Natur, Dynastie und Empire: Das Haus Hannover und die Transformation der Gartenkultur im 18. und 19. Jahrhundert

Tagungsbericht *HT 2014: Fürstliche Verlierer? Europäische Monarch(i)en zwischen Niedergang und Behauptung im 19. Jahrhundert*. 23.09.2014–26.09.2014, In: H-Soz-Kult 20.10.2014.

**HT 2014: Vertreibungen und Zwangsmigrationen im 20.
Jahrhundert: Gewinner und Verlierer im deutsch-polnischen
Kontext**

Leitung: Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands (VHD); Verband der Geschichtslehrer Deutschlands (VGD); Polnischer Historikerverband (Polskie Towarzystwo Historyczne)

Bericht von: Stefan Thierfelder, Philosophische Fakultät, Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald

Vertreibung, Ausweisung, Zwangsmigration, ethnische „Säuberung“, zuletzt „Verjagung“: Es gibt viele Umschreibungen für jenes Schicksal, das in der deutsch-polnischen Geschichte des 20. Jahrhunderts eine so zentrale Rolle spielt. Zahlreiche Beispiele belegen die fortdauernde Aktualität des Themas in der Debatte um nationale Erinnerung. Die aufgrund des Leitthemas des diesjährigen deutschen Historikertags gewählte Perspektive, nach Gewinnern und Verlierern zu fragen, erwies sich dabei als anregender Diskussionsansatz.

Es war ein Zeichen langjähriger Zusammenarbeit deutscher und polnischer Historikerinnen und Historiker, einem solchen Thema nicht aus dem Weg zu gehen. Dafür spricht auch, dass – anders als noch vor zehn Jahren – durch gegenseitige Rücksichtnahme eine Gleichzeitigkeit der polnischen und deutschen Verbandstreffen vermieden werden konnte: Die in diesem Jahr nacheinander stattfindenden Historikertage (Allgemeiner Kongress der Historiker Polens, 17-21. Sept. 2014 in Stettin sowie der 50. Deutsche Historikertag in Göttingen 23-26. Sept. 2014) beider Länder wurden stattdessen zu gemeinsamen Veranstaltungen auf beiden Historikertagen genutzt. MARTIN SCHULZE WESSEL (München), der Vorsitzende des Verbands der Historiker und Historikerinnen Deutschlands (VHD) betonte deshalb auch in seiner Einführung den gleichrangigen Stellenwert des Austausches mit Polen für seinen Verband neben dem mit Frankreich (dem Partnerland des 49. Historikertags 2012 in Mainz) und Großbritannien (dem diesjährigen Partnerland).

HT 2014: Vertreibungen und Zwangsmigrationen im 20. Jahrhundert: Gewinner und Verlierer im deutsch-polnischen Kontext

KRZYSZTOF ZAMORSKI (Krakau), stellvertretender Vorsitzender des Verbands der polnischen Historiker, hob in seiner Ansprache die Teilnahme einer Delegation aus Deutschland am polnischen Kongress anerkennend hervor. Die konkrete und professionelle Zusammenarbeit deutscher und polnischer Historiker sei dort in vielen Symposien sichtbar gewesen. Zamorski lud an dieser Stelle auch zur Beteiligung am 3. Weltkongress der Polenhistoriker (Kongres Zagranicznych Badaczy Dziejów Polski) ein, welcher 2017 in Krakau stattfinden wird.

An diese Einführungsworte schloss JÖRG HACKMANN (Stettin) mit Ausführungen zur inhaltlichen Grundidee der Sektion an. Debatten über den Zweiten Weltkrieg und seine Folgen beschäftigten die deutsche und die polnische Öffentlichkeit noch heute. Waren bis in die 1980er-Jahre transnationale Positionen nicht existent, haben jüngere Forschungsarbeiten dazu beigetragen, den Blick auf das Schicksal der jeweils anderen zu schärfen. Hackmann hob beispielhaft die Edition polnischer Quellen aus den Jahren 1945-1950 durch Włodzimierz Borodziej und Hans Lemberg hervor¹, sowie die positive Reaktion der deutschen Öffentlichkeit auf das neueste Buch von Jan M. Piskorski.²

In englischsprachigen Publikationen hat sich, so Hackmann, seit Anfang der 1990er-Jahre die Terminologie „ethnic cleansing“ durchgesetzt. Diesem „Täterbegriff“ (Hans Lemberg) werde heute wieder verstärkt die Opferperspektive gegenübergestellt. Als Beispiel führte Hackmann den von Jan M. Piskorski gewählten Titel „Die Verjagten“³ an. Die Debatten um das „Zentrum gegen Vertreibungen“ bzw. das „Sichtbare Zeichen“ schließlich hätten neue Fragen aufgeworfen. Anstelle einer pauschalen Viktimisierung der Betroffenen sei zum einen nach der Kompensation des Heimatverlustes zu fragen und zum anderen auch die utilitaristische Dimension zu berücksichtigen. Die Frage nach Gewinnern und Verlierern von Vertreibungen bzw. Zwangsmigrationen sei auch je nach Generation unterschiedlich zu beantworten.

¹Włodzimierz Borodziej (Hrsg.), *Niemcy w Polsce 1945-1950. Wybór dokumentów*, Warszawa 2000-2001, auf Deutsch erschienen als: „Unsere Heimat ist uns ein fremdes Land geworden...“. *Die Deutschen östlich von Oder und Neiße 1945-1950. Dokumente aus polnischen Archiven*, Marburg 2003-2004.

²Jan M. Piskorski, *Die Verjagten. Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts*, München 2013.

³ders.

Die Beiträge von CLAUDIA KRAFT (Siegen) und ROBERT TRABA (Berlin) gingen in eine ähnliche Richtung. Kraft näherte sich dem Thema terminologisch an: Sie verwies auf die Ergiebigkeit der Begriffe „Gewinner“ und „Verlierer“, da diese eine differenzierte Akteursperspektive erlaubten. Sie fragte zunächst nach den deutschen Vertriebenen: Als Gruppe waren diese Opfer einer Kollektivschuldthese und damit Verlierer. Nach Gewinnern und Verlierern differenziert, lassen sich jedoch Einzelschicksale und Erfahrungsebenen aufzeigen, die individuellen Handlungsebenen werden sichtbar. Opfer können dadurch zu Tätern werden sowie Täter zu Opfern. Traba, der in seinem Beitrag die Erinnerungsprozesse in Deutschland und Polen vergleichend analysierte, fügte dem inhaltlich hinzu, sowohl in der alten Bundesrepublik als auch in der Volksrepublik Polen seien nach dem Krieg Grundmythen gebildet worden. Man habe in der BRD von der „Verlorenen Heimat“ gesprochen, wodurch ihre ehemaligen Bewohner en bloc zu Verlierern stilisiert wurden. Laut Traba und Kraft konnte das polnische kommunistische Regime die Bevölkerung Polens pauschal zu Gewinner erklären, in dem es für die neuen Landesteile im Norden und Westen den Begriff der „wiedergewonnenen Gebiete“ schuf. Damit sei dem Regime laut Traba zwar eine fantastische „sozialethische Erfindung“ gelungen, die den ankommenden Menschen geholfen habe, ihr neues Zuhause anzunehmen. Man muss aber, so Traba weiter, den vorausgegangenen deutschen Besatzungsterror mit in die Debatte einbeziehen: Dass die neu angesiedelten Polen vielfach tragische Schicksale mitbrachten und große Schwierigkeiten hatten sich in der neuen Gegend ein Zuhause einzurichten, wurde durch den Mythos überspielt. Dies zeigte zuletzt das Buch von Beata Halicka „Polens Wilder Westen“⁴, auf das Traba besonders verwies. Unter dem Gewinner- und Verlierer-Aspekt, betonte Kraft, sei dies für das Regime der Volksrepublik aber nur bis in die 1970er-Jahre gut gegangen. Danach wurden die „wiedergewonnenen Gebiete“ zum Hort von Protest und Liberalität, wodurch das Regime von dort aus auf die Verliererbahn geriet.

Beide Redner verdeutlichten die Fruchtbarkeit der vergleichenden Perspektive. So merkte Traba an, dass die kommunistische Zensur in Po-

⁴Beata Halicka, *Polens Wilder Westen. Erzwangene Migration und die kulturelle Aneignung des Odraums 1945 – 1948*, Paderborn u.a. 2013.

HT 2014: Vertreibungen und Zwangsmigrationen im 20. Jahrhundert: Gewinner und Verlierer im deutsch-polnischen Kontext

len nach 1945 die Aufarbeitung von der durch den Krieg verursachten Trauer verhinderte, dafür konnten die materiellen Verluste dort durch Ansiedlung auf ehemals deutschem Gebiet kompensiert werden. Westdeutschland habe demgegenüber die Aufarbeitung der menschlichen Verluste ermöglicht, wohingegen die Menschen auf der materiellen Ebene lange benachteiligt wurden. Kraft führte dazu an, dort hätten sich die einzelnen Vertriebenen offen äußern können, ihre individuelle Erfahrung sei jedoch durch den Bund der Vertriebenen (BdV) hinter einer undifferenzierten Verbandsmauer verschwunden, dagegen unterdrückten DDR wie auch die Volksrepublik Polen zwar die Artikulation, ermöglichten aber eine frühere materielle Integration.

JAN M. PISKORSKI (Stettin) ging mit seinem Beitrag über die enge deutsch-polnische Perspektive hinaus und näherte sich der Thematik auf der Meta-Ebene an. Die Antwort auf die Frage nach Gewinnern und Verlierern von Zwangsmigrationen müsse stets individuell gegeben werden. Der Kontext des Krieges dürfe bei der Betrachtung nicht außer Acht gelassen werden. Vertreibungen seien die letzte Konsequenz einer Gewaltspirale, in der jegliche Schutzmechanismen fehlten. An die Historiker gerichtet, fuhr Piskorski fort, es sei schwer, die Kategorien Gewinner und Verlierer zu öffnen ohne zu urteilen. Methodisch solle man vergleichen und dabei die Unterschiede herausarbeiten. Auch wenn man gegen Krieg und Vertreibung sei, so müsse man doch deren Resultate zur Kenntnis nehmen. Piskorski wies darauf hin, dass Zwangsmigrationen unsere Welt geschaffen haben. Betrachte man die Ebene der Nachkommen, so sei ihre Situation nicht ohne den Gewinn und Verlust der Vorfahren erklärbar. Bei der Analyse müsse die Situationszeit beachtet werden: „In the measure of man“ (David John Levy⁵) – in der kurzen Sicht eines Individuums – sei man Gewinner oder Verlierer, dies könne sich jedoch schnell ändern. So verändere auch die Zeit die Perspektive, das gelte kurzfristig ebenso wie langfristig. Während Todesopfer immer Verlierer blieben, so Piskorski, sei eine Zwangsübersiedlung zweifellos besser als der Tod. Das Zeit-Postulat gelte jedoch auch für das historische Urteil. Historiker sollten nicht zu geringerschätzig

⁵David John Levy, *The Measure of Man: Incursions in Philosophical and Political Anthropology*, Columbia 1993.

mit dem subjektiven Urteil der Zeitzeugen umgehen, sondern sollten es ernst nehmen.

Der für seine Arbeit zu „ethnischen ‚Säuberungen‘ in der Moderne“ bekannte MICHAEL SCHWARTZ (München / Berlin) ging in seinem Vortrag der historischen Entwicklung des Phänomens im deutsch-polnischen Kontext auf den Grund.⁶ Zu dessen Verständnis müsse man mit der Untersuchung im 19. Jahrhundert beginnen, das auf beiden Seiten Gewinner und Verlierer gekannt habe. Zwar könne von einem Kolonialismus der Deutschen gegenüber den Polen im 19. Jahrhundert nicht gesprochen werden, denn Preußen war ein Rechtsstaat und eröffnete Bildungschancen, aber die Polen waren Opfer des deutschen Nationalismus. Dies führte dazu, dass sie sich selbst organisierten und ihr Widerstand dadurch gestärkt wurde. Je weniger in der Folge die Maßnahmen des preußisch-deutschen Staates gegen diese Stärkung der Polen fruchteten, desto mehr steigerte sich die ideologische Gewaltbereitschaft bei den deutschen Nationalisten. In der Entwicklung hin zu ethnischen „Säuberungen“ habe der Erste Weltkrieg wie ein Dammbruch gewirkt: Beruhend auf Lernerfahrungen in den Kolonien, auf dem Balkan und im Kaukasus, kam es zu ersten Vertreibungen, unter anderem durch Russen und Osmanen. Obwohl nicht Regierungspolitik, wurden diese auch in Deutschland diskutabel, insbesondere bei den Alldeutschen. In der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg verließen hunderttausende Deutsche das polnische Staatsterritorium. Mindestens für die Deutschen, die erst nach 1908 in die an Polen gefallen Gebiete gezogen waren, muss man von Zwangsmigration sprechen. Die radikalisierte NS-Politik war dann vollkommen enthemmt, sie ging weit über den Kolonialismus hinaus und mündete im Genozid. Bereits 1939 gab es gezielte Mordaktionen an der polnischen Elite und an Juden. Das Gewinner-Verlierer-Blatt drehte sich schnell: Ab 1943 mussten Deutsche ihre Heimat verlassen. Die von den Alliierten sanktionierten Zwangsumsiedlungen nach dem Zweiten Weltkrieg dürfe man nicht mit der Kategorie des Völkermords bezeichnen.

In der anschließenden Diskussion und Abschlussrunde wurden fol-

⁶Michael Schwartz, *Ethnische „Säuberungen“ in der Moderne. Globale Wechselwirkungen nationalistischer und rassistischer Gewaltpolitik im 19. und 20. Jahrhundert*, München 2013.

HT 2014: Vertreibungen und Zwangsmigrationen im 20. Jahrhundert: Gewinner und Verlierer im deutsch-polnischen Kontext

gende Themenbereiche angeschnitten: Erstens die Benennung des Phänomens Vertreibung/Zwangsmigration oder ethnische „Säuberung“: Ausgehend von einer Kritik an der Begriffsvielfalt plädierte Traba dafür, mehr über das Phänomen an sich zu sprechen als über konnotierte Bezeichnungen. Dazu äußerten sich im Publikum unterschiedliche Ansichten. So wurde als Alternative zu „Vertreibung“ noch einmal „Bevölkerungstransfer“ ins Spiel gebracht. Die beitragenden Gäste bevorzugten in ihrer Mehrheit aber „Zwangsmigration“. Insbesondere wurde auf die Empfehlungen der deutsch-polnischen Schulbuchkommission aus dem Jahr 1976 verwiesen, an die man sich doch halten solle. Dem hielt Kraft entgegen, dass man Begriffe nicht einfordern könne, denn sie spiegelten unterschiedliche Erfahrungen wider. Mit Piskorski und Schwartz war sie sich einig, dass die Semantik der Begriffe jedes Mal aufs Neue erläutert werden müsse. Dies gelte gerade dann, wenn sie wie „Vertreibung“ in der Vergangenheit als Kampfbegriff missbraucht wurden.

Zweitens wurde die Rolle des Dayton-Vertrags, der 1995 den Bosnienkrieg beendete, angesprochen. Hier merkte Kraft an, dass er als zentralen Punkt das Rückkehrrecht beinhaltete. Dieses sei aber nur von etwa der Hälfte der Vertriebenen in Anspruch genommen worden. Vielfach war eine Rückkehr nicht mehr möglich. Vertriebene seien insofern immer Opfer. Piskorski merkte dazu an, man dürfe solche Verträge nicht „schwarz auf weiß“ nehmen, sondern müsse sie nach ihrer Umsetzbarkeit bewerten. Hackmann ergänzte, dass Dayton nicht nur wichtig für den Rückkehraspekt sei, sondern auch, da er einen Ausgangspunkt für die Versöhnungspolitik zwischen den früheren Gegnern bilde. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) habe sich bei ihren Bemühungen an der deutsch-polnischen bzw. deutsch-tschechisch-slowakischen Schulbuchkommission orientiert.

Die Themenstellung des Historikertags hat einen wertvollen Akteursbezug eröffnet, welcher einen über den eigentlichen Forschungsgegenstand hinausreichenden Zukunftsblick ermöglichte. Dies ist insbesondere bei der Erforschung der Folgen der deutsch-polnischen Vertreibungsepoche wünschenswert. Gerade weil die aktiv forschende Wissenschaftsgemeinde selbst bereits in die durch Vertreibung geschaffene Realität hineingeboren worden ist, kann sie sich dem Thema in nüch-

Stefan Thierfelder

terner Weise annähern, ohne sich im Dickicht der unterschiedlichen Terminologien von zwangsweiser Migration zu verirren. Die notwendigerweise unterschiedlichen Blickwinkel aus Polen und Deutschland befruchten sich dabei mehr, als dass sie sich widersprechen.

Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Jörg Hackmann (Stettin)

Martin Schulze Wessel (München) / Krzysztof Zamorski (Krakau), Einführungen

Podiumsgäste: Claudia Kraft (Siegen), Jan M. Piskorski (Stettin), Michael Schwartz (München/Berlin), Robert Traba (Berlin).

Tagungsbericht *HT 2014: Vertreibungen und Zwangsmigrationen im 20. Jahrhundert: Gewinner und Verlierer im deutsch-polnischen Kontext*. 23.09.2014–26.09.2014, In: H-Soz-Kult 14.11.2014.

HT 2014: Vom Verlust als Erfolg erzählen: Erfahrungen und Wahrnehmungen jüdischer Migrationsbewegungen im 20. Jahrhundert

Leitung: Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands (VHD); Verband der Geschichtslehrer Deutschlands (VGD)

Bericht von: Daniel Ristau, Simon-Dubnow-Institut für jüdische Geschichte und Kultur an der Universität Leipzig

Die Leitthemen des Göttinger Historikertags, „Gewinn“ und „Verlust“, bilden Grundtopoi der Geschichte von Juden und ihrer Rezeption. Besonders deutlich traten sie in den selbstbestimmten, vor allem aber den erzwungenen Migrationsprozessen von Juden im 20. Jahrhundert hervor. Diese standen im Mittelpunkt der von Simone Lässig (Braunschweig), Miriam Rürup (Hamburg) und Stefanie Schüler-Springorum (Berlin) organisierten Sektion „Vom Verlust als Erfolg erzählen“ der Wissenschaftlichen Arbeitsgemeinschaft des Leo Baeck Instituts, die insbesondere nach Erfahrungen und Deutungen jüdischer Migration und dem Umgang damit fragte.¹ Die Verflechtung von Erfahrungs- und Wahrnehmungsgeschichte bezüglich der jüdischen Migrationsgeschichte, so betonte Stefanie Schüler-Springorum in ihren einführenden Worten, bilde dabei das Band, das die einzelnen Sektionsbeiträge verbinde.

Bereits der erste Vortrag der Sektion zeigte deutlich, welchen Erkenntniswert die Verbindung von Erfahrungs- und Wahrnehmungsgeschichte im Kontext historischer Migrationsforschung eröffnet: CHRISTINE VON OERTZEN (Berlin) hinterfragte am Beispiel von nach 1933 in die USA und nach England emigrierten deutsch-jüdischen Akademikerinnen und ihren Netzwerken jenes Forschungsnarrativ von Verlust

¹Vgl. die ausführliche Sektionsbeschreibung, online unter: <<http://www.historikertag.de/Goettingen2014/events/vom-verlust-als-erfolg-erzaehlen-erfahrungen-und-wahrnehmungen-juedischer-migrationsbewegungen-im-20-jahrhundert>> (5.11.2014).

und Scheitern, die diese – als Frauen und Jüdinnen – im Vergleich zu ihren männlichen Kollegen doppelt getroffen hätten. Die Emigration habe demnach meist das Ende ihrer beruflichen Laufbahn bedeutet. Ihre Auswertung von Fluchthilfekorrespondenzen der British und der American Association of University Women lege jedoch nahe, dass entgegen dieser langläufigen Vorstellung emigrierte jüdische Akademikerinnen zwar nicht immer, aber doch in vielen Fällen wieder in der Wissenschaft Fuß fassten oder sich zumindest neue Berufsfelder erschlossen.² Erfahrungen der Deklassierung bildeten hierbei zwar oftmals schwierige Übergangsphasen. Trotzdem hätten die betroffenen Frauen das Ziel des beruflichen Wiedereinstiegs meist konsequent weiterverfolgt, wofür von Oertzen eine entschiedene, krisenerprobte Berufsidentität und den emanzipatorischen Willen der jüdischen Akademikerinnen ebenso wie das global operierende, finanziell unterstützende Akademikerinnennetzwerk anhand einzelner Fallbeispiele anführte. Nicht alle deutsch-jüdischen Akademikerinnen hätten sich bereits früh zur Emigration entschieden, weil sie oft ihre nächsten Verwandten nicht im Stich lassen wollten. Der Verlust jeglicher beruflicher Perspektive in Deutschland und Österreich habe schließlich aber doch den Anstoß zur dann immer seltener gelingenden Ausreise gegeben. Das eigentliche Scheitern bildete hier also den Anlass zur Migration. Obwohl sich die beruflichen Chancen insbesondere für ältere Frauen in der Migration auch aufgrund der vorher erfahrenen Deklassierung verschlechterten, gelang jüdischen Emigrantinnen selbst nach 1938 vor allem in den USA nicht selten ein beruflicher, oftmals sogar ungleich erfolgreicherer Wiedereinstieg.

ANNA MENNY (Hamburg) konzentrierte sich in ihrem Beitrag mit Blick auf Spanien in erster Linie auf zeitgenössische populäre und geschichtspolitische (Um-)Deutungen eines der für die Geschichte der Juden wirkmächtigsten Ereignisse am Übergang zur Neuzeit: der Ausweisung von Schätzungen zufolge 50.000 bis 100.000 Juden von der Iberischen Halbinsel im Jahr 1492.³ Bis Ende des 19. Jahrhunderts sei

²Vgl. Christine von Oertzen, *Strategie Verständigung. Zur transnationalen Vernetzung von Akademikerinnen, 1917-1955*, Göttingen 2012.

³Vgl. Anna Lena Menny, *Spanien und Sepharad. Über den offiziellen Umgang mit dem Judentum im Franquismus und in der Demokratie*, Göttingen 2013.

HT 2014: Vom Verlust als Erfolg erzählen: Erfahrungen und Wahrnehmungen jüdischer Migrationsbewegungen im 20. Jahrhundert

diese Vertreibung in Spanien als Erfolg oder zumindest historische Notwendigkeit der spanischen Nationswerdung gedeutet worden. An dieser nationalen Deutung hätten vor allem konservative, katholische und später franquistische Kreise bis weit ins 20. Jahrhundert hinein festgehalten. Mit den liberalen Reformen und dem mit der Niederlage im Spanisch-Amerikanischen Krieg eingetretenen Verlust des Kolonialreichs hielten jedoch in liberalen Zirkeln die Wiederentdeckung des jüdischen Erbes sowie die damit verbundene Deutung der Ausweisung der Juden als Verlust für die Nation Einzug. Das Ereignis sei dabei zum Teil gar als Auslöser für den Niedergang Spaniens in der Gegenwart interpretiert worden. Eine versachlichte, die Ausweisung als Fehler und Verlust anerkennende Debatte habe, so Menny, erst in den letzten Jahrzehnten eingesetzt. In der kollektiven Erinnerung der spanischen Juden sei die Ausweisung hingegen immer schon als Verlust der Heimat gedeutet worden. Einige der jüdischen Narrative, wie die Schlüsselliegende, nach der die von der Iberischen Halbinsel vertriebenen Juden die Schlüssel ihrer Häuser mitgenommen und über Generationen bewahrt hätten, wurden in die allgemeine spanische Verlusterzählung übernommen. Schließlich zeichnete Menny nach, wie die Deutung der erzwungenen Migration von 1492 und des Verlusts des sephardischen Erbes bis in die gegenwärtige Migrationspolitik und staatsbürgerliche Stellung der Juden in Spanien hineinwirkt.

VIOLA RAUTENBERG-ALIANOV (Berlin/Haifa) richtete in ihrem Vortrag den Blick auf geschlechterspezifische Dimensionen und Diskurse des Scheiterns von auf der Flucht vor dem Nationalsozialismus nach Palästina emigrierten deutschen Jüdinnen und Juden, deren Zahl sich von 1933 bis 1939 auf fast 50.000 belief. Betrachteten die meisten Neuankömmlinge die Einwanderung auch aufgrund des Verlusts der Heimat und von gewohnten Sicherheiten keineswegs positiv, galt sie im zionistischen Diskurs des Jischuw grundsätzlich als Aufstieg – gerade auch für Frauen, die in Palästina das Hausfrauendasein hinter sich lassen und Teil des Arbeitsmarktes werden sollten. Vor diesem Hintergrund problematisierte Rautenberg-Alianov zunächst den schmalen Grat zwischen migrationsbedingter „normaler Anfangskrise“ und tatsächlichem „Scheitern“, das sie nach Stefan Zahlmann als „Bruch mit der bisherigen

Lebenseinstellung“ definierte.⁴ In den Mittelpunkt ihrer Ausführungen stellte sie die Wahrnehmung der Einwanderer und die über diese geführten Diskussionen. Seien Frauen seitens der Einwanderungsbehörde neben jungen, gesunden Männern als potenzieller Teil des Arbeitsmarktes betrachtet worden, die Anfangskrisen und drohendes Scheitern zu überwinden in der Lage seien, galten alte, das heißt über 35 Jahre alte Männer als schwer zu vermittelnde Problemfälle. Auch auf der Ebene der individuellen Wahrnehmung der Einwanderer bildete das Scheitern angesichts erlebter „Proletarisierung“ durch den Verlust der gewohnten bürgerlichen Lebensweise sowie der Konflikte mit den alteingesessenen, überwiegend aus Osteuropa stammenden Juden ein zentrales Thema, wie Rautenberg-Alianov am Beispiel von Beschwerdebriefen deutscher Einwanderer überzeugend ausführte. Auch in der Selbstwahrnehmung lasse sich hierbei eine vergleichbare geschlechterspezifische Differenzierung von tapferen aufopferungswilligen Frauen und verbitterten alten Männern feststellen. Dass es keine weiblichen Dokumente des Scheiterns gäbe, so Rautenberg-Alianovs Schlussfazit, müsse jedoch keineswegs bedeuten, dass Frauen nicht scheiterten – möglicherweise auch deshalb, weil sich ihnen keine Gelegenheit bot, dies auszudrücken. Vielmehr zeige gerade die Verzahnung von Wahrnehmung und Erfahrung, wie stark das zionistische Narrativ der „tapferen“ Frauen letztlich auch auf diese und ihre Erzählungen einwirkte. So könne der Diskurs über die Einwanderer auch als Verlust betrachtet werden, über den als Erfolg erzählt werde.

Die Präsentation von KAREN KÖRBER (Berlin) zeichnete anhand der rund 220.000 zwischen 1991 und 2005 nach Deutschland eingewanderten russischsprachigen Juden, der sogenannten Kontingentflüchtlinge, zunächst die zwei verschiedenen Erwartungshorizonte nach, die die Bewertung von Erfolg und Verlust infolge dieser Migration beeinflussten: Beabsichtigte das politische Establishment durch die Aufnahme insbesondere eine Wiederbelebung des religiösen Lebens in den jüdischen Gemeinden, erhofften sich viele der nicht selten gut ausgebildeten Zuwanderer vor allem ein besseres Leben. Aus beiden Perspektiven fiel

⁴Stefan Zahlmann, Sprachspiele des Scheiterns - Eine Kultur biographischer Legitimation, in: Stefan Zahlmann / Sylka Scholz (Hrsg.): Scheitern und Biographie. Die andere Seite moderner Lebensgeschichten, Giessen 2005, S. 7-31, hier S. 13.

HT 2014: Vom Verlust als Erfolg erzählen: Erfahrungen und Wahrnehmungen jüdischer Migrationsbewegungen im 20. Jahrhundert

den jüdischen Gemeinden hierbei die Rolle einer Integrationsinstanz zu. Sie hätten sich aber bald mit all jenen, vor allem älteren Zuwanderern konfrontiert gesehen, die es „draußen“ auch aufgrund der Zugangs-schranken zum deutschen Arbeitsmarkt nicht schafften. Sie seien mithin zu einem Ort der Gescheiterten geworden, die nicht selten Konflikte um Gemeindepösten austrugen. Anhand einer laufenden Studie des Jüdischen Museums Berlin zeigte Körber, dass im Gegensatz dazu gut ausgebildete, tendenziell aber eher säkulare Mitglieder der zweiten Generation erfolgreiche Statuskarrieren verfolgten, aber eben kaum in den Gemeinden wirkten und zudem vielfach nationale Mehrfachzugehörigkeiten ausbildeten. Körbers doppelte These: Entgegen der politischen Erwartungen, dass die Aufnahme ein neues deutsches Judentum befördere, habe sich eine neue Diasporagemeinschaft gebildet, wobei gerade die Gemeinden, die zur Heimat der Enttäuschten geworden seien, nicht als Gewinner in diesem Prozess verstanden werden könnten.

Abschließend präsentierte BJÖRN SIEGEL (Sussex) mit dem jüdischen Reeder Arnold Bernstein (1888–1971) ein Beispiel für den individualbiografischen Umgang mit erzwungener Migration und dadurch bedingtem Neuanfang. Bernstein, der nach dem Ersten Weltkrieg zum erfolgreichen transatlantischen Transportreeder aufstieg, verfasste zwischen 1962 und 1964 seine Memoiren, in denen er ein, alle einschneidenden Lebensereignisse und Unsicherheiten überdeckendes Erfolgsnarrativ darlegte. Gleichwohl, so hob Siegel hervor, gestaltete sich die Realität, mit der sich Bernstein vor allem nach 1933 konfrontiert sah, deutlich nüchterner: Nicht nur die zunehmende Ausgrenzung der Juden, sondern vor allem Bernsteins Verhaftung 1937 und die erzwungene Emigration in die USA zwei Jahre später kennzeichneten einen zunehmenden Verlust des Zugehörigkeitsgefühls zu Deutschland. Den Neuanfang in den USA, für den er auf alte Geschäftskontakte und Netzwerke anderer Emigranten zurückgreifen konnte, dominierte in der autobiografischen Perspektive ebenfalls das Motiv des alle anderen Erfahrungen überlagernden Erfolgs. Dabei auftretende Schwierigkeiten aufgrund von Problemen beim Restitutionsverfahren sowie mit seiner 1958 neu gegründeten Personenschiffahrtlinie, die mit seinem bislang geübten patriarchalischen Führungsstil nicht mehr in eins zu bringen gewesen sei, habe Bernstein jedoch allenfalls angedeutet. Dies, so Siegel,

zeige, wie er die Deutungen der eigenen Geschichte für sich selbst und vor allem für seine Nachfahren zu beeinflussen versuchte.

In seinen beiden Kommentaren hob AXEL SCHILDT (Hamburg) zunächst den subjektiven Charakter von Gewinn und Verlust hervor, die diese Sektion über Themen mittlerer Reichweite erschließe. Deutlich sei gerade beim Blick auf die einzelnen biografischen Beispiele geworden, dass nicht nur vom Verlust als Erfolg, sondern eben auch umgekehrt, vom Erfolg als Verlust erzählt werden könne. Schildt hob die Vielzahl möglicher Perspektiven hervor, die die Pluralität von Erfahrung und Wahrnehmung als organisierendes Zentrum von Erzählungen ohne zu starke theoretische Grundlegungen eröffne. In Anlehnung an Günther Anders Axiom, dass er keine Biografie (*vita*), sondern lediglich einzelne Lebensabschnitte (*vitae*) habe⁵, betonte er zudem die unvorhergesehenen Weichenstellungen des Lebens, die gerade in der erzwungenen jüdischen Emigration im 20. Jahrhundert eine Grundelement bildeten. Oftmals sei es bei den darüber reflektierenden Erzählungen jedoch weniger bewusst um die Diskussion eines Verhältnisses von Verlust und Erfolg gegangen, als um die Betonung von Kontingenz prinzipiell offener, durchaus bereichernder Lebenswege von Menschen. Freilich habe auf diese Weise biografischer Verlust in Erfolg umgemünzt werden können. Insgesamt, so Schildt, erwiesen sich alle vorgestellten Themen und Perspektiven für die Biografie-, Generations-, Geschlechter-, Migrations- und Kulturgeschichtsforschung in besonderem Maße als anschlussfähig.

Eine kurze Schlussdiskussion konkretisierte nochmals einzelne Aspekte von Scheitern und Erfolg jüdischer Migrationsprozesse des 20. Jahrhunderts. Insgesamt führte die Sektion eindrucksvoll unterschiedliche, vielfach kontrastreiche Bezüge und Ebenen von Erfahrung und Wahrnehmung sowie der auch aus ihrem zeitlichen Entstehungskontext heraus zu betrachtenden Narrative von „Gewinn“ und „Verlust“ vor Augen, die zahlreiche Anregungen für weiterführende Forschungsprojekte eröffnen.

Sektionsübersicht:

⁵Günther Anders, *Der Emigrant. Vitae, nicht vita*, in: *Merkur* 16/173 (1962), S. 601-622.

HT 2014: Vom Verlust als Erfolg erzählen: Erfahrungen und Wahrnehmungen jüdischer Migrationsbewegungen im 20. Jahrhundert

Sektionsleitung: Simone Lässig (Braunschweig) / Miriam Rürup (Hamburg) / Stefanie Schüler-Springorum (Berlin)

Stefanie Schüler (Berlin), Begrüßung

Christine von Oertzen (Berlin), Doppelte Verliererinnen? Ausgewanderte Akademikerinnen und die Generalisierung des Scheiterns

Anna Menny (Hamburg), Zwischen Verlust und Bedrohung. Die Wahrnehmung jüdischer Migration in Spanien

Axel Schildt (Hamburg), Kommentar Teil 1

Viola Rautenberg-Alianov (Berlin/Haifa), „Zerbrochen an Leib und Seele“. Dimensionen und Diskurse des Scheiterns deutsch-jüdischer ImmigrantInnen in Palästina in den 1930er-Jahren

Karen Körber (Berlin), „Bei uns bleiben die, die es draußen nicht schaffen.“ Bilder und Geschichten vom Gewinnen und Verlieren. Die Einwanderung russischsprachiger Juden zwischen Recht, Repräsentation und Realität

Björn Siegel (Sussex), „... , denn mein einziges Kapital waren mein Name und mein Ruf...“. Arnold Bernstein und die Konstruktion der eigenen Erfolgsgeschichte vor und nach dem Nationalsozialismus

Axel Schildt (Hamburg), Kommentar Teil 2

Tagungsbericht *HT 2014: Vom Verlust als Erfolg erzählen: Erfahrungen und Wahrnehmungen jüdischer Migrationsbewegungen im 20. Jahrhundert*. 23.09.2014–26.09.2014, In: H-Soz-Kult 14.11.2014.

HT 2014: Making Winners? Transforming Individuals through Education in Colonial and Post-Colonial Contexts

Leitung: Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands (VHD); Verband der Geschichtslehrer Deutschlands (VGD)

Bericht von: Alva Bonaker, Centre for Modern Indian Studies (CeMIS), Georg-August-Universität Göttingen

The session „Making Winners? Transforming Individuals through Education in Colonial and Post-Colonial Contexts“, brought together historians from Great Britain, the partner country of this year's Historikertag, the German Historical Institute London and the Transnational Research Group (TRG) on poverty and education in modern India. The presentations, however, covered many more countries, providing a truly international perspective on how education has been planned and experimented with, and how it has shaped people's lives in colonial and post-colonial times. The session engaged with educational methods and transformative aspects of education ranging from Indian monitorial schools to female education in Sierra Leone and Nigeria, new experiments in mass education on an international scale, and the importance of education for children from working-class households in Mumbai.

As ANDREAS GESTRICH (London) emphasised in his introduction, education is not only a mechanism for transforming individuals, but has itself always been subject to transformation. This happens through the introduction of new educational concepts and as the result of experiments, but also by processes of transferring these concepts globally and adapting them (sometimes unintentionally) in new contexts. In addition to tracing these processes of transformation, this session revolved around the central question of the purpose of education. Beyond the old Enlightenment idea of making better individuals through education, it has always been a tool for certain interests, whether in favour of transforming society or maintaining its order.

HT 2014: Making Winners? Transforming Individuals through Education in Colonial and Post-Colonial Contexts

In the first presentation JANA TSCHURENEV (Göttingen) looked at the monitorial system of education in early nineteenth-century British India.. This new form of schooling for the poor was marked by an inherent tension: while schools were organised in a highly competitive meritocratic system, the intention of the missionaries was to maintain the hierarchical social order and keep people in their places. The teaching method was based on the concepts of Joseph Lancaster and Andrew Bell. Advanced students were asked to teach the less advanced, and lessons followed an extremely rigid plan. The main objective of these schools was to produce rational subjects with Christian moral values who would be able to make themselves useful to society. Among the challenges which this educational method faced, Tschurenev highlighted that the meritocratic system was seen as containing the danger of raising expectations among students, possibly leading to social mobility; hence education had to be kept within certain limits. This demonstrates that education was seen primarily not as a medium for individual development, but as a tool for maintaining a certain order in society.

SILKE STRICKRODT (London), too, assessed educational experiments by missionaries in the British Empire, shifting the focus from India to Sierra Leone. Strickrodt analysed the transformation of the missionaries' educational ideals when they set up the Church Missionary Society's (CMS) Female Institution in 1849 and were confronted with local ideas and demands. Unlike the schools in the monitorial system, this was an example of exclusive, elite education based on a highly selective system. It intended to transform the girls morally and spiritually into Christians, housewives and mothers. In contrast to this missionary objective, Strickrodt emphasised, the parents did not want their girls to be transformed in this way, but made their own demands, which were largely oriented by British values. This example clearly demonstrates that information about ways of life and educational patterns circulated in various ways and were not solely transferred by missionaries. This story also underlines that it is not always easy to identify the „winners“ and „losers“ of educational experiments. Rather, we are confronted with complex entanglements, and the outcomes of education are rarely limited to what was intended.

The regional focus shifted back to India in the following presentation,

with education among the elites in colonial times remaining the main theme. GEORGINA BREWIS (London) gave an insight into the Indian students' social service leagues in the first two decades of the twentieth century. Brewis found that the focus was on the transformation of moral values in those who participated in the service, with the aim of making them future leaders of the country, rather than on the outcome of the service. Brewis drew attention to a kind of education that was, paradoxically, closely intertwined with the British system on the one hand, but became part of the Indian nation-building movement on the other. In both previous presentations, there was no doubt that the concepts were developed by British missionaries and changed only as a result of encountering the different contexts in which they were applied. In the case of the Indian social service, there were conflicting claims about whether these concepts had indigenous roots or had been introduced by British missionaries. Brewis emphasised that the student social service in India was a hybrid model, including a set of Christian as well as Hindu influences, and can therefore be seen as reflecting the constant interplay of ideas and practices between European and Indian educationalists in India.

CHARLOTTE HASTINGS (Manchester) provided another example of female education in colonial Africa. She traced the struggle to set up a regular secondary school for girls in Nigeria, highlighting the ignorance with which the government responded to the demand that girls should receive an education beyond being taught how to be good housewives and mothers according to Christian values. Only with the establishment of the Advisory Committee on Native Education in British Tropical Africa (later renamed Advisory Committee on Education in the Colonies) and the first female appointments to it, did education for girls slowly gain more attention. Queen's College was finally opened ten years after the campaign began. The way in which the school was run by the colonial administration revealed discrimination on the basis of race. There was a clear preference for appointing British teachers, and women were paid less than men. The example of Faith Wordsworth, an English teacher who was the main figure during the initial phase of Queen's College, reveals a wide gap between her ideals and those of the colonial administrators. Highly praised for her achievements in girls'

HT 2014: Making Winners? Transforming Individuals through Education in Colonial and Post-Colonial Contexts

education, she herself was deeply disappointed by the meagre support she received. This demonstrates not only how educational concepts and ideas in colonial times changed under the influence of the local population, but also that conflicting ideas and visions existed in parallel and were negotiated among different colonial actors.

From the regional examples of the session VALESKA HUBER (London) turned to an educational experiment that was introduced on a global scale. In the late colonial period, when programmes of mass education and informal education became more widespread, the American missionary Frank C. Laubach invented one of the more successful methods for educating the 'masses'. Laubach's method was based on simplifying the alphabet and making everyone teach others the lessons that they themselves had learned (a technique he took from Bell and Lancaster). Laubach was guided by his vision that everyone should be able to read and write so that the 'masses' would be transformed into a population able to take part in political life. As Huber emphasised, he was convinced that literacy could solve problems of poverty, overpopulation and ill health. In addition to suggesting that such a simplified approach to solving all other problems by tackling just one aspect seems problematic, Huber also pointed to other shortcomings of Laubach's method, including the question of how sustainable it really was. Laubach's method was, however, adopted in many countries to which he travelled and by UNESCO. It proved to be a popular attempt to transfer a specific educational method to various regional contexts.

Completing the trajectory from early colonial to post-colonial times, SUMEET MHASKAR (Göttingen) returned to a micro perspective and looked at the educational attainments of ex-mill workers' children in Mumbai, asking what factors influenced the educational attainment of working-class young people. Overall, he found that the children's education was only slightly more advanced than that of their parents. The factors he identified as important (beyond, of course, the financial status of their families) were: parental education, neighbourhood and school peer effect, career guidance, part-time employment, private tuition and language of schooling. According to Mhaskar, these factors had the potential to enable children to achieve social and economic upward mobility. They were, therefore, decisive of whether the children

of ex-mill workers could take charge of their individual futures, or were left behind. Receiving solid career guidance seemed to have played an especially important role for the educational achievements of the children. This shows that the aim with which education was pursued was extremely relevant. In this context, education was primarily seen as a path to a certain career, rather than as a way of achieving personal fulfilment.

The same question – education to what end? – was also addressed in the discussion, which recognised that the session had shed light on several ‘ends’ of education as a transformative mechanism on the individual level and far beyond. The session clearly demonstrated that the transformative power of education can be used for very different purposes. The fact that education has itself always been subject to various transformations, intended or not, makes this field such a fascinating one for both historical and contemporary research. It was pointed out that there has always been a great deal of exchange of educational ideas and concepts between countries and continents, and although London can be seen as the centre for the parts of the British Empire presented here, information flows were highly decentralised and not limited to the Empire’s borders. Another aspect discussed was the interconnection between education and respectability, most powerfully demonstrated in the case of girls’ education among the elites in Sierra Leone, where a certain type of education seems to have been very important for achieving the English respectability envisaged. In general, education’s inherent potential to make people „winners“ was agreed upon, even though it became clear that it was not always easy to tell who the „winners“ were. Another central aspect discussed was the tension between education as a tool for individual achievement, and for maintaining the social order and keeping people in their places. The session showed that analysing this tension between education as a tool for liberation and for social control should be on the research agenda in many different geographical and political settings.

Session Overview:

Chair: Andreas Gestrich (London)

HT 2014: Making Winners? Transforming Individuals through Education in Colonial and Post-Colonial Contexts

Jana Tschurenev (Göttingen), Good Christians, Good Men und Good Subjects. School Discipline in England and India in the Early Nineteenth Century

Silke Strickrodt (London), Making Winners? Female Elite Education in Nineteenth-Century Sierra Leone

Georgina Brewis (London), Nobler and Higher Selves. Transforming Students into Servants of India and Empire

Charlotte Hastings (Manchester), To Transform Colonial Children? Women Teachers at 1920s Queen's College, Lagos (Nigeria)

Valeska Huber (London), 'Transforming the Masses'? Literacy Campaigns at the End of Empire

Sumeet Mhaskar (Göttingen), Education and Transformation of Working-Class Youths in Post-Industrial Mumbai

Tagungsbericht *HT 2014: Making Winners? Transforming Individuals through Education in Colonial and Post-Colonial Contexts*. 23.09.2014–26.09.2014, In: H-Soz-Kult 28.11.2014.

HT 2014: Der deutsche Historikerverband im interdisziplinären Vergleich

Leitung: Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands (VHD); Verband der Geschichtslehrer Deutschlands (VGD)

Bericht von: Birte Meinschien / Arvid von Bassi, Goethe-Universität Frankfurt am Main

Schon seit einigen Jahren ist eine beachtliche Konjunktur historiografiegeschichtlicher Arbeiten zu verzeichnen. Auch auf Sektionen der Historikertage wird daher die Selbsthistorisierung des Faches vorangetrieben und dabei der eigene Verband in den Fokus der Untersuchung gerückt. So hatte man bereits in Mainz damit begonnen, das Gespräch über die Geschichte des Deutschen Historikerverbandes (VHD) zu eröffnen. Nachdem die dortigen Referenten den Weg des VHD von seiner Gründung im Jahre 1895 über die verschiedenen politischen Systemwechsel hinweg bis zum „Wiedervereinigungshistorikertag“ 1990 verfolgt hatten¹, ging man nun in Göttingen daran, die spezifischen Eigenarten des VHD im Vergleich mit anderen Wissenschaftsorganisationen zu bestimmen und nach Unterschieden und Gemeinsamkeiten in ihrer Organisationsgeschichte zu fragen.

MARTIN SABROW (Potsdam), leitete die Sektion ein, indem er zahlreiche potentielle Forschungsfragen stellte, die vor dem Hintergrund der disparaten Quellenlage an eine Verbandsgeschichte gerichtet werden könnten. Schließlich handele es sich beim VHD weitgehend um eine „wenig verfestigte“, wenn nicht sogar um eine rein „virtuelle Institution“, die sich vornehmlich auf die Ausrichtung des Historikertages konzentriert habe und stark vom Handeln des jeweiligen Vorsitzenden abhängig gewesen sei. Eine Untersuchung des Verbandes müsse daher

¹Vgl. hierzu den Sektionsbericht HT 2012: Die organisierte Disziplin als Forschungsproblem. Perspektiven auf eine Geschichte des Historikerverbandes, 25.09.2012 – 28.09.2012 Mainz, in: H-Soz-Kult, 22.11.2012, <<http://www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-4504>> (26.11.2014).

HT 2014: Der deutsche Historikerverband im interdisziplinären Vergleich

diese Überlieferungslage berücksichtigen, vor allem aber den Verband in die weitere Wissenschaftsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts einbetten. Das ließe den transdisziplinären Institutionenvergleich der Sektion als besonders gewinnbringend erscheinen, so etwa wenn den nicht nur für den VHD zentralen Fragen nach Professionalisierungsverläufen, innerfachlichen Inklusions- und Exklusionsmechanismen sowie allgemein dem Zusammenhang von Wissenschaft und Öffentlichkeit nachgegangen werde.

MATTHIAS BERG (Berlin), der für das laufende Forschungsprojekt die Zeit von der Gründung des Verbandes 1895 bis zur Reorganisation nach dem Zweiten Weltkrieg bearbeitet, gab sodann einen konzisen chronologischen Überblick über die Geschichte des VHD und warf die übergeordnete Frage auf, ob die Entstehung des eigenen Fachverbandes als Erfolgsgeschichte zu werten sei. Wenn man Erfolg anhand von Nachfrage und Zuspruch beurteile, so müsse auch nach Chancen und Hemmnissen bei der Gründung des VHD gefragt werden, wie Berg mit Verweis auf Rüdiger vom Bruch bemerkte. Bezeichnenderweise sei nämlich die Gründung des Verbandes keineswegs vom Zentrum, sondern vielmehr von der Peripherie des Faches ausgegangen, als süddeutsch-katholische Vertreter ihrer Marginalisierung durch verstärkte Vernetzung untereinander entgegenwirken wollten. Zudem habe gerade die Konkurrenz mit anderen Fachverbänden, vor allem die Konkurrenz durch den Juristentag, dazu geführt, die eigene innerfachliche Profilierung voranzutreiben. Überhaupt sei es am Ende des 19. Jahrhunderts zu einer charakteristischen Ausdifferenzierung der Geisteswissenschaften gekommen, von der das junge Fach massiv profitiert habe; ein eigener Verband sei daher folgerichtig gewesen. Erst der Weltkrieg von 1914 bis 1918 und die daran anschließende politische wie ökonomische Instabilität hätten dazu geführt, dass die Entwicklung des Verbandes abgebremst worden sei. Der allgemeinen Krisenstimmung dieser Jahre habe sich auch der VHD nicht entziehen können, vielfach wohl auch nicht entziehen wollen. Weite Teile der Zeit nach 1918 bezeichnete Berg daher prononciert als „verbandslose Jahre“. Schließlich markierten die Jahre des Nationalsozialismus den Tiefpunkt, als der Verband vollständig im Schatten des Reichsinstitutes für Geschichte des neuen Deutschland unter der Leitung von Walter Frank gestanden hatte und lediglich zum

Transmissionsriemen des Führerprinzips herabgesunken war. Matthias Berg stellte daher in einem kurzen Ausblick auf den noch zu bearbeitenden Zeitraum der Verbandsgeschichte nach 1945 die entscheidende Frage, welche Bedeutung personellen und inhaltlichen Kontinuitäten bei der Rekonstituierung des Verbandes zuzumessen sind.

An diese Ausführungen schlossen UWE DÖRK (Essen) und HENNING BORGGRÄFE (Bochum) ihre ersten Ergebnisse aus einem laufenden Forschungsprojekt über die Geschichte der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS) an. Uwe Dörk zeichnete dabei zunächst in großen Linien die unterschiedlichen Fachentwicklungen nach. Im Unterschied zur Geschichtswissenschaft sieht er die Entstehung der Soziologie ungleich stärker durch die Industrialisierung geprägt. Dennoch habe die Soziologie über einen langen Zeitraum hinweg über keinen verbindlichen fachlichen Kanon an Methoden und Institutionen verfügt. Anders als der VHD, der auf eine Grundlagenkrise flexibel reagiert habe, habe die DGS auf eine „epistemische Pluralität“ antworten müssen, die nur schwer integrierbar gewesen sei. Infolgedessen habe sich der Verband, so Dörk, bald professionalisiert und schließlich alle wesentlichen Funktionen eines wissenschaftlichen Fachverbandes erfüllt.² Hierdurch sei es der DGS gelungen, anders als dem VHD, eine ganze Reihe von Großforschungsprojekten zu initiieren, die sich an industriellen Organisationsformen orientierten. Allerdings sei diese „hybride Form aus industriellem Betrieb, Arbeiterpartei und bürgerlichem Verein“ rasch an ihre Grenzen gestoßen. Ein Habitus-geprägter Hang zum Einzelgängertum sei nur schwer mit dem auf Kooperation ausgelegten Fachverband vereinbar gewesen. Insgesamt sei daher noch vor dem Ersten Weltkrieg das Engagement stets geringer als die Erwartungen gewesen. Bei ihrer Wiedergründung im Jahre 1922 reagierte die DGS auf diese Erfahrungen, indem sie die Zuständigkeiten des Verbandes begrenzte und vor allem die Steuerung des Verbandes nunmehr in die Hand einer kleinen, elitären Zahl hochqualifizierter Wissenschaftler legte – mit erheblichen Rückwirkungen auf das intellektuelle Selbstverständnis.

Sodann richtete Henning Borggräfe den Blick auf die Entwicklung

²Vgl. hierzu die von Gabriele Lingelbach beim letzten Historikertag gemachten grundlegenden Reflexionen über die „Funktion und Entwicklung von Historikerverbänden“, in: GWU 64 (2013), S. 139-152.

HT 2014: Der deutsche Historikerverband im interdisziplinären Vergleich

der DGS nach ihrer Wiedergründung im Jahre 1946, die nicht ohne die Erfahrungen im Nationalsozialismus verstanden werden könne. Denn die westlichen Besatzungsmächte hätten der Soziologie ausdrücklich eine wichtige Rolle bei der Demokratisierung Deutschlands zugewiesen. Die äußeren Voraussetzungen zur Neugründung standen damit für die DGS deutlich günstiger als für den VHD, dessen national-konservative Fachtradition auf deutliche Vorbehalte bei den Besatzungsmächten stieß. Aber entgegen der lange Zeit vorherrschenden Sichtweise, die die deutsche Soziologie vorwiegend den Opfern der NS-Politik zurechnete, machte Borggräfe deutlich, dass dieses Bild differenzierter betrachtet werden müsse. Auch die Soziologie habe an vielen Stellen dem beschleunigten Prozess der (Selbst-)Gleichschaltung nicht widerstanden. Nach Kriegsende zogen dann Kreise um den langjährigen DGS-Präsidenten Leopold von Wiese ihre ganz eigenen Schlüsse aus dieser Erfahrung, indem sie noch mehr Macht auf den Präsidenten verlagerten, um – so die Argumentation – eine Wiederholung der Ereignisse zu verhindern, vor allem aber wohl, um auf diese Weise ihre Machtstellung im Verband weiter abzusichern. Ins Wanken geriet diese Organisation mit recht autoritärem Zuschnitt dann zunächst durch zahlreiche Reforminitiativen aus dem Umfeld von Ralf Dahrendorf und M. Rainer Lepsius. Vor allem aber forderte die Studentenrevolte von 1968 die DGS ungleich stärker heraus als den VHD.

TOBIAS S. SCHMUCK (Mainz) stellte zu Beginn seines Vortrages die Frage, warum Geschichtslehrer und Historiker nicht einen gemeinsamen Verband gegründet hätten. Er erklärte, dass bei der Gründung des Verbandes der Geschichtslehrer (VGD) im Jahr 1913 „unterschiedliche Schwerpunktsetzungen“ zur Gründung von zwei getrennten Verbänden führten. Im Vergleich zu anderen Verbänden verwundere es vielmehr, dass die Gründung des VGD (damals VdG) vergleichsweise spät erfolgt sei. In der Folge, dies machten Schmucks Ausführungen deutlich, lässt sich die Geschichte des VdG nur im komplexen Beziehungsgeflecht zum Philologenverband und zum VDH verstehen. Nachdem während des Ersten Weltkrieges die Arbeit des Verbandes fast vollständig zum Erliegen gekommen sei, wurde dieser erst in den 1920er-Jahren wieder stärker aktiv, 1924 kam es auf dem Frankfurter Historikertag erstmals zu einer Kooperation zwischen VGD und VDH. Der VGD habe zu dieser

Zeit eine Doppelfunktion gehabt und sich nicht nur wissenschaftlich, sondern auch geschichtspolitisch betätigt, und zwar durchaus im Sinne der Nationalsozialisten. So kann die Wiederbegründung des VGD 1948 auch als Beispiel für Kontinuitätslinien dienen: Sowohl im Hinblick auf Personal – der Gründungsvorsitzende von 1913 war erneut an der Gründung beteiligt – als auch auf inhaltliche Fragen. Jetzt seien jedoch Unterrichtsthemen, nicht zuletzt durch die wachsende Bedeutung der Geschichtsdidaktik, nach der Wiedergründung des Verbandes das zentrale Thema gewesen, obschon im Hinblick auf die Fachzeitschrift GWU eine dauerhafte Debatte um das Verhältnis von „W“ und „U“ seit den 1980er-Jahren bestehe.

Der zweite Teil der Sektion begann mit einem Beitrag von HANS-HARALD MÜLLER (Hamburg) und MYRIAM RICHTER (Lüneburg) zum Thema „Der deutsche Germanistenverband – eine ‚Fachgenossenschaft‘ im Zielkonflikt“. Sie bezeichneten den 1912 gegründeten Verband als „verbandssozologisch betrachtet, ein Kuriosum ohne Vorgeschichte“, denn er habe zahlreiche Funktionen vereint: wissenschaftliche, schulpolitische und berufsständische. Er sei eine „Bewegung, ein nationalistischer Weltanschauungs- und Gesinnungsverein“ gewesen, der nicht als Reaktion auf fachliche Entwicklungen gegründet worden sei, sondern vielmehr um einen deutschkundlichen Diskurs durchzusetzen, der starke antimodernistische Elemente aufwies und zugleich einen umfassenden Bildungsanspruch vertrat. Ausdruck dessen sei die 1920 erfolgte Umbenennung in „Gesellschaft für deutsche Bildung“, einen „populären deutschvölkischen Gesinnungsverband“ gewesen. Mit diesem Programm habe die GfdB großen Einfluss auf die preußische Schulpolitik ausübt. Zwar sei der Verband nicht „gleichsam teleologisch in den Nationalsozialismus [ge]mündet“, jedoch anfällig für die NS-Ideologie gewesen und habe sich angepasst. Nach 1945 seien nach einer ersten gescheiterten Gründung erst 1952 die Verbände von Hochschullehrern und Deutschlehrern zum Germanistenverband vereinigt worden. Dieser Verband habe sich zunächst vorwiegend als moderierendes Gremium verstanden und sich daher als „Fachgenossenschaft“ bezeichnet. Der für Reformen im Fach wegweisende Münchener Germanistentag von 1966 habe zu keiner Reform im Fachverband geführt. Diese sei erst mit dem 1969 unter der Ägide von Walter Müller-Seidel verabschiedeten

HT 2014: Der deutsche Historikerverband im interdisziplinären Vergleich

Reformprogramm erfolgt, das einen Prozess der „Modernisierung und Professionalisierung“ eingeleitet habe. In dieser „Reformära“ habe sich das Fach stark gewandelt und so profilieren können. Zum Abschluss betonten jedoch beide, dass seit den 1980er-Jahren die zentrifugalen Kräfte im Fach immer weiter zugenommen und den Germanistenverband geschwächt hätten.

Danach richtete LEVKE HARDERS (Bielefeld) mit der American Studies Association (ASA) den Blick auf einen nichtdeutschen und interdisziplinären Verband. Harders benannte in ihrem Vortrag drei zentrale Gründe für den Erfolg der 1951 gegründeten ASA. Zunächst sei das Anknüpfen an „strukturell-organisatorische Traditionen und bestehende Netzwerke“ wie die Modern Language Association oder die American Historical Association, aber auch der Rekurs auf bereits bestehende persönliche Kontakte, bedeutsam gewesen. Zweitens seien „Öffentlichkeit, Wissenschaftspolitik und Ressourcen“ von großer Bedeutung für die Etablierung der ASA gewesen – gelang es ihr doch durch das Einwerben von Fördermitteln von Wissenschaftsstiftungen und das Abhalten von Konferenzen, sich zu professionalisieren und als Expertin zu profilieren. Drittens seien Prozesse der In- und Exklusion und der Abgrenzung von „Laien“ zentral für die Konsolidierung der ASA gewesen. Diese Professionalisierungsprozesse fände man auch in anderen Fächern, diese ließen sich im Wesentlichen als Diskussionen um die „Durchsetzung verschiedener Modelle sozialer Beziehungen im akademischen Feld“ beschreiben, bei denen der sich auf Fakten beziehende *researcher* das Ideal gewesen sei. Diese Prozesse der Professionalisierung führten schließlich dazu, dass „männliche, weiße Professoren anerkannter Hochschulen“ die ASA dominierten – erst ab den 1960er- und 1970er-Jahren spielten Frauen und Angehörige marginalisierter Minderheiten eine stärkere Rolle.

Mit dem Kommentar von CHRISTOPH CORNELISSEN (Frankfurt am Main) schloss die Sektion. Cornelißen forderte zunächst eine noch eingehendere Kontextualisierung der politischen, fachlichen und gesellschaftlichen Bedingungen für das Verständnis der Geschichte von Fachverbänden insgesamt und fragte nach der Bedeutung von Ausgrenzungsprozessen für die Konsolidierung von Verbänden. Zudem sei eine Reflexion des Begriffs des Verbandes für die Analyse wichtig.

Während im deutschsprachigen Raum häufig die klassische Definition Max Webers eines „Herrschaftsverbands“ herangezogen würde, sei das Verständnis im angelsächsischen Raum ein anderes, da hier die Freiwilligkeit des Zusammenschlusses stärker betont würde. Cornelißen schloss seinen Vortrag mit drei Diskussionsanreizen und fragte erstens nach der Bedeutung der internen Öffentlichkeit für die Diskussion des disziplinären Wissens und die dadurch erfolgten Ausschlussprozesse mit einer Trennung von „Profis“ und „Amateuren“. Zweitens betonte er die Integrationskraft von Verbänden beim Bündeln von Heterogenität und fragte in der Folge nach „Standardisierung“ und „Normierung“ durch Verbände. So stelle sich abschließend die Frage, ob es eine „Konvergenz“ hin zu einem „Normalverband“ gebe und ob nicht Verbände umso wirkmächtiger seien, je weniger ihre Bezugsdisziplin institutionalisiert sei.

In der anschließenden Diskussion wurde die Frage nach der Bedeutung von exogenen und endogenen Impulsen für die Verbandsentwicklung gestellt und zugleich vor einer zu sehr teleologischen Deutung und damit Selbsttheroisierung gewarnt. Insgesamt wurde eine größere Kontextualisierung als wünschenswert betont.

Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Matthias Berg (Berlin) / Christoph Cornelißen (Frankfurt am Main)

Einführung:

Martin Sabrow (Potsdam), Der Fachverband der Historiker und sein historischer Ort. Fragen an eine vergleichende Verbandsgeschichte

Uwe Dörk (Essen) / Henning Borggräfe (Bochum), Wissen und Organisation. Die Deutsche Gesellschaft für Soziologie und der Historikerverband

Tobias S. Schmuck (Mainz), Der Verband der Geschichtslehrer Deutschlands (VGD) – eine Interessenvertretung der Historiker in der Schule?

Hans-Harald Müller (Hamburg) / Myriam Richter (Lüneburg), Der Deutsche Germanistenverband – eine „Fachgenossenschaft“ im Zielkonflikt

HT 2014: Der deutsche Historikerverband im interdisziplinären Vergleich

Levke Harders (Bielefeld), Professionalisierung und ihre Folgen: Die American Studies Association

Christoph Cornelißen (Frankfurt am Main), Kommentar

Tagungsbericht *HT 2014: Der deutsche Historikerverband im interdisziplinären Vergleich*. 23.09.2014–26.09.2014, In: H-Soz-Kult 05.12.2014.

HT 2014: Lebensraum und Volksgemeinschaft

Leitung: Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands e.V. (VHD); Verband der Geschichtslehrer Deutschlands e.V. (VGD)

Bericht von: Janosch Steuwer, Ruhr-Universität Bochum

Nicht immer ist einzelnen Panels der Historikertage eine so langanhaltende Wirkung vergönnt, wie sie jenes Panel entwickelte, das Frank Bajohr und Michael Wildt unter dem Titel „Ungleichheit in der nationalsozialistischen ‚Volksgemeinschaft‘“ auf dem 48. Historikertag in Dresden veranstalteten.¹ Dieses bot 2008 eine erste Gelegenheit zum Streit um den Begriff „Volksgemeinschaft“, der seitdem in unterschiedlichen Zusammenhängen weitergeführt worden ist und die NS-Forschung der letzten Jahre maßgeblich bestimmt hat. Das Panel „Lebensraum und Volksgemeinschaft“ des diesjährigen 50. Historikertages in Göttingen stellte sich mit seiner übergreifenden Frage nach dem Zusammenhang von NS-Gemeinschafts- und Besatzungspolitik bewusst in den Kontext dieser Diskussion, um ihr jedoch zugleich auch neue Impulse zu geben. Auch wenn Birthe Kundrus bereits 2008 mit ihrem Beitrag zum Dresdener Volksgemeinschafts-Panel auf die Inklusions- und Exklusionsprozesse hingewiesen hatte, die mit der Volkstumspolitik zwangsläufig verbundenen waren, hat sich die kontroverse Debatte um die Volksgemeinschaft in den letzten Jahren vor allem auf das Altreich und die Jahre bis zum Kriegsbeginn 1939 konzentriert. Die mit den Begriffen „Lebensraum und Volksgemeinschaft“ angestrebte Öffnung der Diskussion versprach dabei vor allem deshalb neue Perspektiven, weil Fragen der NS-Gemeinschaftspolitik hier in einem grundsätzlich gewandelten Kontext verhandelt werden mussten: War „Volksgemeinschaft“ innerhalb der deutschen Gesellschaft vor allem ein Differenzbegriff, dessen

¹Vgl. den Tagungsbericht von Malte Thießen: HT 2008: Ungleichheiten in der nationalsozialistischen „Volksgemeinschaft“, 30.09.2008 – 03.10.2008 Dresden, in: H-Soz-Kult, 24.10.2008, <<http://www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-2305>> (08.12.2014).

Bedeutung gerade über Ausgrenzung und die Frage definiert wurde, wer nicht zu ihr gehörte, so kehrte sich diese Perspektive in den besetzten Gebieten um. Hier war in Anbetracht einer grundsätzlich fremden Bevölkerung in positiver Weise zu entscheiden, wer als deutsch zu gelten hatte.

Vor diesem Hintergrund widmete sich DANIEL SIEMENS (Bielefeld) in seinem Vortrag der bisher kaum beachteten Rolle der SA innerhalb der deutschen Expansionspolitik in Mittel- und Osteuropa. In den Mittelpunkt stellte er dabei die seit Mitte der 1930er Jahre innerhalb der SA betriebenen Planungen einer eigenen Germanisierungspolitik. Diese standen in direkter Kontinuität zur inneren Kolonisation, mit der die nach den Röhm-Morden 1934 geschwächte SA versucht hatte, sich ein neues Betätigungsfeld in der Ansiedlung von SA-Männern als Bauern in den dünn besiedelten Gebieten des Deutschen Reiches zu schaffen. Spätestens seit 1938 waren diese Planungen auf die Germanisierung der zu erobernden Gebiete ausgerichtet worden. Insgesamt sollte die SA 30 Prozent aller künftigen sogenannten Neubauern in den besetzten Gebieten stellen und damit die politische Hegemonie des Nationalsozialismus in den zu schaffenden deutschen Siedlungen sichern. Dafür strebte die SA an, bei Kriegsbeginn 5.000 Neubauern einsatzfähig zu haben. Doch die seit dem Frühjahr 1939 betriebene Werbung unter den SA-Mitgliedern verlief wenig erfolgreich. Von den potenziell 50.000 in Frage kommenden SA-Männern meldeten sich bis April 1941 gerade einmal 2.150. Zugleich war die SA als Akteur der Germanisierungspolitik durch die Ernennung Himmlers zum Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums an den Rand gedrängt worden. Dennoch seien deren Planungen nicht einfach als bizarre Fußnote abzutun, wie Siemens betonte. Vielmehr wiesen die SA-Pläne deutliche Kontinuitäten zur realen Siedlungspolitik der SS auf und bildeten so zeitlich wie auch inhaltlich das Bindeglied zwischen den frühen Kolonisierungsbemühungen im Altreich und der späteren Germanisierungspolitik in den besetzten Gebieten.

Mit Blick auf die vom nationalsozialistischen Deutschland besetzten Gebiete führte ARMIN NOLZEN (Warburg) anschließend verschiedene Modelle der Inkorporierung der sogenannten „Volksdeutschen“ in die NSDAP vor, die entscheidend von deren staatsrechtlichen Sta-

tus bestimmt wurden. In Gebieten, in denen die Volksdeutschen zu „Reichsbürgern“ ernannt wurden, löste man bestehende volksdeutsche Organisationen auf und nahm deren Mitglieder nach individuellen Prüfungen in die NSDAP auf. In den anderen Gebieten hingegen ging die NSDAP dazu über, eigene „volksdeutsche“ Organisationen aufzubauen, was zu unterschiedlichen Ergebnissen führte: Im Generalgouvernement schuf Hans Frank im April 1940 die „Volksdeutsche Gemeinschaft“, die im Herbst des Jahres der NSDAP als betreuter Verband unterstellt wurde. Dass wenige Monate später einzelne Funktionäre trotz ungeklärter Staatsangehörigkeit in die NSDAP aufgenommen wurden, trug weiter dazu bei, dass die „Volksdeutsche Gemeinschaft“ faktisch eine Vorfeldorganisation der NSDAP wurde. Die in Lothringen gegründete „Deutsche Volksgemeinschaft“ war weniger eng in das Organisationsnetzwerk NSDAP eingebunden. Ihre Mitglieder konnten zunächst nur in die Gliederungen und angeschlossenen Verbände aufgenommen werden. Die Prüfverfahren zum Parteieintritt standen ihnen erst offen, nachdem sie die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten hatten. Der in der Untersteiermark gegründete „Steierische Heimatbund“ sollte neben der Sammlung der Volksdeutschen auch die slowenischen Bevölkerungsteile erfassen, die dem NS-Regime positiv gegenüberstanden. Ebenfalls nicht formal an die NSDAP gebunden, bereitete er in einem sehr viel umfassenderen Maße auf eine spätere Aufnahme in die Partei vor und war auch für die Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit von zentraler Bedeutung. Als Gemeinsamkeit betonte Nolzen abschließend, dass es nirgendwo zu einer kollektiven Aufnahme der Volksdeutschen gekommen sei. Stets habe die NSDAP auf einer individuellen Prüfung der Bewerber bestanden.

Diesen Gedanken griff GERHARD WOLF (Sussex) in seinem Vortrag zur Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit im Wartheland auf, der vor allem nach den Akteuren und den Zielen der deutschen Bevölkerungspolitik fragte. Wolff betonte dabei die Rolle der Herrschaftsinstitutionen vor Ort. Bereits unmittelbar nach dem deutschen Einmarsch begann die politische Vertretung der ethnischen Deutschen damit, die Deutschen im Wartheland in Listen zu erfassen, wobei sie zwei Gruppen unterschied: Personen, die bereits vor Kriegsbeginn Mitglied einer volksdeutschen Organisationen gewesen waren und solche, die zwar

deutschstämmig waren, sich aber bislang nicht zum Deutschtum bekannt hatten. Diese Orientierung am individuellen Verhalten und das Verfahren der sogenannten „Deutschen Volksliste“ wurden auch von der deutschen Zivilverwaltung übernommen, die ebenfalls zwischen „Bekenntnisdeutschen“ und „Stammesdeutschen“ entlang des Verhaltens vor dem deutschen Überfall trennte. Und auch das für Einbürgerungen zuständige Reichsinnenministerium teilte den grundsätzlichen Fokus auf das Bekenntnis zum Deutschtum als zentrales Kriterium. Das Konzept Rasse, so betonte Wolff, habe als Kriterium in diesen Überlegungen nur bei dem Ausschluss „Fremdblütiger“, vor allem Juden, eine entscheidende Rolle gespielt, sei aber für die Unterscheidung von Deutschen und nicht-jüdischen Polen nicht relevant gewesen. Dies habe sich erst geändert, als sich Himmler als Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums in das Volkslistenverfahren einmischte und eine stärkere Beachtung der „rassischen Zugehörigkeit“ forderte. Allerdings habe er sich mit dieser Forderung nicht durchsetzen können. Bei der Vereinheitlichung und Ausweitung des Volkslistenverfahrens auf das ganz Polen seien schließlich vier Kategorien geschaffen worden, von denen jedoch nur in der Kategorie drei die rassische Eignung zum Aufnahmekriterium gemacht worden sei. In den folgenden Monaten habe Himmler zwar versucht, über diese Regelung an Einfluss zu gewinnen, sei damit jedoch am Widerspruch der Zivilverwaltung gescheitert: Diese habe immer wieder in direkter Abgrenzung vom Konzept Rasse auf dem Bekenntnis als Grundgedanken des Verfahrens bestanden und sich erfolgreich widersetzt, als Himmler nach den durchgeführten rassischen Musterungen den Ausschluss von 6.000 Personen forderte. Die Frage, wer als Deutscher zu gelten habe, so resümierte Wolff, sei nicht durch die Kategorie der Rasse, sondern mit der Kategorie Volk getroffen worden, wofür er gerade die Interessen der Zivilverwaltung verantwortlich machte, diese Frage nicht der SS zu überlassen.

Im letzten Vortrag fragte ALEXA STILLER (Bern) am Beispiel der Volksdeutschen aus der südlichen Bukowina nach konkreten Umständen der Um- und Ansiedlungspolitik. Grundlegendes Problem waren die zu geringen Ansiedlungsmöglichkeiten in den Annexionsgebieten Mittel- und Osteuropas, die sich gerade daraus ergaben, dass Volksdeutsche nur einen Anteil von 30 bis später maximal 50 Prozent der neu zu

errichtenden deutschen Siedlungen bilden sollten. Die Suche nach Ansiedlungsmöglichkeiten war dabei jedoch drängend, weil zugleich die Einwandererzentralstelle schon mit der „Durchschleusung“ genannten Massenüberprüfung der Bukowinadeutschen begonnen hatte. In der Himmler zugeordneten Dienststelle spielten dabei rassische Musterungen eine wichtige Rolle. Doch auch hier war die Frage der Einbürgerung von entscheidender Bedeutung, weil nur solche Volksdeutsche in den besetzten Gebieten angesiedelt werden sollten, die zuvor eingebürgert worden waren. Hierfür war ähnlich wie bei dem Volkslistenverfahren im Wartheland die rassische Zugehörigkeit als starres Kriterium vor allem beim Ausschluss von Juden relevant, während das Verfahren ansonsten äußerst variabel war und deutsche Abstammung und Bekenntnis zum Deutschtum im Einzelfall abwog. Insgesamt blieben nach den Überprüfungen 16.000 Personen übrig, die nicht im Osten, sondern im Altreich untergebracht werden sollten. Dies stieß jedoch auf massive Widerstände, so dass schließlich die Kriterien dahingehend abgeändert wurden, dass diese Zahl auf 7.000 Personen sank. Damit wurde das Problem fehlender Ansiedlungsmöglichkeiten jedoch noch weiter gesteigert, das vor allem durch den Stopp der Deportationen von Polen und Juden in das Generalgouvernement 1941 bereits deutlich verschärft war. Ansiedlung, so betonte Stiller, war immer aufs engste mit der Vernichtungs- und Vertreibungspolitik verbunden. Im Ergebnis führten diese Probleme dazu, dass Bukowinadeutsche auch in Gebieten wie Lothringen, dem Sudetenland, Böhmen und Mähren, Luxemburg und anderweitig angesiedelt wurden, die dafür ursprünglich nicht vorgesehen waren.

In seinem Kommentar regte MICHAEL WILDT (Berlin) an, die Vorträge stärker in eine längerfristige europäische Perspektive einzuordnen. Dem „Volk“ als politischem „Schlüsselbegriff des 20. Jahrhunderts“ habe grundsätzlich die Tendenz innegeohnt, Grenzen in Frage zu stellen. Insofern könnte ein größerer räumlicher und zeitlicher Rahmen neue Perspektiven eröffnen. Wildt betonte außerdem, dass die Frage der Zugehörigkeit in den besetzten Gebieten, gerade angesichts der Unmöglichkeit, eindeutige Kriterien festzulegen, tatsächlich von besonders hoher Relevanz gewesen sei, jedoch allein in der Praxis entschieden werden konnte. Insofern sei die stark an formalen Verfahren und De-

definitionen orientierte Perspektive der Vorträge durch einen Blick auf soziale Praktiken, daran konkret beteiligte Personen und deren Motive zu ergänzen. Hier habe die definitorische Uneindeutigkeit sowohl den Herrschenden wie den Beherrschten Handlungsspielräume eröffnet, denen sich weitere Forschungen widmen sollten.

In der Diskussion wurden vor allem Fragen nach Ähnlichkeiten und Differenzen zwischen den besetzten Gebieten und dem Altreich aufgeworfen. Auch wurde vereinzelt argumentiert, dass die Kategorie der Rasse doch von größerer Bedeutung war als es in den Vorträgen zum Ausdruck gekommen sei. Interessanterweise spielten die in den Vorträgen durchaus direkt angesprochenen methodischen Implikationen des Volksgemeinschaftsbegriffes dabei keine Rolle. Auch in diesem Panel zeigte sich die schon andernorts festgestellte Ermüdung angesichts der begrifflichen Diskussionen der letzten Jahre.² Dies sollte jedoch nicht als Manko, sondern als Fortschritt begriffen werden. Nach den intensiven Debatten um methodische und begriffliche Schwierigkeiten scheinen gegenwärtig wieder stärker die Empirie und konkrete historische Fragestellungen in den Vordergrund zu rücken. In diesem Sinne zeigte das Panel, wie sehr sich, auch wenn viele der debattierten methodischen Probleme weiterhin ungelöst sind, mit den Diskussionen um die Volksgemeinschaft der historiografische Blick verändert hat. Welche produktiven neuen Fragen damit aufgeworfen sind und welche weitreichende empirische Einsichten diese zu Tage fördern, Einsichten, die selbst so vermeintlich gesicherte Vorstellungen wie die herausragende Bedeutung der Kategorie „Rasse“ im „racial state“ des Nationalsozialismus in ein neues Licht rücken können, zeigten die Vorträge in äußerst produktiver Weise. Insofern ist auch diesem Panel eine lange Wirkung zu wünschen.

Sektionsübersicht:

Susanne Heim (Berlin): Moderation und Einführung

²Michael Wildt: „Volksgemeinschaft“. Eine Zwischenbilanz, in: Dietmar von Reeken/Malte Thießen (Hg.): „Volksgemeinschaft“ als soziale Praxis. Neue Forschungen zur Gesellschaft vor Ort, Paderborn u.a. 2013, S. 355-369, hier S. 355.

Janosch Steuer

Daniel Siemens (Bielefeld): Schwert und Pflug. Die Ansiedlung von SA-Männern in den eroberten Ostgebieten, 1938-1944

Armin Nolzen (Warburg): Organisierte „Volksgemeinschaft“. Volksdeutsche Sammlungsbewegungen als Vorfeldorganisationen der NSDAP, 1939-1945

Gerhard Wolf (Sussex): „Volksgemeinschaft“ ohne Grenzen. Die besetzten westpolnischen Gebiete als Experimentierfeld

Alexa Stiller (Bern): „Menscheneinsatz“ und „Volksgemeinschaft“. Die Siedlungspolitik und -praxis des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums

Michael Wildt (Berlin): Kommentar

Tagungsbericht *HT 2014: Lebensraum und Volksgemeinschaft*. 23.09.2014–26.09.2014, In: H-Soz-Kult 30.01.2015.

HT 2014: Viele Verlierer, wenige Gewinner? Staatsverschuldung als Geschichte wert- und zweckrationalen Handelns in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts

Leitung: Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands (VHD); Verband der Geschichtslehrer Deutschlands (VGD)

Bericht von: Jan Logemann, Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Georg-August-Universität Göttingen

Die 1970er- und 1980er-Jahre standen auf diesem Historikertag im Zentrum einer ganzen Reihe von Sektionen, die sich mit Strukturwandel und -problemen „nach dem Boom“ und den Charakteristika jener Jahrzehnte auseinandersetzten. Die hier zu besprechende Sektion verstand sich nicht explizit als Teil dieses Reigens, doch konnte man hier, am konkreten Beispiel der Entwicklung von Staatsschulden, vielleicht mehr über Wandel und Strukturbrüche im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts lernen als bei manchen anderen Versuchen der Dekadendiagnose auf diesem Kongress. Im Vordergrund standen hier das Ende des Wachstumsparadigmas, das sich wandelnde Verhältnis von Staat und Wirtschaft, die zentrale Rolle von Expertenwissen und – dies ein besonderes Manko anderer Sektionen zur Periode nach dem Boom – die globalen Interdependenzen solcher Wandlungsprozesse.

Auf die gegenwärtige Bedeutung des Themas Staatsverschuldung wies einleitend der Moderator WERNER PLUMPE (Frankfurt am Main) hin. Er verwies auf das von Wolfgang Streeck jüngst diagnostizierte Spannungsfeld zwischen sozialem Alltagsleben und dem „System Ökonomie“, in welchem sich der demokratischen Kapitalismus lediglich mittels „gekaufte[r] Zeit“ durch eine Dauerkrise zu bewegen scheint. Woher kommen jene systemischen Abhängigkeiten, die „moralischen Risiken“ und als „too big to fail“ eingestufte Institutionen, die seit der Finanzkrise unsere Wahrnehmung der engen Verknüpfung globaler Finanzinstitutionen und staatlicher Haushalte prägen? Den Organisator/innen der Sektion ging es darum, jenseits der feuilletonis-

tischen Diskussion historische Zugänge zu diesen Fragestellungen zu ermöglichen. In der langen Perspektive, so JULIA LAURA RISCHBIETER (Berlin) in ihrer kurzen Einleitung, seien Schuldenkrisen zunächst nicht normativ zu werten, sondern würden als ein wiederkehrendes Moment wirtschaftshistorischer Normalität erscheinen. Staatsverschuldung sei vielmehr als ein Konstrukt sozialen Handelns zu verstehen. Es gelte daher, möglichst objektiv zu beobachten, warum und unter welchen Voraussetzungen Schulden als Mittel staatlicher Politik eingesetzt wurden. Politiker/innen und Parteien, Unternehmer und Privathaushalte, kommunale Akteure und internationale Finanzexpert/innen, sie alle hätten ihre eigenen Ziele, Motive und Handlungsspielräume. Die Vorstellung, das Wachstum öffentlicher Schulden in Zeiten liberalisierter Finanzmärkte kenne nur Verlierer, erweist sich dabei schnell als irreführend.

In den ersten beiden Vorträgen standen jene internationalen Institutionen im Zentrum, die in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts das weltwirtschaftliche Geschehen eigentlich nachhaltig stabilisieren sollten. MATTHIAS SCHMELZER (Genf) zeigte, wie die OECD in den Boomjahren der 1950er- und 1960er-Jahre gerade jenes Wachstumsparadigma beförderte, welches den Hintergrund der späteren Verschuldungskrise bilden sollte. Die Experten der OECD waren nicht nur maßgeblich an der Herausbildung der Vorstellung beteiligt, dass Wirtschaftswachstum ein messbarer und universeller Maßstab gesellschaftlicher Entwicklung sei, sondern beflügelten zugleich Erwartungen auf ein fortwährend exponentielles und globales Wachstum. Da die ambitionierteren Wachstumsziele zunächst tatsächlich realisierbar waren, erlaubte man es sich, auch defizitäres Wirtschaften gegen Ende der 1960er-Jahre als probates Mittel staatlicher Haushalts- und Konjunkturpolitik zu verstehen. Ein Problembewusstsein für öffentliche Verschuldung wuchs bei den beteiligten Akteuren dagegen erst im Verlauf der 1970er-Jahre, als die Wachstumsentwicklung nun deutlich hinter den Erwartungen zurückblieb.

Die Grenzen des Expertenblicks und der wirtschaftlichen Gestaltungsmacht internationaler Institutionen waren auch Kern des Vortrages von JULIA LAURA RISCHBIETER (Berlin). Internationaler Währungsfond (IWF) und die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ),

HT 2014: Viele Verlierer, wenige Gewinner? Staatsverschuldung als Geschichte wert- und zweckrationalen Handelns in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts

so Rischbieter, waren keineswegs allwissende oder gar allmächtige „Leviathane“ der globalen Finanzmärkte. Am Beispiel ihrer Reaktionen auf die Schuldenkrise in Mexiko 1982 betonte der Vortrag die zunächst noch umstrittene Rolle des IWF in den 1970er-Jahren, die schlechte Datenlage der Institutionen und deren darauf fußende Fehlinformationen und Fehleinschätzungen. Die Ursachen der Schuldenkrise wurden somit erst ex post deutlich und waren von zeitgenössischen Expert/innen aufgrund mangelhaftem Informationsmanagement nicht oder nicht ausreichend erkannt worden. Die Frage nach den Entscheidungsprämissen und Handlungskontexten der Zeitgenoss/innen zeige, dass der Verhandlungserfolg der internationalen Finanzinstitutionen Anfang der 1980er-Jahre (und ihre Unterstützung der Interessen von Geschäfts- und Zentralbanken) eher auf politischer Legitimation denn auf wissenschaftlicher Analyse beruhten.

Diese zunehmend symbiotische Verbindung von Finanzinteressen und Politik ab den 1970er-Jahren bildete den Untersuchungsgegenstand des Beitrags von FRIEDERIKE SATTLER (Frankfurt am Main). Am Beispiel der Deutschen Bank zeigte Sattler die wachsende Bedeutung des oft lukrativen Handels mit Staatsschulden für private Geschäftsbanken. Nachdem Inflationstendenzen und Zinsrisiken diesen Markt lange wenig profitabel hatten erscheinen lassen, veränderten sich die globalen Parameter mit den anschwellenden Eurodollarmärkten nach dem Ölpreisschock von 1973. Angetrieben von zunehmendem internationalen Wettbewerb und politisch durchaus gewollt, begaben sich viele Banken in den kaum regulierten, unübersichtlichen aber anscheinend profitablen Markt für Staatsanleihen. Neue Finanzkonstrukte wie die Verbriefung von Schuldentiteln schufen scheinbare Sicherheiten und machten Anleihen für institutionelle Anleger attraktiver. Treibende Kraft hinter dieser Entwicklung, so Sattler, war jedoch nicht allein die Suche der Banken nach Anlagemöglichkeiten, sondern ebenso das Aufkommen von Interessenkoalitionen mit politischen Akteuren in Entwicklungs- und auch in Industrieländern. Hand in Hand mit der Globalisierung der Kapitalmärkte bildeten sich somit starke gegenseitige Abhängigkeiten zwischen internationalen Organisationen, privaten Banken und einzelnen Staaten heraus.

Die nationalstaatliche Seite dieser Akteurskonstellationen nahm

HANS-PETER ULLMANN (Köln) in den Blick, indem er sich mit Entstehen und Wirken einer parteienübergreifenden „Verschuldungskalition“ in der Bundesrepublik der 1970er-Jahren auseinandersetzte. Ullmann fragte nach den politischen Ursachen für die signifikante Expansion der öffentlichen Haushalte in jenem Zeitraum, der ein Anschwellen der Staatsquote auf nahezu 50 Prozent, eine durchschnittliche Defizitquote von 3-4 Prozent und somit beinahe eine Verdopplung der Schuldenquote auf 39 Prozent verzeichnete. Ullmann, der solche Zahlen finanzsoziologisch als Ausdruck politischer Ziele wertet, suchte die Ursachen weniger in globalen Märkten als in einer hausgemachten Schuldenpolitik. Eine „Schuldenkoalition“ (folgend dem Konzept des Advocacy Coalition Frameworks) von Konservativen und Sozialdemokraten sei im Streben nach der Befriedigung der „Kollektivbedürfnisse der Wohlstandsgesellschaft“ zunehmend einer Politik des „deficit spending“ verfallen. Bis weit in die 1970er-Jahre hinein habe eine von transnationaler Wachstums- und Planungseuphorie befeuerte politische Dynamik geherrscht, die den Blick auf den hohen Preis und die langfristigen Folgen einer defizitären „Erweiterung des Staatskorridors“ weitgehend verstellt habe.

Dass Staatsverschuldung aber keineswegs zwangsläufig das Gros der privaten Haushalte zu Verlierern ökonomischer Prozesse machte, zeigte ALEXANDER NÜTZENADEL (Berlin) mit einem überraschenden Blick auf den italienischen Fall. Italiens Schuldengeschichte in der Nachkriegszeit, so wurde verdeutlicht, entsprach keineswegs dem gängigen Vorurteil einer unverbesserlichen „Schuldenkultur“. Vielmehr blieben auch im italienischen Fall die Schulden in der Phase des Wirtschaftsbooms der Nachkriegszeit niedrig, nicht zuletzt aufgrund einer konservativen Haushaltspolitik etwa der Regierung Einaudi. Es gab keine lineare Entwicklung zum Schuldenstaat, doch auch Italien war von der globalen Wachstumskrise der 1970er-Jahre betroffen und verzeichnete zugleich eine Expansion der Staatsquote wie im deutschen Fall. Drei Faktoren beförderten laut Nützenadel eine besonders dynamische Schuldenentwicklung in Italien. Neben der Liberalisierung des Marktes für Staatspapiere und dem lange innovativen Schuldenmanagement des italienischen Staates und der Banca d'Italia war es vor allem die breite Beteiligung privater Haushalte am Kauf der Anleihen, die

HT 2014: Viele Verlierer, wenige Gewinner? Staatsverschuldung als Geschichte wert- und zweckrationalen Handelns in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts

den Fall Italien kennzeichnete. Die politische Stabilität der italienischen Schuldenkoalition sieht Nutzenadel auch darin begründet, dass eine recht große Zahl privater Anleger von der öffentlichen Verschuldung mit profitierte.

In seinem Kommentar war es ADAM TOOZE (New Haven), der die Frage nach den Gewinnern und Verlierern öffentlicher Defizite ganz konkret aufgriff, aber auch dezidiert offen ließ. Er wolle, so Tooze, eine Lanze für die Staatsschulden brechen. Er ermahnte die Sektionsteilnehmer/-innen, nicht vorschnell in allgemeine Jeremiaden über wachsende Schulden einzustimmen oder sich zu stark auf die Rolle eines neutralen Beobachters zurückzuziehen, der in der historischen Rückschau technokratisches Expertenwissen relativiere. Stattdessen könne die historische Perspektive (mit Rückgriff auch auf makroökonomische Daten) zu einer hilfreichen Korrektur und Revision eingefahrener Urteile in der gegenwärtigen Diskussion beitragen. Schulden machen, das habe die Sektion gezeigt, könne je nach historischem Kontext und im Verständnis beteiligter Akteure durchaus sinnvoll sein. Öffentliche Schulden, so Tooze, seien nicht an sich gefährlich, krisenhaft oder korrumpierend, sondern in vielerlei Hinsicht eine der „genialsten Erfindungen der Neuzeit“, die immense staatliche Handlungsspielräume eröffneten und zugleich ein bedeutendes Gegengewicht zum Sparverhalten des privaten Sektors darstellten.

Ob sich diese in der historischen Langzeitbetrachtung gewonnene Bewertung jedoch sinnvoll auf die hier zur Debatte stehende Epoche des ausgehenden 20. Jahrhunderts beziehen ließe, war Gegenstand der abschließenden, lebhaften Diskussion. In der Debatte wurde deutlich, dass Staatsverschuldung in der Ära nach dem Boom eine offenbar neue Qualität erfuhr. Sie formierte sich als gefährliche Dreieckskonstellation zwischen zunehmender privater Verschuldung, durch eine Vielzahl von sozioökonomischen Stabilisierungsaufgaben ausgereizten Staatshaushalten und liberalisierten globalen Kapitalmärkten, die dem Schuldenmachen einen ganz anderen makroökonomischen Kontext gaben. Diese neuen Interdependenzen prägten die Epoche und verbanden sich aufs engste mit sich wandelnden Vorstellungen legitimer Staatlichkeit und wirtschaftlicher Ordnungsmodelle. Der Blick auf Schulden, das hat die Sektion gezeigt, bietet einen wichtigen Schlüssel zum besseren

Verständnis dieser Zeit. In Erweiterung der hier gebotenen Perspektive kann dabei zukünftig auch erkenntnisgewinnend über den „eisernen Vorhang“ hinweg auf die Ost-West Verflechtungen in diesem Bereich geschaut werden.

Eine Grundspannung der Sektion zwischen Gegenwartsbezug oder Historisierung, eine Spannung mit Implikationen für die Zeitgeschichtsschreibung im Allgemeinen, blieb jedoch ungelöst. Die einen warnten davor, zu stark gegenwartsbezogen zu argumentieren oder den Blick zu stark auf Lösungen oder mögliche Lösungsansätze zu lenken. Vielmehr gelte es, das Wissen und die Wissensbildung der Zeitgenoss/innen zu historisieren und nach deren Zukunftsvorstellungen und -erwartungen zu fragen. Andere hingegen forderten eine Debatte um Kosten und Nutzen von Staatsverschuldung in historischer Perspektive zu führen und stritten leidenschaftlich über mögliche „crowding out“ Effekte im Investitionsverhalten mit Argumenten, die explizit auch für die Gegenwart Relevanz beanspruchten. Vorträge und Diskussion zeigten, dass es auch für die historische Zunft schwer möglich ist, in zeithistorischen Debatten gänzlich die Rolle des neutralen Beobachters einzunehmen. Bei nüchterner und unaufgeregter Betrachtung kann Finanzpolitik aber durchaus auch als pragmatische, oft situative Problemlösungspolitik verstanden werden. Wie Tooze optimistisch resümierte: „Machen wir das Beste daraus.“

Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Laura Rischbieter (Berlin) / Hans-Peter Ullmann (Köln)

Werner Plumpe (Frankfurt am Main), Moderation

Matthias Schmelzer (Genf), „How undergrowthed do you consider your economy?“ Die OECD, ökonomische Experten und wie die Erwartung exponentiellen Wirtschaftswachstums sich durchsetzte

Laura Rischbieter (Berlin), Legendäre Leviathane? Die Rolle multilateraler Finanzorganisationen in den Verschuldungskrisen der 1980er-Jahre

Hans-Peter Ullmann (Köln), Die „Verschuldungscoalition“: Akteure und Aktionen in der bundesdeutschen Finanz- und Schuldenpolitik der

HT 2014: Viele Verlierer, wenige Gewinner? Staatsverschuldung als Geschichte wert- und zweckrationalen Handelns in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts

1970er-Jahre

Alexander Nützenadel (Berlin), Im Schatten des Staates: Sparer, Schuldner und private Vermögensbildung in Italien

Friederike Sattler (Frankfurt am Main), Das Geschäft mit den Staatsschulden: Banken, Kapitalmärkte und die Securitization of Debt

Adam Tooze (New Haven), Kommentar

Tagungsbericht *HT 2014: Viele Verlierer, wenige Gewinner? Staatsverschuldung als Geschichte wert- und zweckrationalen Handelns in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts*. 23.09.2014–26.09.2014, In: H-Soz-Kult 10.10.2014.

HT 2014: Gewinner und Verlierer „Nach dem Boom“ in Westeuropa

Leitung: Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands (VHD); Verband der Geschichtslehrer Deutschlands (VGD)

Bericht von: Reinhild Kreis, Historisches Institut, Universität Mannheim

Kaum eine Epochenbezeichnung der letzten Jahre ist so zum geflügelten Wort geworden wie „Nach dem Boom“. Anselm Doering-Manteuffels und Lutz Raphaels These von einem radikalen Strukturbruch und der Entwicklung eines neuen Produktionsregimes, nämlich des globalen, digitalen Finanzmarktkapitalismus, hat den Rahmen gesetzt für eine intensive Diskussion über den historischen Stellenwert des letzten Drittels des 20. Jahrhunderts.¹ Wo ein Boom endet, wo Altes verschwindet und Neues entsteht, da lohnt es sich, nach den Gewinnern und Verlierern des Umbruchs zu fragen. Sechs Jahre nach dem Erscheinen der namensgebenden Programmschrift von Doering-Manteuffel und Raphael zog ein Panel auf dem 50. Deutschen Historikertag eine Zwischenbilanz, wie es um Gewinne und Verluste, Gewinner und Verlierer der wirtschaftlichen und kulturellen Dynamik seit den 1970er-Jahren bestellt sei. Somit diene die Sektion auch dazu, die These des Strukturbruchs selbst auf ihre Tragfähigkeit zu überprüfen.

MORTEN REITMAYER (Trier) betonte in seiner Einleitung, die Sektion wolle vermeintliche Gewissheiten über Verlauf und Bedeutung der Umbrüche „nach dem Boom“ für die westeuropäischen Gegenwartsgesellschaften überprüfen. Hierzu gelte es, die Handlungsspielräume der Akteure auszuloten, ihre Erwartungshorizonte zu analysieren und nach den Strategien bei der Bewältigung von Umbrüchen zu fragen. Klärungsbedarf herrsche auch bei der Frage, wer zeitgenössisch und wer retrospektiv zu den Gewinnern oder Verlierern gezählt wurde. Dabei war Reitmayer jedoch skeptisch, inwiefern „Gewinner und Verlierer“

¹Doering-Manteuffel, Anselm; Raphael, Lutz, Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970, Göttingen 2008.

tatsächlich hilfreiche Kategorien zur Erfassung sozialen Wandels sein. Er regte an, vielmehr Gewinne und Verluste zu identifizieren und nebeneinanderzustellen.

Den Ton für die Sektion setzte LUTZ RAPHAEL (Trier), der in seinem pointierten Überblick über „Gewinner und Verlierer in der industriellen Arbeitswelt“ in doppelter Hinsicht für die Nahperspektive und für begriffliche Reflexion plädierte. Zum einen zeigte er auf, wie unterschiedlich die Wege westeuropäischer Gesellschaften in die industrielle Schrumpfung verliefen, dass der industrielle Sektor für Länder wie Deutschland, Großbritannien und Frankreich von unterschiedlicher Bedeutung war und dass der Blick auf verschiedene Branchen enorme Unterschiede bei Schrumpfungs- und Wachstumsprozessen zeigte. Zum anderen betonte er, „Gewinner und Verlierer“ seien keine „unschuldigen Kategorien“, sondern mit dem „Stallgeruch neoliberalen Denkens“ behaftet.

Auf der Basis dieser Grundsatzüberlegungen entwickelte Raphael sechs Felder, die über Gewinner und Verlierer in der Arbeitswelt nach dem Boom informieren können: Erstens Inklusion und Exklusion in den Arbeitsmarkt; zweitens Armut und Ungleichheit; drittens das Verhältnis von Zentrum und Peripherie; viertens die Machtverteilung zwischen Kapital und Arbeit; fünftens die Qualität industrieller Arbeit sowie sechstens deren soziale Anerkennung. Raphael zeigte, wie neue Exklusionen aus dem Arbeitsmarkt wie Langzeit- und Jugendarbeitslosigkeit oder Frührente Gegenstrategien von politischer wie privater Seite notwendig machten, andererseits aber Industrielöhne „nach dem Boom“ real anstiegen und Leiharbeit oder andere atypische Arbeitsverhältnisse ein Phänomen erst der 1990er- und 2000er-Jahre waren. Machtverhältnisse verschoben sich: Alte Industriezentren wurden zu neuen Peripherien, die Gewerkschaften verloren an Verhandlungsmacht, Arbeitnehmer erhielten mehr Gestaltungsmöglichkeiten an ihrem Arbeitsplatz, mussten damit aber auch mehr Verantwortung übernehmen, und während das Ansehen von Facharbeitern stabil hoch blieb, verloren An- und Ungelernte Anerkennung. Diese Entwicklungen verliefen national und regional unterschiedlich und erfordern einen differenzierten Blick.

Die folgenden Beiträge der Sektion vertieften verschiedene Problemfelder. CHRISTIAN MARX (Trier) stellte mit Multinationalisierung ei-

ne Strategie vor, mit der Unternehmen auf sinkende Wachstumsraten reagierten. Die Fusion mit ausländischen Konkurrenten sollte helfen, Produktionskosten zu senken und neue Märkte zu erschließen. Bei der Entwicklung solcher Bewältigungsstrategien traten neue Spieler auf den Plan, etwa Unternehmensberater und supranationale Institutionen, die helfen sollten, die komplexen Herausforderungen von Fusionen über Ländergrenzen hinweg zu bewältigen und zu regulieren. Sie gehören somit ebenfalls zu den Gewinnern der Multinationalisierung.

Am Beispiel der Chemieindustrie zeigte Marx, wie in den Jahren nach dem Boom Joint Ventures und Multinationalisierung an die Stelle von Export als Wachstumsgenerator traten. Gewinner in geographischer Perspektive waren dabei weniger Billiglohnländer als westliche Industriestaaten mit ähnlichen Strukturen. Auslandsinvestitionen erfolgten überwiegend in den USA und innerhalb der EWG, weniger in der Dritten Welt. Doch nicht alle Unternehmensteile profitierten gleichermaßen von solchen Zusammenschlüssen. Die Umstrukturierungen erforderten neue Kompetenzen, während andere überflüssig wurden. Sie erzeugten innerhalb der Betriebe Gewinner und Verlierer, deren Arbeitsbereiche aufgewertet oder abgekoppelt wurden.

DIETMAR SÜSS (Augsburg) vertiefte den Blick auf die betriebliche Ebene. Unter dem Schlagwort „Flexibilisierung der Arbeitszeit“ rückten Zeitkritik und Zeitordnungen als ein Konfliktfeld der 1970er-Jahre auf die Agenda, das neue Spannungen schuf. Zum einen war Arbeitszeitflexibilisierung nicht gleichermaßen an allen Arbeitsplätzen möglich, so dass neue Hierarchien zwischen Arbeitnehmern entstanden. Zum zweiten entbrannten Diskussionen darüber, ob Flexibilisierung als Autonomiegewinn der Arbeitnehmer zu bewerten sei, oder ob die damit einhergehenden Kontrollmechanismen nicht zu mehr Arbeit und weniger Freiraum führten. Während der Rezession der frühen 1970er-Jahre entdeckten Politik und Unternehmen die Flexibilisierung von Arbeitszeit zudem drittens als ein Instrument zur Regulierung des Arbeitsmarktes, welches Arbeitnehmer in ganz unterschiedlichem Ausmaß zu Gewinnern und Verlierern machte.

Süss zeigte exemplarisch für die westdeutsche Metallindustrie der 1980er-Jahre, wie Debatten um Zeitmodelle in verschiedene Arbeits- und Lebensbereiche hineinragten. Während Arbeitgeber Flexibilisie-

rung als Teil der Tarifpolitik in Krisenzeiten betrachteten, ging es der IG Metall um eine gerechtere Verteilung der Arbeitsmenge und die 35-Stunden-Woche als Ausweg aus der Krise. Beide hielten jedoch an der Norm des vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmers fest, die an männlichen Lebensläufen orientiert war und keinen Spielraum für Forderungen weiblicher Beschäftigter ließ, die an Teilzeitleösungen interessiert waren.

So zog Dietmar Süß eine gemischte Bilanz. Schon zeitgenössische Sozialwissenschaftler sahen jene „Zeitpioniere“ der 1980er-Jahre als Gewinner, die eigenständige Zeitmodelle entwickeln und umsetzen konnten. Umgekehrt bedeutete die Flexibilisierung von Arbeitszeit aber oft auch Verlust: Pausen fielen weg, die Arbeitsmenge wurde auf weniger Arbeitnehmer verteilt, und wer nicht zu Normarbeitszeiten arbeitete, lief Gefahr, in der Betriebshierarchie abzustiegen, denn Informationsfluss und Verwaltung blieben vielfach an Normalarbeitszeiten orientiert.

Mit der staatlichen Kulturpolitik in Frankreich lenkte STEFANIE MIDDENDORF (Halle/Saale) die Aufmerksamkeit auf einen Modus der Krisenbewältigung jenseits der betrieblichen Ebene. In den ausgehenden 1960er-Jahren veränderte sich die Problemwahrnehmung in der Debatte, die um Homogenität und Heterogenität als zentrale Kategorien kreiste. Zielte die staatliche Kulturpolitik der 1950er- und 1960er-Jahre noch auf die egalitäre Teilhabe aller an der „Hochkultur“ ab, wuchs nun die Kritik an der staatlichen Intervention im Kulturbereich. In ihrer Diskussion der Semantiken und wissenschaftlichen Konstellationen identifizierte Middendorf neue, wenngleich umstrittene Leitbegriffe einer Debatte, die zunehmend um „Diversität“, „kulturelle Demokratisierung“ und „kulturelle Entwicklung“ kreiste und den Nutzen kollektiver Kulturnormen kritisch hinterfragte. Unter Beteiligung führender Intellektueller wie Michel de Certeau ging es um Kulturen im Plural, um die Vermarktlichung von Kultur, um die Kreativität des Einzelnen, um eine Abkehr von der Uniformierung und um mehr Dezentralisierung, Individualisierung und Pluralisierung. Die „Massenkultur“ wurde aufgewertet, galt sie doch als demokratisierend.

Seit der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre gestaltete die französische Regierung ihre Kulturpolitik tatsächlich offener und folgte der Idee von Kultur als Markt. Kultur wurde damit zunehmend zu einem Teil der Wirtschaftspolitik. Trotz dieser Öffnung erhielten Kulturträger und

Projekte jenseits der Hochkultur nur wenig öffentliche Subventionen. Die Effekte ihrer Politik ließ die französische Regierung in der Folge durch statistische Erhebungen ebenso überprüfen wie kulturelle Verhaltensweisen der französischen Bevölkerung. In diesem zwar staatlich moderierten, nicht aber kontrollierten Diskurs um Kulturformen, so Middendorf abschließend, waren Gewinner und Verlierer kaum identifizierbar.

Waren die 1970er- und 1980er-Jahre nun eine Epoche der Verlierer? HARTMUT KAEUBLE (Berlin) stellte diese Frage in seinem abschließenden Kommentar und plädierte dafür, auch die Gewinner systematischer in den Blick zu nehmen. Von Unternehmensberatungen bis zur Europäischen Union, von neuen sozialen Bewegungen bis zu einer großen Zahl an Arbeitnehmern haben die Umbrüche dieser Dekaden auch viele Gewinner hervorgebracht, wie die Beiträge der Sektion gezeigt hätten. Kaelble verwies zudem auf die zeitgenössischen Sozialwissenschaftler. Deren Diagnosen von einer Erlebnisgesellschaft, postindustriellen Gesellschaft oder Dienstleistungsgesellschaft konstatierten Veränderungen, beabsichtigten aber keinesfalls Verlierergesellschaften zu beschreiben. Abschließend warf Kaelble die grundsätzliche Frage auf, wie Verluste und Verlierer bewertet werden könnten. Er gab zu bedenken, dass ein Gutteil der Gesellschaft weder als Gewinner noch als Verlierer einzuschätzen sei (oder sich selbst so sah). Gewinner und Verlierer seien nicht einfach zu definieren: Kategorien wie belastete Gewinner, innovative Verlierer usw. ließen ein deutlich differenzierteres Bild entstehen.

Um den Nutzen der Kategorien Gewinner und Verlierer bei der Analyse der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Umbrüche im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts kreiste auch die anschließende Diskussion. Während die Panelisten sich in unterschiedlichem Maße skeptisch geäußert hatten, sprach sich Jürgen Kocka explizit für diese Begriffswahl aus, da sie helfe, die Gemischtheit der historischen Wirklichkeit sichtbar zu machen. Konsens herrschte darüber, dass eine globale Perspektive das Feld der Verlierer und Gewinner noch einmal anders ordnen würde, als es die Fallstudien zu Westeuropa gezeigt hätten. Es blieb die Frage nach dem Status quo der Forschung zu den Jahrzehnten „nach dem Boom“. Auch hier herrschte fruchtbarer Dissens. Äußerten sich die einen grundsätzlich skeptisch gegenüber einer primär sozioökonomisch

HT 2014: Gewinner und Verlierer „Nach dem Boom“ in Westeuropa

definierten Zäsursetzung, zeigte jedoch die Zwischenbilanz auf dem Historikertag ein ausgesprochen dynamisches Forschungsfeld. Dabei erwies sich nicht jede These des programmatischen Buches von 2008 als tragfähig. Vielleicht gerade deshalb warf die Frage nach Gewinnern und Verlierern „nach dem Boom“ eine inspirierende und ertragreiche Perspektive auf die Veränderungsdynamiken der letzten Jahrzehnte im großen Zusammenhang.

Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Morten Reitmayer (Trier)

Morten Reitmayer (Trier), Einführung. Gewinner und Verlierer „nach dem Boom“ in Westeuropa

Lutz Raphael (Trier), Gewinner und Verlierer in den Veränderungen der industriellen Arbeitswelt in Westeuropa

Christian Marx (Trier), Gewinner und Verlierer von Multinationalisierung

Dietmar Süß (Augsburg), Gewinner und Verlierer der Flexibilisierung der Arbeitszeit

Stefanie Middendorf (Halle/Saale), Gewinner und Verlierer der kulturellen Moderne in Frankreich

Hartmut Kaelble (Berlin), Kommentar

Tagungsbericht *HT 2014: Gewinner und Verlierer „Nach dem Boom“ in Westeuropa*. 23.09.2014–26.09.2014, In: *H-Soz-Kult* 20.10.2014.

HT 2014: Reich ist, wer Geld hat? Ökonomischer Gewinn und Verlust im Blick von Zeitgenossen und Forschung

Leitung: Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands (VHD); Verband der Geschichtslehrer Deutschlands (VGD)

Bericht von: Stephan Köhler, Institut für Mittelalterliche Geschichte, Universität Mannheim

Die Sektion „*Reich ist, wer Geld hat?*“ wurde von dem Forschernetzwerk durchgeführt, welches Julia Bruch (Köln), Ulla Kypta (Frankfurt am Main) und Tanja Skambraks (Mannheim) im Jahr 2013 ins Leben gerufen haben. Nach der Inauguraltagung des Arbeitskreises für spätmittelalterliche Wirtschaftsgeschichte im November 2013¹, die sich mit der Frage nach Methoden beschäftigte, konnte der Arbeitskreis sich auf dem diesjährigen Historikertag einem weiteren Publikum präsentieren. Das Thema des 50. Deutschen Historikertages, *Gewinner und Verlierer*, sollte dabei Anstoß für eine wirtschaftshistorische Betrachtung mittelalterlicher und neuzeitlicher Phänomene ermöglichen. Die Beiträge drehten sich um die Frage, ob tatsächlich nur reich ist, wer Geld hat, mithin also um die Frage nach wirtschaftlichem Erfolg und Misserfolg im Spiegel der zeitgenössischen Quellen wie auch der Forschung. Die sechs Vortragenden näherten sich dieser zentralen Fragestellung unter Bezugnahme auf konkrete Beispiele und neueste Forschungsergebnisse. Allen Vorträgen war dabei gemein, auf das Verständnis zeitgenössischer Menschen einzugehen, wer ein Verlierer und wer hingegen ein Gewinner sei. Die Sektion war in zwei Panels mit je drei Vorträgen gegliedert. Nach jeweils drei Beiträgen zu den einzelnen Panels wurden die Fragen und Anregungen in einer anschließenden gemeinsamen Podiumsdiskussion zusammengefasst und besprochen. Die dazu abgegebenen Wortmeldun-

¹Tagungsbericht Neue Methoden der spätmittelalterlichen Wirtschaftsgeschichte. 15.11.2013–16.12.2013, Frankfurt am Main, in: H-Soz-Kult, 17.01.2014, <<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=5188>> (5.11.2014).

HT 2014: Reich ist, wer Geld hat? Ökonomischer Gewinn und Verlust im Blick von Zeitgenossen und Forschung

gen machten deutlich, dass auch die Mediävistik ein großes Interesse an der Wirtschaftsgeschichte zeigt.

Die Sektion wurde von TANJA SKAMBRAKS (Mannheim) mit einem Vortrag über die *Monti di Pietà* des mittelalterlichen Italien eröffnet. Bei den sogenannten „*Bergen der Barmherzigkeit*“ handelt es sich um Institutionen einer christlich motivierten Kreditvergabe, welche vor allem Teilen der arbeitenden und dennoch armen Stadtbevölkerung helfen sollte. Die Montes waren zur Zeit ihrer größten Ausdehnung in über 200 Städten vorhanden und somit keine periphere Erscheinung. Gerade die Untersuchung dieser vormodernen Mikrokredite – wobei bewusst ein Begriff der heutigen Zeit gewählt wird – zeigt, wie viel Potential wirtschaftshistorische Studien in sich bergen. Skambraks betonte die lange Tradition von Diskursen über die christliche Kreditvergabe und die Notwendigkeit, deren Quellen historisch zu untersuchen. Gerade die Tatsache, dass die Institution der Montes über einen relativ langen Zeitraum eine große räumliche Ausdehnung erfuhr, belegt deren Erfolg. Anhand von eindrucksvollen Archivmaterialien veranschaulichte die Referentin das Funktionieren der Montes (Schätzung des Pfandgegenstandes, Kreditvergabe, Buchführung usw.) und vertiefte anhand einiger Fallbeispiele das Funktionieren oder Scheitern einzelner Einrichtungen. Neben der Frage nach dem Erfolg oder dem Misserfolg wurde großes Augenmerk auf den christlich-theologischen Diskurs um die Zinsnahme gelegt. Besonders ein Briefwechsel zwischen dem Monte di Pietà in Mantua und Papst Innozenz VII. aus dem Jahr 1486 offenbart die auch innerhalb der Kirche vertretenen kontroversen Standpunkte. Der Beitrag veranschaulichte sehr gut, wie Zeitgenossen zwischen theoretischem Wissen und pragmatischer Anpassung einen Mittelweg ausdiskutierten, der für beide Seiten gangbar war. Das Forschungsprojekt verspricht einen wichtigen Beitrag zur mittelalterlichen Wirtschaftsgeschichte zu liefern.

CHIRSTIAN SCHOLL (Münster) beschäftigte sich in seinem Vortrag mit Gewinnern und Verlierern im jüdischen Geldhandel des späten Mittelalters. Dabei hinterfragte er die Meistererzählung der jüdischen Geldleihe, die in vielen Feldern auf klischeehafte Narrative zurückzuführen ist, wie etwa den Ausschluss jüdischer Personen aus anderen Erwerbsmöglichkeiten. Der Diskurs über „Juden“ in der Finanzwelt

wurde aus dem Hochmittelalter bis weiter zu Martin Luther tradiert, wie Scholl mit Zitaten belegte. Doch dem Vortragenden ging es nicht um eine bloße Neubewertung alter Stereotype, sondern um die Frage, unter welchen Bedingungen Juden als Gewinner oder Verlierer an der Wirtschaft partizipierten. Autoren wie Michael Toch haben die Annahme, dass jüdische Personen aus anderen Erwerbstätigkeiten ausgeschlossen in den Finanzsektor fliehen mussten, bereits entkräftet.² Im Vortrag näherte sich Scholl der Thematik von einem wirtschaftshistorischen Zugang: Er legte nämlich die schwierigen ökonomischen Bedingungen jüdischer Finanziers im Kreditwesen dar, die mit Zinsen und dem Ausfallrisiko von Krediten operieren mussten. Des Weiteren wurde auch auf die Notwendigkeit (jüdischer) Geldgeber verwiesen, welche das für die Wirtschaft notwendige Kapital bereitstellten. In diesem Zusammenhang konnte die ambivalente Haltung christlicher Autoritäten gegenüber jüdischen Geldgebern besser verstanden werden. In Summe zeigen die präsentierten Ergebnisse, dass gerade in einem scheinbar gut erforschten Feld wie dem jüdischen Geldhandel durch innovative Fragestellung neue Erkenntnisse zu erwarten sind.

Der Beitrag von NILS BOCK (Münster) über „Wucherer, Enteignung und finanzielle Sanierung“ in der Politik Philipppes IV. gegenüber italienischen Kaufleuten rundete das erste Panel ab. Ausgangspunkt der Überlegungen war die Bedeutung lombardischer Finanziers für die französische Krone. Die Vormachtstellung dieser Gruppe von Bankiers spiegelt sich noch heute in der nach ihnen benannten *rue des Lombards* im Herzen von Paris wieder. Im Vortrag wurde die Politik der französischen Krone gegenüber italienischen Kaufleuten, insbesondere den Brüdern Guidi dei Franzesi analysiert. Die beiden florentinischen Kaufleute konnten unter Philippe IV. eine beachtliche Karriere durchlaufen und waren erst Kammerdiener und später Schatzmeister. Dabei haben die Florentiner Brüder in den kommenden Jahren die Aufsicht über zahlreiche Einkünfte aus der Krondomäne erhalten, unter anderem über die Steuern, die Kirchenzehnten und die Abgaben auf den Handel von italienischen Kaufleuten. Als Finanzagenten des Regenten finanzierten sie dessen Feldzüge und streckten die geschätzten Steuereinkünfte

²Michael Toch, *The Economic History of European Jews. Late and Early Middle Ages*, Leiden 2013.

HT 2014: Reich ist, wer Geld hat? Ökonomischer Gewinn und Verlust im Blick von Zeitgenossen und Forschung

vor, die sie dann für sich selbst beanspruchen konnten. Der steigende Einfluss der lombardischen Kaufleute am Hof sollte im ersten Drittel des 14. Jahrhunderts in das Gegenteil umschlagen, als der König den Einfluss italienischer Händler empfindlich einschränkte und 1310/1311 für Anleihen bei lombardischen Kaufleuten einen Höchstzinssatz von 2,4 Prozent pro Tag festlegte. Die drastische Wandlung der königlichen Politik gegenüber italienischen Kaufleuten spiegelt den schwierigen Diskurs der Krone gegenüber Handel und Geldleihe wieder. Der Vortrag zeigte, wie nahe Enteignung und finanzielle Sanierung einander waren und warf kontroverse Fragen zum Thema Gewinner und Verlierer auf – unter anderem wie (damalige) wirtschaftliche Effizienz bewertet werden könnte.

Das zweite Panel wurde mit einem Vortrag von ULLA KYPTA (Frankfurt am Main) über „Hierarchie und Netzwerke“ eröffnet. Im Zentrum der Untersuchung standen dabei Erfolgsstrategien ober- und niederdeutscher Kaufleute, die – wie Kypta anmerkte – schwer zu bewerten sind, ohne in anachronistische Denkmuster zu fallen. Hierzu präsentierte Kypta einen neuen Ansatz, um wirtschaftliches Handeln zu erforschen. Nicht die (geographische) Ausbreitung geschäftlicher Tätigkeiten oder das Anwenden modern anmutender Geschäftspraktiken (doppelte Buchführung) seien Indikatoren für einen erfolgreichen Kaufmann im Mittelalter, sondern ein auf „Vorteil“ zielendes Handeln und das Vermeiden von Verlusten bildeten die Ziele damaliger Kaufleute. Somit ergeben sich bei der Erforschung wirtschaftlichen Handels neue Fragen, die eine differenzierte Bewertung mittelalterlicher Wirtschaftsformen erwarten lassen. Dieser Ansatz wurde anhand von Primärquellen wie Handels- oder Rechnungsbüchern veranschaulicht, die als Selbstaussage mittelalterlicher Kaufleute gedeutet werden können. Unter der Prämisse, Erfolg mit der Umgehung von Verlusten gleichzusetzen, werden herkömmliche Erzählweisen des Konkurrenzkampfes ober- und niederdeutscher Kaufleute hinterfragt und relativiert. Ausschlaggebend für Handelsgeschäfte war nicht der Konkurrenzgedanke gegenüber dem Anderen, sondern der eigene Vorteil, der diktiert, dort zu handeln, wo es vorteilhaft ist. Das Forschungsprojekt lässt somit auf neue Impulse der mittelalterlichen Wirtschaftsgeschichte hoffen, um ältere Narrative zu hinterfragen und zu ergänzen.

Im anschließenden Vortrag von ANGELA HUANG (London) wurde die Frage nach dem ökonomischen Gewinn für Hansestädte gestellt. Das Neue daran war, dass sich Huang mit den Binnenstädten der Hanse im Landesinneren befasste. Damit wurde das Augenmerk auf eine Region gelegt, die in der Forschung sonst vernachlässigt wird – nämlich dem ökonomischen „Hinterland“ der Küste. Eingangs wurde die Frage geklärt, worin der Gewinn, ein Mitglied der Hanse zu sein, bestand. Die Referentin zeigte, dass die Partizipation am Hansehandel und der Genuss von Privilegien die wichtigsten ökonomischen Vorteile für Hansestädte gewesen sind. Daraufhin wurde die Frage ausgeweitet, welchen Nutzen denn nun die Binnenstädte davon gehabt hätten. Huang ging von einer selbst durchgeführten Fallstudie zum Leinenhandel der Hanse aus, um diese Frage zu untersuchen. Dabei konnte sie die Verschränkung von lokaler Produktion und dem Fernhandel aufzeigen. Durch den Hansehandel setzte eine Diversifizierung der Binnenökonomien ein. Hansestädte im Landesinneren stellten Güter für den Handel zur See bereit und partizipierten somit auch an den Hanseprivilegien. Der Vortrag lenkte somit die Aufmerksamkeit auf schlechter erforschte Bereiche einer sonst eingehend behandelten Handelsorganisation.

Der letzte Beitrag von HEINRICH LANG (Bamberg) drehte sich um das Thema, ob transalpine Handelsgesellschaften als Verliererinnen während des Dreißigjährigen Kriegs zu betrachten seien. Dabei stand die Frage nach Veränderungen für das europäische Handelssystem im Zusammenhang mit der atlantischen Expansion im Zentrum der Untersuchung. Ausgehend von Arbeiten zu dem italienischen Kaufmannsgeschlecht der Salviati wurden Veränderungen im Investitions- und Wirtschaftsgebaren von Kaufleuten aufgezeigt. Von besonderer Bedeutung für den gewählten Untersuchungszeitraum ist das Investitionsverhalten von Kaufleuten in einer Krisensituation (wie Krieg) und das damit verbundene Entstehen neuer Märkte. Beiden begegneten die italienischen und deutschen Kaufleute mit bestimmten Strategien. Es kam zu einer Diversifizierung der Geschäfte (Erwerb von Land, Investitionsmodell der *accomandite*), welche das Risiko streute und den zunehmend unsicheren Handel entlasten sollte. Die transalpinen Handelsbeziehungen, etwa mit Augsburger Kaufleuten, wurden ebenfalls an das Kriegsgeschehen angepasst. Diese Phase konjunktureller Veränderungen ermöglichte es

HT 2014: Reich ist, wer Geld hat? Ökonomischer Gewinn und Verlust im Blick von Zeitgenossen und Forschung

zwar vermehrt neuen Aufsteigern, am großen Handel zu partizipieren, die großen europäischen Verkehrsachsen (Venedig-Lyon-Amsterdam) blieben aber zunächst von den Veränderungen im Groben unbeeinträchtigt. Die Zahlen, die aus den Handelsbüchern der Salviati gezogen werden können, bestätigen dieses dynamische Bild. Die Kaufleute des 16. Jahrhunderts sind im 17. Jahrhundert nicht geschlossen ins wirtschaftliche Hintertreffen geraten. Beobachtbar ist in den Quellen eine wirtschaftliche und soziale Dynamik, die, wie der Referent aufzeigen konnte, zur Warnung davor gereicht, pauschale Tendenzen für den europäischen Handel zu prognostizieren. Die Frage nach Gewinnern und Verlierern ist auch eine Frage von Lang- oder Kurzfristigkeit der Perspektive.

Die Abschlussdiskussion drehte sich um das Gesamtthema „Gewinner und Verlierer“ in der Wirtschaftsgeschichte. Darin wurde nochmals die Kernfrage nach der Definition aufgegriffen, wie oder besser gesagt von welcher Warte aus man Erfolg und Verlust vormoderner Wirtschaftspraktiken bewerten kann. Problematisch sind sicherlich Großnarrative der Forschung, welche (proto-)nationale Entwicklungen vorwegnehmen. Die Sektion hat aufgezeigt, wie sehr die wirtschaftliche Bewertung von Erfolg mit dem eigenen Wirtschaftsempfinden verbunden ist. Die hier gewählten Zugänge, zur historiographischen noch eine zeitgenössische Betrachtungsweise hinzuziehen, ermöglichten teilweise einen Einblick in die mittelalterliche Selbstwahrnehmung von Kaufleuten, Kreditgebern und Kirche. Diese eingangs formulierten Fragen wurden in den sechs Beiträgen in der einen oder anderen Form aufgegriffen. Dabei näherten sich die Referenten/innen der Wirtschaftsgeschichte von ganz unterschiedlichen Perspektiven: Der ethischen Frage nach der Nutzung von Zinsen, dem Zusammenspiel privater und königlicher Finanzen, der Bedeutung von Hierarchie und Netzwerken oder der Verflechtung unterschiedlicher Wirtschaftsstrukturen auf lokaler und internationaler Ebene. Die Sektion unterstrich damit die Notwendigkeit, wirtschaftshistorische Untersuchungen von unterschiedlichen Blickpunkten aus durchzuführen, um die Diskrepanz zwischen der Vorstellung von Forscher/innen und Zeitgenossen zu fassen.

Die Frage nach dem Beitrag von Historiker/innen muss sich nicht zwangsläufig auf die Rekonstruktion ökonomischer Prozesse beschrän-

ken, sondern kann auch Wirtschaften als Teil der menschlichen Kultur verstehen. Diese und ähnliche Diskussionsbeiträge machten deutlich, dass ein Arbeitskreis für Wirtschaftsgeschichte im Spätmittelalter einen interessanten Beitrag zur Geschichtsforschung leisten kann. Neben dem gesteigerten Bewusstsein, wirtschaftliche Zusammenhänge wie gezeigt von unterschiedlichen Perspektiven aus zu betrachten, muss auch den methodischen Aspekten entsprechende Aufmerksamkeit geschenkt werden. Zu diesem Zweck widmet sich die „Zweite Tagung des Arbeitskreises für Spätmittelalterliche Wirtschaftsgeschichte“ den theoretischen und methodischen Zugriffen.³ Man darf hoffen, dass mit dem weiteren Vorhaben des Arbeitskreises ähnlich interessante Arbeiten einhergehen. Die Beiträge der Sektion haben schon jetzt Zugänge aufgezeigt, die eine zukünftige Erforschung von mittelalterlicher Wirtschaftsgeschichte fruchtbar erscheinen lassen.

Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Julia Bruch (Köln) / Ulla Kypta (Frankfurt am Main) / Tanja Skambraks (Mannheim)

Moderation: Hiram Kümper (Mannheim)

Tanja Skambraks (Mannheim), Die Montes Pietatis. Eine Erfolgsgeschichte des vormodernen Kreditwesens?

Christian Scholl (Münster), Gewinner und Verlierer im jüdischen Geldhandel des späten Mittelalters.

Nils Bock (Münster), Wucherer, Enteignung und finanzielle Sanierung. Philipp IV. von Frankreich und die italienischen Kaufleute

Ulla Kypta (Frankfurt am Main), Hierarchie und Netzwerke: Erfolgsstrategien ober- und niederdeutscher Kaufleute.

Angela Huang (London), Die Hanse im 15. Jahrhundert: Ein Netzwerk von Gewinnern?

³Programm für die Konferenz des Arbeitskreises 2014 in Mannheim <<http://www.wirtschaftsgeschichte.org/konferenz-novemberdezember-2014>> (5.11.2014).

HT 2014: Reich ist, wer Geld hat? Ökonomischer Gewinn und Verlust im Blick von Zeitgenossen und Forschung

Heinrich Lang (Bamberg), Transalpin operierende Handelsgesellschaften als Verliererinnen? Geschäftliche Transferbeziehungen italienischer und süddeutscher Kaufmannbankiers während des Dreißigjährigen Kriegs.

Tagungsbericht *HT 2014: Reich ist, wer Geld hat? Ökonomischer Gewinn und Verlust im Blick von Zeitgenossen und Forschung*. 23.10.2014–26.10.2014, In: H-Soz-Kult 14.11.2014.

HT 2014: Ein verlorenes Jahrzehnt? Die 1970er-Jahre in Frankreich und Großbritannien

Leitung: Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands (VHD); Verband der Geschichtslehrer Deutschlands (VGD)

Bericht von: Arne Hordt, SFB 923 „Bedrohte Ordnungen“, Eberhard Karls Universität Tübingen

Krisenzeiten sind goldene Zeiten für HistorikerInnen. Diese ‚überzeitliche‘ Wahrheit wurde durch die Sektion von Sonja Levsen und Jörg Arnold über „Die 1970er-Jahre in Frankreich und Großbritannien“ bestätigt. Der vergleichende Blick in die französischen und britischen Erzählungen über die 1970er-Jahre schützt davor, spezifisch deutsche Verläufe und Debatten vorschnell zu europäischen Entwicklungen zu erklären. Dementsprechend fragten alle Vortragenden nach der Funktion von Bedrohungsdiagnosen in ihrer jeweiligen Zeit. So wird Frankreich im Jahr 2014 vor allem in der deutschen Tagespresse zum „kranken Mann“ Europas erklärt. Die Vorgeschichte dazu lautet, dort habe man jene strukturellen Reformen verpasst, die Großbritannien unter Margaret Thatcher oder Deutschland unter Gerhard Schröder zu *darlings* der globalisierten Ökonomie gemacht hätten. Doch gelten die „*années d’Estaing*“ in Frankreich selbst als eine Periode erfolgreicher Modernisierung. Margaret Thatcher hingegen konnte im Jahr 1979 mit der Diagnose eines umfassenden Niedergangs der britischen Gesellschaft sogar Premierministerin ihres Landes werden.

Bereits in ihrer konzisen Einführung machte SONJA LEVSEN (Freiburg im Breisgau) deutlich: Es ist zwar sinnvoll die 1970er-Jahre als Zeitraum zu betrachten, dabei sollte aber weder einer simplen Dekadologie gehuldigt, noch bloße Dekonstruktion nationalgeschichtlicher Diskurse betrieben werden. Vielmehr komme es darauf an, die jeweilige Position von zeithistorischen Narrativen zu Vergangenheit und Gegenwart auszuloten. Mit Blick auf Großbritannien lasse sich dann einerseits ein „*declinism*“ in der Kultur der 1970er-Jahre diagnostizie-

HT 2014: Ein verlorenes Jahrzehnt? Die 1970er-Jahre in Frankreich und Großbritannien

ren¹, andererseits ist zu fragen, warum sich gerade jene pessimistischen Selbstbeschreibungen durchsetzten.² In der französischen Zeitgeschichte scheinen die 1970er-Jahre gar nicht als eigene Dekade vorzukommen. In Standardwerken werden sie zumeist als Phase eines kulturellen Wandels in Folge des Jahres 1968 („l’entre-deux-Mai“³) oder als zweiter Modernisierungsschub ab Mitte der 1960er-Jahre („Les Vingt Décisives“⁴) aufgefasst. Vorstellungen von einem ‚Ende der Industriegesellschaft‘ konnten in Frankreich ebenso wenig reüssieren wie Ingleharts These vom „Wertewandel“⁵; erstaunlicherweise bestimmte nicht einmal die – aus deutscher Sicht typisch-französische – Diagnose einer „Postmoderne“ die öffentliche Debatte. In Frankreich blieben Selbstwahrnehmungen bis in die 1980er-Jahre auf Zukunft und technischen wie sozialen Fortschritt hin ausgerichtet.

In diesem Sinne sprach sich CHRISTIANE REINECKE (Paris / Hamburg) dafür aus, auch die Vorgeschichte der 1970er-Jahre umzuschreiben. In Frankreich dominierte für diese Zeit bis heute der Begriff „*les trentes glorieuses*“ nach Jean Fourastié.⁶ Fourastié war ein regierungsnaher Sozialwissenschaftler, der die industrielle und soziale Modernisierung Frankreichs wissenschaftlich begleitete. Bei seiner Deutung handelt es sich also um eine gesellschaftliche Selbstbeschreibung, die in der Auseinandersetzung mit den Gegnern jenes Wandels entstanden sei. Neuere französische Arbeiten zeigten daher, wie das Bild einer konsensualen Nachkriegsgesellschaft in Wahrheit erst aus zeitgenössischen Konflikten am Ende jener drei Jahrzehnte entstand.⁷ Reinecke stützte diese

¹Jim Tomlinson, *Inventing ‚Decline‘*, in: *English Historical Review* 49 (1996), S. 731–757.

²Lawrence Black/Hugh Pemberton/Pat Thane (Hrsg.), *Reassessing 1970s Britain*, Manchester 2013.

³Pascal Ory, *L’Entre-Deux-Mai. Histoire culturelle de la France. Mai 1968 - Mai 1981*, Paris 1983.

⁴Jean-François Sirinelli, *Les vingt décisives, 1965-1985. Le passé proche de notre avenir*, Paris 2007.

⁵Ronald Inglehart, *The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles among Western Publics*, Princeton NJ 1977.

⁶Jean Fourastié, *Les trente glorieuses: ou la révolution invisible de 1946 à 1975*, Paris 1979.

⁷Céline Pessis/Sezin Topcu/Christophe Bonneuil (Hrsg.), *Une autre histoire des „trente glorieuses“. Modernisation, contestations et pollutions dans la France d’après guerre*, Paris 2013.

Neubewertung mit einer empirischen Untersuchung von Diskursen über die *bidonvilles*, Elendssiedlungen, die in ganz Frankreich bis in die 1970er-Jahre zum Bild der Großstädte gehörten und in denen vor allem Rück- und Zuwanderer aus Nordafrika unterkommen mussten. Die Diskussionen über jene Quartiere begannen Mitte der 1960er-Jahre und dauerten bis Mitte der 1970er-Jahre, sie überbrückten also den Strukturbruch und dienten primär dazu, ein Selbstbild Frankreichs als fortschrittliche, westliche Wohlstandsgesellschaft zu etablieren.

JÖRG ARNOLD (Nottingham) zeichnete dann einen Diskursstrang der britischen Kultur- und Sozialgeschichte nach, der gängigen Interpretationen der 1970er-Jahre als Krisenjahrzehnt zuwiderläuft. Den britischen Bergarbeitern gelang es, nach massenhaften Schließungen und Lohnverschlechterungen in den 1960er-Jahren, zu Beginn der 1970er-Jahre ihren Status zu heben. Sie erreichten durch Streiks massive Lohnerhöhungen und die politische Bedeutung der Steinkohle als einheimische Energiereserve stieg nach der ersten Ölkrise an. Dieser Wandel bot bereits in den 1970er-Jahren Anlass für Selbstverständigungsdebatten und neue Allianzen: Waren die erstarkten Bergarbeiter die Vorhut einer revolutionären Arbeiterbewegung oder ein Zeichen überbordender Gewerkschaftsmacht? Neue soziale Bewegungen und linke Sozialwissenschaftler unterlegten den ‚Gewinnen‘ der Bergleute eine positive politische Botschaft. Konservative Kräfte dagegen sahen darin eine Mahnung, die Macht der Gewerkschaften einzuschränken. Mit dem großen Streik von 1984-85 spitzten sich die Identifikationsbedürfnisse erneut zu. Die Niederlage der Gewerkschaft *National Union of Mineworkers* machte die Bergleute für viele zu „Leidensfiguren einer untergehenden Welt“, für andere verkörperten sie jetzt stärker als zuvor Werte wie Solidarität, Opferbereitschaft und „Gemeinschaft“. In den Augen ihrer Gegner bestätigte sich 1985 endgültig das Bild einer obsoleten, historisch zu überwindenden Form von Industriearbeit. Wiewohl Arnolds Argument insgesamt überzeugt, sei eine Anmerkung gestattet: Das schlechte Image des Steinkohlebergbaus in den 1960er-Jahren könnte überzeichnet sein. Zumindest in Bergbauregionen und im Unternehmen *National Coal Board* selbst herrschte während der 1960er-Jahre das Bild

HT 2014: Ein verlorenes Jahrzehnt? Die 1970er-Jahre in Frankreich und Großbritannien

einer sich modernisierenden Industrie vor.⁸

Mit HÉLÈNE MIARD-DELACROIX (Paris) betrat anschließend eine Meisterin des Faches die Bühne. Miard-Delacroix wies zu Beginn auf die Bedingtheit aller zeithistorischen Fragestellungen hin: Einerseits präge die Wahrnehmung durch die Zeitgenossen die heutige Forschung, andererseits rühre das Interesse an der Vergangenheit aus heutigen Problemen her. In Frankreich seien die 1970er- und frühen 1980er-Jahre Zeiten eines dynamischen Wandels gewesen. Angesichts der Verfestigung neuer Teilidentitäten in der französischen Gesellschaft seit den 1980er-Jahren sei hervorzuheben: Sowohl das rechte als auch das linke politische Lager verfolgten in den 1970er-Jahren dynamische Integrationsversprechen für die gesamte Nation. Plakativ könne man sagen, Giscard d'Estaing sei eher mit Willy Brandt als mit Charles de Gaulles zu vergleichen. Erst seit 1979 seien die wirtschaftlichen Probleme „nach dem Boom“ nicht mehr als konjunkturelles, sondern als strukturelles Problem gesehen worden. Zugleich habe es im linken Lager – im Gegensatz zu Deutschland – erst Mitte der 1970er-Jahre eine breite Bewegung für Reformismus und Pragmatismus gegeben. Zentral erscheint Miard-Delacroix' Hinweis, dass in der französischen Gesellschaft und Geschichtswissenschaft nach wie vor ein ungebrochenes Verhältnis zu „Modernität“ vorherrsche. Allgemeine Fortschrittskritik stand als Diskursfigur nicht zur Verfügung, weshalb die Wahrnehmungen eines Niedergangs in Frankreich sowohl bei linken als auch bei rechten Kräften in Form nationaler Rhetorik verarbeitet werden mussten. Bestimmte Bedrohungsdiagnosen in der französischen Gesellschaft seien schließlich selbst zu Faktoren von sozialem Wandel geworden, indem sie eine Renationalisierung politischer Gruppenidentitäten und Diskurse bewirkten.

NICOLE KRAMER (Frankfurt am Main) analysierte anschließend die Geschichte der Altenpflege in Großbritannien im Spannungsfeld zwischen etablierten Hilfsorganisationen und einem Sozialstaat im Wandel seit den 1970er-Jahren. Sie zeigte wie bestimmte Vorstellungen von Zivilgesellschaft und Selbsthilfe in Großbritannien mit nationalen Selbstbeschreibungen zusammenhängen. So gilt etwa die viktorianische Epo-

⁸William Ashworth, *The History of the British Coal Industry Volume 5. 1946-1982: The Nationalized Industry*, Oxford 1986, hier S. 320–328.

che zugleich als ein *golden age* der Philanthropie. Nach 1945 kam der sogenannte *voluntary sector* jedoch von zwei Seiten unter Druck. Zum einen beanspruchte der britische Sozialstaat nun, zahlreiche wohltätige Aufgaben im Rahmen staatlicher Fürsorge zu erledigen. Zum anderen herrschte innerhalb der zivilgesellschaftlichen Organisationen ein inhärenter Drang zur Professionalisierung. In den 1970er-Jahren lag die Altenpflege allerdings quer zu hergebrachten, emanzipativen Diskursen der Arbeiter- und Frauenbewegung: Hier arbeiteten Frauen – häufig unbezahlt und ohne große Anerkennung – im häuslichen Bereich, aber es war sowohl aus sozialreformerischer als auch aus feministischer Perspektive schwer, sich mit dieser Gruppe zu identifizieren. Thatcher verstand es, die freiwillige Hilfe von Frauen für Familienangehörige rhetorisch als moralische Stütze der Gesellschaft aufzuwerten. Doch faktisch gingen auch in ihrer Regierungszeit der Ausbau des Sozialstaats und die Professionalisierung der Altenpflege ungebremst weiter. Zum Schluss präsentierte Kramer divergierende Deutungen. Einerseits lasse sich eine gewisse Politisierung des Privaten beobachten; in den 1970er-Jahren wurden bestimmte Bereiche von Sozialstaatlichkeit zunehmend als individuelle Handlungsräume aufgefasst. Andererseits wurde die Arbeit von Hilfsorganisationen für alte Menschen depolitisiert, indem Fragen nach Gleichheit und Finanzierung zugunsten moralischer Deutungsmuster in den Hintergrund traten.

Im Kommentar zeigte DIETMAR SÜSS (Augsburg) vor allem weiterführende Perspektiven auf. Süß hob hervor, dass alle Beiträge eine Absage an glatte Erzählungen wie die „*lost decade*“ enthielten. Stattdessen hätten zu Recht Dynamiken von Wandel und Transformationsprozesse im Mittelpunkt der Untersuchungen gestanden. Klar sei herausgekommen, wie sich Zeitdiagnosen als Selbstbeschreibungen einer sozialwissenschaftlichen Elite in Konflikten um die Modernität von nationalen Gesellschaften entwickelt hätten. Süß stellte sieben konkrete Fragen an die einzelnen Beiträge und an die Sektion als Ganze: 1. Welche Rolle kommt dem Staat als Akteur in den 1970er-Jahren zu? 2. Welche Rolle spielten Gewalt und Militanz für das Selbstverständnis von Arbeitern in Konflikten? 3. Wie lassen sich Figuren der politischen Linken historisch verorten? Ließe sich z. B. eine Geschichte sozialer Bewegungen anhand von verschiedenen „Typen“ wie Francois Mitterand und Ar-

HT 2014: Ein verlorenes Jahrzehnt? Die 1970er-Jahre in Frankreich und Großbritannien

thur Scargill erzählen? 4. Welche Rolle spielte das postkoloniale Erbe Frankreichs und Großbritanniens im Nexus von sozialem Wandel, Wohlfahrtsstaat und Konflikten? 5. Woher kamen die Schlüsselbegriffe der zeitgenössischen Debatten in Deutschland – „Fordismus“, „Ende der Zuversicht“, „Wandel der Arbeitsgesellschaft“ – wenn sie in den anderen Ländern kaum eine Rolle spielten? 6. Welchen Mehrwert bringt der britisch-französische Vergleich gegenüber Vergleichen, die von Deutschland ausgehen? 7. Welche Blindstellen produziert eine Geschichte von Wissensgesellschaften gegenüber einer akteurszentrierten Erfahrungsgeschichte?

Die Diskussion verlief insgesamt kontrovers. Viele ZuhörerInnen bestanden darauf, dass es in den 1970er-Jahren in ganz Europa durchaus sowohl revolutionäre Strukturbrüche als auch eine gemeineuropäische Krise des Reformsozialismus gegeben habe. Miard-Delacroix entgegnete, in Frankreich sei es in den 1970er-Jahren eben keineswegs um „soziale Demokratie“ gegangen, sondern darum, ob es überhaupt einen nicht-revolutionären Sozialismus geben könne. Reinecke betonte, dass die von ihr beschriebenen Mechanismen vor allem als moralisch aufgeladene Selbstbeschreibungen verstanden werden müssten, die eine neue Dynamik in reale soziale Prozesse hineingebracht hätten. Arnold differenzierte für Großbritannien zwischen verschiedenen Zeitebenen des industriellen Strukturbruchs: Die Krisendiagnosen der 1970er-Jahre hätten eine bestimmte Industriepolitik der Regierung Thatcher hervorgebracht, die in den 1980er-Jahren in einer massiven Deindustrialisierung resultierte. Das ursprüngliche Ziel der Reformen sei aber die Modernisierung der britischen Industrie gewesen. Mit Blick auf solche nichtintendierten Nebenfolgen politischen Handelns sei es sinnvoller, nicht bloß einen Strukturbruch zu Beginn der 1970er-Jahre zugrunde zu legen.

Die kontroverse Diskussion am Schluss zeigte, dass die Sektion inhaltlich und methodisch erfolgreich war. Denn alle Vortragenden machten Zeitlichkeit selbst zum Thema ihrer Untersuchungen und so lief hinter den empirisch fundierten Fallstudien stets die Frage nach den temporalen Selbstverortungen der Akteure mit: Wer bezeichnete was mit welchen Absichten als zeitgemäß und modern? Eine solche ‚chronopolitische‘ Doppelbödigkeit mag auf den ersten Blick einer ‚soli-

den' historischen Analyse zuwiderlaufen; dieser Eindruck drängte sich zumindest nach einigen Fragen aus dem Publikum auf. In Wahrheit ergänzt sie aber das zeithistorische Methodenarsenal und verleiht Fragen nach „Gewinnern und Verlierern“ oder „verlorenen Jahrzehnten“ erst eine produktive historische Tiefenschärfe. In diesem Sinne war die Sektion eine Lehrstunde darin, wie eine kritische Zeitgeschichte etablierte Deutungsmuster aufbrechen kann, um daraus neue Erkenntnisse zu gewinnen.

Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Jörg Arnold (Nottingham) / Sonja Levsen (Freiburg im Breisgau)

Sonja Levsen (Freiburg im Breisgau), Einführung

Christiane Reinecke (Paris / Hamburg), Die dunkle Seite des Wachstums. Zu einer Neubewertung der „Trente Glorieuses“ in der französischen Zeitgeschichte

Jörg Arnold (Nottingham), Vom Verlierer zum Gewinner – und zurück. Der „coal miner“ als Schlüsselfigur der britischen Zeitgeschichte

Hélène Miard-Delacroix (Paris), Zwischen Bewegung und Versteifung. Frankreich in den 1970er-Jahren

Nicole Kramer (Frankfurt am Main), Kehrseiten des Krisenjahrzehnts. Neue Herausforderungen und gesellschaftliche Innovationen in Großbritannien

Dietmar Süß (Augsburg), Kommentar

Tagungsbericht HT 2014: *Ein verlorenes Jahrzehnt? Die 1970er-Jahre in Frankreich und Großbritannien*. 23.09.2014–26.09.2014, In: H-Soz-Kult 31.10.2014.

HT 2014: Siege und Niederlagen, Irrtümer und Erkenntnisse. 30 Jahre Geschlechtergeschichte. Eine Bilanz

Leitung: Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands (VHD); Verband der Geschichtslehrer Deutschlands (VGD)

Bericht von: Mirjam Höfner, Historisches Seminar, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

Die Sektion „Siege und Niederlagen, Irrtümer und Erkenntnisse. 30 Jahre Geschlechtergeschichte“ auf dem 50. Historikertag in Göttingen stand unter der Leitung von CLAUDIA OPITZ-BELAKHAL (Basel). Gemäß dem diesjährigen Motto fragte sie bilanzierend nach „Gewinnern und Verlierern“ der Geschlechtergeschichte: Ausgehend von den aus der feministischen Bewegung kommenden Anfängen der Frauengeschichte über ihre Institutionalisierung bis hin zur Kritik an der Kategorie Geschlecht wurde sich mit dem aktuellen Standort der Geschlechtergeschichte im historiographischen Kontext befasst. Den ersten Part der sehr gut besuchten Sektion gestalteten vier Vorträge und ein Kommentar zur wissenschaftsgeschichtlichen Entwicklung der Frauen- und Geschlechtergeschichte, während die zweite Hälfte aus einem *Round-Table* mit fünf Diskutant_innen aus unterschiedlichen epochalen Forschungsschwerpunkten bestand, die sich mit Erträgen und Desideraten geschlechtergeschichtlicher Forschungen sowie deren Stellung im historiographischen Feld auseinandersetzten.

In ihrer Einführung betonte CLAUDIA OPITZ-BELAKHAL (Basel) das feministische Erbe der Geschlechtergeschichte, das in der – durch die ‚neuen‘ Frauenbewegungen der 1970er- und 1980er-Jahre geprägten – Frauengeschichte wurzelte. Rückblickend betonte Claudia Opitz-Belakhal die maßgebliche Beteiligung der Frauen- und Geschlechtergeschichte an der Entwicklung diverser neuer und innovativer historiographischer Ansätze und Entwicklungen: Darunter beispielsweise die Alltagsgeschichte, die historische Anthropologie, der *linguistic turn*, der *cultural-* sowie der *postcolonial turn*. Mittlerweile sei die Geschlech-

tergeschichte in den USA und in Europa als Studienfach etabliert, doch werde sie gerade aufgrund ihrer feministischen Wurzeln vielfach bis heute als politisch gefärbt wahrgenommen. Vor diesem Hintergrund und auch in Anbetracht der aktuellen Multiperspektivität sowie Interdisziplinarität der Geschichtswissenschaft näherte sich das Panel kritisch der – provokativen – Frage: Ist Geschlecht auch bald drei Jahrzehnte nach Erscheinen des theoretischen Grundlagentextes von Joan Scott noch eine nützliche Kategorie?

SYLVIA PALETSCHEK (Freiburg im Breisgau) eröffnete die Vortragsreihe mit ihrem Beitrag zum Thema „Historiographiegeschichte als Geschlechtergeschichte“. Vor dem Hintergrund der strukturellen Bedingtheit und den Traditionslinien der modernen Geschichtsschreibung verdeutlichte sie, dass der akademische Standort der Frauen- und Geschlechtergeschichte nicht ohne Einblick in die Situation von Frauen sowie die Geschlechterverhältnisse in der Geschichtswissenschaft im 19. und 20. Jahrhundert bestimmbar sei. Hinsichtlich der Historiographiegeschichte erweise sich die Anwendung der Kategorie Geschlecht als innovative Perspektiverweiterung: Der Blick auf historische Frauenräume in der Geschichtswissenschaft ermögliche nicht allein die Sichtbarmachung weiblicher historiographischer Leistungen innerhalb wie außerhalb der universitär verankerten Zunft, sondern mache die Produktions- und Rahmenbedingungen historischer Wissensproduktion sichtbar. Ein geschlechtersensibler Standpunkt dekonstruiere zudem das im 19. Jahrhundert aufgestellte Postulat des Historikers als objektivem Wissensproduzenten und offenbare die wissenschaftliche Geschichtsschreibung als komplexen Prozess aus sozialen Zuschreibungen sowie machtpolitischen Aspekten. Erst der relativ späte *take off* der Historikerinnen in den 1990er-Jahren brachte die bis dato auch aufgrund der universitären Strukturen in Deutschland erschwerte Institutionalisierung der Frauen- und Geschlechtergeschichte maßgeblich voran. Ob aber ein Forschungsschwerpunkt in der Frauen- und Geschlechtergeschichte die universitären Karrieren von Historikerinnen beförderte – zum Beispiel über die damit forcierte weibliche Netzwerkbildung – oder behinderte, bleibt eine offene Frage.

Nach förderlichen bzw. hinderlichen Faktoren für die Etablierung der Frauen- und Geschlechtergeschichte in der Universitätslandschaft

HT 2014: Siege und Niederlagen, Irrtümer und Erkenntnisse. 30 Jahre Geschlechtergeschichte. Eine Bilanz

der BRD fragte auch ANGELIKA SCHASER (Hamburg). Sie untersuchte neben dem akademischen Werdegang der ersten Generation von Frauen- und Geschlechterhistorikerinnen der 1970er-bis 1990er-Jahre auch die Rahmenbedingungen und das erste Auftreten frauen- und geschlechtergeschichtlicher Lehrveranstaltungen. Angelika Schaser führte die unter anderem auf Druck der Frauenbewegung zustande gekommenen Liberalisierungstendenzen seit den 1970er-Jahren sowie den Ausbau der Universitätslandschaft, aber auch außeruniversitäre Handlungsräume als förderlich für die Entwicklung innovativer Arbeitsformen an. Rückblickend lasse sich eine breitere akademische Trägerschaft der frauen- und geschlechtergeschichtlichen Ansätze – inklusive männlicher Forscher – ausmachen, als bislang angenommen. Angelika Schaser betonte als hinderliches Moment, dass die sukzessive Feminisierung der Geschlechtergeschichte zu wissenschaftsinterner Opposition führte, die sich nicht zuletzt in der fehlenden personellen Kontinuität und der damit einhergehenden Marginalisierung des Faches durch Kolleg_innen manifestierte. Wie Sylvia Paletschek pointierte auch Angelika Schaser in ihrem Ausblick, dass sich zukünftig zeigen wird, inwieweit sich der geschlechterhistorische Ansatz etabliert hat bzw. interdisziplinär auflöst.

Eine internationale Perspektive auf die Entwicklung des Fachs bot der Beitrag „Zur Geschlechtergeschichte in der BRD und in den USA im Vergleich“ von KAREN HAGEMANN (Chapel Hill), der, da diese krankheitsbedingt verhindert war, stellvertretend von Claudia Opitz-Belakhal präsentiert wurde. Karen Hagemanns quantitative Analyse verdeutlichte, dass trotz Internationalisierungstendenzen große Divergenzen im Bereich der Berufsaussichten, der Karriereverläufe und der Arbeitsbedingungen von Historiker_innen in beiden Ländern existieren. Während für die USA – unter anderem aufgrund der marktorientierten, dezentralisierten Hochschullandschaft – eine größere Aufgeschlossenheit gegenüber innovativen Forschungsansätzen festzustellen sei, bedingten die in Deutschland herrschenden universitären Strukturen eine fortdauernde Dominanz althergebrachter historiographischer Paradigmen. Hinsichtlich der akademischen Etablierung des Fachs sei auf amerikanischer Seite ein weitaus ausgeprägteres *Mainstreaming* der Frauen- und Geschlechtergeschichte festzustellen als für die bundes-

republikanische Geschichtswissenschaft. Demgegenüber konstatierte Karen Hagemanns Beitrag auch Gemeinsamkeiten: So analysierte sie für beide Länder eine zunehmende Feminisierung der Lehre und damit einhergehend eine besorgniserregende Prekarisierung der angebotenen Stellen im Bereich der Geschlechtergeschichte.

Während sich die ersten drei Vorträge vornehmlich mit der Situation von Historikerinnen auseinandersetzten, lenkte JÜRGEN MARTSCHUKAT (Erfurt) den Fokus auf die „Geschichte der Männlichkeiten“. Unter der Fragestellung „Akademisches Viagra oder Weg zum Mainstreaming?“ ging er zunächst auf die der historischen Männlichkeitsforschung inhärente Spannung ein, die sich daraus ergebe, unter dem Label der Geschlechtergeschichte erneut auf Männer in der Geschichte zu fokussieren. Jürgen Martschukat betonte jedoch, dass eine Rezentrierung auf Männer dem eigentlichen Ziel der historischen Männlichkeitsforschung fern liege: Anstelle des einstigen Narratives, der „Geschichte großer Männer“, gehe es nunmehr darum, männliche Strukturen zu encodieren bzw. Formen von (vergangenen) Männlichkeiten – im Sinne der Butlerschen Geschlechterperformativität – zu eruieren. Die Kategorie Geschlecht sei ein entscheidendes Analysekriterium, die jedoch nicht losgelöst von anderen methodischen Herangehensweisen verwendet werden sollte: So unterstrich Jürgen Martschukat anhand von prägnanten Beispielen die Bedeutung von Relationalität und Intersektionalität im Kontext der Männlichkeitsforschung. Er vermerkte eine starke Präsenz der *Masculinity studies* in den Vereinigten Staaten und auch für den deutschen Raum sehe er zukünftig keinen Abschwung des geschlechtergeschichtlichen Ansatzes – denn letztlich sei gemäß Jürgen Martschukat kein historisches Thema ohne Berücksichtigung von Geschlecht zu bearbeiten.

In ihrem abschließenden Kommentar erinnerte EVA LABOUVIE (Magdeburg) an das bereits vor gut 30 Jahren formulierte und bis heute basale Anliegen der Frauen- und Geschlechtergeschichte, eine kritische Reflexion von Theorien, Kulturen und Prozessen der Wissensproduktion anzustoßen. Von Beginn an sei das Fach in herausragender Weise ebenso interdisziplinär wie international eingebunden gewesen, was es letztlich jedoch nicht vor der Marginalisierung als „interessant, aber nicht wichtig“ schützte. Der frauen- und geschlechtergeschichtliche

HT 2014: Siege und Niederlagen, Irrtümer und Erkenntnisse. 30 Jahre Geschlechtergeschichte. Eine Bilanz

Ansatz habe zu einer fruchtbaren Perspektiverweiterung geführt, aus der ein enormes Mehr an Wissen gewonnen werden konnte. Mit Blick auf das dichotomisch angelegte Motto des Historikertages unterstrich Eva Labouvie nachvollziehbar die immense Bedeutung gezielter Nachwuchsförderung im Bereich Frauen- und Geschlechtergeschichte als beste Investition für zukünftige „Siege“.

Im anschließenden zweiten Part des Panels diskutierten fünf Historiker_innen aus fünf unterschiedlichen epochalen Forschungsschwerpunkten unter der Leitung von Claudia Opitz-Belakhal den Stand des geschlechtergeschichtlichen Ansatzes sowie die kritische Reflexion der Kategorie Geschlecht für ihr jeweiliges Fachgebiet.

ELKE HARTMANN (Darmstadt) verwies für den Bereich Alte Geschichte auf den erfreulichen Boom geschlechtergeschichtlicher Forschungen seit den 1990er-Jahren, von denen viele vornehmlich aus dem angloamerikanischen Raum kommen. Auch sie wertete – wie Eva Labouvie – die internationale Vernetzung und die international einheitlichen Fachtermini als förderlich für die Entwicklung der Frauen- und Geschlechtergeschichte. Allerdings bedürfe es noch weitergehender definitorischer Schärfung der Begriffe. Zudem sei Transparenz bezüglich des Erkenntnisinteresses mindestens ebenso wichtig wie eine ausdifferenzierte Nachwuchsförderung.

Für die Geschichte des Mittelalters konstatierte ALMUT HÖFERT (Zürich) trotz eines sich frühzeitig abzeichnenden breiten Spektrums an geschlechtergeschichtlichen Arbeiten, dass noch weite Felder nicht erforscht seien. So werde die Geschlechtergeschichte häufig immer noch mit Frauengeschichte gleichgesetzt. Sowohl für ‚klassische‘ mittelalterliche Themen, etwa der Kirchengeschichte, ebenso wie für neuere Forschungsfelder wie die eines transkulturellen Zugriffs auf das Mittelalter, seien trotz einiger wichtiger Arbeiten noch große Desiderate festzustellen.

Um einiges positiver erwies sich dagegen das Bild, das vom Stand der Geschlechtergeschichte in der Frühen Neuzeit gezeichnet wurde: CLAUDIA ULBRICH (Berlin) beschrieb die relativ ‚junge‘ Epoche als ein gutes Experimentierfeld für innovative Ansätze, das neben anderen auch die Etablierung der Frauen- und Geschlechtergeschichte entscheidend vorangebracht habe. Zwar explizierten die Titel einschlägiger

Arbeiten nicht zwangsläufig den geschlechtsbezogenen Ansatz, doch sei die Sichtbarmachung von Frauen und Geschlechterverhältnissen thematisch wie methodisch vielfach bereits integriert. Somit gehe es zukünftig in der Frühen Neuzeit weniger um das Erfüllen großer geschlechtergeschichtlicher Desiderate, als vielmehr um den Erhalt und den Ausbau des bislang Erreichten.

MARTIN LÜCKE (Berlin) berichtete von einem fulminanten Start der Geschlechtergeschichte im Bereich der Geschichtsdidaktik in den 1980er-Jahren, der jedoch recht schnell an Schwung verloren habe. So hapere es leider bis heute an der praktischen Umsetzbarkeit des kritischen Potenzials von Geschlecht für den Geschichtsunterricht. Zwar sei die Vielgeschlechtlichkeit insbesondere in Berlin aufgrund der erfolgreichen Durchführung queerpolitischer Projekte durchaus in der Schule präsent. Doch um der Frauen- und Geschlechtergeschichte zukünftig mehr Raum in der Didaktik zu ermöglichen, bedarf es Martin Lücke zufolge einer schärferen theoretischen Begriffsarbeit.

Abschließend richtete sich der Fokus auf die Situation der Frauen- und Geschlechtergeschichte in der (Schweizer) Zeitgeschichte. BRIGITTE STUDER (Bern) betonte den kritischen Gehalt des Fachs, der seine Wurzeln in der Zweiten Welle der Frauenbewegung habe: So seien differenzierte Fragen nach dem Verhältnis von Wissen und Macht sowie die Kritik des Expertenwissens Erkenntnisleistungen, die im (akademischen) Feminismus wurzelten. Erst mit der Geschlechtergeschichte hielten sie Einzug in die Historiographie. Diesem Befund stehe als großes Desiderat die Erforschung der zeitgenössischen frauenbewegten Akteure gegenüber. Zudem bedarf es nach Brigitte Studer bis heute einer radikalen, epochenübergreifenden Historisierung der Geschlechterdifferenzen.

Insgesamt ließen sich aus den anregenden Präsentationen und fruchtbaren Diskussionen des informativen Panels zu 30 Jahren Geschlechtergeschichte sowohl positive als auch negative Bilanzen ziehen: So könne das Teilgebiet einerseits seine Leistungen in den Bereichen Perspektiverweiterung, Internationalität und Interdisziplinarität sowie die Infragestellung historischer Konstruktionen auf der „Habenseite“ verbuchen. Andererseits musste die Geschlechtergeschichte in Bezug auf disziplinäre Etablierung Rückschläge einstecken und eine weitere Reflexion der

HT 2014: Siege und Niederlagen, Irrtümer und Erkenntnisse. 30 Jahre Geschlechtergeschichte. Eine Bilanz

Kategorie Geschlecht sei noch Desiderat (siehe Intersektionalität und Relationalität).

Ganz im Sinne der kritischen Tradition des Faches wurde abschließend keine eindeutige Antwort auf die Frage nach dem „Sieg“ oder der „Niederlage“ der Geschlechtergeschichte festgehalten. Schließlich seien bislang weder klar definierte Relevanzkriterien für Erfolge und Misserfolge formuliert, noch bisherige Relevanzhierarchien in der Geschichtswissenschaft ausreichend in Frage gestellt worden.

3

Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Claudia Opitz-Belakhal (Basel)

Teil I: Zur Wissenschaftsgeschichte der Geschlechtergeschichte

Claudia Opitz-Belakhal (Basel), Einführung

Sylvia Paetschek (Freiburg), Gendering historiography? Historiographiegeschichte als Geschlechtergeschichte

Angelika Schaser (Hamburg), Zur Etablierung der Frauen- und Geschlechtergeschichte in der Universitätslandschaft der BRD

Karen Hagemann (Chapel Hill), Zur Situation der Geschlechtergeschichte in der BRD und in den USA im Vergleich

Jürgen Martschukat (Erfurt), Geschichte der Männlichkeiten. Akademisches Viagra oder Weg zum „mainstreaming“ der Geschlechtergeschichte?

Eva Labouvie (Magdeburg), Kommentar

Teil II: Roundtable. Siege und Niederlagen, Erträge und (Fehl-)Leistungen der Geschlechtergeschichte

Claudia Opitz-Belakhal (Basel), Leitung

Elke Hartmann (Darmstadt), Alte Geschichte

Almut Höfert (Zürich), Geschichte des Mittelalters, Transkulturelle Geschichte

Mirjam Höfner

Claudia Ulbrich (Berlin), Geschichte der Frühen Neuzeit, Historische Anthropologie

Brigitte Studer (Bern), Neuere und Neueste Geschichte, Geschichte sozialer Bewegungen, besonders der Frauenbewegung

Martin Lücke (Berlin), Geschichtsdidaktik, Geschichte der Sexualität(en)

Tagungsbericht HT 2014: *Siege und Niederlagen, Irrtümer und Erkenntnisse. 30 Jahre Geschlechtergeschichte. Eine Bilanz.* 23.09.2014–26.09.2014, In: H-Soz-Kult 31.10.2014.

HT 2014: Aus der Niederlage lernen? Archivische Überlieferungsbildung, Sammlungsaktivitäten und Erinnerungskultur in der Weimarer Republik

Leitung: Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands (VHD); Verband der Geschichtslehrer Deutschlands (VGD)

Bericht von: Senta Herkle, Historisches Institut, Universität Stuttgart

Als tiefe Zäsur auch für die Überlieferungsbildung beschrieb WOLFGANG ZIMMERMANN (Karlsruhe / Heidelberg) in seiner Einleitung den Ersten Weltkrieg. Durch die Auflösung des Generalstabs musste einerseits ein Weg des Umgangs mit obsolet gewordenen insbesondere militärischen Akten gefunden werden, andererseits seien Sammlungen entstanden, die den Kriegsalltag dokumentierten. Ziel der Sektion „Aus der Niederlage lernen? Archivische Überlieferungsbildung, Sammlungsaktivitäten und Erinnerungskultur in der Weimarer Republik“ war es, die Sicherung und Bildung der Überlieferung zu kontextualisieren und eine „ideologiekritische Analyse ideologiegeladeter Überlieferungsbildungen“ anzustoßen. Der Prozess der Überlieferungsbildung bildete dabei die Basis für das künftige Narrativ des Ersten Weltkrieges. Neben der militärischen Überlieferung sollte in der Sektion aber auch etwa die Überlieferung der Kirchen und die Wissenschaftsreaktion auf den Ersten Weltkrieg Beachtung finden.

Zu Beginn skizzierte ROBERT KRETZSCHMAR (Stuttgart / Tübingen) die Bedeutung des Ersten Weltkriegs und der Weimarer Republik für die Geschichte der Überlieferungsbildung. Kernpunkt war dabei die Frage nach neuen Ansätzen in der archivischen Methode, die durch die Überlieferung der nach 1918 obsolet gewordenen behördlichen Aktenmassen entwickelt werden mussten. Es war, so Kretzschmar, eine „neue und hohe Sensibilität für die historische Relevanz auch jüngster Aktenbestände“ entstanden; der Weltkrieg sollte als epochales Ereignis in den Archiven dokumentiert werden. Allerdings sei hinter diesem Ansatz

eine geschichtspolitische Motivation gestanden, die den „nationalen Abwehrkampf“ demonstrieren und die „Kriegsschuld“ widerlegen sollte.

Kretzschmar zeigte auf, dass nur im Reichsarchiv, das im Jahr 1919 eingerichtet wurde, konzeptionelle Überlegungen zur Überlieferungsbildung angestellt und umgesetzt wurden; sie umfassten neben der gezielten Bestandsbildung auch den Aufbau zeitgeschichtlicher Sammlungen. Bemerkenswert sei dabei, dass die Archive sonst während des Krieges und in der Zeit danach nicht selbst als aktive Sammler in Erscheinung traten, sondern erst wesentlich später Sammlungen von Privatpersonen oder Behörden übernahmen. Dafür seien eine konservative Haltung zum Berufsbild, aber auch die eingeschränkte personelle Ausstattung der Archive während des Krieges verantwortlich gewesen, die neben einer chronischen Unterbesetzung auch dem Militärdienst geschuldet war.

Die vom Reichsarchiv entwickelten methodischen Grundlagen einer systematischen Überlieferungsbildung, die zugleich die Professionalisierung der Überlieferungsbildung überhaupt darstellen, würden bis heute in den Archiven nachwirken. Die zeitnahe Sicherung jüngster Akten werde heute als zentrale Kernaufgabe der Archive gesehen. Dabei würden die archivpolitischen Motivationen und Ziele allerdings immer wieder diskutiert und aktualisiert.

MICHAEL HOLLMANN (Koblenz) zeigte im Anschluss die Gründung des Reichsarchives nach dem Ersten Weltkrieg auf. Im Versailler Vertrag war die Auflösung des Großen Generalstabs festgelegt worden, für dessen obsolet gewordene Akten das Reichsarchiv eingerichtet wurde, das dem Reichsministerium des Innern unterstand. Zunächst bestand das Personal vorwiegend aus Militärangehörigen, während seines Bestehens fand allerdings eine „Zivilisierung“ der Belegschaft statt. Zur Belegschaft gehörte außerdem ein ständiger Vertreter der US-Parallelorganisation, dessen Aufgabenwahrnehmung noch näherer Untersuchungen bedarf. In der Einsetzung eines Militärschriftstellers zum Generaldirektor zeigte sich eine wesentliche Aufgabe des neugegründeten Reichsarchivs: die Dokumentation und Auswertung des Ersten Weltkrieges. Zu diesem Zweck wurde außerdem eigens eine Historische Kommission gegründet. Als Ergebnis ihrer Arbeit präsentierte die Kommission, die sich aus zwölf Wissenschaftlern und drei Militärs

HT 2014: Aus der Niederlage lernen? Archivische Überlieferungsbildung, Sammlungsaktivitäten und Erinnerungskultur in der Weimarer Republik

zusammensetzte, ein mehrbändiges Werk über den Verlauf des Ersten Weltkrieges. Daneben sollte das Reichsarchiv Benutzern Akten zugänglich machen und damit ebenfalls die wissenschaftliche Erforschung insbesondere des Weltkrieges fördern.

Zu Beginn bestand die Überlieferung des Reichsarchivs aus den Akten der militärischen Dienststellen, später gelangten auch die zivile Überlieferung der obersten Reichsbehörden sowie ältere Bestände des Deutschen Bundes und des Reichskammergerichts dort hin. Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten unterlag das Reichsarchiv gegen den Willen der Mitarbeiter einer gravierenden Veränderung, denn die Einrichtung des Heeresarchivs Potsdam bedeutete die Herauslösung des Militärs aus der Einrichtung. Die Frage nach dem Umgang mit Militärarchiven und dem Militär unterstellten Archiven sei dabei nicht nur organisationsgeschichtlich, sondern auch politikgeschichtlich von Interesse. Abschließend wies Hollmann auf den reichen Fundus digitalisierter Quellen des Bundesarchivs hin, die im Internet zugänglich sind.¹

WOLFGANG ZIMMERMANN (Karlsruhe / Heidelberg) nahm anstelle des angekündigten RAINER BRÜNING (Karlsruhe) in seinem Beitrag das „XIV. Armeekorps als zentrale Quelle für den Ersten Weltkrieg am Oberrhein“ in den Blick. Im Zweiten Weltkrieg wurden das Heeresarchiv in Potsdam und mit ihm zentrale Bestände zum Ersten Weltkrieg zerstört. Aufgrund verfassungsrechtlicher Bestimmungen verfügten Württemberg, Bayern und Sachsen über eine militärische Selbstverwaltung, die ausschlaggebend dafür ist, dass die Überlieferung der Armeekorps dieser Länder erhalten ist. Die Akten der badischen Truppenteile entgingen der Vernichtung, weil sie in Außendepots in Südwestdeutschland aufbewahrt wurde. Die Überlieferung des XIV. (badischen) Armeekorps im Generallandesarchiv Karlsruhe stellt dabei, Zimmermann zufolge, mit rund 1,2 km Umfang und 10.000 Fotos eine Besonderheit dar, da die Unterlagen das gesamte Gebiet des Oberrheins betreffen, das während des Ersten Weltkrieges neben Ostpreußen als einziges Gebiet des Deutschen Reiches direkt von den Kampfhandlungen betroffen war; „Front, Etappe und Heimat“ waren dort sehr eng

¹Portal des Bundesarchivs zum Ersten Weltkrieg: <<https://www.ersterweltkrieg.bundesarchiv.de/>> (21.10.2014).

miteinander verbunden. Die Überlieferung ist darüber hinaus nicht lediglich für den badischen Teil interessant, sie gibt auch Auskunft über das Reichsland Elsass-Lothringen, dessen eigene Überlieferung des XV. Armeekorps ebenfalls im Zweiten Weltkrieg zerstört wurde.

Zimmermann wies darauf hin, dass die Überlieferung des XIV. Armeekorps als Quellengrundlage für die Ausstellung „Menschen im Krieg 1914-1918 am Oberrhein / Vivre en temps de guerre des deux côtés du Rhin 1914-1918“ diene, die als erste Weltkriegsausstellung grenzüberschreitend vom Landesarchiv Baden-Württemberg (Generallandesarchiv Karlsruhe, Staatsarchiv Freiburg) gemeinsam mit den Archives Départementales du Haut-Rhin in Colmar sowie dem Comité du Monument National du Hartmannswillerkopf konzipiert worden ist.² Wesentliche Teile der Überlieferung des XIV. Armeekorps, darunter Kriegs- und Friedensstammrollen und Personalakten, seien außerdem im Internet verfügbar und würden in absehbarer Zeit ergänzt werden.³

RAINER HERING (Schleswig / Hamburg) konstatierte in seinem Beitrag zunächst die intensive Auseinandersetzung der Forschung mit dem Kriegsalltag an der Front und in der Heimat, bei der bislang die Rolle der Kirchen zu wenig untersucht worden sei. Er wies auf die wichtige und vielfältige Rolle der Geistlichen während des Ersten Weltkrieges hin, die etwa durch zusätzliche Gottesdienste oder Vorträge die sich zunehmend verschlechternden Lebensbedingungen in den Blick nahmen und in die Öffentlichkeit trugen. Sie überbrachten Todesnachrichten und spendeten Angehörigen von Gefallenen Trost, warben für Kriegsanleihen, verbreiteten staatliche Anordnungen oder koordinierten Hilfsarbeiten und übernahmen damit wichtige staatliche Funktionen. Mit der Abgabe von Kirchenglocken sowie Sammlungen und Kollekten trugen sie zur Kriegsfinanzierung bei. Kriegsbedingt entwickelte sich außerdem eine neue Aufgabe für die Kirchen: die Betreuung der Jugend. Die Abwesenheit der Väter wurde für die wachsende Kriminalität sowie die sinkenden Unterrichtsbesuche der Jugendlichen verantwortlich gemacht. In der kirchlichen Betreuung der Jugend während des Ersten

²Menschen im Krieg 1914-1918 am Oberrhein. Deutsch-französische Wanderausstellung <<http://www.menschen-im-krieg-1914-1918.de/>> (21.10.2014).

³Landesarchiv Baden-Württemberg, Soldaten im Ersten Weltkrieg, Online-Findmittel <<http://www.landearchiv-bw.de/web/54389>> (21.10.2014).

HT 2014: Aus der Niederlage lernen? Archivische Überlieferungsbildung, Sammlungsaktivitäten und Erinnerungskultur in der Weimarer Republik

Weltkrieges liegen dabei die Wurzeln der kirchlichen Jugendarbeit überhaupt. Hering verwies auf die zahlreichen Quellen, die in kirchlichen Archiven überliefert sind und die Aufschluss über den Kriegsalltag geben können, darunter etwa kirchliche Amts- und Mitteilungsblätter, Gemeindebriefe und Gemeindechroniken, Predigten oder Schriftwechsel.

Der nachfolgende Vortrag von REINHARD JOHLER (Tübingen) beschäftigte sich mit der „Genese und Funktion ethnologischer und volkskundlicher Sammlungen“, die nach dem Ersten Weltkrieg aufgrund einer Renaissance volkskundlicher Themen wie Kriegsaberglauben, Soldatenhumor oder Prophezeiungen entstanden waren. Angelegt wurden die Sammlungen durch volkskundliche Institutionen und Einzelpersonen, die es sich zur Aufgabe gemacht hatten, „den Krieg zu sammeln“. Diese Sammlungen hatten dabei zwei Funktionen: sie sollten einerseits den Krieg dokumentieren und andererseits auch die Institutionalisierung und universitäre Etablierung der Volkskunde vorantreiben. Die Sammlungen von Soldatenliedern, Soldatensprachen, Soldatenbräuchen oder auch Soldatenglauben waren nach Kriegsende Gegenstand einiger wissenschaftlicher Studien, gerieten allerdings Ende der 1920er-Jahre im Großen und Ganzen in Vergessenheit; zum Teil wurden die Sammlungen unter „rassenbiologischen“ Gesichtspunkten während der Zeit des Nationalsozialismus wieder untersucht. Im Vergleich zur archivischen Überlieferung trugen die volkskundlichen Sammlungen dementsprechend, so Johler, bislang nicht zur Erforschung des Ersten Weltkrieges bei. Der Krieg führte zur Anlage umfangreicher volkskundlicher Sammlungen, die nach Kriegsende nicht weiter beachtet und bearbeitet worden sind. Mit der schrittweisen Digitalisierung der Sammlungen könne nun der im Krieg geschaffene „Kulturtransfer“ aufgearbeitet werden.

Im letzten Beitrag stellte MAIKE ROTZOLL (Heidelberg) unter dem Titel „Uniform und Eigensinn. Militarismus und Erster Weltkrieg in historischen Werken der Sammlung Prinzhorn“ eine außergewöhnliche Sammlung künstlerischer Werke aus psychiatrischen Anstalten vor. Aus gleichsam psychiatrischem wie kunsthistorischem Interesse wurde die Sammlung von den Psychiatern Karl Wilmanns und Hans Prinzhorn, der zugleich Kunsthistoriker war, zwischen 1919 und 1921 angelegt.

Bei den Künstlern selbst handelte es sich um Anstaltspatienten, nicht aber um traumatisierte Soldaten; sämtliche Künstler lebten bereits vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges in den Anstalten. Mit Förderung der Volkswagen-Stiftung wurde diese Kunstsammlung unter verschiedenen Fragestellungen aufgearbeitet; ein Teil der Kunstwerke ist derzeit in einer Ausstellung in Heidelberg zu sehen⁴, die von der BASF SE gefördert wurde. Im Vordergrund standen dabei etwa die Fragen, wie abgeschottet die Anstaltspatienten waren und ob sie eine spezielle Sicht auf den Militarismus entwickelt haben. Anhand von vier Kategorien (militarisierte Gesellschaft, militärische Träume, Krieg, Frieden) stellte Rotzoll eine Auswahl der Werke vor. Dabei zeigte sie eindrucksvoll, dass die Anstalten durchlässiger waren, als zunächst erwartet wird. Die Anstaltspatienten griffen Themen auf, die auch in der zivilen Gesellschaft von Bedeutung waren und „verzerren sie zur Kenntlichkeit“.

Zu allen Beiträgen ergaben sich Rückfragen und kürzere Diskussionen, die vor allem die gesellschaftliche Bedeutung der angesprochenen Überlieferungsbildungen und Sammlungsaktivitäten betrafen. Auch dabei wurde deutlich, wie sehr sie vom historischen Kontext geprägt waren. So konnte Wolfgang Zimmermann in seinem Fazit nochmals den Einfluss des Ersten Weltkrieges auf die Überlieferungsbildung der Weimarer Republik hervorheben und im Blick auf die Quellenkritik daraus ableiten, dass der ideologische Hintergrund jeweils entscheidend und zu analysieren sei.

Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Robert Kretzschmar (Stuttgart / Tübingen) / Wolfgang Zimmermann (Karlsruhe / Heidelberg) / Rainer Hering (Schleswig / Hamburg)

Robert Kretzschmar (Stuttgart / Tübingen), Obsolete Akten, Bewer-

⁴Die Ausstellung „Uniform und Eigensinn. Militarismus, Weltkrieg und Kunst in der Psychiatrie“ ist vom 2.10.2014 bis 2.2.2015 in Heidelberg zu sehen. Vgl. <<http://prinzhorn.ukl-hd.de/>> (21.10.2014). Vom 6.6. 2014 bis 7.9.2014 waren einige der Kunstwerke in der Sonderausstellung „Krieg und Wahnsinn. Kunst aus der zivilen Psychiatrie zu Militär und 1. Weltkrieg – Werke der Sammlung Prinzhorn“ im Militärgeschichtlichen Museum Dresden ausgestellt. Vgl. <<http://www.mhmbw.de/sonderausstellungen/krieg-und-wahnsinn/>> (21.10.2014).

**HT 2014: Aus der Niederlage lernen? Archivische
Überlieferungsbildung, Sammlungsaktivitäten und Erinnerungskultur
in der Weimarer Republik**

tungsdiskussion und zeitgeschichtliche Sammlungen: Der Erste Weltkrieg und die Überlieferungsbildung in Archiven

Michael Hollmann (Koblenz), Der Erste Weltkrieg und die Gründung des Reichsarchivs

Wolfgang Zimmermann (Karlsruhe / Heidelberg), Der Vernichtung entronnen. Das XIV. Armeekorps als zentrale Quelle für den Ersten Weltkrieg am Oberrhein

Rainer Hering (Schleswig / Hamburg), Gewinnen und Verlieren in der Überlieferung. Kirchliche Quellen zum Ersten Weltkrieg

Reinhard Johler (Tübingen), Sammeln für den Krieg. Genese und Funktion ethnologischer und volkskundlicher Sammlungen

Maike Rotzoll (Heidelberg), Uniform und Eigensinn. Militarismus und Erster Weltkrieg in historischen Werken der Sammlung Prinzhorn

Wolfgang Zimmermann (Karlsruhe / Heidelberg), Moderation

Tagungsbericht HT 2014: *Aus der Niederlage lernen? Archivische Überlieferungsbildung, Sammlungsaktivitäten und Erinnerungskultur in der Weimarer Republik*. 23.09.2014–26.09.2014, In: H-Soz-Kult 31.10.2014.

HT 2014: ‚The Winner Takes It All‘. Popgeschichtliche Narrative des 20. Jahrhunderts zwischen Ausbeutung und Emanzipation

Leitung: Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands (VHD); Verband der Geschichtslehrer Deutschlands (VGD)

Bericht von: Tobias Becker, German Historical Institute London

Auf dem diesjährigen Historikertag fehlte es nicht an Premieren. Jedenfalls nahmen wenigstens drei Sektionen für sich in Anspruch bisher – auf dem Historikertag – Nichtdagewesenes zu präsentieren: die Gefühlsgeschichte, die Homosexualitätsgeschichte und die Popgeschichte. Ob diese Premierendichte auf eine generelle Innovationsfreude oder doch eher auf den lange gepflegten Konservatismus des Historikerverbandes zurückzuführen ist, mag an anderer Stelle diskutiert werden. Auf jeden Fall erfreuten sich alle drei Sektionen regen Publikumszuzugs und angeregter Diskussionen. Das gilt insbesondere für die von Bodo Mrozek (Berlin/Potsdam) und Detlef Siegfried (Kopenhagen) organisierte Sektion zur Popgeschichte. Bei einem Gegenstand, der so überreich ist an Erfolgsgeschichten, an Scheitern und Comebacks, fiel es der Sektion nicht schwer an das übergeordnete Thema des Historikertags anzuknüpfen. Das klang bereits leitmotivisch an, als sich die Zuhörer*innen zu „The Winner Takes It All“ von ABBA versammelten – auf Vinyl abgespielt von einem Original-Philips Stereo 382 vom Ende der 1970er-Jahre, der vor jedem Vortrag zum Einsatz kommen sollte.

Wie DETLEF SIEGFRIED (Kopenhagen) in seiner Einführung deutlich machte, zielte die Sektion jedoch gerade darauf ab, die bekannten Erzählungen von Erfolg und Scheitern ebenso wie die etablierten akademischen Narrative auf den Prüfstand zu stellen. Das schien ihm schon deshalb geboten, da die Interpretationen so widersprüchlich sind, wie in ihnen die Rollen überklar verteilt erscheinen: den einen gelten Jugendliche als widerständige Opponenten gegen eine Hegemonialkultur, den anderen als willenslose Opfer der Manipulation einer kommerzialisierten Konsumindustrie. Siegfried beschrieb Pop als ein zentrales mediales,

HT 2014: ‚The Winner Takes It All‘. Popgeschichtliche Narrative des 20. Jahrhunderts zwischen Ausbeutung und Emanzipation

ökonomisches und politisches Handlungsfeld des 20. Jahrhunderts, das übertheoretisiert und unterforscht ist und mehr Aufmerksamkeit von Seiten der Geschichtswissenschaft verdient. Dass diese Aufmerksamkeit gerechtfertigt ist und nicht nur ein besseres Verständnis der Popkultur, sondern der Geschichte des 20. Jahrhunderts insgesamt verspricht, stellten die folgenden Vorträge nachdrücklich unter Beweis.

Im ersten, „Dance Circle – Dance Craze. Wettbewerb in medialen Tanzspektakeln“ überschriebenen Vortrag schlug ASTRID KUSSER (Rio de Janeiro) einen Bogen von der RTL-Fernsehsow „Let’s Dance“ zurück zu den Tanzmarathons der Zwischenkriegszeit und zu den Modetänzen, wie sie seit dem späten 19. Jahrhundert in Nord- und Südamerika aufkamen, um dann mit dem Film „Flashdance“ von 1983 zu enden. Ausgehend vom Cakewalk entwickelte Kusser die Geschichte des Standardtanzes, den sie als historischen Kompromiss zwischen europäischem Gesellschaftstanz und schwarzen Modetänzen kennzeichnete. Letzterer habe den „dance circle“ afro-diasporischer Herkunft in die moderne, urbane Unterhaltungskultur eingespeist. Kusser zeigte dies an zwei Filmclips: der Aufnahme einer Cakewalk-Vorführung von 1902 und einem Ausschnitt aus dem Tanzfilm „Flashdance“. Ihr zufolge war allerdings in beiden Fällen der dance circle eine weiße Projektion auf schwarze Kultur und diene letztlich der Segregation. Kusser spitzte diese Lesart während der Diskussion noch zu, in der sie Pop als im Kern schwarz und seine Aufarbeitung als Trauerarbeit verstanden wissen wollte. Offen blieb dabei allerdings, ob dies der Agency schwarzer Akteure gerecht wird.

„Alexander’s Ragtime Band“ von 1911, einem der bis dato erfolgreichsten Songs der „Tin Pan Alley“, leitete über zu dem Vortrag von KLAUS NATHAUS (Oslo) über „Erfolgswege in der Popgeschichte“, in dem die New Yorker Song-Schmiede in der 28. Straße als Fallbeispiel diente. Nathaus begann, in dem er die Popgeschichte selbst historisierte und nach anschlussfähigen Vorbildern suchte. Dabei machte er eine Vernachlässigung der Produktionsseite aus, der er den aus der Soziologie stammenden Production of Culture-Ansatz gegenüberstellte. Nathaus benutzte diesen Ansatz um die Wandlungsfähigkeit und stilistische Vielfalt der amerikanischen Populärmusik im 20. Jahrhundert zu erklären. So kam er zu dem Schluss, dass Dilettantismus und Improvi-

sation, durch die sich amerikanische Musiker von ihren europäischen Kollegen unterschieden, mehr als „amerikanische“ Marketingmethoden und „tayloristische“ Prinzipien Kernelemente ihres nationalen wie internationalen Erfolgs gewesen seien. Hinzu sei als weiteres Element die Marktforschung getreten, die sich in den USA sehr viel früher als in Europa etabliert habe. Abschließend betonte Nathaus den Wert popkultureller Forschung für die Zeitgeschichte insgesamt. Er plädierte dafür, populäre Kultur als eigendynamischen Faktor sozialer und kultureller Differenzierung zu betrachten und an die Debatte um die „Verwissenschaftlichung des Sozialen“ anzuschließen.

Während Nathaus ganz die Produktion in den Mittelpunkt stellte und die Konsumenten geradezu als vernachlässigbare Größe verstand, nahm BODO MROZEK (Berlin/Potsdam) in seinem Vortrag über „Geschmacksgemeinschaften. Fan-Clubs als Avantgarden (1950er-1980er-Jahre)“ die gegenteilige Perspektive ein. Ausgehend von Private Presley's friedlicher Eroberung Deutschlands im Jahr 1958, betrachte Mrozek die deutschen Elvis Fan-Clubs. Dabei ging es ihm darum, mit gängigen Klischees von Gewinnern und Verlierern zu brechen. Vielmehr hätten Fan-Clubs als Instrumente eines Konsumentenwandels von der imagined zur organized community fungiert. Fan-Clubs seien keine Erfindung der Medien oder der Musikindustrie gewesen, sondern hätten sich „von unten“ als Interessengemeinschaften Gleichgesinnter formiert. Als solche entwickelten sie sich schnell zu einer wichtigen Größe der Musikindustrie, verbunden mit neuen Praktiken und neuen Produkten. Das ursprünglich als Kaufanreiz gedachte Starmarketing beispielsweise wurde zu einem eigenständigen Wirtschaftsfaktor. Als Beispiel diene hier wiederum Elvis, dessen Popularität zur Einführung neuer Fan-Artikel führte und der zu Hochzeiten 25 Angestellte beschäftige, die sich ausschließlich um die massenhaft auflaufende Fan-Post kümmerten. Dieses Zusammenwirken von Industrie und Fans veranlasste Mrozek zu der Forderung, Produktion und Konsum nicht als getrennte oder gar sich ausschließende, sondern als sich ergänzende Aspekte zu betrachten.

Zu den Klängen von „Verschwende deine Jugend“ begann ALEXA GEISTHÖVEL (Berlin) ihren Vortrag über „„Gelebtes Leben': Wie verschwendete Jugend wertvoll wurde“. In den Texten der Populärkultur

HT 2014: 'The Winner Takes It All'. Popgeschichtliche Narrative des 20. Jahrhunderts zwischen Ausbeutung und Emanzipation

der 1980er-Jahre beobachtete Geisthövel eine „komplizierte Ökonomie der Verschwendung“, von der sich nicht genau sagen lasse, ob sie Bekenntnis oder Rollenprosa gewesen sei. Geisthövel ging von der These aus, dass es keine natürliche Wahlverwandtschaft von Pop und Leben gebe. Vielmehr sei Pop als Medium und Effekt eines Diskurses zu betrachten, der „das Leben“ der Einzelnen am Maßstab der Erlebnissteigerung und Erlebnisfülle messe. Zwar sei die Frage nach dem gelebten Leben keineswegs auf den Pop beschränkt, aber der Pop stelle sie mit besonderer Vehemenz und Dringlichkeit. Quer durch alle Strömungen biete er als Subtext stets eine Anleitung zum gelebten Leben. Erst seit dem letzten Drittel des 20. Jahrhunderts werde jugendliche Devianz, Nonkonformität und Sich-Ausprobieren statt als gesellschaftliche Bedrohung als notwendige Übergangsphase im Prozess des Erwachsenwerdens gesehen. Die Unschärfe des Pop sah Geisthövel dabei als Vorteil: immer gehe es um gelebtes Leben, aber was dies sei, lasse sich stets anders definieren. Nie jedoch laute die Botschaft: Sei vernünftig und lebe vorsichtig. Als Kultur strebe Pop danach, diese Momente zu verstetigen, zu strukturieren, in eine Ressource zu verwandeln, die vielen zugänglich ist und nicht ständig neu erfunden werden müsse. Geisthövel schloss mit der Forderung an die Popgeschichte, ihrem Gegenstand nüchtern und distanziert zu begegnen und sich größere Narrative zuzutrauen.

Abgerundet wurde die Sektion durch einen Kommentar von THOMAS MERGEL (Berlin), der noch einmal deutlich werden ließ, wie wichtig eine Popgeschichte jenseits der Selbsthistorisierung ist. Mergel erkannte die unterschiedlichen Ansätze der Vorträge, wie generell den Wert und die Fruchtbarkeit der Popgeschichte an, plädierte jedoch dafür, dass in dieser auch die Politik nicht zu kurz kommen dürfte. Der Kommentar leitete über zur Diskussion, die sowohl bei einzelnen Vorträgen und Aspekten, wie auch bei den übergreifenden Ansätzen der Sektion ansetzte. Insbesondere die Spannung zwischen dem produktions- und dem konsumorientierten Ansatz bot Diskussionsstoff.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die Sektion nicht nur einzelne sehr gute Vorträge bot, sondern dass sie auch als Ensemble bestens funktionierte. Ein Vorzug gegenüber älteren Ansätzen war die Wahl eines langen Zeitraums vom späten 19. Jahrhundert bis in die Gegenwart,

wobei die Vorträge chronologisch aufeinander aufbauten, zusätzlich aber jeder einzelne Vortrag in sich bemüht war, einen größeren historischen Bogen zu schlagen. Da der Begriff Pop jedoch neueren Datums ist, lässt sich fragen inwiefern Popgeschichte das richtige Etikett für einen solchen Ansatz ist. Trotz manchen Seitenblicks auf Film, Mode, Werbung und Literatur fiel darüber hinaus auf, dass sich die hier vorgestellte Popgeschichte primär für Popmusik interessiert. Inwiefern sie andere Gegenstände aufnehmen kann und sollte oder eben – aus Profilierungsgründen – auch nicht, wäre daher ebenfalls noch zu diskutieren. Die Nobilitierung der Popgeschichte durch eine Historikertags-Sektion jedenfalls signalisiert, dass sie langsam dort ankommt, wo sie im angelsächsischen Kontext längst ist: im wissenschaftlichen Mainstream. Während vor ein paar Jahren noch Qualifikationsarbeiten zur Geschichte der Populärkultur als verschwendete Jugend galten, scheint die Popgeschichte heute auf der Gewinnerseite zu stehen.

Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Detlef Siegfried (Universität Kopenhagen) / Bodo Mrozek (Freie Universität Berlin/ Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam)

Detlef Siegfried (Universität Kopenhagen), Popgeschichte: Probleme und Perspektiven (Einleitung)

Astrid Kusser (Universidade Federal Rio de Janeiro), Dance Craze, dance circle. Wettbewerb in medialen Tanzspektakeln um 1900 und um 1980

Klaus Nathaus (Universität Oslo), Erfolgswege in der Popgeschichte

Bodo Mrozek (Freie Universität Berlin / Zentrum für Zeitgeschichtliche Forschung Potsdam), Geschmacksgemeinschaften. Fan-Clubs als Avantgarden (1950er-1980er-Jahre)

Alexa Geisthövel (Institut für Geschichte der Medizin, Charité Universitätsmedizin Berlin), Gelebtes Leben: Wie verschwendete Jugend wertvoll wurde

Thomas Mergel (Humboldt-Universität zu Berlin), Kommentar

**HT 2014: ‚The Winner Takes It All‘. Popgeschichtliche Narrative des
20. Jahrhunderts zwischen Ausbeutung und Emanzipation**

Tagungsbericht *HT 2014: ‚The Winner Takes It All‘. Popgeschichtliche
Narrative des 20. Jahrhunderts zwischen Ausbeutung und Emanzipation.*
23.09.2014–26.09.2014, In: H-Soz-Kult 14.11.2014.

HT 2014: Die Friedensbewegung in der geschichtswissenschaftlichen Kontroverse

Leitung: Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands (VHD); Verband der Geschichtslehrer Deutschlands (VGD)

Bericht von: Andreas Lutsch, Lehrstuhl für Neueste Geschichte II, Historisches Institut, Julius-Maximilians-Universität Würzburg

Im Zeitalter des Ost-West-Konflikts waren die frühen 1980er-Jahre eine Hochphase öffentlicher Aufwallung und Hysterie. Dies betraf vorwiegend westeuropäische NATO-Staaten im Blick auf grundlegende Fragen der internationalen Sicherheit, der (nuklearen) Abschreckungsstrategie, des Ost-West-Verhältnisses, des exklusiven außen- und sicherheitspolitischen Entscheidungsprozesses in Demokratien, der gesellschaftlichen Emanzipation, des Umweltschutzes und der Zivilisationskritik. Es war hochumstritten, was den Frieden bzw. Stabilität zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt erhalten würde. Kristallisationskern der Kontroverse war die Debatte um die Verstärkung der sowjetischen nuklearen Mittelstreckenwaffen und um die Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses, speziell hinsichtlich der Indienstellung US-amerikanischer, nuklearer Mittelstreckenflugkörper in Großbritannien, der Bundesrepublik Deutschland, Italien, Belgien und in den Niederlanden. Gegen vieles, aber vor allem gegen letzteres kämpfte die in mehreren NATO-Staaten verwurzelte Friedensbewegung, die im Fokus der Sektion stand. Ihre Akteure sahen sich selbst als Friedensakteure. Anderen erschienen sie als Sprachrohr der Interessen Moskaus, die defätistischen Tendenzen im Westen Vorschub leisteten.

Eine jüngst in den *Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte* ausgetragene Kontroverse¹ zeigte, dass die Bewertung der Friedensbewegung

¹Gerhard Wettig, Die Sowjetunion in der Auseinandersetzung über den NATO-Doppelbeschluss 1979-1983, in: VfZ 57 (2009), S. 217-259; Holger Nehring/ Benjamin Ziemann, Führen alle Wege nach Moskau? Der NATO-Doppelbeschluss und die Friedensbewegung - eine Kritik, in: VfZ 59 (2011), S. 81-100; Gerhard Wettig, Der Kreml und die

HT 2014: Die Friedensbewegung in der geschichtswissenschaftlichen Kontroverse

auch in der Historisierung zur Polarisierung führt. Tatsächlich verlor die Friedensbewegung ihre breitere gesellschaftliche Verankerung mit der ab Ende 1983 in Westeuropa vollzogenen Stationierung von Mittelstreckenwaffen. Die Friedensbewegung habe historisch verloren, erscheine aber mittlerweile in manchen historischen Darstellungen als Gewinner der Geschichtsschreibung, bemerkte der Sektionsleiter, PETER HOERES (Würzburg), eingangs. Die Erforschung der Bewegung habe zur Bildung zweier geschichtswissenschaftlicher Lager geführt. Ziel der Sektion sei es, die wissenschaftliche Kontroverse auf dem Historikertag fortzuführen und zu einem fruchtbaren Austausch anzuregen.

Einerseits habe die Forschung Versuche und ansatzweise auch das Ausmaß der Außensteuerung der Bewegung durch Ostblock-Politik, -Verbindungen und -Finanzierung ausgeleuchtet. Dabei seien Grundzüge und zahlreiche Facetten einer erfolgreichen, wenn auch nicht totalen Einflussnahme auf die Friedensbewegung gezeigt worden. In der Bundesrepublik habe der Minimalkonsens, die Weiterrüstung der NATO zu verhindern, ein Konglomerat von Akteuren zusammengehalten - von der Deutschen Friedensunion (DFU), der Deutschen Kommunistischen Partei und den Generalen für den Frieden über die Grünen, weite Teile der evangelischen Kirche und der Sozialdemokratie inklusive der Jusos bis hin zu Verlagen wie Pahl-Rugenstein. Andererseits habe die Forschung die Binnensicht, die Heterogenität und Transnationalität der Friedensbewegung in den Blick genommen. Dabei sei betont worden, dass nur eine kleine Minderheit innerhalb der Friedensbewegung ferngesteuert gewesen sei, dass die Friedensbewegung das Blockdenken des Ost-West-Konflikts zu überwinden versucht habe und dass sie sich insofern einer Instrumentalisierbarkeit weitgehend entzogen habe. Jüngst sei, so führte Hoeres weiter aus, ein Sammelband erschienen, dessen programmatische Einleitung² in einer „Apotheose der Friedensbewegung als Wegbereiterin der Wende 1989/90“ gipfele. In diesem Band seien allerdings Forschungsergebnisse zum Komplex Außensteuerung

Friedensbewegung Anfang der achtziger Jahre, in: VfZ 60 (2012), S. 143-149.

²Christoph Becker-Schaum / Philipp Gassert / Martin Klimke / Wilfried Mausbach / Marianne Zepp, Einleitung. Die Nuklearkrise der 1980er. NATO-Doppelbeschluss und Friedensbewegung, in: dies. (Hg.), »Entrüstet Euch!« Nuklearkrise, NATO-Doppelbeschluss und Friedensbewegung. Unter Mitarbeit von Laura Stapane. Paderborn 2012, S. 7-37.

der Friedensbewegung kaum rezipiert und die dahinter liegende Sachproblematik weithin „eskamotiert“ worden. Dies werfe die Frage auf, ob Historisierung zur historischen Entkonkretisierung führe bzw. ob durch Historisierung zeitgenössische Erklärungsmuster obsolet werden würden.

Verkehrsprobleme hinderten GERHARD WETTIG (Kommen), bei der Sektion anwesend zu sein. In einem nachgereichten Papier postulierte er, Moskau habe bereits in den 1970er-Jahren offensiv-expansive Ziele und eine entsprechende Strategie verfolgt, um die Staaten Westeuropas aus dem transatlantischen Verbund mit den USA herauszulösen und in den Orbit der eigenen Interessenssphäre hinüberzuziehen. Der Stationierung speziell der SS-20 habe dieses „offensive politische Moment“ zugrunde gelegen. Um die Glaubwürdigkeit der im Westen als essentiell angesehenen nuklearen Abschreckung zu zersetzen, habe Moskau die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenwaffen in Westeuropa verhindern wollen. In jedem Fall sei das Mittel der Subversion gewählt worden. Moskau habe durch „Aktivierung der Friedensbewegung im Westen, vor allem in der Bundesrepublik“ die ‚Nachrüstung‘ niederringen wollen. Es habe Anlass zur Hoffnung gegeben, dass dies gelingen würde. Jimmy Carters Entscheidung im April 1978, die so genannte ‚Neutronenwaffe‘ einstweilen nicht produzieren zu lassen, habe man „im Kreml“ als Erfolg der eigenen Propagandatätigkeit angesehen. Aus Archiven der UdSSR, der DDR, des Weltfriedensrats und des Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (KOFÄZ) gehe hervor, dass die Sowjetunion zahlreiche Maßnahmen in Gang gesetzt habe, die im Krefelder Appell Mitte November 1980 kulminiert seien. Das Wirken der Friedensbewegung nach 1980 habe sich auf der Basis einer Mehrheitsrepräsentation „östlich beeinflusster Gruppierungen“ in den Gremien der Bewegung vollzogen. Gorbatschow habe nicht aufgrund der Friedensbewegung, sondern aufgrund der westlichen Mittelstreckenwaffenrüstung auf die Politik der Perestroika gesetzt.

BENJAMIN ZIEMANN (Sheffield) kritisierte, die Akteure der Friedensbewegung als „nützliche Idioten“ anzusehen. Die Friedensbewegung sei zwischen 1979 und der Mitte der 1980er-Jahre eine Massenbewegung gewesen. Kernbestandteile der Bewegung seien längst vor dieser Zeit aktiv gewesen. Hier seien insbesondere die

HT 2014: Die Friedensbewegung in der geschichtswissenschaftlichen Kontroverse

Kampf-dem-Atomtod-Bewegung der ausgehenden 1950er-Jahre und die Ostermarsch-Bewegung zu nennen. Ende der 1970er-Jahre seien die Antiatomkraftbewegung und ein pietistisch fundierter Radikalpazifismus die Hauptströmungen gewesen. Die Aktivität der Friedensbewegung in der ersten Hälfte der 1980er-Jahre sei keine Kampagne gewesen, deren Existenz aus Beschlüssen des Politbüros der KPdSU resultiert sei oder die im Rekurs auf solche Beschlüsse verstanden werden könne. Statt der These einer „pro-sowjetischen Ausrichtung der Friedensbewegung“ gemäß G. Wettig plädiere er, Ziemann, dafür, die „Diversität und Lokalität“ der Friedensbewegung historiographisch ernst zu nehmen und zwischen Führungsebene und Basis der Bewegung zu unterscheiden. Zweifelsohne habe die KOFAZ-Leitung die Linie der DDR vertreten. Die Basis habe dies im Interesse des Minimalkonsenses, die westliche ‚Nachrüstung‘ zu verhindern, toleriert, ohne deswegen „blind“ gewesen zu sein gegenüber dem Rüstungspotential der Sowjetunion. Das „framing“ der Friedensbewegung sei insofern anti-amerikanisch gewesen, als die USA nicht als wirtschaftlicher, sozialer oder militärischer Modellstaat angesehen worden seien. Zudem sei man nicht mehr zu einem pauschalen Antikommunismus bereit gewesen. Dies könne nicht mit einer „pro-sowjetischen“ Haltung in eins gesetzt werden. Hauptbedenken sei die Angst vor dem Atomkrieg gewesen. Historiographie führe in die Irre, wenn sie den politischen Kampf der 1980er-Jahre neu auskämpfe anstatt zu würdigen, dass die Friedensbewegung das Denken in den Kategorien des Kalten Krieges überwinden wollte.

Auf die Tendenz, dass die Friedensbewegung in der Binnenperspektive Ziemanns aus dem Gesamtzusammenhang des Ringens zwischen Ost und West und der sowjetischen Europastrategie zu Beginn der 1980er-Jahre herausgelöst und daher enthistorisiert werde, wies MICHAEL PLOETZ (Berlin) kritisch hin. Ähnlich wie Wettig postulierte Ploetz eine massive Unterstützung der Friedensbewegung durch Moskau im sowjetischen „Friedenskampf“ gegen die NATO. Dies sei ein taktisches Mittel gewesen, um auf ein fundamentales Ziel der sowjetischen Strategie hinzuwirken: auf die Erosion der Glaubwürdigkeit des westlichen Abschreckungssystems als Vorstufe zur politischen Erosion der NATO. Die sowjetische Strategie, so Ploetz im Blick auf die Quellenkritik, sei zeitgenössisch im öffentlichen Raum erkennbar gewesen

und daher geschichtswissenschaftlich in einschlägigen Publikationen, Verlautbarungen etc. greifbar, selbst wenn andere staatliche Quellen unzugänglich seien. Auch in der Ära Breschnew sei es Moskau immer um den „weltrevolutionären Prozess“ gegangen. Der Status quo sei nie anerkannt worden. Weil der Krieg als Mittel der Politik im Blick auf Europa zu riskant gewesen sei, habe man auf Revolutionsexport und Subversion gesetzt, um die Bedingungen zu einem politischen Ausgleich der Staaten Westeuropas mit der Sowjetunion zu verbessern. Die „Sowjetideologie“ müsse hinsichtlich der „Sowjetpolitik ernst genommen werden“. Speziell die Friedensräte im Westen seien seit Ende der 1970er-Jahre massiv manipuliert und instrumentalisiert worden. Unklar sei nach wie vor, wie hoch der sowjetische Einfluss auf die Presse im Westen zu veranschlagen sei. Der Stern sei ein Paradebeispiel für vorsätzliche Desinformation und Irreführung der bundesdeutschen Öffentlichkeit gewesen.

Die Reihe der Vorträge beschloss BEATRICE DE GRAAF (Utrecht). Sie plädierte für eine strikte Historisierung der Debatte um die Friedensbewegung. Eine Wiederholung politisierter zeitgenössischer Diskussionen solle unterbleiben. Die Frage nach Verlierern oder Gewinnern im Blick auf die Geschichte der Friedensbewegung sei überkommen. Zweifelsohne sei die Bewegung nicht in der Lage gewesen, die Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses zu verhindern. Die Friedensbewegung habe ein alternatives Sicherheitsverständnis entwickelt. Die Kontrastfolie dieses alternativen Sicherheitsverständnisses sei die „essentialistische“ Schule sicherheitspolitischen Denkens gewesen, die starken Einfluss auf staatliche Außen- und Sicherheitspolitik ausgeübt habe. Vertreter dieser Schule seien von zentralen Annahmen ausgegangen - etwa vom Sicherheitsdilemma (John Herz) oder von der stabilitätsstiftenden Wirkung (nuklearer) Abschreckung. Sie hätten Sicherheitspolitik anhand bestimmter Betrachtungsweisen und Parameter zu analysieren versucht - etwa Zusammensetzung und Spezifika des materiellen Kräfteverhältnisses zwischen Ost und West. Durch das Wirken der Friedensbewegung bis Mitte der 1980er-Jahre sei das monopolisierte Verständnis von Sicherheit und Sicherheitspolitik durch eine ethisch und christlich inspirierte Kritik vor allem am System der bipolaren Abschreckung herausgefordert worden. Die Friedensbewegung habe auf

HT 2014: Die Friedensbewegung in der geschichtswissenschaftlichen Kontroverse

eine „Institutionalisierung von Empathie im außen- und sicherheitspolitischen Diskurs“ hingewirkt, die Ende der 1980er-Jahre auch feststellbar sei. In den Niederlanden sei der interkirchliche Friedensrat bereits im Zuge der Kontroverse um die ‚Neutronenbombe‘ 1977/1978 in einer Vorreiterposition gewesen. Sein Plädoyer für beiderseitige Abrüstung in der NATO wie im Warschauer Pakt sei seitens der US-Regierung als Ausfluss von „Hollanditis“ kritisiert worden. „Hollanditis“ sei als Stigma kultiviert worden, um die neutralistisch-pazifistische Stoßrichtung alternativer Sicherheitskonzeptionen als „große Gefahr für Europa“ zu bekämpfen. Die Friedensbewegung in den Niederlanden habe nicht nur für beidseitige Abrüstung, sondern auch für den Schutz der Menschenrechte in Ostblockstaaten geworben. Deswegen sei sie bei der DDR-Führung als Feindbild angesehen worden.

In der Diskussion wurde bezüglich der Binnenperspektive auf die Friedensbewegung die Kritik laut, der wirkliche Charakter und die politische Bedeutung der Geschichte der Friedensbewegung im Kontext des Ost-West-Konflikts drohe ausgeklammert zu werden und dadurch verloren zu gehen. Das Denken entsprechend alternativer Sicherheitskonzeptionen sei abstrakt gewesen. Es habe wenig bis nichts mit den Realitäten internationaler Politik zu tun gehabt. Eine unkritische Präsentation von in der Friedensbewegung kursierenden Sicherheitskonzeptionen sei dann gegeben, wenn nicht geprüft und dargelegt werde, welche Wirkungen alternative Sicherheitskonzeptionen bei tatsächlicher Umsetzung in einer historisch und machtpolitisch kontingenten Situation evoziert hätten, ob sie stabilisierend oder - im Gegenteil - destabilisierend, das heißt potentiell konflikthanerzend gewirkt hätten. Überhaupt müssten Begriffe wie „Frieden“, „Abrüstung“ etc. als Quellsprache historisiert werden. Sie dürften wissenschaftlich nicht einfach übernommen werden. Die Kritiker derjenigen, aus deren Sicht die Geschichte der Friedensbewegung vorrangig im Kontext der politischen Geschichte des Ost-West-Konflikts und einer postulierten, offensiven Strategie der Sowjetunion zu verstehen sei, mahnten einen Mangel an Quellenkritik an. Die verfügbaren Quellen staatlicher Provenienz aus Ostblockstaaten müssten kritischer eingeordnet werden, zumal nach wie vor wichtige Quellen unzugänglich und die bisherigen Narrative und Thesen bezüglich der sowjetischen Politik und Strategie insofern lückenhaft

seien. Man müsse historiographisch von der zeitgenössischen Lagebeschreibung beteiligter Akteure abstrahieren. Zu fragen sei etwa, ob die Geschichte der Friedensbewegung nicht als Teil einer übergeordneten Geschichte der Angst während der 1980er-Jahre verstanden und geschrieben werden solle, anstatt der politikhistorischen Perspektive auf den Ost-West-Konflikt zu folgen. Die Fragen aus dem Plenum und die Antworten der Sektionsteilnehmer erbrachten manche Anregung zur Differenzierung und Weiterentwicklung. Sie verfestigten jedoch die bestehenden Ausgangspositionen der Vertreter beider Lager, deren unterschiedliche Zugangsweisen eher akzentuiert wurden als dass sich eine Annäherung hin zu einem integrativen Verständnis der Geschichte der Friedensbewegung abgezeichnet hätte.

Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Peter Hoeres (Würzburg)

Peter Hoeres (Würzburg): Einleitung

Gerhard Wettig (Kommen): Friedenspolitik und Machtpolitik. Die westdeutschen Friedensgruppen zwischen Abrüstungsideal und Aufrüstungsrealität

Benjamin Ziemann (Sheffield): Die Friedensbewegung zwischen Blockpolitik und sozialer Bewegung

Michael Ploetz (Berlin): Die geplante Bewegung: Diplomatie, Militärpolitik und Friedenskampf in der sowjetkommunistischen Strategie der 1970er und 1980er Jahre

Beatrice de Graaf (Utrecht): Die Friedensbewegung als Katalysator für ein neues europäisches Sicherheitsverständnis, 1970-1990

Tagungsbericht HT 2014: *Die Friedensbewegung in der geschichtswissenschaftlichen Kontroverse*. 23.09.2014–26.09.2014, In: H-Soz-Kult 14.11.2014.

**HT 2014: „Sicherheit und Geheimnis in der Demokratie“.
Geheimdienste in der Bundesrepublik seit 1945 im
transatlantischen Kontext**

Leitung: Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands (VHD); Verband der Geschichtslehrer Deutschlands (VGD)

Bericht von: Guido Fischer / Marlene Friedrich / Stephanie Nowitzki,
Historisches Institut, Ruhr-Universität Bochum

Die Geschichte der Nachrichtendienste in der Bundesrepublik seit 1945 wird zumeist unter der Perspektive der zahlreichen Skandale wahrgenommen, während eine Historisierung erst in letzter Zeit begonnen hat, und dies stieß auch beim 50. Historikertag auf reges Interesse. Während die Erforschung von Geheimdiensten in Deutschland bislang immer auch Diktaturgeschichte gewesen sei, wie CONSTANTIN GOSCHLER (Bochum) in seiner Einleitung konstatierte, sei erst in jüngerer Zeit vor dem Hintergrund von Transparenzinitiativen bundesdeutscher Nachrichtendienste und der Öffnung geheimdienstlicher Archive für die historische Forschung damit begonnen worden, Geheimdienste in demokratischen Strukturen und im transatlantischen Kontext zu untersuchen und dabei das Spannungsfeld von demokratischem Partizipationswunsch einerseits und staatlicher Sicherheitsproduktion sowie behördlicher Geheimniskultur andererseits in den Blick zu nehmen. Dabei hatte die Sektion nicht nur eine Nachgeschichte des Nationalsozialismus und des Kalten Kriegs im Blick, sondern versuchte auch, die historischen Tiefendimensionen aktueller öffentlicher Debatten über die Rolle von Geheimdiensten herauszuarbeiten.

Zu den Vortragenden zählte Klaus-Dietmar Henke, der als Mitglied der unabhängigen Historikerkommission zur Erforschung der Geschichte des Bundesnachrichtendienstes 1945 bis 1968 (UHK) das Personal und Wirkungsprofil eines deutschen Geheimdienstes, dessen Geschichte und die seiner Vorläuferorganisationen erforscht, sowie Constantin Goshler und Michael Wala, die derzeit an einem Forschungsprojekt

zur „Organisationsgeschichte des Bundesamts für Verfassungsschutz von 1950 bis 1975“ arbeiten. Anna Daun, die unter anderem zu den Themen Sicherheitspolitik und Intelligence arbeitet, ergänzte die historische Betrachtungsweise um eine politikwissenschaftliche Perspektive.

In einem ersten Block präsentierten Michael Wala und Klaus-Dietmar Henke ihre Forschungsergebnisse und favorisierten beide einen quellennahen Zugang. Zunächst sprach MICHAEL WALA (Bochum) über die Etablierung einer „transatlantischen Sicherheitsarchitektur im Kalten Krieg“, wobei es ihm um die Installierung der bundesdeutschen nationalen Sicherheitstriade Bundesnachrichtendienst (BND), Bundeskriminalamt (BKA) und Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) unter der Aufsicht der alliierten Besatzungsmächte ging, die unterschiedlich starken Einfluss auf Organisationsstrukturen und Ausrichtung der Behörden ausgeübt haben. Besonderes Augenmerk legte er auf das BfV und zeigte anhand von Beispielen aus der geheimdienstlichen Praxis, welchen maßgeblichen Einfluss die westlichen Hohen Alliierten Kommissare durch ihre Sicherheitsdirektoren auf die Organisation und Personalstruktur nahmen und wie transparent das BfV in seiner Frühphase insbesondere für die amerikanischen Geheimdienste Central Intelligence Agency (CIA) und Counter Intelligence Corps (CIC) war. So verpflichtete die CIA die von ihr kontrollierte Organisation Gehlen (ORG), die gesamte Kommunikation zwischen dem BfV und der ORG offenzulegen. CIC- und CIA-Mitarbeiter hatten ständigen ungehinderten Zugang zu BfV-Mitarbeitern bis in die einzelnen Referate hinein und amerikanische Stellen schritten ein, wenn so genannte „freie Mitarbeiter“ des BfV die Grenzen der Rechtsstaatlichkeit mit Methoden überschritten, die an die Zeit vor 1945 zurückdenken ließen. Diese besondere Einflussnahme erklärte sich laut Wala aus dem Ziel, einen neuen Geheimdienst in starker Abgrenzung zu den vormaligen Organisationen Gestapo und SD schaffen zu wollen. Die Amerikaner hätten dabei angestrebt, ein möglichst machtloses BfV zu etablieren, das sich durch das Trennungsgebot zudem ständig mit rechtlichen Unsicherheiten konfrontiert gesehen habe. Während das BfV jedoch bei der Konzentration auf das politisch neutralistische und linke Spektrum der jungen Bundesrepublik unterstützt wurde, gibt es, so Wala, Anzeichen, dass die Beobachtung insbesondere von Soldatenverbänden nicht for-

HT 2014: „Sicherheit und Geheimnis in der Demokratie“.

Geheimdienste in der Bundesrepublik seit 1945 im transatlantischen Kontext

ziert wurde. Hier rekrutierten amerikanische Stellen ihr Personal für stay-behind-Operationen wie etwa den Technischen Dienst des Bundes deutscher Jugend, Organisationen, die durchaus eine Bedrohung für die freiheitliche Grundordnung hätten werden können. Wala konnte dabei darlegen, dass die US-Beteiligung bei der Erschaffung des BfV insbesondere eine Stärkung des transatlantischen Bündnisses anstrebte, um die Westbindung der Bundesrepublik garantieren zu können.

Im Anschluss daran sprach KLAUS-DIETMAR HENKE (Dresden) über „Geheimdienstwissen als politische Ressource“. Dabei bezog er sich weniger auf den offensichtlichen Nutzen geheimdienstlichen Wissens für die Politik, sondern nahm eine umgekehrte Perspektive ein, indem er erörterte, wie es BND-Präsident Reinhard Gehlen verstand, sich mit dem Chef des Bundeskanzleramts Hans Globke zu vernetzen und ihn in eine „personale Exklusivbeziehung“ einzubinden. Diese sollte für beide Seiten, also auch für Gehlen, von Nutzen sein. Hierbei habe Gehlen das Geheimdienstwissen nicht nur als Information für das Kanzleramt, sondern auch als politische Ressource zur Sicherung seiner persönlichen Stellung als Geheimdienstchef gedient. In einem – wie er es nannte – „Modus der informierten Erzählung“ belegte Henke diese These anhand zweier ausgewählter Beispiele für gemeinsame Unternehmungen von Gehlen und Globke aus der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre. So sei es Gehlen beispielweise gelungen, ein Mitglied der SPD, das Verbindungen zur Führungsebene der Partei unterhielt, als Kontaktmann anzuwerben und so interne Informationen zu gewinnen, die er an Globke ins Kanzleramt weiterleitete. Durch diese Informationen habe nicht nur die Kanzlerschaft Adenauers gestärkt werden können, sondern durch den offenkundig illegitimen Vorgang sei es Gehlen gelungen, Globke durch dieses geteilte, unentdeckte Geheimwissen an sich zu binden. Insgesamt boten beide Beispiele Henkes einen anschaulichen Einblick in das Projekt zur Geschichte des BND und verdeutlichten das Beziehungsgeflecht zwischen Nachrichtendienst und Kanzleramt und ein Machtpotential geheimen Wissens.

Jens Gieseke (Potsdam) kritisierte in der Diskussion, dass diese Herangehensweise noch zu sehr im Modus einer „Geschichte von Skandalen“ stecken bleibe und bemängelte die Differenz zu dem in der Einleitung der Sektion skizzierten theoretischen Rahmen. Er fragte zudem

danach, ob nicht der Hauptfokus auf einer politischen Institutionengeschichte liegen müsse. Tanja Penter (Heidelberg) brachte dagegen eine Vergleichsperspektive ein, indem sie nach der Außenwahrnehmung insbesondere des BND im Vergleich zu dem häufig als „allmächtig“ wahrgenommenen KGB fragte.

Im zweiten Block präsentierten Constantin Goshler und Anna Daun ihre Forschungsergebnisse. Zunächst entwarf CONSTANTIN GOSCHLER (Bochum) einen theoretischen Rahmen zur Erforschung geheimdienstlicher Wissensstrukturen. Er skizzierte in seinem Vortrag Ansätze einer Wissensgeschichte des „Verfassungsfeindes“ im BfV während des Kalten Krieges, wobei er insbesondere die Jahre 1950 bis 1975 in den Blick nahm. Dazu stellte er drei zentrale Fragen: Wie wurde das Wissen über „Verfassungsfeinde“ hergestellt? Wie veränderte sich die Kategorisierung der „Verfassungsfeinde“? Und inwieweit änderten sich nicht nur die Feindbilder, sondern auch das Wesen der Feindschaft? Dabei war es laut Goshler gewissermaßen der „Quellcode“ des BfV, nicht wie die Gestapo zu sein. Bei der Erzeugung von Wissen über die „Verfassungsfeinde“ habe sich das Bundesamt auch immer mit Wissensbeständen, Kategorien und Praktiken der Gestapo auseinandersetzen müssen. Die Kategorisierung der politischen Gegner und die Veränderungen des Ost-West-Konflikts hätten sich dabei gegenseitig beeinflusst. Vor allem die anfängliche Fokussierung auf eine von Moskau gesteuerte kommunistische Unterwanderung sei durch ein neues Bedrohungsszenario abgelöst worden. Der klassische Staatsfeind habe sich zum Grenzgänger und Terroristen gewandelt, der einerseits in den Lücken der Gesellschaft lauerte, andererseits zwischen nationalen Territorien hin und her wechselte. Das Bundesamt habe deshalb die Überwachung immer weiterer Kreise der Gesellschaft angestrebt, allerdings nicht gänzlich mit Erfolg. Dieser von Goshler beschriebene Prozess blieb aber in mehrerer Hinsicht begrenzt, denn es kam weder zu einer Konstruktion „objektiver Gegner“, wie Hans-Magnus Enzensberger es 1964 befürchtete, noch zu einer Verselbstständigung des Bundesamts gegenüber Politik und Justiz. Hier sei, so das Fazit von Goshler, vielleicht auch eine „Grenze der Verwestlichung im Kalten Krieg“ erreicht, wenn man die zeitgenössischen Fiktionen über Geheimdienste ernst nähme.

Anschließend referierte ANNA DAUN (Köln) über „Bedrohungs-

HT 2014: „Sicherheit und Geheimnis in der Demokratie“. Geheimdienste in der Bundesrepublik seit 1945 im transatlantischen Kontext

wahrnehmung von Individuen, Organisationen und Öffentlichkeiten“ und nutzte für ihre gegenwartsorientierte Forschung theoretische Ansätze der politischen Psychologie, der Organisations- und Bürokratietheorie sowie der Risikotheorie. Im Rahmen von fünfzehn Tiefeninterviews befragte sie Vertreter der gegenwärtigen sicherheitspolitischen Elite, darunter BND und BfV, Bundeskriminalamt und Innenministerium, danach, welche Sicherheitsbedrohungen die Befragten selbst als prioritär wahrnahmen, welchen Einfluss Personen auf die organisierte Bedrohungsanalyse ausübten und wie die öffentliche Wahrnehmung von Bedrohungen erscheine. Daun kam zu dem Schluss, dass eine geringe und zugleich relativ konsensuale Bedrohungswahrnehmung in Kreisen der sicherheitspolitischen Elite vorliege, die zugrundeliegenden Bedrohungsanalysen dabei vornehmlich reaktiv angelegt seien und statt langfristiger Prognosen die Früherkennung künftiger Krisen prämiert werde.

Während Goschler geheimdienstliches Wissen als Konstrukt einer epistemischen Gemeinschaft beschrieb, das seinerseits durch den historischen Kontext, die geheimdienstliche Organisationsstruktur und die damit verbundene Wissensgenerierung konstitutionell bestimmt sei, deutete Daun geheimdienstliches Wissen als normatives Ergebnis des Intelligence Cycle, und auch der Aspekt der Verzerrung von Bedrohungswahrnehmung in der Podiumsdiskussion wurde problematisiert. Als Beispiele für die Konstruktion von geheimdienstlichem Wissen und die Subjektivität des Begriffs ‚Bedrohung‘ wurden neben den Berichten des MfS auch die der CIA genannt, die unter anderem das Ziel gehabt hätten, das eigene Handeln und die Allokation von knappen Ressourcen zu legitimieren.

Das Panel konnte verdeutlichen, wie viel Potential der Bereich Intelligence History für die weitere und auch interdisziplinäre Forschung verspricht. Überdies konnte durch die verschiedenen Beiträge gezeigt werden, dass es in dem noch jungen Feld der Intelligence History von großem Wert sein kann, wenn Vertreterinnen und Vertreter unterschiedlicher Forschungsgruppen und Disziplinen in einen Dialog treten. Die vorgestellten Projekte setzen dabei auf die Chance, jenseits von populär verarbeiteten Skandalgeschichten Erkenntnisse über die sicherheitsdienstlichen Institutionen und ihre Arbeitsweise zu gewinnen. Somit

betreiben sie wichtige Grundlagenforschung. Die von Henke angekündigte „produktive Enttäuschung“ – im Sinne der Enttäuschung einer möglichen Erwartungshaltung an das neue Forschungsfeld, die letztendlich dennoch neue Deutungsmöglichkeiten eröffnet – darf dabei nicht als Enttäuschung im wissenschaftlichen Sinne betrachtet werden, sondern als eine produktive Möglichkeit sich jenseits von Skandalen mit den Sicherheitsorganisationen der BRD zu befassen.

Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Constantin Goshler / Michael Wala, Ruhr-Universität Bochum

CONSTANTIN GOSCHLER (Bochum): Einführung und Moderation

MICHAEL WALA (Bochum): Transatlantische Sicherheitsarchitektur im frühen Kalten Krieg: CIA, CIC und Bundesamt für Verfassungsschutz

KLAUS-DIETMAR HENKE (Dresden): Geheimdienstwissen als politische Ressource. Der BND als Werkzeug der Kanzlerdemokratie

CONSTANTIN GOSCHLER (Bochum): Die Epistemologie der Feindschaft. Nachrichtendienstliches Wissen und Gefahrenkonstruktionen im Bundesamt für Verfassungsschutz (1950-1975)

ANNA DAUN (Köln): Bedrohungswahrnehmung von Individuen, Organisationen und Öffentlichkeiten in Demokratien

Tagungsbericht HT 2014: *„Sicherheit und Geheimnis in der Demokratie“*. *Geheimdienste in der Bundesrepublik seit 1945 im transatlantischen Kontext*. 23.09.2014–26.09.2014, In: H-Soz-Kult 14.11.2014.

HT 2014: Unter deutsch-deutschen Dächern. Die Eigentumsfrage im Spannungsfeld zwischen Aneignung, Enteignung und „Wiedergutmachung“ vor und nach 1989

Leitung: Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands (VHD); Verband der Geschichtslehrer Deutschlands (VGD)

Bericht von: Marcus Böick, Historisches Institut, Ruhr-Universität Bochum

Wohneigentum, zumal in Immobilien- bzw. Grundstücksform, haftet auf dem ersten Blick etwas zutiefst Dauerhaftes, ungemein Stabiles an: Es ist eben unbeweglich und kann auch in besonderen historischen Konstellationen, im Fall von militärischen Konflikten, wirtschaftlichen Krisen oder politischen Umwälzungen bis hin zu gezielten staatlichen Verfolgungsmaßnahmen von seinen Eigentümern nicht einfach so „verlegt“ werden; die Beziehung zwischen immobilien Eigentum und mobilen Eigentümern ist also stets eine hochgradig Relationale, durchaus Brüchige. Die Geschichte des 20. Jahrhunderts ist, gerade in Deutschland, reichhaltig angefüllt mit derlei gravierenden Bruchpunkten und Zäsuren, deren Folgen sich wie ein dichtes, fast undurchschaubares historisches Netz über die Eigentumsverhältnisse gespannt haben. Seien es die „Arisierungen“ der NS-Zeit, die Zerstörungen des Weltkrieges, die Enteignungen von „Kriegsverbrechern“ in der SBZ oder die wellenartigen Verstaatlichungen in der DDR: Immer wieder traten übergeordnete Eigentumsvorstellungen, relationale Besitzverhältnisse und konkrete Eigentumsobjekte auseinander, wurden aufgelöst, rekonfiguriert oder überschrieben. Unter den vermeintlich festen „Dächern“ des 20. Jahrhunderts fand sich also ein ungemein hohes, in der Rückschau oft verwirrendes Maß an sozialer Dynamik.

Diese Entwicklungen in ihren übergeordneten wie auch konkreten Formen zu durchmessen war das Anliegen der von KERSTIN BRÜCKWEH (Tübingen/Trier) organisierten Sektion „Unter deutsch-deutschen Dächern. Die Eigentumsfrage im Spannungsfeld zwischen Aneignung,

Enteignung und „Wiedergutmachung“ vor und nach 1989“, die am 24. September stattfand. Sich wandelnde Eigentumsformen und alltägliche Wohn- und Nutzungspraktiken zusammen zu denken war das erklärte Ziel, das die Leiterin der Sektion zu Beginn definierte: Es sollte auf diese Weise vor allem um den beständigen Wandel von Eigentumsvorstellungen und die hiermit verknüpften, alltäglichen Praktiken und Aushandlungen im Laufe der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts gehen, wobei sich die Aufmerksamkeit der präsentierten Vorträge auf die SBZ/DDR zwischen 1945/49 und 1989 bzw. Ostdeutschland nach 1989/90 konzentrierte.

Die verschränkte Dynamik von (staatlichen) Enteignungen als auslösendes oder nachgelagertes Element von kollektiven Fluchtbewegungen arbeitete HENRIK BISPINCK (Berlin) in seinem Vortrag zu „Republikflucht“ und Eigentum. Enteignung als Ursache und Folge von Flucht und Abwanderung aus der DDR“ heraus: In einem ersten Schritt habe die SMAD- bzw. SED-Politik der frühen Nachkriegszeit auf eine sehr enge Verknüpfung von Elitenaustausch und Eigentumswechsel gesetzt, wie Bispinck am Beispiel der Bodenreform oder der Sequestration von knapp 10.000 Betrieben aufzeigte. Die staatliche Enteignungsmaßnahmen erschienen in diesem Kontext als zentrale Antriebsfeder für die vom sich etablierenden SED-Regime angestrebte massenhafte Abwanderung alteingesessener und nun unerwünschter Eliten, vor allem „Großbauern“, „Junkern“ oder „Kapitalisten“, in den westlichen Teil Deutschlands. Hiervon unterschied Bispinck diejenigen Enteignungen, die auf eine Flucht folgten, etwa im Zusammenhang mit den Zwangskollektivierungen in der Landwirtschaft der frühen 1950er-Jahre. Die Betroffenen waren diesen staatlicherseits verfügten Herrschaftsmaßnahmen jedoch nicht völlig wehrlos „ausgeliefert“, wie Bispinck im letzten Drittel seines Vortrages vorführte: So konnten sie ihr Eigentum vorausschauend verkaufen, es verschenken oder gar im Austausch für die „Freiheit“ im Westen ganz bewusst als notwendig erachteten Preis aufgeben und somit einen Stück weit ihre Handlungsautonomie bewahren.

Der ungemein anregende Vortrag von UDO GRASHOFF (Leipzig) verschob den Fokus in der Folge noch stärker auf die konkreten Aneignungs- und Nutzungspraktiken, also die jeweiligen Aushand-

HT 2014: Unter deutsch-deutschen Dächern. Die Eigentumsfrage im Spannungsfeld zwischen Aneignung, Enteignung und „Wiedergutmachung“ vor und nach 1989

lungsprozesse und Interaktionen zwischen staatlichen Stellen und den Bewohnern – ganz im Wortsinne – „vor Ort“. Am Beispiel des „Schwarzwohnens“ in der DDR zeigte Grashoff auf, wie seit Ende der 1960er-Jahre aus dem zunächst als provisorische „Notmaßnahme“ geduldeten Bezug ungenutzter Wohnungen durch Einzelpersonen schrittweise eine dauerhafte soziale Praxis erwuchs: Trotz einer seit den 1970er-Jahren ideologisch besonders überhöhten SED-Wohnungsbaupolitik konnte die staatliche Wohnraumlendung die „zivile Kampfzone“ auf dem angespannten Mietmarkt nicht befrieden und billigte schließlich die individuelle Aneignung leerstehender Altbauwohnungen durch überwiegend junge Menschen, die in den neuen Wohnräumen nach individueller Selbstentfaltung strebten, die ihnen die staatliche Politik anders nicht (mehr) bieten konnte. Der SED-Staat habe erstaunlich nachgiebig auf diese eigensinnige Wohnpraxis reagiert, denn letztlich hätten die „Schwarzwohner“ nicht nur ein akutes soziales Problem abgemildert, sondern auch marode Altbauten in Eigenregie wieder in Schuss gesetzt und oftmals sogar noch Miete überwiesen, wie Grashoff aufzeigte. Hochinteressant fiel letztlich ein am Ende angestellter Ost-West-Vergleich aus: Während „Schwarzwohnen“ in der DDR eine (unpolitische) Reprivatisierung des staatlich (über-)regulierten Wohnens bedeutet habe, habe die zur gleichen Zeit reüssierende Hausbesetzerszene in der Bundesrepublik eine (politische) Resozialisierung des privaten Wohnraums erkämpfen wollen – beide Gruppen würden zumindest im „kurzen Sommer“ des Jahres 1990 in den Altbauten Ostberlins zu unmittelbaren Nachbarn werden, als die Westberliner Hausbesetzerszene in das herrschaftsfreie Vakuum der kollabierenden DDR vorzustößen versuchte.

Der Vortrag von ROBERT KLÜSENER (Gotha) zu „Grundsatz – Praxis. Alternativen zum Prinzip „Rückgabe vor Entschädigung“ wählte demgegenüber eine andere, eher auktoriale Leitperspektive, in dem er einen juristischen Überblick über Grundsätze, Praxis und mögliche Alternativen zum seinerzeit hochumstrittenen Prinzip der „Rückgabe vor Entschädigung“ anbot: Zunächst beleuchtete Klüsener den politischen Weg zum Rückgabe-Prinzip im unübersichtlichen wie ereignisreichen Frühjahr 1990, der im April 1990 in eine „gemeinsame Erklärung“ der beiden deutschen Regierungen zu „offenen Vermögensfragen“ münde-

te, die einen restaurativen Dreiklang in der Eigentumspolitik fest schrieb. Mit Ausnahme der zwischen 1945 und 1949 von der sowjetischen Besatzungsmacht verfügten Enteignungen sollte Eigentum „im Grundsatz“ zurückgegeben werden; nur wo dies nicht möglich war, sollte ausnahmsweise eine geldwerte Entschädigung gewährt werden. In der (oft mühsamen und langwierigen) Praxis durch die erst ab 1991 aufgebauten Landesämter für Offene Vermögensfragen hatte sich dieses politisch umstrittene Rückgabe-Prinzip jedoch schließlich in summa umgekehrt: Mehr als 55 Prozent der Fälle endeten bis Ende 2013 mit einer Entschädigung, die Ausnahme wurde so die Regel. Die von Klüsener diskutierten vier Alternativszenarien – das Belassen der 1990 vorgefundenen Eigentumsverhältnisse, eine umfassende Totalrevision, eine reine Entschädigungslösung sowie ein Prinzip „Entschädigung vor Rückgabe“ – wurden schließlich sämtlich verworfen; der nach 1990 gewählte, eher pragmatische Weg sei indes die „beste aller schlechtesten Lösungen“ und mithin „alternativlos“ gewesen – ein affirmativer Befund, der dem Zeitzeugen und Juristen gewiss einleuchtet, die anwesenden Historiker/innen jedoch mit mehr Fragen als Antworten zurückgelassen haben dürfte.

KERSTIN BRÜCKWEH (Tübingen/Trier) führte die Sektion letztlich wieder ins genuin historische Terrain zurück, indem sie in ihrem Vortrag „Eigener Herd ist Goldes wert. Die Umsetzung des Prinzips „Rückgabe vor Entschädigung“ in bevorzugten Wohnlagen“ die verschiedenen Schichten sowie die langfristige „soziale Dimension“ der sich wandelnden Eigentumsverhältnisse anschaulich auf der Mikroebene in den Blick nahm: Am (verfremdeten) Fallbeispiel des ostdeutschen Provinzstädtchens „Waldhausen“ und seiner Bewohner mit ihren wechselhaften Lebensgeschichten führte Brückweh konkret das verworrene Geflecht vor, auf das man bei den Eigentumsverhältnissen in Ostdeutschland bisweilen stößt: Beginnend mit „Arisierungen“ in der Zeit des Nationalsozialismus über Enteignungen in der SBZ bzw. DDR, Eigentumswandlungen in der DDR (durch Flucht, Strafen, Zwangsumsiedlung) oder relativ konventionelle Eigentumsabtretungen (etwa durch Verkauf), hatten sich so wechselhafte eigentumspolitische Konstellationen in die konkreten Wohn- und Eigentumspraxis „vor Ort“ eingeschrieben und eine äußerst komplexe Konstellation erzeugt, die

HT 2014: Unter deutsch-deutschen Dächern. Die Eigentumsfrage im Spannungsfeld zwischen Aneignung, Enteignung und „Wiedergutmachung“ vor und nach 1989

letztlich auch Anlass zu öffentlichen Auseinandersetzungen bot: Gerade die nach 1990 aufbrechenden Interessenkollisionen auf dem Feld des Wohneigentums waren in den frühen 1990er-Jahren häufiger Anlass für vermehrte, sehr emotionale ost-westliche Polarisierungen im medienöffentlichen Raum, bei denen ostdeutsche (Nach-)Mieter mit ihrem moralischen (Nutzungs-)Recht und westdeutsche Antragssteller mit ihrem rechtlichen (Rückgabe-)Anspruch hart aufeinander geprallt seien.

Sehr gut fügte sich an dieser Stelle der nachfolgende und letzte Vortrag von INES LANGELÜDDECKE (Hamburg) „Die Rückkehr der Adligen aufs Land und die Auseinandersetzung um den früheren Gutsbesitz. Eine brandenburgische Lokalstudie“ ins Sektionsprogramm, die ebenfalls anhand einer lokalen Fallstudie die Interaktionen von Dorfbewohnern und (ehemaligen) Gutsbesitzern skizzierte, die nach 1990 wieder auf ihre vormals enteigneten Güter und damit auch in die dörflichen Gemeinschaften zurückkehrten. Methodisch innovativ erschien vor allem der von Langelüdecke gewählte Fokus auf die sozialen Orte bzw. Räume der Interaktionen sowie deren jeweiliger Verfüg- oder Zugänglichkeit, mit denen sie ihr in qualitativen Zeitzeugeninterviews gewonnenes Material präsentierte: Die Unterscheidung zwischen positiv konnotierten „Orten des Konsens“ (wie dem vom „Gutsherrn“ geführten Landwirtschaftsbetrieb oder dem Restaurant), dethematisierten „Orten ohne Konsens oder Konflikt“ (wie dem von den Adligen bewohnten Schloss oder der adligen Grablege) sowie konfliktträchtigen „Orten des Konflikts“ (wie dem von den Adligen eingezäunten Schlosspark als umstrittener „Konfliktzone“) sensibilisierte dabei für die unterschiedlichen sozialen Dynamiken vor bzw. im Ort. Das so beschriebene, sehr facettenreiche Spannungsverhältnis zwischen „gutsherrlichen Logiken“ und Traditionsmustern aus der Epoche vor 1945 bzw. den „volkseigenen Gewohnheiten“ aus der Zeit nach 1945 habe daher in der Gegenwart zwei getrennte „Erzähl- und Deutungsgemeinschaften“ innerhalb der nach 1990 durch die Rückkehr des Adels rekonfigurierten Dorfgemeinschaft entstehen lassen, die sich nicht einfach auf einen dichotomen Ost-West-Gegensatz reduzieren ließen, wie Langelüdecke überzeugend herausarbeiten konnte.

Der abschließende Kommentar von RALPH JESSEN (Köln) regte zum einen eine Perspektiverweiterung an, indem er nach der jeweiligen

Zuordnung von Eigentum sowie deren politik- bzw. sozialhistorischen Grundierungen fragte. Seine Reflexionen zu den – bereits eingangs angedeuteten – besonderen Spezifika des im Rahmen der Sektion präferierten Immobilien- bzw. Wohneigentums verwiesen auf weitere, mobile Formen von Eigentum, die es erweiternd zu analysieren lohnte. Ungemein bedenkenswert erschien die von Jessen angeregte, terminologische Differenzierung von „Eigentum“ und „Besitz“: Während ersteres einen formalen Rechtstitel anspreche, beschreibe letzteres ein relationales Verhältnis im Sinne einer „Herrschaft über die Sache“; diese Differenzierung ermöglichte Jessen in der Zusammenschau der Beiträge eine durchaus diskussionswürdige Hypothese: Unter den Bedingungen des DDR-„Volks“- bzw. „Staatseigentums“ seien in der ostdeutschen Gesellschaft Eigentums- und Besitzermentalität nach und nach auseinandergetreten, in der sozialen Praxis der ostdeutschen Gesellschaft hätten sich individuelle Besitzermentalitäten ausgebildet, die jedoch keine Entsprechung (mehr) in einer (bürgerlichen) Eigentumsordnung gefunden hätten. Eben hierin erkannte Jessen die wesentliche Ursache für die nach 1989/90 aufbrechenden, sehr emotionalen Konflikte um die Rückerstattung, als die westlich-bürgerliche Eigentumsordnung quasi über Nacht in eine kollektivistische Besitzer- bzw. Nutzer-Gesellschaft ohne klassische Eigentumsvorstellungen zurückkehrte. Im Grunde, so könnte man Jessens Pointe zuspitzen, erschien die ostdeutsche Gesellschaft nach 40 Jahren „Volksvermögen“ und Planwirtschaft deutlich näher an gegenwärtig medial intensiv diskutierten Formen der gemeinsamen, geteilten und befristeten Nutzung von Gütern (etwa beim „Carsharing“) jenseits klassisch-bürgerlicher Eigentums- bzw. Besitzverhältnisse.

Auf diese Weise spannte die Sektion den Bogen schließlich noch bis in die jüngste Gegenwart. Letztlich wurde überdeutlich, wie produktiv die Frage nach dem Verhältnis von sich wandelnden Eigentumsformen sowie deren konkreter sozialer Nutzung und Aneignung für die jüngste Zeitgeschichte sein kann – vor allem wenn sie am konkreten Gegenstand ihren Blick von konventionellen Zäsursetzungen und üblicherweise voneinander abgegrenzten Forschungsfeldern zu lösen vermag. Besonders anregend erschienen insbesondere die von der Sektion ausgehenden Impulse zur gerade einsetzenden (Zeit-)Historisierung der Transformationsepoche in den post-sozialistischen „Übergangsgesellschaften“

HT 2014: Unter deutsch-deutschen Dächern. Die Eigentumsfrage im Spannungsfeld zwischen Aneignung, Enteignung und „Wiedergutmachung“ vor und nach 1989

nach 1989/90 jenseits zeitgenössischer Affirmationen oder Stereotypisierungen. Der eingeschlagene Pfad könnte dabei einige Überraschungen bereithalten: Erweiternd wäre etwa über eine systematische Kulturgeschichte sich wandelnder Eigentumskonzeptionen und -deutungen aus der Perspektive verschiedener Akteursgruppen nachzudenken; auch ein systematischer Seitenblick auf andere Eigentums- und Nutzungswandlungen, insbesondere in der Sphäre des Ökonomischen, könnten dieses Tableau inhaltlich spürbar bereichern: Auch Betriebe, ihre Verstaatlichung und (Re-)Privatisierung dürften ein vielversprechendes Forschungsfeld sein, anhand dessen sich beständiger Eigentumswandel und individuelle Nutzungspraktiken untersuchen ließen. Dem abschließenden Verweis auf einen Blick über das deutsch(-deutsche) Umbruchsszenario hinaus haftet zwar mitunter etwas Reflexhaftes an – dennoch dürfte eine vergleichende Erkundung, die unter die „Dächer“ in anderen Ländern Mitteleuropas und den dortigen Umgang mit sich wandelnden Eigentumsverhältnissen führt, ungemein ertragreich sein.

Sektionsübersicht:

Kerstin Brückweh (Tübingen/Trier): Einführung

Henrik Bispinck (Berlin): „Republikflucht“ und Eigentum. Enteignung als Ursache und Folge von Flucht und Abwanderung aus der DDR

Udo Grashoff (Leipzig): Vernachlässigtes Eigentum als Chance. Schwarzwohnen in der DDR

Robert Klüsener (Gotha): Grundsatz – Praxis. Alternativen zum Prinzip „Rückgabe vor Entschädigung“

Kerstin Brückweh (Tübingen/Trier): Eigener Herd ist Goldes wert. Die Umsetzung des Prinzips „Rückgabe vor Entschädigung“ in bevorzugten Wohnlagen

Ines Langelüddecke (Hamburg): Die Rückkehr der Adligen aufs Land und die Auseinandersetzung um den früheren Gutsbesitz. Eine brandenburgische Lokalstudie

Ralph Jessen (Köln): Kommentar

Marcus Böick

Tagungsbericht HT 2014: *Unter deutsch-deutschen Dächern. Die Eigentumsfrage im Spannungsfeld zwischen Aneignung, Enteignung und „Wiedergutmachung“ vor und nach 1989.* 23.09.2014–26.09.2014, In: H-Soz-Kult 12.12.2014.

HT 2014: Kinder des Krieges als Mittler zwischen Verlierern und Gewinnern in europäischen Nachkriegsgesellschaften

Leitung: Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands (VHD); Verband der Geschichtslehrer Deutschlands (VGD)

Bericht von: Christine Krüger, Historisches Institut, Justus-Liebig-Universität Gießen

Das Thema der „Kriegskinder“ ist in den letzten Jahren in den Medien wie auch in der Wissenschaft auf große Aufmerksamkeit gestoßen. Oft wird dabei, vor allem im medialen Diskurs, der Opferstatus der Kinder hervorgehoben. In dieser Sektion ging es demgegenüber darum, die besondere Rolle von Kriegswaisen und Besatzungskindern als „Mittler zwischen Verlierern und Gewinnern“ zu beleuchten. So erinnerte die Existenz dieser Kinder etwa in Westdeutschland nicht nur an die Kriegsniederlage, sondern sie konnte im Falle der Besatzungskinder auch dazu herausfordern, mit den Siegern in Kommunikation zu treten. Gleichzeitig machte die Sektion auch deutlich, wie unterschiedlich die Erfahrungen der Kriegskinder national wie international (und hier vor allem im Ost-West-Vergleich) ausfallen konnten. Auch auf diese Weise korrigierte sie die zumeist stark verallgemeinernde Konzentration auf die Opferrolle der Kinder.

Der Vortrag von LU SEEGER (Hamburg), der Organisatorin des Panels, behandelte in deutsch-deutsch vergleichender Perspektive die etwa 2,5 Millionen die deutschen Kriegswaisen beziehungsweise kriegsbedingten Halbweisen nach 1945. Die Referentin plädierte dafür, die bis heute vor allem in den Medien vorherrschende generalisierende Sicht auf die Kriegswaisen durch eine multiperspektivisch differenzierende Betrachtungsweise abzulösen. Außerdem gelte es, die soziale Lage der Kriegswaisen, ihre öffentliche Wahrnehmung und lebensgeschichtliche Deutungen miteinander in Beziehung zu setzen. Dieser Zielsetzung entsprechend widmete sich der erste Teil des Vortrags zunächst kurz der sozialen Lage der Kriegerwitwen und ihrer Kinder, um dann vor allem

die medialen Diskurse über Kriegswaisenschaft und Vaterlosigkeit in den Blick zu nehmen.

In beiden Teilen Deutschlands war die wirtschaftliche Situation von Kriegerwitwen schwierig, da sie nur geringe beziehungsweise in den ersten Nachkriegsjahren im Westen und in der DDR zum Teil auch dauerhaft gar keine Rentenzahlungen erhielten. Ebenso wie die Art und Höhe der staatlichen Unterstützungsleistungen in beiden deutschen Staaten divergierten, unterschieden sich auch die mediale Darstellung und Diskussion von Kriegerwitwen und Kriegswaisen: In der DDR wurde ihnen so gut wie keine öffentliche Aufmerksamkeit geschenkt. In Westdeutschland hingegen war das mediale Bild der Kriegerfamilien vielschichtig: Einerseits wurde den Kriegerfamilien ein Opferstatus zugeschrieben, andererseits galten sie als unvollständig und immer wieder wurden Gefahren beschworen, welche die Vaterlosigkeit für die Entwicklung der Kinder ausübe. Seit Mitte der 1950er-Jahre rückte dann auch die ökonomische Lage der Kriegshinterbliebenen in den Fokus der Öffentlichkeit. In den 1960er-Jahren stießen die Kriegerwitwen zunehmend auf Akzeptanz.

Der zweite Teil des Vortrags nahm das Thema vor dem Hintergrund dieser Befunde aus einer erfahrungsgeschichtlichen Perspektive in den Blick. Grundlage für diesen Teil der Untersuchung waren Interviews mit dreißig Männern und Frauen verschiedener sozialer und konfessioneller Herkunft in Ost- und Westdeutschland, die als Kriegswaisen aufgewachsen waren. Vor allem in Westdeutschland fühlten sich die Kriegswaisen einem hohen sozialen Druck ausgesetzt, da sie unter einem von vielen Seiten an sie herangetragenen „Versagensverdikt“ lebten. Hinzu kam in beiden Teilen Deutschlands oftmals das Gefühl, der Mutter eine Art Wiedergutmachung leisten zu müssen. Diesen doppelten Erwartungsdruck verspürten die Kinder, und hier offenbar vor allem die Mädchen, in Bezug auf ihre schulischen Leistungen sowie auch später bei der Berufs- und Partnerwahl.

MAREN RÖGER (Warschau) widmete sich im folgenden Vortrag den sogenannten „Besatzungskindern“ in Polen. Intime Beziehungen zwischen deutschen Besatzungssoldaten beziehungsweise -beamten und Polinnen waren in Polen wie allgemein in osteuropäischen Ländern lange Zeit ein Tabuthema. Daher ist auch das Thema der Besat-

HT 2014: Kinder des Krieges als Mittler zwischen Verlierern und Gewinnern in europäischen Nachkriegsgesellschaften

zungskinder für Osteuropa – anders als für Nord- und Westeuropa – bisher wissenschaftlich kaum erforscht. Auch die Quellenlage ist deutlich schlechter als für westeuropäische Länder, da die polnischen Frauen Briefe und Fotos der deutschen Männer in der Regel vernichteten. Auch in diesem Vortrag basierten die Untersuchungsergebnisse zur erfahrungsgeschichtlichen Dimension des Themas daher in erster Linie auf Interviews. Freilich konnten dabei nur solche Gesprächspartner gefunden und befragt werden, die bereit waren, über das gesellschaftlich immer noch problematische Thema zu sprechen.

Die Besatzungskinder waren in Polen kein Thema, das politisch viel diskutiert wurde oder den Staat zum Handeln veranlasste. Das lag wohl vor allem daran, dass ihr Schicksal angesichts der enormen administrativen Aufgaben in Folge der großen Kriegszerstörungen und der Westverschiebung des Landes nebensächlich blieb. Auch gab es offenbar gegen Frauen, die eine Beziehung zu einem deutschen Mann eingegangen waren, kaum gewalttätige Versuche der Selbstjustiz, wie sie in Westeuropa nach dem Ende der deutschen Besatzung teilweise verbreitet vorkamen. Dennoch bemühten sich Mütter von Besatzungskindern in Polen vielfach darum, die Herkunft der Kinder den Behörden zu verheimlichen, sofern dies möglich war. Vor allem fürchteten sie, dass ihnen die Kinder weggenommen werden könnten. Da im Krieg und aufgrund der großen Bevölkerungsbewegungen in Polen der Verlust von Identifikationspapieren keine Seltenheit war, gelang es einigen Müttern, einen fiktiven Vater für die Kinder in die neuen Papiere eintragen zu lassen. Mütter, die im Zuge der Westverschiebung ihren Wohnort gewechselt hatten, konnten es auch sonst im Alltag vielfach verheimlichen, dass ihre Kinder einen deutschen Vater hatten. Blieben die Mütter allerdings am Ort wohnen, an dem ihre Beziehung zu einem deutschen bekannt war, konnte dies zur Folge haben, dass die Besatzungskinder in der Schule wie auch in der Familie diskriminiert wurden. So unterschiedlich wie die Kindheitserfahrungen der Besatzungskinder ausfielen, so unterschiedlich konnte auch ihr späterer Umgang mit der Tatsache sein, einen Deutschen zum Vater zu haben. Einige empfanden dies als Belastung, die auch psychische Störungen nach sich ziehen konnte, andere hingegen konnten sich auch in positiver Weise mit ihren deutschen Vätern, die ihnen von ihren Müttern in der Regel als gute

Menschen geschildert wurden, identifizieren.

Die Erfahrungen der Besatzungskinder in Deutschland, deren Zahl auf ca. 400.000 geschätzt wird, war das Thema des anschließenden Vortrags von SILKE SATJUKOW (Magdeburg). Sie machte zunächst auf den unterschiedlichen Umgang mit den Kindern in den verschiedenen Besatzungszonen aufmerksam: Im öffentlichen Diskurs Ostdeutschlands wurden die Kinder – ähnlich wie in Polen – beschwiegen, weil die hohe Anzahl an Vergewaltigungen durch russische Soldaten nicht thematisiert werden sollte. In den westlichen Besatzungszonen wurde das Schicksal der Kinder zwar öffentlich problematisiert, dennoch bemühten sich auch die britische und die amerikanische Besatzungsmacht darum, eventuellen Versorgungsansprüchen entgegenzuwirken. Eine Ausnahme bildete hier Frankreich, das sich darum bemühte, die Kinder ins eigene Land zu holen, um sie dort zur Adoption freizugeben, worauf sich allerdings nur etwa zehn Prozent der Mütter einließen.

In der deutschen Öffentlichkeit, so legte Satjukow weiter dar, wurden die Besatzungskinder allgemein bis in die 1960er-Jahre hinein nicht als Deutsche anerkannt und man ging davon, dass sie später in die Heimatländer ihrer Väter ziehen würden. Die frühen 1950er-Jahre, also die Zeit, als die Kinder in die Schule und damit gewissermaßen in das öffentliche Leben eintraten, bedeutete für viele der Kinder, die nun oftmals Diskriminierungen erlitten, lebensgeschichtlich einen Einschnitt. Für die gleiche Zeit machte die Referentin auch im öffentlichen Diskurs eine neue Phase aus. In Westdeutschland rücken die Kinder verstärkt in die Aufmerksamkeit der Medien, wobei das spezielle Interesse oftmals den ca. 5.000 dunkelhäutigen Kindern galt. Die Bemühungen darum, diese Kinder in einem positiven Licht zu präsentieren, deutet Satjukow als eine Art „Sühneversuch“, mit dem gezeigt werden sollte, dass die Deutschen aus der Vergangenheit gelernt hätten. Allgemein galten die Kinder nun als in die deutsche Gesellschaft integriert. Zahlreiche Belege für Diskriminierungen, denen viele Besatzungskinder vor allem in Konflikt- und Krisensituationen weiterhin ausgesetzt waren, widerlegen dieses Bild allerdings.

Erst Ende der 1950er-Jahre wurden die Kinder in der Öffentlichkeit und offiziell als deutsche Staatsbürger anerkannt. Die 1960er-Jahre waren auch die Zeit, in welcher viele Besatzungskinder sich offen zu

HT 2014: Kinder des Krieges als Mittler zwischen Verlierern und Gewinnern in europäischen Nachkriegsgesellschaften

ihren Vätern zu bekennen begannen. Das Gefühl, an der oft schwierigen sozialen Stellung ihrer Mütter Schuld zu sein oder durch ein musterhaftes Verhalten für deren als moralischer Fehltritt oder gar als Sünde betrachtete Beziehung zu einem Besatzungssoldaten sühnen zu müssen, bestimmte der Referentin zufolge für viele der Besatzungskinder allerdings auch darüber hinaus noch das Leben.

In einem kurzen Kommentar ging LUTZ NIETHAMMER (Jena) vor allem auf die Ursachen für das seit etwa zwei Jahrzehnten verstärkte geschichtswissenschaftliche Interesse am Thema der Generation der Kriegskinder ein. Hier schrieb er biographischen Gründen der Historiker aus der alternden Kriegskindergeneration eine wichtige Rolle zu. Die Erforschung des Themas sei, so reflektierte er weiter, durch eine für die Zeitgeschichte sonst ungewöhnliche methodische Offenheit gekennzeichnet, die allerdings auch spezielle Herausforderungen mit sich bringe. Notwendig sei der Rückgriff auf die Oral History, die Interpretation der aus ihr gewonnenen Ergebnisse müsse allerdings stets in weitere, anders rekonstruierte Diskursfelder eingeordnet werden. Abschließend forderte er noch dazu auf, der Frage zu stellen, wie die Bedeutung des Themas zu vermessen sei. Dessen derzeitige Konjunktur lasse sich durch seine besondere Dramatik, aber auch durch ein besonderes Aufmerksamkeitspotential erklären.

Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Lu Seegers (Forschungsstelle für Zeitgeschichte, Hamburg)

Lu Seegers (Forschungsstelle für Zeitgeschichte, Hamburg), Vaterlose Kriegswaisen in der Bundesrepublik und in der DDR

Maren Röger (Deutsches Historisches Institut, Warschau), „Wehrmachtskinder“ in Polen

Silke Satjukow (Universität Magdeburg), „Besatzungskinder“ in beiden deutschen Nachkriegsgesellschaften

Lutz Niethammer (Universität Jena), Moderation und Kommentar

Tagungsbericht *HT 2014: Kinder des Krieges als Mittler zwischen*

Christine Krüger

Verlierern und Gewinnern in europäischen Nachkriegsgesellschaften.
23.09.2014–26.09.2014, In: H-Soz-Kult 12.12.2014.

**HT 2014: Herrschaft und ihre Mittlerinstanzen. Lokale
Administrationen und Akteure in den im Zweiten Weltkrieg von
der Wehrmacht besetzten Gebieten**

Leitung: Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands e.V. (VHD); Verband der Geschichtslehrer Deutschlands e.V. (VGD)

Bericht von: Christina Morina, Universität Jena

Herrschaft braucht Vermittlung, Fremdherrschaft braucht lokale Kooperation. Diese auf die nationalsozialistische Besatzung großer Teile Europas bezogene These bildete den gemeinsamen Ausgangspunkt der in dieser Sektion versammelten Beiträge. In ihrem einführenden Vortrag erläuterte TATJANA TÖNSMEYER (Wuppertal/Essen), dass das Panel neueren Forschungen zur nationalsozialistischen Besatzungsgeschichte als europäischer Herausforderung gewidmet sei. Ausgehend von der Beobachtung, dass sich bisherige Okkupationsforschungen primär eher dichotom mit Besatzern und Besetzten bzw. kategorial mit Tätern, Kollaborateuren und Opfern befasst haben, sei es an der Zeit die Besatzungsregime als komplexe soziale und „relationale“ Herrschaftspraxen zu verstehen, die unter erheblicher Beteiligung lokaler Bevölkerungen und staatlicher Strukturen bzw. Institutionen entstanden sind. Diese Geschichte erschöpfe sich nicht in der Rekonstruktion nationalsozialistischer Expansionspolitik und -praxis. Die Rollenverteilung jenseits und unterhalb der Ebene der deutschen militärischen und zivilen Besatzer sei extrem vielfältig und kompliziert gewesen, weswegen vor allem lokale Forschungen geeignet seien, nach der ganzen Bandbreite von Akteuren neben Tätern und Opfern, einerseits, sowie zwischen Besetzten und Besatzern, andererseits, zu fragen: Es gehe um die „bystander“ als *occupier-driven* Akteure, die als „Mittlerinstanzen“ in einem extremen Gewaltkontext unverzichtbar waren, um genau diese Gewalt im Sinne der Besatzer „effektiv“ umsetzen („vermitteln“) zu können. Gleichfalls erlaube es dieser Zugang, jene „Handlungsräume für eigene Interessen“ zu rekonstruieren, die sich lokalen Dritten im Laufe der Besatzungszeit

eröffneten und die auch auf vielfältige Weise genutzt, erweitert und eigensinnig gebraucht worden sind.

Vergegenwärtige man sich, so Tönsmeier weiter, dass die deutschen Besatzer weder über ausreichend militärisches noch ziviles Personal verfügten, um die Besatzungsstrukturen dauerhaft aufrechterhalten zu können, wird deutlich, wie bedeutend der in diesem Sinne vermittelte und vermittelnde Einsatz lokaler Bevölkerungsteile und Institutionen war. Sie verwies kontrastreich auf die zwei Beispiele Ukraine und Niederlande. Resümierend zog Tönsmeier den analytischen Nutzen sowohl einer national fokussierten Besatzungsgeschichtsschreibung also auch des Kollaborationsbegriffes in Zweifel. Da der Begriff „Kollaborateur“ moralisch und juristisch aufgeladen sei und oft im Sinne von „Verrat“ verstanden und gebraucht werde, sei der Mittler-Begriff eine nützliche Alternative. Statt nach Schuld zu fragen, helfe er, die Rolle einheimischer Bevölkerungen und Institutionen zu erklären und sei daher gerade für den europäisch-transnationalen Vergleich außerordentlich hilfreich. So könne man schon jetzt mit Hilfe des Mittler-Begriffs konkludieren, dass es den deutschen Besatzern stets um die Entmündigung und zugleich Indienstnahme lokaler Akteure ging und dass sie damit soziale Prozesse in Gang setzten, deren Dynamiken äußerst vielfältige und ambivalente lokale Erfahrungen zwischen Leid und Schuld einschlossen. Diese Ambivalenzen zu erfassen, die Besatzung also als Erfahrungsgeschichte zu verstehen und zu erzählen, stelle nach wie vor eine große historiografische Herausforderung dar. Mit dem Mittlerbegriff und den durch ihn sich eröffnenden Fragen an bekannte wie bisher negierte Quellen könne man dieser Herausforderung auf sinnvolle Weise begegnen.

Gleich der erste Vortrag machte deutlich, wie wenig die deutschen Besatzer durchsetzen konnten, wenn sie zu wenige oder zu kooperationsunwillige „Mittler“ unter der einheimischen Bevölkerung fanden. KARL CHRISTIAN LAMMERS (Kopenhagen) brachte zumindest die erste „friedliche“ Phase der deutschen Besatzung Dänemarks zwischen 1940 und 1943 auf diesen Nenner. Zugleich führte die indirekte, verhandlungsabhängige „Aufsichtsverwaltung“ (Werner Best) dazu, dass unter dem Schein der dänischen Unabhängigkeit und eines quid-pro-quo-Verhältnisses zwischen Besatzern und Besetzten, die Deutschen anfangs keine direkte Besatzungsherrschaft etablieren und praktizieren konnten:

HT 2014: Herrschaft und ihre Mittlerinstanzen. Lokale Administrationen und Akteure in den im Zweiten Weltkrieg von der Wehrmacht besetzten Gebieten

Es gab nur eine lockere Zensur, keine Todesstrafe und mit Ausnahme der antikommunistischen Verfolgungen 1940 keine nationalsozialistisch initiierten Rechtsbrüche.

Nach dem Fall der dänischen Regierung und dem Ende der dänischen Jurisdiktion und Polizeigewalt, so Lammers im zweiten Teil seines Vortrages, wandelte sich das Bild des Besatzungsalltags hin zur offenen Gewaltpolitik der Deutschen, die „ihre“ Verfolgungsmaßnahmen selbst ausführen mussten – freilich unterstützt von einigen dänischen Organisationen und Gruppen, wie der DNSAP, paramilitärischen und Hilfspolize-Korps sowie Freiwilligendiensten. Doch diesen klassischen Kollaborationsleistungen stand die entschiedene Weigerung einer Mehrheit der dänischen Bürger und Institutionen gegenüber, sich „vermittelnd“ an der Verfolgung und Ermordung der dänischen Juden zu beteiligen. Die Frage, inwiefern nun das Konzept der Mittlerinstanz diesen Sonderfall in der europäischen Holocaustgeschichte zu erklären hilft, ließ Lammers jedoch unbeantwortet.

In ihrem Beitrag über die ukrainische Besatzungsgeschichte zog TANJA PENTER (Heidelberg) zunächst einen großen Bogen durch die relativ spärliche Forschungslandschaft zur Frage der Mitwirkung der ukrainischen Bevölkerung an der nationalsozialistischen Judenverfolgung. Sie schloss sich Tönsmeyers Kritik am Kollaborationsbegriff an und gab zu bedenken, dass gerade im Falle der Ukraine ein recht markantes Klischee massenhafter Kollaboration einer äußerst dünnen Forschungslage gegenübersteht. Aus ihren eigenen Forschungen zum Donbass schlussfolgert Penter, dass die Besatzer die lokalen Verwaltungsstrukturen in der Regel fast vollkommen intakt ließen und diese vor allem über Erfassungsaufgaben an der Verfolgung der Juden beteiligten. Jenseits dieser Aufgaben sei die Beteiligung an systematischen Vernichtungsaktionen noch wenig untersucht. Diese sei sicher „erheblich“ gewesen und bestand häufiger aus „Vorarbeiten“ im Zuge der Registrierung, Ghettoisierung und Enteignung der jüdischen Bevölkerung als aus direkter Mordbeteiligung. Gleichzeitig seien geringe „Handlungsspielräume“ zum Wohle der lokalen nichtjüdischen Bevölkerung ausgetestet und genutzt worden, vereinzelt ist auch die Rettung von Juden überliefert. Darüber hinaus habe es eine ganz Reihe von kollaborativen Verhaltensweisen gegeben, Denunziationen, Beschwerdesachen

und zivile Streitfälle ebenso wie Korruption und Bereicherung, gegen die die deutschen Besatzer nur dann vorgingen, wenn ihnen dadurch Schaden drohte. So verwandelten sich nicht selten diverse Besatzungs-„Gewinnler“ in Verlierer der Besatzung.

Es bleibe also schwierig, so Penters Fazit, die komplexen Biografien und Motive derjenigen Einheimischen zu rekonstruieren, die mit den Deutschen zusammengearbeitet haben. Statt klarer Trennlinien stoße man auf „moralische Grauzonen“ und extrem komplexe soziale Dynamiken. Die aus der Sowjethistoriografie und Kalten Kriegslogik bzw. aus Kollektivschuld diskursen stammenden Schablonen und starren Kategorien genügten heute nicht mehr aus, um die ambivalenten Erfahrungen mit der deutschen Besatzungsherrschaft einschließlich der sowjetisch-stalinistischen Vor- und Nachgeschichte zu erklären und verstehen.

HAGEN FLEISCHER (Athen) widmete sich in seinem Vortrag einer ähnlich verworrenen Ausgangslage: Die Besatzungszeit in Griechenland sei im Vergleich mit anderen nichtslawischen Ländern blutiger verlaufen, weil der Widerstand heftiger ausfiel. Hier changierte die Okkupationsgeschichte zwischen drei „vermittelnden“ (stark antikomunistischen) Kollaborationskabinetten und dem offenen bewaffneten Kampf der Widerstandsbewegung. Vertreter der Ersteren verteidigten sich nach 1945 mit dem steten Hinweis auf den Zwang zur Wahl des geringeren Übels: Man habe kollabieren müssen, um „Schlimmeres zu verhüten“ und, mehr noch, man habe dadurch wichtige „Erfolge“ gegen die Besatzer erzielen können, wie etwa die Freilassung von Kriegsgefangenen, die Verbesserung der Versorgungslage und generell ein Eindämmen des deutschen Terrors. Fleischer illustrierte am Beispiel einzelner griechischer Regierungsverantwortlicher, dass der tatsächliche Grad an Vermittlung bzw. Verweigerung stark vom jeweiligen „Erpressungspotential“ auf Seiten der Griechen abhing – und er vermutet, dass dieses oft höher gewesen sei und demnach zu stärkerem Widerstand hätten ausgenutzt werden können, als es die Zeitgenossen wahrnahmen und taten. Die Quellen belegten eine Vielzahl von Fällen, in denen es gelang, die Maßnahmen der deutschen Besatzer bei entsprechendem Einsatz abzumildern oder zu modifizieren, und dies galt ausdrücklich auch für die Möglichkeit der Rettung von Juden.

HT 2014: Herrschaft und ihre Mittlerinstanzen. Lokale Administrationen und Akteure in den im Zweiten Weltkrieg von der Wehrmacht besetzten Gebieten

Das Manövrieren der einheimischen Verantwortlichen zwischen den Forderungen der Deutschen und den eigenen Interessen etwa durch das *Framing* von Widerspruch als „patriotisch“ oder als dem gemeinsamen Ziel der „Ruhe und Ordnung“ dienend, zeigt wie fruchtbar der Mittler-Ansatz ist. Er nimmt genau diese bewussten oder unbewussten Doppelbödigkeiten, Dilemma und Manövriersituationen in den Blick und kommt damit außerordentlich dicht an die Akteure, deren Kalkulationen, Interessenlagen und Handlungsoptionen heran. Zentral für den griechischen Fall, so Fleischer, sei der mit den Deutschen geteilte Antikommunismus in der „schmutzigen Speerspitze des konservativen Lagers“ und vielen lokalen Verwaltungen, die sich demnach auch zu den „Gewinnern“ der Besatzung zählen durften und von Himmler auch entsprechend gelobt wurden. „Verlierer“ waren die ethnischen Minderheiten, Anhänger der Widerstandsbewegung sowie die historische Kultur Griechenlands insgesamt, die bis heute unter den dunklen Schatten der Besatzungsgeschichte und den vielen „weißen Flecken“ darüber sowohl im Geschichtsbewusstsein als auch in der Geschichtsschreibung der Griechen leide. Symbolisch verwies Fleischer auf den griechischen Nationalfeiertag (28.10.), der bis heute an den Eintritt in den (Verteidigungs-)Krieg erinnert und nicht an dessen Ende.

In einem vierten Vortrag betrachtete DIRK LUYTEN (Brüssel/Ghent) die Beziehungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern in belgischen Fabriken als politische Arenen in der Besatzungszeit. Nach einem Überblick über die sozial-, betriebs- und arbeitnehmerpolitischen Bedingungen vor dem Zweiten Weltkrieg erläuterte Luyten, dass die Sozialreformen, die im Zuge der Besatzungszeit und unter Einbeziehung nationalsozialistischer Ideen ein „*window of opportunity*“ für bestimmte soziale Gruppen in Belgien eröffneten, die Beziehungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern grundsätzlich zum Vorteil der letzteren zu reformieren. War dieses Beziehungsgefüge vor 1940 durch kollektive Verhandlungsformen, Sozialversicherungen, akzeptiertes Streikrecht und -praxis sowie betriebsübergreifende gewerkschaftliche Organisationsformen charakterisiert, wandelte sich diese etablierte Ordnung mit dem Beginn der deutschen Besatzung radikal. Wiewohl Luyten nicht explizit auf die Verbindungen zwischen deutschen Besatzungs- und belgischen Regierungsinstanzen und Wirtschaftsführern einging, wur-

de auch in seinem Vortrag deutlich, dass der Mittler-Ansatz öffnend wirkt und gesellschaftliche Bereiche in den Blick nimmt, in denen bisher kaum besatzungsgeschichtlich relevante Akteure vermutet wurden. Das implizite Fazit des Vortrages war demnach, dass das *big business* in Belgien einerseits von der nationalsozialistischen Invasion profitierte und dass die deutschen Besatzer andererseits von der arbeitnehmerfeindlichen und im Grunde antidemokratischen Stimmung profitierten, die die Arbeitgeberseite mit zunehmendem Einfluss nach 1940 in die breitere belgische Gesellschaft tragen konnte. Die auf die einzelnen Fabriken und Betriebe zurückgeworfenen, aufgesplitterten Arbeitnehmervereinigungen waren in zahllose betriebsinterne Auseinandersetzungen über Arbeits- und Sozialbedingungen verwickelt und so zur unpolitischen Sozialpolitik verdammt. Hier insinuierte Luyten, dass damit auch die Möglichkeiten einer antifaschistischen Organisation von Arbeitern (von denen eine Minderheit in der Tat im kommunistischen Widerstand gegen die deutsche Nazis und belgisches *big business* zugleich engagiert war) im Keim erstickt worden seien.

In seinem Kommentar lobte DIETER POHL (Klagenfurt), dass der Blick auf lokale Verwaltungen als „Mittlerinstanzen“ ein Forschungsfeld belebe, um das es konzeptionell gesehen jüngst sehr ruhig geworden war. Die Kollaborationsforschung bewege sich spürbar weg von Fragen von Schuld und Moral und hin zu vielfältigen Motiv-, Verhaltens- und Erfahrungsschattierungen. Pohl kritisierte aber am Mittler-Begriff, dass er die eigentlichen Herrschafts- und Machtverhältnisse vernachlässige und plädierte für konkretere, den jeweils thematisierten historischen Zusammenhängen angepassten Begriffen wie etwa „Auftragsverwaltung.“ Letztlich aber warb er auch für die Beibehaltung des Kollaborationsbegriffes, der seinem Eindruck nach ähnlich wie „Faschismus“ zwar auf eine lange Geschichte der Politisierung zurückblicke, dessen Aufladung in den letzten Jahren aber nachgelassen habe. Gebrauche man ihn differenziert, so treffe er noch am ehesten all jene Formen der Zusammenarbeit, die der deutschen Okkupationsherrschaft vor Ort zu ihrer so fatalen Wirkmächtigkeit verhalf.

Die gesamte Sektion offerierte eine beachtliche Bandbreite von historischen Fallbeispielen und skizzierte über den vergleichenden Blick und die die Beiträge zusammenbindende konzeptionelle Fragestellung

HT 2014: Herrschaft und ihre Mittlerinstanzen. Lokale Administrationen und Akteure in den im Zweiten Weltkrieg von der Wehrmacht besetzten Gebieten

die Okkupationsgeschichte als florierendes Forschungsfeld. Dabei erschien die Auseinandersetzung mit den Möglichkeiten und Grenzen des Mittler-Ansatzes fruchtbarer als das Oberthema des Historikertages. Wie die meisten anderen Beiträge, die die Autorin in Göttingen hören konnte und die das Motiv „Gewinner und Verlierer“ aufgriffen, geschah dies auch hier nur sehr vage. Leider wurden die beiden Kategorien meist recht unreflektiert in ihrer umgangssprachlichen Bedeutung als (Selbst-)Zuschreibungen verwendet und kaum auf die ambivalenten Bedeutungs- und Erfahrungsebenen hin befragt, die eine eingehendere Beschäftigung mit den dahinter stehenden historischen und gegenwärtigen Konzepten von „Sieg“ und „Niederlage“ doch gewiss freilegt.

Sektionsübersicht:

TATJANA TÖNSMEYER (Wuppertal/Essen): Einführung

HAGEN FLEISCHER (Athen): Die Administration im besetzten Griechenland. Handlanger oder Puffer?

TANJA PENTER (Heidelberg): Kollaborateure, Nationalisten, Widerstandskämpfer, Opfer? Komplexe Biographien in der Ukraine unter deutscher Besatzung im Zweiten Weltkrieg am Beispiel von lokalen Verwaltungen

KARL CHRISTIAN LAMMERS (Kopenhagen): Daily Life in Denmark during the German Occupation. Authority, Agency and the Local Effects of Rule and Regulation

DIRK LUYTEN (Brüssel): The Factory as a Political Arena. Changing Labour Relations under German Occupation in Belgium

DIETER POHL (Klagenfurt): Kommentar

Tagungsbericht *HT 2014: Herrschaft und ihre Mittlerinstanzen. Lokale Administrationen und Akteure in den im Zweiten Weltkrieg von der Wehrmacht besetzten Gebieten*. 23.09.2014–26.09.2014, In: H-Soz-Kult 16.01.2015.

**HT 2014: Verlorenes und Gewonnenes. Geschlechterverhältnisse
und der Wandel des Politischen in der ‚langen Geschichte der
Wende‘ in Ostdeutschland 1980 bis 2000**

Leitung: Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands (VHD); Verband der Geschichtslehrer Deutschlands (VGD)

Bericht von: Thomas Kasper, Zentrum für Zeithistorische Forschung
Potsdam

„Lieschen Müller wird politisch“. Unter diesem gendergeschichtlichen Slogan wurde bereits 2007 in München über die politische Partizipation von Frauen im 20. Jahrhundert diskutiert, ihre Rolle im Realsozialismus der DDR dabei aber weitestgehend ausgespart. Zum Abschluss des 50. Deutschen Historikertages wurde versucht, diese Leerstelle zu füllen. Der Idee einer „langen Geschichte der Wende“ folgend, sollten die gesellschaftlichen Transformationsdynamiken der Wiedervereinigung betrachtet und nach Kontinuitäten, Ursprüngen oder langfristigen Prozessen bis zur Jahrtausendwende gefragt werden. Dabei betrachtete das Panel „Verlorenes und Gewonnenes. Geschlechterverhältnisse und der Wandel des Politischen in der ‚langen Geschichte der Wende‘ in Ostdeutschland 1980 bis 2000“ die Systemtransformation aus längerfristiger geschlechtergeschichtlicher Perspektive und zwei Fragerichtungen: welche Rolle Geschlechterverhältnisse im Umbruch spielten und welche Wirkung dieser Umbruch im Gegenzug auf Geschlechterverhältnisse hatte.

Zu Beginn legte ANNETTE LEO (Jena) dar, wie die „Wunschkindpille“ seit 1965 als Teil der SED-Familienpolitik deren Essenz widerspiegelte: die Befähigung der Frauen, ihre familiären und beruflichen Pflichten zu vereinbaren. An Entwicklung und Einführung dieser hormonellen Verhütungsmethode waren unterschiedliche Akteure aus Medizin, Politik und Gesellschaft mit unterschiedlichen Motivationen beteiligt. Unterschiedlich waren aber auch die Erfahrungen, die ostdeutsche Frauen mit der „Pille“ verbanden. Leo führte dazu mit ihrem Kollegen Chris-

HT 2014: Verlorenes und Gewonnenes. Geschlechterverhältnisse und der Wandel des Politischen in der ‚langen Geschichte der Wende‘ in Ostdeutschland 1980 bis 2000

tian König mehr als 50 qualitative Interviews mit drei verschiedenen Altersgruppen von Frauen, die einen jeweils anderen lebensgeschichtlichen Zugang zu dem Hormonpräparat hatten. In ihrem Vortrag konzentrierte sie sich auf die Generation der „Babyboomerinnen“, also jene Frauen, die zwischen 1962 und 1965 geboren wurden und mit der „Wunschkindpille“ in Berührung kamen, als diese längst im DDR-Alltag angekommen war. Dabei bescheinigt LEO diesen Frauen fast durchweg „Stehaufmännchen“-Qualitäten, die sie in Zeiten radikaler Veränderungen, angesichts des Verlustes gewohnter Sicherheiten und des Erlebens zahlreicher Rückschläge an den Tag legten. Nachdem für viele die Folgen der Wiedervereinigung mit beruflichen Rückschlägen verbunden waren, wendeten sie große Energie für berufliche Neuanfänge auf, da sie im wiedervereinigten Deutschland mit Ängsten konfrontiert wurden, die der DDR-Sozialstaat bisher weitestgehend aufgefangen hatte. Ein weiteres Motiv dürfte allerdings der Wille, den einmal erworbenen Platz in der Arbeitswelt zu behaupten und damit auch das Selbstverständnis als berufstätige Frau an sich, gewesen sein. Bemerkenswert laut Leo ist auch die Tatsache, dass es den Frauen unabhängig von der Mutterschaft vielmehr um ihr kulturelles Kapital, ihren Bildungsgrad und die im Berufsleben erworbenen Kompetenzen ging.

Kontrastiert wurden die Ausführungen zur „Wunschkindpille“ durch MICHAEL SCHWARTZ (Berlin / München), der über die Abtreibungspolitik in beiden deutschen Teilstaaten sowie im wiedervereinigten Deutschland referierte. Dabei führte er die weitreichenden, das Abtreibungsrecht regelnden deutsch-deutschen Reformpolitiken der 1970er-Jahre auf konvergente systemübergreifende Strukturveränderungen zurück, die von sozioökonomischen Transformationen bis zum kulturellen Wertewandel reichten. Zudem habe in beiden deutschen Gesellschaften ein wachsender Reformdruck sowohl von unten als auch von außen eine tragende Rolle gespielt. So habe sich die DDR laut Gesundheitsminister Max Seifert dem Verfahren in den anderen Volkedemokratien anschließen müssen, wo eine legale Schwangerschaftsunterbrechung längst liberalisiert sei. Den Reformdruck „von unten“ sieht Schwartz dabei maßgeblich mit dem wachsenden politischen Einfluss der Frauen in beiden deutschen Staaten verbunden. 1971 sorgten 374 Frauen mit ihrem öffentlichkeitswirksamen Bekenntnis „Wir haben Ab-

getrieben“ in der Bundesrepublik für Aufmerksamkeit und vielfältige, oftmals schrille Aktionen einer links-emanzipierten Frauenbewegung stärkten auch gemäßigte Reformbefürworter/innen im parlamentarischen Spektrum und fanden ein breites, weitestgehend positives Medienecho. Auch in der DDR entstand der Reformdruck durch jüngere Funktionärinnen und selbstbewusster werdende Frauen. Gleichzeitig mobilisierten die Debatten um den Schwangerschaftsabbruch auch religiös gebundene Menschen in Ost und West, die jedoch ebenfalls ein recht heterogenes Meinungsbild zeigten. Gerade während des Vereinigungsprozesses spitzten sich die politischen, gesellschaftlichen und religiösen Konfliktlinien zu und besonders auf protestantischer Seite wurden der Ost-West-Gegensatz deutlich sichtbar: während die westdeutsche evangelische Kirche nicht ihre ostdeutschen Glaubensbrüder, sondern vielmehr die bundesdeutschen Katholiken zum Schulterschluss suchte und eine Beratungspflicht für eine künftige gesetzliche Neuregelung forderte, sprach sich der DDR-Kirchenbund gegen eine Strafverfolgung betroffener Frauen aus. Im Rahmen der Wiedervereinigung trafen somit zwei gegensätzliche Praktiken des Umgangs mit Abtreibung aufeinander, da sie in der DDR legale Praxis war. Trotz aller religiösen Implikationen war der „Kulturkampf“ der zwischen 1990 und 1992 in Sachen Schwangerschaftsabbruch ausgetragen wurde allerdings vor allem ein Kampf der Frauen in der Politik, deren Einfluss Schwartz als Indikator für die gesellschaftlichen und politischen Veränderungen in Deutschland sieht – die sich allerdings nicht nur mit dem Ost-West-Gegensatz erklären lassen.

Einen Ost-West-Gegensatz macht auch ANJA SCHRÖTER (Potsdam) beim Ehescheidungsverhalten in der Systemtransformation aus, die einen Blick auf die von einer hohen Scheidungsrate geprägte DDR-Gesellschaft wirft, welche im Zuge der Wiedervereinigung auf „fremde“ Normen und Strukturen des bundesdeutschen Rechts- und Gerichtssystem traf. Das Selbstbewusstsein, das DDR-Frauen durch die auf Vereinbarkeit von Familie und Beruf ausgerichtete Politik und sozio-ökonomische Unabhängigkeit entwickelt hatten, – eine Art „innere Emanzipation“ – spiegelte sich auch im Scheidungsverhalten wider: da Frauen auch ohne Partner ökonomisch unabhängig und sozial abgesichert agieren konnten, war die Auflösung der Ehe nicht in dem Maße an

HT 2014: Verlorenes und Gewonnenes. Geschlechterverhältnisse und der Wandel des Politischen in der ‚langen Geschichte der Wende‘ in Ostdeutschland 1980 bis 2000

den Versorgungsgedanken gekoppelt, wie dies in der Bundesrepublik der Fall war. Während die Einmischung des gesellschaftlichen Umfeldes bereits seit den 1970er-Jahren weniger Akzeptanz bei den Bürgern fand, zeichnete sich in den 1980er-Jahren eine deutliche Veränderung in der Verhandlungspraxis ab. Sowohl Scheidungswillige als auch Richter zeigten eine geringere Bereitschaft zu ausgedehnten Verhandlungen und Diskussionen über die private Beziehung. Die Richterinnen und Richter verkürzten die Verhandlungen zunehmend. Schröter macht daran auch einen Mentalitätswandel der Juristen fest, der schließlich in den Forderungen der Rechtswissenschaften nach einem vereinfachten *Procedere* kulminierte. Mit der Wiedervereinigung sahen sich ostdeutsche Scheidungswillige erneut mit einem neuen Rechtssystem konfrontiert, deren Fokus im Scheidungsrecht allerdings nicht mehr auf Verlauf und Sinnverlust der Ehe selbst, sondern auf den Scheidungsfolgen lag. So hat in der DDR der Ehegattenunterhalt nur in Ausnahmefällen eine Rolle gespielt, da er aufgrund der gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen nur selten relevant war. Im Rechtssystem der Bundesrepublik sollte hingegen auch die nicht voll erwerbstätige Frau ihren Lebensstandard nach der Scheidung aufrechterhalten können, so dass Ehegattenunterhalt zu den gängigen Regelungstatbeständen zählte. Im Zuge der gesamtdeutschen Transformationsprozesse stieß der westdeutsche Scheidungshabitus auf das ausgeprägte und von Selbstbestimmtheit gekennzeichnete Selbstverständnis der DDR-Bürgerinnen, woraus sich bei der Anwendung des nachehelichen Unterhalts eine spezifische Praxis im ostdeutschen Rechtsalltag der 1990er-Jahre ergab. Dass nur in den wenigsten Fällen ein Anspruch auf Zahlungen des Ex-Partners erhoben wurde, lässt sich laut Schröter auf drei Faktoren zurückführen: So machte in der DDR die sozioökonomische Absicherung von Frauen das Versorgermodell obsolet. Gleichzeitig setzte das Recht enge Grenzen, um nachehelichen Unterhalt überhaupt durchzusetzen. Schließlich führte die „innere Emanzipation“ zu einem Selbstverständnis, welches von finanzieller Unabhängigkeit und Gleichberechtigung geprägt war und somit keine Gedankenspiele über Unterhaltszahlungen zuließ. Auch in Zeiten wirtschaftlicher Anspannung zeigten Frauen wenig Bereitschaft, diesen Habitus abzulegen – obwohl die nacheheliche Versorgung in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre durchaus zugenommen hat, bleibt die

geringe Bedeutung des Ehegattenunterhalts in Ostdeutschland auffällig.

Zum Abschluss der Vorträge versuchte JENS GIESEKE (Potsdam) Geschlechterverhältnisse und die nicht-öffentliche ostdeutsche Volksmeinung zu rekonstruieren und danach zu fragen, was man über die Politisierung breiter Gesellschaftsschichten in den 1980er-Jahren erfahren kann. Grundlage dafür sind die Daten langfristig angelegter Infratest-Studien, die von 1968 bis 1989 westdeutsche Besucher zu den Ansichten in der DDR befragten. Daraus leitet Gieseke für die 1970er- und 1980er-Jahre zwei zentrale Trends ab. Zum einen fände man die geradezu klassische Geschlechterdifferenz, wie man sie auch aus anderen Gesellschaften kenne: So lägen die Männerwerte in Bezug auf das Interesse an politischen Ereignissen und dem „öffentlichen Leben“ stets ca. 20 Prozent über denen der Frauen. Zum zweiten, und dies ist der beachtenswerteste Befund, lässt sich trotz dieses „Gender-Gap“ ein zunehmendes Politikinteresse bei Männern und Frauen, wenn auch mit einigen Schwankungen, ausmachen. Von 1980 bis 1989 stieg sowohl bei Männern als auch bei Frauen das Interesse an Politik kontinuierlich, so dass im Jahr des Mauerfalls bei 45 Prozent ein starkes oder ziemlich starkes Interesse konstatiert werden konnte. Die Detailuntersuchungen zeigen allerdings auch, dass eben auch soziodemographische Faktoren wie Alter, Bildung oder Beruf ausschlaggebend für das Politikinteresse waren.

Während unklar ist, welche Art der Partizipation genau unter „politisch“ verstanden werden soll, zeigt sich, dass „Politik“ im engeren Sinne eher eine Sache von Männern als von Frauen, sowie von jüngeren und gebildeteren DDR-Bürgerinnen und Bürgern war. Zudem verband sie ein stark ausgeprägtes, nur scheinbar „unpolitisches“ Interesse an den als wesentlich relevanter als Ideologiefragen verstandenen Lebensverhältnissen der Bundesrepublik. Die Frauen der DDR, so konstatiert Gieseke, nahmen sich die Freiheit, während der Umbruchsphase begrenzt politisch aktiv zu werden und sich danach relativ schnell auf ein Repräsentationsmodell durch (vorwiegend) ältere Männer zu verlassen.

In ihren Kommentar lobte GUNILLA-FRIEDERIKE BUDDE (Oldenburg) die vier Beiträge, die gut gelungen seien, deutlich differenzierten und nach Ähnlichkeiten und Unterschieden der Frauen, den „Besten der DDR“, wie der Stern in den 1970ern titelte, vor und nach der Wen-

HT 2014: Verlorenes und Gewonnenes. Geschlechterverhältnisse und der Wandel des Politischen in der ‚langen Geschichte der Wende‘ in Ostdeutschland 1980 bis 2000

de fragten. Sie unterstrich das Selbstbewusstsein und die empfundene Gleichberechtigung der weiblichen Bürger im Realsozialismus, denen viele Frauen der Bundesrepublik wegen dieser Einigkeit von Erwerbstätigkeit und Eigenständigkeit „neidische Blicke über die Mauer“ zuwarfen. Der von Jens Gieseke behandelten Frage nach der „Entstehung des Politischen“ in der DDR beschied sie spannende Befunde und sah einige Parallelen zu Westdeutschland, mahnte aber zugleich zu einer ausgiebigen Quellenkritik der angeführten Infratest-Studien, deren Ergebnisse differenziert betrachtet werden müssten. Zudem stellte sie die Frage, was „politisch“ genau bedeute, gerade in einer Zeit, in der man politisch eben keine Wahl hatte. Hier zog sie den Vergleich zu Angela Merkel, deren politisches Interesse wohl auch erst in den 1980er-Jahren erwachte, also in einer Zeit, in der politische Partizipation erstmals möglich schien. Es wäre nur logisch, dass Wandel in Denkmustern und -strukturen zu einem verstärkten politischen Interesse führe. Auch in den Diskussionen um die „Pille“ sah Budde Parallelen zwischen den Gesellschaften. So würde man in der Bundesrepublik ähnliche Ergebnisse bei den Befragungen erhalten, allerdings sei dort die Erwerbstätigkeit vom Kinderwunsch eher abgekoppelt gewesen, aber die „Befreiungsaussagen“ und der sexuelle Druck seien auch bei bundesdeutschen Frauen nachweisbar. Den Beitrag von Michael Schwartz hebt sie vor allem wegen seiner dichten Beschreibung der Diskrepanzen hervor, der aber auch die starke Rolle der Kirchen innerhalb der gesamtdeutschen Diskurse unterstreicht – gerade in der vermeintlich säkularen DDR. Innerhalb der „bizarren Ökumene“ der Kirchen in Ost und West hätten sich die Debatten erstaunlich offen abgespielt. Der Blick auf die Kirchen böte hierbei eine neue Perspektive, allerdings dürfte der Einfluss von Medizinerinnen, allen voran der Gynäkologie, nicht unterschätzt werden. Eindeutige Unterschiede zwischen den beiden deutschen Gesellschaftsformen macht sie vor allem beim Scheidungsrecht aus, da die Ehe in der DDR im Gegensatz zur Bundesrepublik weniger an den Versorgungsgedanken gekoppelt war. Zudem lobte sie den Zugang, der lange Zeit eine Leerstelle in der deutsch-deutschen Zeitgeschichtsforschung dargestellt hätte. Der rege Verzicht auf Unterhaltszahlungen sei beeindruckend. Schlussendlich hob sie positiv hervor, dass die Geschlechtergeschichte zumindest zum Ende des 50. Historikertags thematisiert wurde – vor

allem für die Panels zu den 1970er- und 1980er-Jahren fand sie sonst wenig Berücksichtigung.

In der anschließenden Diskussion wurde unter anderem auf die in diesem Panel ausgesparte Männerperspektive Bezug genommen. So wäre diese gerade in Bezug auf Abtreibungs- und Scheidungspraktiken ein lohnenswerter Untersuchungsgegenstand, da sich nicht nur die Frage nach dem Sorgerecht und eventuellen Unterhaltszahlungen für die Kinder, sondern auch nach dem männlichen Standpunkt zur Verhütung und einem eventuellen Paradigmenwechsel nach der Wiedervereinigung aufdrängen. So sah sich deren Einstellung, durch Möglichkeiten der Verhütung und Abtreibung frei von ihrer eigenen Verantwortung zu sein, gerade von konservativer Seite mit der Kritik konfrontiert, die Frauen und Mütter alleine zu lassen. Schließlich sei das väterliche Sorgerecht erst im Verlauf der 1990er-Jahre zunehmend verbreitet, während bis dato Scheidungskinder fast ausschließlich in mütterlicher Obhut waren.

Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Jens Gieseke (Potsdam)

Jens Gieseke (Potsdam): Das Politische und das Private. Politische Partizipation als Geschlechterfrage. Vor, in und nach der Revolution von 1989

Annette Leo (Jena) / Christian König (Jena): Von der Wunschkindpille zum demografischen Knick. Verhütung und Bevölkerungspolitik

Michael Schwarz (München / Berlin): Zwei deutsche Abtreibungspolitiken und das vereinigte Deutschland

Anja Schröter (Potsdam): Die Liebe, das Geld und das Recht. Ehescheidungsverhalten in der Systemtransformation

Gunilla-Friederike Budde (Oldenburg): Kommentar

Tagungsbericht HT 2014: *Verlorenes und Gewonnenes. Geschlechterverhältnisse und der Wandel des Politischen in der ‚langen Geschichte der Wende‘*

**HT 2014: Verlorenes und Gewonnenes. Geschlechterverhältnisse und
der Wandel des Politischen in der ‚langen Geschichte der Wende‘ in
Ostdeutschland 1980 bis 2000**

*in Ostdeutschland 1980 bis 2000. 23.09.2014–26.09.2014, In: H-Soz-Kult
22.07.2015.*

Register

Autorinnen und Autoren dieser Ausgabe

- Baumkamp, Eva 150
Beck, Erik 93
Becker, Tobias 314
Biskup, Thomas 193
Böick, Marcus 335
Bölling, Jörg 13
Bonaker, Alva 246

Denzler, Alexander 185
Dirks, Florian 165

Eckardt, Sandra 199
Ehlers, Axel 109

Fischer, Guido 328
Friedrich, Marlene 328

Gilhaus, Lennart 3

Hahn, Philip 125
Hasselmann, Anne 214
Hauser, Julia 132
Hedinger, Daniel 63
Hemme, Dorothee 199
Herkle, Senta 306
Hilgert, Christoph 41
Hinsch, Moritz 137
Höfner, Mirjam 298
Hordt, Arne 290
Hoyer, Francisca 173

Jansen, Johannes 116

Kahlert, Torsten 82
Karla, Anna 53
Kasper, Thomas 366

Köhler, Stephan 282
Kreis, Reinhild 275
Krüger, Christine 343

Lamprecht, Niko 101
Logemann, Jan 268
Lundgreen, Christoph 145
Lutsch, Andreas 320

Mannert, Pascale 207
May, Niels F. 222
Meinschien, Birte 253
Meyer, Thomas 1
Möckel, Benjamin 27
Monninger, Daniel 357
Morina, Christina 349

Nowitzki, Stephanie 328

Popp, Christian 179
Prinz, Claudia 1

Ristau, Daniel 238

Schubert, Charlotte 73
Steuwer, Janosch 261
Stracke, Jennifer Juliane 3

Thierfelder, Stefan 230
Timm, Arne 93
Timmer, Jan 145

von Bassi, Arvid 253

Winterhager, Ph. 158
Wulf, Tobias 90